Dienstag, 8. Januar 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 6 - 2.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Katalysator: Die Bonner Regierungskoalition will morgen ihre Position zur steuerlichen Entlastung von nachgerüsteten Altfahrzeugen festlegen. Als sicher gilt, daß der geplante Kfz-Steuersatz von 16 Mark je 100 Kubikzentimeter für nicht-nachgerüstete Altfahrzeuge nicht zu halten ist und eher bei 20 Mark liegen wird. (S. 4)

Metallindustrie: Die beim Bundesarbeitsgericht in Kassel für den 15. Januar angesetzten mündlichen Verhandlungen über die Zulässigkeit von Warnstreiks in der Metallindustrie finden nicht statt. Die Arbeitgeberverbände mehrerer Bundesländer nahmen überraschend ihre Revisionsanträge zurück.

Bergarbeiterstreik: Immer mehr britische Kumpel scheren aus der Streikfront aus. Nach Angaben der staatlichen Kohlebehörde sind rund 38 Prozent wieder bei der Arbeit. (S. 8)

Evakuierung: Israel ist entschlossen, die vorerst eingestellte Evakuierung äthiopischer Juden fortzusetzen. Man werde „nicht eher ruhen", bis alle schwarzen Juden in ihre biblische Heimat zurückgekehrt seien, sagte Regierungschef Peres. (S. 8)

Neu-Kaledonien: Das von schweren Unruhen heimgesuchte französische Überseeterritorium soll nach Plänen der Pariser Regierung am 1. Januar 1986 als ein mit Frankreich assoziierter Staat unabhängig werden, falls die Bevölkerung in einem Referendum im Juli zustimmt. (S. 5)

US-Kongreß: Der Reagan-Administration stehen im Kongreß schwierige Zeiten bevor. Wenn Reagan am 4. Februar sein Budget vorlegt, will der Senat mit einem eigenen Haushaltsentwurf kontern, um damit seine Unzufriedenheit mit der Finanzpolitik zu dokumentieren. (S. 5)

Umwelt – Forschung – Technik

Mit neuen Konzeptionen zum Schutz des Bodens will Bonn versuchen, eine weitere Zunahme der Belastung durch Schadstoffe zu verhindern. – Die Einführung der Digitaltechnik im Hörfunk sorgt für eine bessere Übertragungsqualität. Seite 6

WIRTSCHAFT

Superjahr: Die deutschen Automobilanbieter konnten den Absatz auf ihrem größten Auslandsmarkt, den USA, 1984 um 24,2 Prozent auf 347 835 Einheiten erhöhen. (S. 9)

Nordseeöl: Aufgrund der anhaltend schwachen Nachfrage an den Ölmärkten wird die staatliche britische Ölgesellschaft BNOC voraussichtlich noch in dieser Woche den offiziellen Preis für Nordseeöl weiter senken. (S. 10)

US-Werbewirtschaft: Der Konjunkturboom, die Präsidentenwahlen und die Sommerolympiade haben der Werbewirtschaft im vergangenen Jahr Spitzenergebnisse beschert. Im Inland stieg das Werbeaufkommen um 15 Prozent auf 87,4 Milliarden Dollar, weltweit um 11,4 Prozent auf 151,4 Milliarden. (S. 9)

Börse: Am deutschen Aktienmarkt kam es zu kräftigen Kurssteigerungen. Der WELT-Aktienindex stieg auf den neuen Rekordstand von 164,5 (163,3). Der Rentenmarkt tendierte dagegen eher unsicher. BHF-Rentenindex 102,715 (102,703). Performance-Index 99,945 (99,905). Dollar-Mittelkurs 3,1767 (3,1636) Mark. Goldpreis je Feinunze 298,25 (303,15) Dollar.

ZITAT DES TAGES



„Es wäre mehr als traurig, wenn der bevorstehende Erinnerungstag an das Kriegsende, der 8. Mai, schon vorher zu Tode diskutiert würde, wenn insbesondere die Art seiner feierlichen Begehung zum Gegenstand einer Kontroverse zwischen den Konfessionen oder zwischen den Kirchen und dem Staat gemacht würde"

Der Hamburger Theologie-Professor Helmut Thielicke (S. 4) FOTO: SVEN SIMON

KULTUR

Jazz: Sein Debüt im Westen gab der rumänische Jazzpianist Harry Tavitian in Fellbach-Schmieden bei Stuttgart. Tavitian präsentierte verblüffend originell klingende Blues-Standards von Big Bill Bronzey und Sippie Wallace, aber auch eigene Kompositionen mit einem starken Einschlag rumänischer Folklore. (S. 13)

Prager Jugendstil: Einen umfassenden Überblick über tschechische Kunst bietet die Ausstellung „Auf dem Weg in die Moderne" in Darmstadt. Den Schwerpunkt bildet der Prager Jugendstil mit Beispielen aus Malerei, Plastik, Architektur, Glas, Schmuck, Möbeln und Buchgestaltung. (S. 13)

SPORT

Fußball-Bundesliga: Als eine Art Manager soll der frühere Judo-Europameister Klaus Glahn Eintracht Braunschweig vor dem Abstieg retten. Glahn soll bis zum Ende der Saison arbeiten.

Eishockey: Der deutsche Meister Kölner EC hat sich von den Dopingvorwürfen distanziert, die sein Mannschaftsarzt Herbert Plum gegen verschiedene Bundesligavereine gerichtet hat.

AUS ALLER WELT

Juwelenraub: Der frühere langjährige rheinland-pfälzische FDP-Landesvorsitzende Hans-Otto Scholl ist nach Angaben der Ludwigshafener Polizei unter dem Verdacht festgenommen worden, ein Juweliergeschäft in Baden-Baden überfallen und Schmuck im Wert von 1,2 Millionen Mark geraubt zu haben. (S. 14)

Wetter: Der arktische Winter hält Europa weiterhin fest im Griff. Die niedrigste Temperatur wurde aus Nordfinnland mit 50,1 Grad minus gemeldet. Kältester Punkt der Bundesrepublik war in der Nacht zum Montag Grafenau im Bayerischen Wald mit 39,1 Grad minus. Heute weiter vereinzelt Schneefall und sehr kalt. (S. 14)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Meinungen: Ende einer Hoffnung – Leitartikel von Enno v. Loewenstern S. 2

„DDR"-Kriminalität: Vom imaginären Aal bis zum gepanschten Wodka – Von Klaus Peters S. 3

Wehrpflichtige: Die Einstellung der Jugend zum „Bund" beginnt sich zu wandeln S. 4

Medien: Union denkt wieder an Alleingang – Kritik an der SPD – Von Gernot Facius S. 4

USA: Senatoren kündigen eigenen Etat-Entwurf an – Kongreß herausgefordert S. 5

Forum: Personalien und Leserbriefe an die Redaktion der WELT. Wort des Tages S. 5

Fernsehen: Jubiläum für ein Magazin: Zum 50. Mal „WISO" – Keine Angst vor Ärger S. 6

Tennis: Lob für Boris Becker – Training mit McEnroe – Engländer feiern den Deutschen S. 8

EG-Kommission: Grenzüberschreitende Fusionen stärken die Wettbewerbsfähigkeit S. 9

Geburtstag: Grete Mosheim ist 80 – Die grandiose Mimin – Star der Berliner Bühnen S. 13

Schnee und Glatteis behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.

Frankreich steht zur Strategie der nuklearen Abschreckung

Hernu beschreibt Pariser Position zu den Genfer Abrüstungsgesprächen

JÜRGEN LIMINSKI, **Bonn**

Fast zeitgleich mit der Wiederaufnahme der amerikanisch-sowjetischen Gespräche von Genf hat der französische Verteidigungsminister Charles Hernu klargestellt, daß Paris die Strategie der Abschreckung nach wie vor für die einzig sinnvolle halte. *Abgesehen davon, daß die Force de* Frappe nach wie vor nicht als Verhandlungsobjekt zur Verfügung stehe, sagte Hernu in einem Interview mit dem französischen Wochenmagazin „Valeurs Actuelles", sei „bis zum Jahre 2010 unser einziger Schutz die nukleare Abschreckung. Es gibt keinen anderen." Sie bleibe für Frankreichs und Europas „vitale Interessen der einzig mögliche Schutz. Wenn dem nicht so wäre, was würde aus Frankreich und Europa? Die Abhängigkeit wäre übergroß."

Amerika investiere jetzt Milliarden von Dollar in die Forschung für eine Verteidigung aus dem Weltraum. Das „könne man sich sparen", so Hernu, denn die Sowjets würden über kurz oder lang mitziehen. Die Gefahr bei diesen neuen Überlegungen aber sei, „und das habe ich auch unseren amerikanischen Freunden gesagt", daß die Europäer das Vertrauen in die nukleare Abschreckung verlieren. Das sei gefährlich „nicht nur für die Franzosen, sondern auch für die Deutschen, Belgier und alle, die unter dem Schutz des amerikanischen Atomschirms stehen". Deshalb *spricht sich Hernu auch entschieden* für eine weitere Präsenz amerikanischer Truppen in Europa aus. „Für die Sicherheit Europas, aber auch für die Sicherheit der Vereinigten Staaten ist diese Präsenz die Garantie der Verbundenheit, die zwischen der Sicherheit Europas und der Verteidigung der Vereinigten Staaten von Amerika bestehen muß." Hernu: „Ich kann mir nicht vorstellen, wie auf absehbare Zeit die Sicherheit Europas ohne den amerikanischen Atomschirm garantiert werden kann."

Der französische Verteidigungsminister glaubt, daß die Bestrebungen im amerikanischen Kongreß, die auf eine Verringerung der Truppenpräsenz abzielen, die Europäer dazu bewegen sollen, mehr für ihre Verteidigung auszugeben. Denn „im wesentlichen geht es bei der Kritik darum, daß die Europäer ihren Willen zu einer höheren Beteiligung der Verteidigungslasten bekunden und endlich mit der Errichtung dessen beginnen, was man den europäischen Pfeiler der Allianz nennt." In diesem Zusammenhang komme dem französischen *Beitrag zur Sicherheit Europas* wachsende Bedeutung zu, zumal Frankreich jetzt offensichtlich auch die Neutronenwaffe einsetzen kann.

Hernu zu diesem Thema: „Die Versuche und Studien sind fortgeschritten. Wenn der Staatspräsident den Befehl zur Stationierung geben würde, könnte Frankreich diesen Befehl sofort ausführen." Die zwei Schwerpunkte „unseres Engagements in der Allianz sind zum einen die Verstärkung unserer eigenen, autonomen Entscheidungsfreiheit, zum anderen gleichzeitig die Verstärkung unserer Solidarität mit unseren Partnern". Die *WEU sei also nur „ein Ort, an dem* die Staaten Westeuropas über ihre jeweilige Rüstungspolitik diskutieren können, damit man eines Tages zu einem Begriff der europäischen Sicherheit gelangt".

Langer Auftakt der Gespräche in Genf

Reagan will sich morgen zu den Ergebnissen äußern / Shultz gegen Illusionen

DW. **Genf**

Dreieinhalb Stunden dauerte gestern das erste Gespräch der Außenminister der USA und der Sowjetunion, *George Shultz und Andrej Gromyko*, zu Beginn ihres zweitägigen Treffens in Genf. Der lange Auftakt deutete auf eine umfassende Gegenüberstellung der Themen hin, mit denen Washington und Moskau den vor mehr als 13 Monaten abgerissenen Abrüstungsdialog wieder in Gang bringen wollen. Vermutlich hat Gromyko dabei auch den Wunsch nach Behandlung des Problems der Weltraumwaffen vorgebracht, das in früheren Abrüstungskontrollgesprächen noch ausgeklammert war.

Die erste Gesprächsrunde fand in der sowjetischen UNO-Botschaft statt, wo Gromyko und seine Delegation auch wohnen. Shultz fuhr unmittelbar anschließend in die knapp 800 Meter entfernte Boschaft der USA, um von dort, wie vermutet wird, unverzüglich Präsident Reagan über die ersten Kontakte mit den Sowjets zu unterrichten. Die US-Botschaft war auch Schauplatz der zweiten Begegnung am Nachmittag, die wegen der langen Vormittagssitzung um eine *Stunde auf 15.30 Uhr* verschoben wurde.

Gromyko war umgeben vom ersten stellvertretenden Außenminister Georgij Kornienko, dem früheren Unterhändler bei den Gesprächen über das SALT-II-Abkommen und Chefdelegierten bei den START-Verhandlungen, Viktor Karpow. Dazu kamen der langjährige Botschafter in Washington, Anatol Dobrynin, und der Nordamerika-Experte des Moskauer Außenministeriums, Alexander Obukow. Bei den Sowjets fehlte der ehemalige Chefunterhändler bei den Verhandlungen über die Mittelstreckenraketen, Julij Kwizinski.

Auf beiden Seiten war es ein Kabinett der Politiker und Zivilisten ohne Militärs. Ob und inwieweit die Außenminister-Begleiter in den ersten Meinungsaustausch eingeschaltet wurden, blieb zunächst unbekannt.

Beide Außenminister hatten ihren Willen zu konstruktiven Gesprächen hervorgehoben. Gromyko hatte dabei das vorrangige Interesse der Sowjetunion an einer langfristigen Begrenzung der Weltraumrüstung unterstrichen und das Thema als eng zusammenhängend mit dem Atomwaffenkomplex bezeichnet. Shultz warnte seinerseits vor der Illusion eines leichten Gesprächsfortschritts. Er kündigte eine Pressekonferenz am Dienstag an. US-Präsident Ronald Reagan will morgen im Fernsehen sprechen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat am Montag betont, daß in den USA noch keine Entscheidung über den Bau von Weltraumwaffen getroffen worden sei. Erst nach Ablauf des fünfjährigen Forschungsprogramms über Abwehrsysteme im Weltraum, also in der Amtszeit des nächsten Präsidenten, werde zu entscheiden sein, ob Defensivwaffen zur Abwehr von Raketen gebaut werden sollten.

Zimmermann: Reform der Besoldung

Als der Minister das Streikverbot verteidigte, applaudierten ihm die Beamten

G. BADING, **Bad Kissingen**

Nach dem Ende der „Null-Runde" für die Einkommen im Öffentlichen Dienst bei der Konsolidierung des Bundeshaushalts steht als nächstes großes Thema die Verbesserung der Besoldungsstruktur an. Noch in dieser Legislaturperiode will Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann die unteren Einkommensstufen erhöhen. Es sei für ihn „bedrückend zu wissen, daß es Beamte gibt, deren Besoldung nicht sehr weit von den Sätzen der Sozialhilfe entfernt ist oder sich sogar mit Sozialhilfe berührt", sagte Zimmermann auf der traditionellen Jahresarbeitstagung des Deutschen Beamtenbundes (DBB) in Bad Kissingen.

Die untere Grenze der Alimentation von Beamten müsse jedoch „deutlich über dem Sozialhilfeniveau liegen, um sie als amtsangemessen betrachten zu können", sagte der Innenminister. Überdies soll die Reform der Besoldungsstruktur eine stärkere Betonung der Familienkomponente sowie den Erhalt einer eigenständigen Beamtenversorgung bringen.

Notwendige Stellenstreichungen im Zuge der Konsolidierungspolitik sollten, so Zimmermann, nicht bei den Beamten vorgenommen werden. Auch wolle er die Umwandlung von Beamtenpositionen in Angestelltenarbeitsplätze vermeiden. In der Bundesverwaltung werde von nun an jeweils beim Ausscheiden eines Angestellten geprüft werden, ob für die Wahrnehmung dieser Aufgabe ein Beamter zur Verfügung stehe und die Stelle daher in eine Beamtenplanstelle umgewandelt werden könne.

Zimmermann bescheinigte den Beamten, daß sie die „Sonderopfer" des Öffentlichen Dienstes mitgetragen hätten, ohne in ihrer Leistung nachzulassen. Allerdings müsse auch der Grundsatz gelten, daß eine leistungsgerechte Bezahlung Voraussetzung für ein leistungsfähiges Berufsbeamtentum ist.

In diesem Zusammenhang plädierte er dafür, das Streikverbot für Beamte beizubehalten. „Wer das Streikverbot für Beamte als obrigkeitsstaatlich bekämpft und die sogenannten vollen Koalitionsrechte für Beamte fordert, der will die Abschaffung des Berufsbeamtentums", sagte er unter dem Beifall der rund 300 Anwesenden.

Der DBB-Vorsitzende Alfred Krause begrüßte die für 1985 vorgesehene Gleichbehandlung mit dem Tarifsektor des Öffentlichen Dienstes, die mit der Einkommenserhöhung um 3,2 Prozent ab Jahresbeginn erstmals wieder wachsende Realeinkommen *für die Staatsdiener bringe*. Bei künftigen Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung müsse jedoch weiterhin darauf geachtet werden, daß die Erfüllung der Aufgaben des Beamtenapparates nicht gefährdet werde, sagte Krause.

Seite 2: Wo man friert

London plant Gesetz gegen „Leihmütter"

Empörung über das „Kind als Handelsobjekt" / Diskussionen auch in der Bundesrepublik

DW. **London**

Die Regierung in London plant offenbar *ein Verbot des Geschäfts mit* „Leihmüttern". Der für das Gesundheitswesen zuständige Minister Norman Fowler „werde mit Kabinettskollegen dazu Dringlichkeitsgespräche führen", hieß es gestern in Zeitungsberichten. Am vergangenen Freitag war in Großbritannien das erste von einer fremden Frau ausgetragene Kind geboren worden. Das von der 28jährigen Kim Cotton für umgerechnet rund 24 000 Mark ausgetragene Kind bleibt nach einem Gerichtsbeschluß vorläufig in der Obhut des Krankenhauses, in dem es geboren wurde. Am Freitag will ein Gericht über die Vormundschaft entscheiden.

Die Entrüstung in England richtet sich vor allem gegen das finanzielle Arrangement. Gesundheitsminister Kenneth Clarke erklärte, es bestehe kein Zweifel über die „generelle Verurteilung der Idee, daß Agenturen für solch einen Service Geld kassieren". Der Vorsitzende der Sozialdemokraten, David Owen, glaubt, die automatische Übergabe eines Kindes von der „Leihmutter" an seinen Vater mit der bestehenden Gesetzgebung verhindern zu können.

Ein Gericht könne mit Hilfe des Kinderschutzgesetzes dafür sorgen, daß ein Kind nicht „gestückelt und zum Handelsobjekt" gemacht werde. Der konservative Abgeordnete Peter Bruinvels meinte: „Das Geschehene ist skandalös, krankhaft und unnatürlich. Ich klage die an, die sich mit der Manipulation der Natur befassen und Geld verdienen. Die Surrogat-Mutterschaft sollte sofort für ungesetzlich erklärt werden" (WELT vom 7. 1.).

Die Diskussion über „Leihmütter" spielt inzwischen auch in der Bundesrepublik Deutschland eine Rolle. Eine Änderung des Adoptionsrechts, die verhindern soll, daß Frauen als „Leihmütter" Kinder zur Welt bringen, hat die Vizepräsidentin des Deutschen Ärztinnenbundes, Helga Thieme, gefordert. Im Saarländischen Rundfunk sagte sie, sie finde „das Machbare so schlecht und gefährlich, daß wir den Anfängen wehren müssen".

Ein geändertes Adoptionsrecht könne es unmöglich machen, daß Eltern die Sicherheit hätten, daß sie ihr „bestelltes" Kind bekämen, oder daß die leibliche Mutter sicher sein könne, daß ihr das Kind abgenommen werde. Ein gesetzliches Verbot für „Leihmütter" lehnte Frau Thieme ab, weil es Möglichkeiten für „Hintertüren" nicht ausschließe. Vielmehr müsse man an Ethik und Verständnis der Menschen appellieren. „Menschen müssen auch lernen, ein Schicksal zu ertragen. Das scheint in unserer sogenannten Wohlstandsgesellschaft verlernt worden zu sein. Wir müssen versuchen, hier neue Wertmaßstäbe zu schaffen, die sicher besser sind als nur ein Gesetz", sagte die Ärztin. Sie halte das Austragen eines Kindes durch eine „Leihmutter" für eine unvorstellbarte Tragödie: „Der Mensch wird zur Ware, möglicherweise zur Wegwerfware, wird ein Handelsobjekt. Das ist gegen die Würde des Menschen".

DER KOMMENTAR

Ein Kind

HERBERT KREMP

Die „Mietmutter" von London setzt Phantasie und Kritik in Bewegung. Ein ungewöhnlicher Fall: Ein Ehepaar, dem eigene Kinder versagt sind, findet über ein Vermittlungsbüro eine verheiratete Frau, die ein künstlich befruchtetes Baby zur Welt bringt. Sie wird dafür bezahlt. *Honoriert* wird auch die Vermittlung. Die in Dienst genommene Mutter verkauft die Exklusivrechte ihrer Geschichte an eine Boulevardzeitung, die eine hohe Summe in Aussicht stellt. Die Behörden rufen ein Gericht an, das die Auslieferung des Kindes an den Auftraggeber untersagt. Eine Welle der Diskussion brandet an.

Dabei ist einiges zu unterscheiden: Der komplizierte Weg, den die Auftraggeber eingeschlagen haben, läßt darauf schließen, daß entweder Versuche der Adoption gescheitert waren oder der Wunsch überwog, an der Genese des Kindes beteiligt zu sein. Sich in einem Kind wiedererkennen zu können, ist eine legitime Vorstellung. Das gewählte Mittel ist strittig, nicht das Ziel an sich. Daß in diesem Fall Kindesliebe ausgebeutet wurde, nicht die Ablehnung des Kindes, wie wir es aus der Abtreibungspraxis kennen, ist das Neue und – gleichfalls – Gefährliche. Der Leih- und Pachtvertrag, der mit der fertilen Frau abgeschlossen wurde, wirkt abstoßend oder gar monströs. Von derberen Praktiken des Nibelungenliedes, von Kindesunterschiebungen und -aussetzungen unterscheidet sich die Londoner Beschaffungsform durch die raffinierte, kalkulierte Methode: Sie *kündigt einen Produktionszweig an.*

Am deutlichsten wird dies an den Motiven der gemieteten Frau selber. Ihre Familie (Mann und zwei Kinder) befand sich in Geldnöten, die man durch eine Mischung aus Gebärfreudigkeit und Kaltschnäuzigkeit zu beheben trachtete. Die Mutter kennt den Auftraggeber und dessen Frau nicht einmal persönlich, war aber per Agentur bereit, ihr Persönlichstes als eine Art Brutkasten zur Verfügung zu stellen. Erste Duldung würde für rasche und unverantwortliche Verbreitung sorgen. Da es an der Würdelosigkeit des Verfahrens keinen Zweifel gibt, wird sich die Diskussion am Ende dem Adoptionsrecht zuwenden. Es kann nie zu den leicht erwerbbaren Rechten zählen, da es die Zukunft von Menschen regelt. Es muß sogar so streng gefaßt sein, daß es käufliche Kinderproduktion ausschließt. Dunkelziffern sind kein Argument gegen klares Recht.

Grüne: SPD tolerieren, aber kein Bündnis

p. p. **Bonn**

Die Grünen wollen um jeden Preis daran festhalten, eine SPD-Minderheitsregierung zwar zu „tolerieren", aber sich nicht durch eine Koalition in die Verwantwortung einbinden zu lassen. Diese Absage an das Bündnis-Angebot des saarländischen SPD-Spitzenkandidaten Oskar Lafontaine, die am Wochenende vom Landesparteitag der Grünen mit großer Mehrheit beschlossen wurde, ist deshalb auch bei ihrer Bonner Bundestagsfraktion auf weitgehend ungeteilte Zustimmung gestoßen. Man wolle, so heißt es, um jeden Preis an dem „Tolerierungs-Konzept" festhalten, auch wenn man sehe, daß dies weder im Saarland noch bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl „zu größeren Stimmgewinnen" führen werde. Man rechnet mit einem so großen Wählerpotential, daß ohne die Grünen nichts für die SPD laufen wird.

Auf den ersten Blick scheinen die Grünen zwar sehenden Auges der neuen SPD-Taktik in die Hände zu arbeiten, den Wählern die mangelnde Politikfähigkeit der Grünen dadurch vorzuführen, daß diese der Aufforderung, für ihre Politik auch in die Verantwortung zu gehen, nicht nachkommen. Aber auch wenn Lafontaine jetzt noch einmal bekräftigt hat, daß er sich auf keine Tolerierung „nach hessischem Muster" einlassen werde, so gehört zum „hessischen Muster" auch, daß Holger Börner sich erst der Grünen mit der „Dachlatte" entledigen wollte, um dann doch eine Zusammenarbeit um fast jeden Preis zu versuchen.

Seite 2: Fragliches

Kambodscha: Schwere Kämpfe um Ampil

DW. **Bangkok**

Vietnamesische Truppen haben gestern den Verteidigungsring um das Lager Ampil durchbrochen, in dem sich das Hauptquartier der Nationalen Befreiungsfront des Khmer-Volkes (KPNLF) befindet. KPNLF-Offiziere berichteten, das Lager sei zur Hälfte eingenommen. Heftige Nahkämpfe seien im Gange.

Dem von Panzern des sowjetischen Typs T-54 unterstützten, seit Tagen erwarteten Angriff der Infanterie war starker Artilleriebeschuß vorausgegangen. Auch andere Lager der antikommunistischen Widerstandsbewegung lagen unter Artilleriebeschuß. Das Hauptquartier der Widerstandsbewegung ist seit einer Woche von der Zivilbevölkerung geräumt. 23 000 Menschen sind über die Grenze nach Thailand geflohen, wo sich bereits 140 000 kambodschanische Flüchtlinge aufhalten. Die thailändischen Grenztruppen sind inzwischen erheblich verstärkt worden. In den vergangenen Tagen war es im Grenzbereich zu Zusammenstößen mit nach Thailand vordringenden Vietnamesen gekommen. Dabei wurden nach offiziellen Angaben Bangkoks zehn thailändische Soldaten getötet.

Heng Samrin, der Präsident des Regimes in Pnom Penh, sagte gestern auf einer Feier zum 6. Jahrestag des Bestehens seiner Regierung, seine Armee hätte im vergangenen Jahr eineinhalb mal mehr Guerrillas ausgeschaltet als in den Jahren zuvor. Er *räumte zugleich ein, daß die* Widerstandskämpfer dennoch ihre Aktionen an der Grenze und im Inneren Kambodschas ausgeweitet haben.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Fragliches

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Gern bestätigen zu verinnerlichtem Nachdenken neigende Demokraten den Grünen, sie stellten richtige Fragen, gäben allerdings falsche Antworten. Leider ist das nur eine beschönigende Teilwahrheit; denn in der Sicherheitspolitik zum Beispiel stellen die Grünen grundfalsche Fragen.

Im Saarland kann man ihnen nicht einmal Teilwahrheiten zusprechen. Dort steht die Landtagswahl vor der Tür. Die Grünen sehen nur das unentwirrbare Problemknäuel Arbed und entwickeln das heftige Bedürfnis, damit nichts zu tun haben zu wollen. Deshalb geben sie der SPD, die auf die Ministerpräsidentschaft mit Koalitionshilfe der Grünen spekulierte, einen Korb. Die Grünen versagen sich der Verantwortung, sie sind politische Versager.

Jedoch, mit wem wollen die Grünen jemals ins Geschirr gehen, wenn nicht mit dem SPD-Mann Lafontaine im Saarland? Aus der FDP-Perspektive sieht Martin Bangemann SPD und Grüne gemeinsam jenseits des demokratischen Grundkonsenses, der einst die drei Bundestagsparteien Union, FDP ud SPD zu wechselseitigen Koalitionen befähigt habe. Diese Feststellung besagt offensichtlich noch nicht, daß es bereits einen irgendwie gearteten Konsens zwischen Grünen und SPD gibt. Die Grünen finden ihn ja nicht einmal mit Lafontaine, der unter den SPD-Prominenten doch am grünsten ist, grüner als selbst Börner.

Die Bürger im Saarland wissen nun Bescheid. Lafontaine hat die Mithilfe politischer Ignoranten gesucht, und er muß zur Kenntnis nehmen, daß diese sogar ihn ignorieren. Vielleicht wären die Grünen nach der Landtagswahl bereit, ihm in selbstgefälliger Bindungslosigkeit bei der Wahl des Ministerpräsidenten ihre Stimmen zu geben. Lafontaine wäre dann Regierungschef von der Grünen Gnade. Was dabei herauskäme, läßt sich in Hessen studieren. Wenn das Saarland mit seinem Sorgenpaket Arbed plus Arbeitslosigkeit fertig werden will, dann braucht es eine verantwortungsbereite und handlungsfähige Regierung.

Der Nachschlag

Von Joachim Neander

Daß die SPD-Landesfürsten, nachdem einer der ihren den Medien-Staatsvertrag der Bundesländer am 19. Dezember platzen ließ, jetzt wieder Verhandlungsbereitschaft signalisieren, entspricht der Erwartung. Es wäre vor drei Landtagswahlen mehr als töricht gewesen, angesichts der Veränderungen der Fernsehlandschaft die Rolle jener Gemeindeväter zu wiederholen, die vor hundertfünfzig Jahren den Bau eines Bahnhofs am Rande des Ortes verweigerten. An vielen dieser Orte müssen die Bürger noch heute kilometerlange Wege zur Bahnstation in Kauf nehmen.

Doch was die SPD in ihr neues Medien-„Kompromißpapier" eingebaut hat, hat zumindest in einem Punkt mit Kompromißbereitschaft wenig zu tun. Unstreitig war zwischen den Parteien am 19. Dezember, daß die öffentlich-rechtliche Rundfunkwerbung (mit Ausnahme des WDR) auf den damaligen Umfang begrenzt bleiben solle, um den Privaten eine Startchance zu sichern. Doch als Ende Dezember die Verhandlungen gescheitert waren, hat der Hessische Rundfunk – die ungeklärte Lage nutzend – blitzschnell Tatsachen zu schaffen versucht, indem er die Werbung auf sein III. Fernsehprogramm ausdehnte.

Nun wäre es unter redlichen Partnern selbstverständlich, bei einer Wiederaufnahme der Verhandlungen von dem Stand auszugehen, der bei Abbruch galt, also dem erzielten Konsens über den Werbeumfang. Nicht so für die SPD-Ministerpräsidenten: Sie konstatieren mit einem Mal, daß die neu eingeführte Werbung in „Hessen drei" zum Bestand zähle, an dem nur noch etwas zu revidieren sei, wenn der HR-Rundfunkrat seinen Genehmigungsbeschluß widerrufe.

Der Vorsitzende der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten, der rheinland-pfälzische Regierungschef Bernhard Vogel (CDU), hat diese Haltung als „weder mit dem Buchstaben noch dem Geist der Abmachungen von Bremerhaven vereinbar" genannt. Drastischer ließe es sich mit einem Vergleich ausdrücken: In der Nacht, bevor ein Bauer mit seinem Nachbarn über die Ackergrenzen verhandelt, schleicht er sich hinaus, um die Grenzsteine zu versetzen.

Wo man friert

Von Heinz Krieger

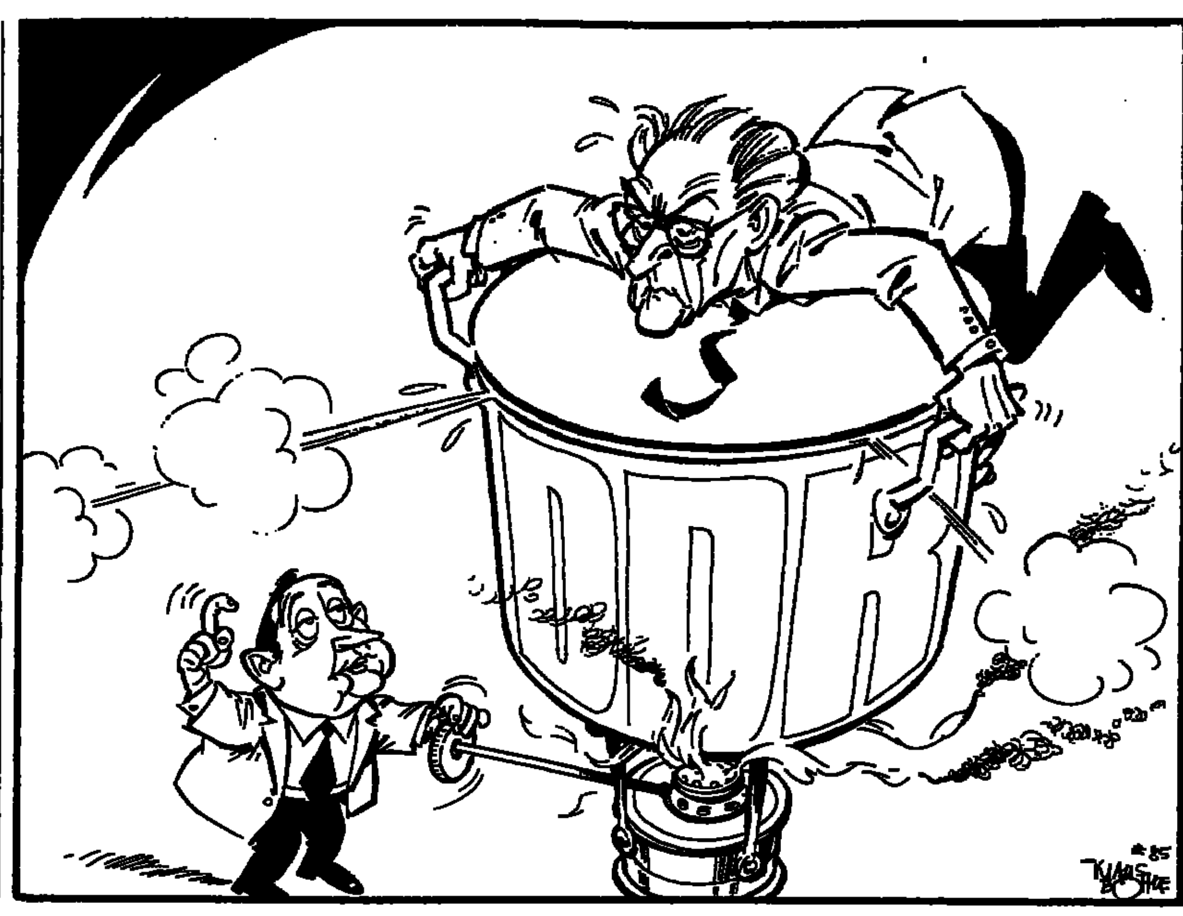
Der Rock des Staates sei zwar eng, aber er halte warm, hieß es einst unter preußischen Beamten. In der öffentlichen Meinung gilt diese Einschätzung noch heute. Und sie mag auch richtig sein – beim Amtmann, beim Regierungsdirektor oder gar beim Ministerialrat.

Für einen weiten Bereich des öffentlichen Dienstes allerdings klingt das Wort vom warmen Rock wie Hohn. Die unteren Einkommensgruppen – Postzusteller, Justizwachtmeister, ja selbst junge Polizisten in ihrem Mut und Opfer fordernden Beruf – sind von den Sozialhilfesätzen nicht weit entfernt. Teilweise berühren sich Sozialhilfesatz und Besoldung sogar. So hat es Bundesinnenminister Zimmermann jetzt vor dem Beamtenbund formuliert. Um im Bild zu bleiben: Die kleinen Beamten frieren.

Zimmermann ist ein Minister mit Mut. Er hat in den zwei Jahren seiner Amtszeit so manches brenzlige Thema aufgegriffen, ob im Umweltschutz, mit dem Katalysatorauto oder beim Ausländerthema. Und er ist offenbar entschlossen, das kalte Eisen der Unterbezahlung im einfachen Dienst anzupacken, bis eine Lösung gefunden ist – trotz der fortbestehenden Notwendigkeit zu sparsamem Umgang mit Staatsausgaben. Er will dies durchstehen, auch wenn es ihm keine neuen Freunde in den eigenen Reihen bringen dürfte.

Das Problem der Sozialhilfenähe der Einkommen unterer Besoldungsgruppen ist nicht neu. Es ist auch nicht erst mit der Koalition der Mitte entstanden. Sozialdemokraten, auch Freidemokraten müssen sich fragen lassen, was sie eigentlich trotz aller Bekenntnisse zum Schutz der Armen konkret getan haben.

Der Beamtenbund hat, natürlich, des Innenministers Absicht begrüßt. Über eines allerdings muß sich diese Organisation im klaren sein: Die Beseitigung des wahrhaft dringenden sozialen Problems am Fuß der Besoldungspyramide kostet Geld. Viel Geld. Gute Worte für den Plan des Innenministers zu finden genügt hier nicht. Sollen die Kleinverdiener unter den Beamten eine substantielle Einkommensverbesserung erhalten, dann muß im übrigen Forderungskatalog des Beamtenbundes einiges gestrichen werden.



„Moment – ich drehe die Hitze etwas runter!" KLAUS BÖHLE

Ende einer Hoffnung

Von Enno v. Loewenstern

Liegenlassen, so lehrt eine ehrwürdige Bürokraten- und Diplomatenregel, erledigt viele peinliche Sachen. Liegenlassen wickelt unter Umständen auch Menschenschicksale, wie sagt man, reibungslos ab. Die Menschen in der Prager Botschaft hatten zumeist alle Brücken hinter sich abgebrochen, ihren Hausstand aufgelöst, ihre Autos irgendwo stehengelassen, ihre Papiere vernichtet; alles in der Hoffnung, ein neues Leben anfangen zu können. Es wurde nichts daraus, sie haben nach langen, wohldosierten Wechselbädern zwischen Beschwichtigung und Verzweiflung aufgegeben und gehen wieder zurück ins Ungewisse. Ausgerechnet vor ihren Nasen war die Tür der Staatsraison hier und Systemraison dort zugeschlagen, nachdem doch knapp vierzigtausend durchgeschlüpft waren. Und was das bitterste ist: Niemandem kann ein Vorwurf gemacht werden, niemand kann sagen, wie man es hätte besser machen, den Menschen hätte helfen können.

Sie störten. Das war es. Sie störten die Kontinuität und auch das Arrangement, das darin bestand, über Beziehungen und Erleichterungen zu sprechen und Errungenschaften wie das Abkommen von Helsinki zu preisen, die in Verlautbarungen eine beglückende Rolle spielen, aber nicht in der Praxis eingeklagt werden sollen. Das mißverstehen die einfachen Leute, die glauben, Abkommen über die Menschlichkeit würden wegen der Menschen geschlossen.

Sie lesen da etwas vom Recht auf Freizügigkeit und stellen Anträge auf Ausreise. Das machen sie nicht so fein dosiert, wie es die Staatsmänner gern hätten, die natürlich auch Menschen sind, nur eben solche mit anderen Sorgen. Die Staatsmänner reden sich gegenseitig ein, das Regime sei doch eigentlich gar nicht so schlimm, da sei doch vieles erträglich geworden, und die wenigen noch Unzufriedenen werde man schon unauffällig meistern. Siehe da, es sind nicht nur ein paar Unzufriedene, es ist die gesamte Bevölkerung, abzüglich allenfalls einiger Nutznießer. Und anstatt höflich zu warten, wie es erste Kontinuitätspflicht ist, dringen sie in Botschaften ein und stören die ordnungsgemäße Ent- und Abwicklung der guten Beziehungen.

Sie sehen nicht ein, daß man das „so nicht machen kann"; sie sehen nur ihre Not und ihr Recht. Sie sehen auch nicht das Recht der Wohlstandsbürger, den Menschen in der Diktatur Belehrungen zu erteilen oder sie gar „Wirtschaftsflüchtlinge" zu nennen, weil sie so gut leben wollen wie ihre Kritiker.

Jene Kritiker, die ihr eigenes gutes Leben oft genug als Konsumzwang verdammen und nicht verstehen, daß eine freie Wirtschaftsordnung nicht nur der Weg zu besserem Essen, sondern auch der Weg der Freiheit schlechthin ist. Was die Menschen in der Diktatur reizt, ist ja nicht in erster Linie der Entzug jener großen Rechte auf Rede- und Schreibefreiheit, von denen hier so viel hergemacht wird. Sie reizt der tägliche Kommunismus, der tägliche Zwang: nicht kaufen zu können, was sie wollen, nicht den Beruf wählen zu können, der ihnen Spaß macht, nicht dorthin reisen zu können, wo sie gern wären – und nichts dagegen machen zu können, wenn man sie unhöflich behandelt, wo der Kunde nicht König ist, sondern Knecht. Konsum-„Zwang"? Den gibt es, allen Schwätzern zum Trotz, nur dort, wo einem das bißchen tägliche Brot Wahl-los zugeteilt wird.

Das treibt die verplanten Menschen zur Auflehnung, die wiederum durch ein ausgeklügeltes System der Strafen und Schikanen prekär niedergehalten wird. Nun



Rückkehr über die abgebrochenen Brücken: „DDR"-Einwohner nach dem Verlassen der Prager Botschaft FOTO: AP

wurde angeblich den Botschafts-People zum Lohn für die Rückkehr Straffreiheit zugesichert. Stimmen bei uns drängen auf Beobachtung jedes Einzelfalls der Zurückgekehrten, damit diese nicht doch bestraft werden, während andere warnen, daß die SED genug Mittel habe, durch harte Arbeit und schlechte Wohnungen zu strafen. Aber das Regime wird sie nicht mehr „strafen", als im Rahmen der Raison erforderlich ist. Man will einschüchtern, nicht reizen.

Die zunehmende Bereitschaft zum Risiko – und Flucht in eine Ständige Vertretung oder Botschaft ist ein Risiko; niemand drüben hält oder hielt das für einen patentsicheren Weg in die Freiheit – ist zwar durch den Erfolg zäher langmonatiger Entmutigungs- und Überredungsarbeit in der Prager Botschaft vorerst gedeckelt worden, aber sie ist für Honecker unübersehbar und letztlich unberechenbar. Noch herrscht keine polnische Stimmung in Mitteldeutschland. Aber man registriert auch dort, daß erstmals regimeamtliche Schinder vor Gericht gestellt wurden, man registriert die Erbärmlichkeit ihres Zitterns und Winselns und Berufens auf Befehle „von oben", wie man das sonst nur aus westdeutschen Prozessen nach dem Zusammenbruch der Diktatur kannte. Wer heute seinen Schindern gegnübersteht, muß nicht mehr der erste sein, der die Augen niederschlägt, und immer mehr Menschen drüben wissen das.

So wandelt Honecker auf schmalem Grat. Wo hier so viele die angeblichen Gefahren der „Destabilisierung" an die Wand malen, weiß drüben das Regime, daß es nicht stabil ist und millimetergenau zwischen Beschwichtigung und Brutalität lavieren muß, will es nicht zur *einen oder zur anderen* Seite *ins* Rutschen geraten. Menschlichkeit gibt es allein im Rahmen dieses Kalküls, und gegen Geld. Wenn die westlichen Betrachter wenigstens dies begriffen, wäre schon viel gewonnen für eine nüchternere Einschätzung des geliebten Kontinuitätsbegriffs. Aber nichts davon hilft uns über die Einsicht hinweg, daß wir in Prag mitschuldig wurden; unser Verstand natürlich spricht uns frei, aber unser Gewissen nicht.

IM GESPRÄCH Rainer Trampert

Das Glück im Trab

Von Detlev Ahlers

Die Grünen haben vieles verändert. Bescheidenheit ist nicht die Sache aller ihrer Vertreter, aber immerhin, seit es grünt, kann man in der zweiten Klasse – im Intercity zwischen Bonn und Hamburg – wieder einen leibhaftigen Parteivorsitzenden treffen. Nicht viele Fahrgäste bekommen das mit. Denn Rainer Tramperts Gesicht – auf einem langen, ein wenig schlacksigen Körper und bekränzt von Lockenpracht – ist noch nicht berühmt. Dabei ist er der Primus inter pares · im dreiköpfigen Vorstandssprecherrat, wie die Grünen ihren Parteivorsitz nennen. Obwohl er jahrelang ein Verfechter der Rotation war, ist er im Dezember auf der Bundesversammlung als einziger in diesem Amt bestätigt worden, das er seit November 1982 innehat.

Trampert ist 38 und hat Berufserfahrung. Er gehört nicht zu den vielen Grünen, die als Studenten die neue Welt erdacht haben. Als Sohn eines Handwerksgehilfen wuchs er im Kreis Dithmarschen auf, absolvierte die Mittelschule und, beim Grenzschutz, den Wehrdienst. Seit vierzehn Jahren arbeitet er bei der Texaco-Verwaltung in Hamburg, lernte dort den Beruf des Industriekaufmanns und qualifizierte sich in der Abendschule als Betriebswirt. Seit zwölf Jahren ist er Betriebsrat. Vor zehn Jahren warf ihn die IG Chemie hinaus, weil er dazu aufgerufen hatte, sich nicht an Aufsichtsratswahlen zu beteiligen, „sondern die Interessen selbst wahrzunehmen".

In den siebziger Jahren fand Trampert zum Kommunistischen Bund und dort den Freund Thomas Ebermann, der gerade aus der Hamburger Bürgerschaft rotiert ist; mit ihm hat er vor ein paar Tagen das Buch „Die Zukunft der Grünen" herausgebracht. Ihren Abschied vom Marxismus-Leninismus nahmen sie, weil er auf industrielles Wachstum baut – die beiden Alt-Maoisten kamen zu derselben Folgerung wie Deng Xiaoping, aber mit ganz anderem Inhalt: Marx konnte die Probleme der Jetztzeit nicht kennen und deswegen nicht lösen. Sie gingen zu den Grünen, weil sie dort eine ökonomische Kritik aus ökologischer Sicht fanden, die populistische Züge zu bekommen versprach.

Was sie mitbrachten, war die feste Überzeugung, daß die Überwindung des Kapitalismus nottut, „weil die Unterwerfung unter dieses System



Wider oktroyierte Bedürfnisse: Grünen-Chef Trampert FOTO: FERDI HARTUNG

der Bedürfnisse ... so viel an möglichem menschlichen Glück verhindert". Ihr Ansatz zur Veränderung ist nicht die Revolution einer Minderheit („es ist keine Umwälzung gegen den Willen der Mehrheit möglich"), sondern die Suche nach „Motiven in den Menschen selbst, die gegen dieses oktroyierte Bedürfnissystem rebellieren". Diese Rebellion will Trampert schüren; so liest sich sein Buch, so hören sich seine Reden über die Bundesrepublik an wie eine Untergangsschilderung über eine Masse entmündigter Lemminge.

Doch das stimmt eigentlich nicht überein mit dem Lebensgefühl, das Trampert selbst ausstrahlt. Der Junggeselle führt ein zufriedenes zweisames Privatleben und genießt die Trabrennbahn und die Siegesprämien seiner „Moosperle". Fußball sieht er gern, allerdings nicht im Volksparkstadion beim HSV, sondern am Millerntor beim FC St. Pauli. Weil dieser Verein sich im Dritten Reich anständig gegenüber seinen verfolgten Mitgliedern gezeigt hat, sagt Trampert, und weil die Tribüne dort „netter" und arbeiternäher ist.

Auch Politik macht ihm Spaß. Zusammenarbeit mit der SPD lehnt er vehement ab; es ist schwer zu sagen, ob das Taktik oder Strategie ist. Als möglichen SPD-Kanzlerkandidaten sieht er Hans Apel, wenn der in Berlin Bürgermeister werden sollte. Auf jeden Fall rechnet er mit einem Erstarken dieses Flügels der Sozialdemokraten, und gar nicht klammheimlich hofft er, daß dies seiner Partei neue Wähler zutreibt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

REUTLINGER GENERAL-ANZEIGER

Er meint zum Stuttgarter FDP-Parteitag:

Die Partei will, wie Morlok erklärte, vor allem zu den Grünen abgewanderte Mitte-Wähler zurückgewinnen. Ob es eine solche Spezies in ausreichender Zahl gibt, um parlamentarisch im Lande zu einem neuen Anfang zu kommen, wird sich zeigen müssen. Das schließt die jungen Wähler ein, die man noch nicht allein durch junge Gesichter in den Führungsämtern mobilisiert. Bangemann hat deshalb wohl auch recht, daß es gleichzeitig der Erarbeitung breiterer programmatischer Grundlagen bedarf, die liberale Perspektiven einsichtiger machen und verstärkt im öffentlichen Bewußtsein verankern.

Nordwest Zeitung

Das Oldenburger Blatt kommentiert die SPD-Medienpolitik:

Nach dem relativ erfolgreichen Start des ersten privaten Fernsehprogramms ... mußten die Sozialdemokraten befürchten, daß die Realität auf den Bildschirmen ihrer Medienpolitik meilenweit voraus sein könnte. Jetzt, wo es sich abzeichnet, daß die CDU/CSU-Regierungschefs einen staatsvertraglichen Alleingang verwirklichen könnten, spüren die SPD-Regierungschefs den Zwang zur Einigung. Wie wollten sie sonst ihren Wählern wohl erklären, daß im Nachbarland Niedersachsen Programmvielfalt herrscht, an Rhein und Ruhr dagegen nicht?

TAGESZEITUNG

Das linke Szeneblatt fragt nach neuen Perspektiven durch den Terror:

Heute gibt es offensichtlich genügend viele „Gruppen im Widerstand", um seit zwei Wochen fast täglich Anschläge durchzuführen, so dezentral, daß es schwerfällt, alle mitzubekommen, begleitet von ganz unterschiedlichen Erklärungen, was auf – im Detail – unterschiedliche politische Selbstverständnisse schließen läßt. Doch das Wichtigste: Politisch sind diese Anschläge bezogen auf die von der Friedensbewegung genannten Ziele: Kampf dem NATO-Militärapparat, Kampf der Aufrüstung. Die RAF in ihrer alten Avantgarde-Isolierung gibt es offenbar gar nicht mehr, derzeit bieten verschiedene Gruppen im Widerstand der darniederliegenden Friedensbewegung eine neue Perspektive an. Ihre zwei Dutzend Anschläge haben ganz materiell gesehen „dem Feind" mehr geschadet als alle Aktionen der Friedensbewegung.

Von „Haß und Wut" der Egalitären wider das Individuum

Martin Bangemanns interessanter Auftakt / Von Günther Bading

Martin Bangemann sprach scherzhaft von einer „historischen Stunde". Zum ersten Mal in seiner Politikerkarriere verlese er eine Rede vom Manuskript, sagte der für seine Eloquenz bekannte künftige FDP-Vorsitzende beim Dreikönigstreffen. Bangemann, dessen Wahl zum Nachfolger des amtsmüden FDP-Chefs Genscher im kommenden Monat kaum noch fraglich sein dürfte, hatte gut daran getan, sich gründlich vorzubereiten. Denn es klang doch ein wenig nach historischem Moment, was er zu sagen hatte.

Zum einen wurde in Stuttgart offenkundig, daß das Datum des Führungswechsels in der FDP in Wahrheit wohl nicht im Februar liegt, sondern auf den vergangenen Sonntag zu terminieren ist. Bangemann sprach nicht wie ein Kandidat; er beanspruchte deutlich schon jetzt das Recht für sich, die künftige Linie vorzugeben. Genscher trug diese Vorstellung mit, unterstützte sie sogar in seiner Rede und gab sich ganz als Elder Statesman.

Nach dem Zustandekommen der sozial-liberalen Koalition hatte der damals tonangebende Werner Maihofer dies als ein historisches Ereignis für den Liberalismus bezeichnet. Bangemann beschrieb in seiner glanzvollen Begründung für ein langfristiges Zusammengehen mit den Unionsparteien über 1987 hinaus eine Entwicklung, die den Vergleich des Historischen mit jenem Maihofer-Wort durchaus beanspruchen kann.

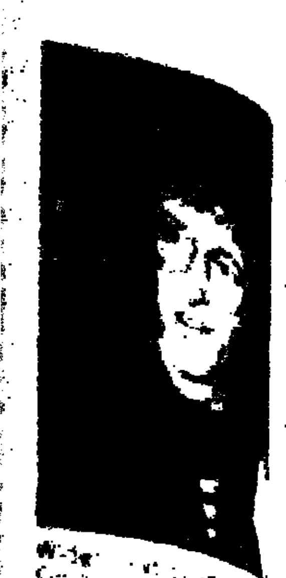
Mit dem Emporkommen der Grünen habe sich die politische Landschaft nicht einfach von einem Drei- zu einem Vier-Parteien-System gewandelt, sagte Bangemann. Im Dreiersystem habe ein Grundkonsens in den wichtigen Fragen bestanden, der jeder der drei Parteien erlaubte, mit jeder anderen zu koalieren. Das Auftreten der Grünen habe jedoch „den alten Grundkonsens zerstört". Deshalb gebe es im Grunde heute kein Vier-Parteien-System, sondern „zwei Lager", Grüne und SPD auf der einen, FDP und Union auf der anderen Seite. Seine Partei müsse erkennen: „Liberale Politik läßt sich heute und über 1987 hinaus nur im Bündnis mit der CDU/CSU verwirklichen."

Warum die vorgezogene Koalitionsaussage, wo doch auch Bangemann zugab, daß die Aufspaltung in zwei nicht koalitionsfähige Lager – hie Freiheit, dort Kollektivismus mit all seinen Formen staatsdirigistischer Wirtschaftsführung – keinen Ewigkeitswert haben muß? Die Antwort ergibt sich in einem Jahr mit drei schweren Landtagswahlen für die FDP fast von selbst. Nach der Abkehr von dem Experiment einer sozial-liberalen Koalition können die Liberalen nur aus jenem Bereich Wähler rekrutieren, der während der Kanzlerzeiten Brandts und Schmidts zwar Union wählte, aber nicht aus Überzeugung, sondern mangels Alternative. Hier mußte Bangemann Verläßlichkeit, ja Unentbehrlichkeit seiner Partei predigen. Zum zweiten mag der künftige Vorsitzende auch ein wenig auf den Koalitionspartner geschielt haben, als er deutlich zu machen suchte, daß diese heutige SPD nicht mehr koalitionsfähig sei. Und dies nicht allein wegen ihrer aus der marxistischen Mottenkiste hervorgekramten Wirtschaftslehren, sondern auch aus Gründen der Sicherheit.

Bangemann bemühte dazu ein Zitat der SPD-Professorin Gesine Schwan: „Die Dynamik der Gestaltung sozialdemokratischer Politik geht zur Zeit von Oskar Lafontaine, Erhard Eppler und Egon Bahr aus." Ihr gemeinsamer Nenner ist die kritische Distanz gegenüber dem Westen, das Mißtrauen (bis zur Gegnerschaft) gegen die Politik der USA und das Fördern nationalistischer Ressentiments gegen die Supermächte, hier wieder insbesondere gegen Amerika, unter der „hoffähigen Parole" des neuen Patriotismus. Und weiter: „Der so eingeschlagene Kurs führt geradewegs dahin, die im Zeichen der Freiheit angetretene deutsche Sozialdemokratie de facto zu einem der wirksamsten Instrumente sowjetischer Hegemonialpolitik zu machen." Welchem Unionspolitiker dürfte bei solcher Aussicht noch der Gedanke an eine Große Koalition kommen?

Blickten einander nach diesem Zitat die in Südwest immer noch starken Vertreter des linken FDP-Flügels betroffen an, so ließ Bangemann sein ganzes Auditorium erstarren, als er die ketzerische Frage stellte, ob „die FDP stirbt, weil sich die liberale Idee überlebt hat".

Daß die Antwort nein lauten mußte, war klar. Bangemann aber nutzte diesen Ansatz zu einer Philippika gegen Gleichmacherei, zu Elogen über den Wert des Individuums und zu langen nachdenklichen Passagen über die Gefahren individualistischen Verhaltens in einer egalitären Primitivgesellschaft, in der die Gleichmacher – und wer sollte das im Zwei-Lager-System sein, wenn nicht Grüne und SPD? – „Haß und Wut" gegen das Individuum entladen. Fast schien es, als schicke sich Bangemann an, nicht nur Parteichef Genscher zu ersetzen, sondern auch gleich den als Vordenker gepriesenen Professor Dahrendorf – den allerdings mit umgekehrten Vorzeichen.



Ein wenig Hoffnung auf Wärme im frostigen Genf

Die Außenminister Shultz und Gromyko versuchen in Genf einen Neuanfang der Abrüstungsverhandlungen der Supermächte. Die in der Schweiz wie fast überall in Europa herrschende sibirische Kälte gibt den frostgewohnten Russen einen „Feldvorteil“. Aber ein Amerikaner meinte *optimistisch*: „Nun kann es eigentlich nur noch wärmer werden.“

Von BERNT CONRAD

Eines werden George Shultz und Andrej Gromyko während ihres zweitägigen Treffens bestimmt nicht tun: Sie werden keinen Waldspaziergang nach dem Vorbild der INF-Unterhändler Paul Nitze und Julij Kwizinski unternehmen. Denn dafür ist es in Genf derzeit viel zu kalt.

Als die amerikanische Wagenkolonne gestern morgen um 9.25 Uhr nach kurzem Weg vom Interconti-Hotel auf dem sowjetischen Botschaftsgelände an der Avenue de la Paix anhielt, beeilten sich der US-Außenminister und seine Begleiter, rasch durch den arktischen Frost zum ersten Gespräch in die russische Residenz zu kommen. Nur kurz schüttelte Shultz die Hände des am Eingang der modernistischen Villa wartenden Botschafters Dobrynin und des stellvertretenden Außenministers Kornienko. Dann ging es hinein die Wärme.

Womit allerdings noch nichts über die politische Atmosphäre gesagt war. Sie wurde von dem einzigen zum Auftakt zugelassenen amerikanischen Wortberichterstatter als „nichtssagend und geschäftsmäßig“ geschildert. Nach seinen Worten gab es „weder Spannung noch Jovialität“, als sich Shultz und Gromyko auf ein obligates Sofa setzten um für die Fotografen zu posieren. „Sind Sie müde?“ fragte der 75jährige sowjetische Außenminister seinen Partner. „Nein, ich habe etwas im Flugzeug geschlafen“, erwiderte der Amerikaner. Darauf Gromyko, fast versonnen: „Man hört nur noch das Klicken der Kameras“.

Im Nebenraum, einem viktorianisch anmutenden Eßzimmer, gruppierten sich derweil die Verhandlungsdelegationen um einen großen Tisch mit Mineralwasser-Flaschen. Über ihnen ein Tschernenko-Bild.

Für die Amerikaner nahmen neben Shultz der Sicherheitsberater Präsident Reagans, Robert McFarlane, so wie Nitze, Moskau-Botschafter Arthur Hartman und Sowjetexperte Jack Matlock Platz. Ein paar hundert Meter entfernt warteten im obersten Stockwerk des Interconti noch die Staatssekretäre Richard Burt (Außenministerium) und Richard Pearl (Verteidigungsministerium), der Chef der US-Abrüstungsbehörde, Kenneth Adelman, und der frühere START-Unterhändler Rowny, um sofort nach der ersten Sitzung eine Zwischenanalyse anzustellen.

Shultz hat die ungewöhnlich prominente Zusammensetzung seines Teams als Beweis für Reagans ernsthaften Verhandlungswillen bezeichnet. Einen anderen Aspekt nannte ein Washingtoner Journalist: „Wer hier anwesend ist, kann nicht zu Hause mögliche Verhandlungsergebnisse kaputt machen“.

Völlig abweichende Erwägungen haben offensichtlich die Auswahl der sowjetischen *Delegation* bestimmt: Außer Gromyko, Dobrynin und Kornienko waren der frühere START-Unterhändler Karpow, Amerika-Fachmann Obukow und Dolmetscher Sukodrew erschienen. Durch Abwesenheit glänzte hingegen der alerte Kwizinski, der von November 1981 bis November 1983 mit seinem amerikanischen Kontrahenten Nitze am gleichen Ort ergebnislos über die Mittelstreckenwaffen diskutiert hatte. Ein sowjetischer Beobachter legte Wert auf den *Hinweis, daß Gromyko* auch keinen anderen INF-Experten mit nach Genf genommen habe. Naheliegende, nicht ausdrücklich bestätigte Schlußfolgerung: Moskau will im Augenblick – trotz allgemein gehaltener Zusicherungen – gar nicht konkret über die Westeuropa bedrohenden SS 20-Raketen und die dagegen aufgebauten Pershing 2-Raketen verhandeln; es ist primär daran interessiert, das amerikanische Forschungsprogramm für eine „strategische Verteidigung“ im Weltraum zu stoppen.

Diese von den sowjetischen Medien seit Wochen propagierte Stoßrichtung ließ Gromyko am Sonntag gleich bei seiner Ankunft auf dem Genfer Flughafen erkennen, als er (wie üblich mit steifem Hut und seriöser Miene) als erstes auf den Weltraum zu sprechen kam. „Die Sowjetunion befürwortet die Ausarbeitung grundsätzlicher Richtlinien für Verhandlungen mit dem Ziel beiderseitig akzeptabler Vereinbarungen, die einen Rüstungswettlauf im Weltall verhindern und gleichzeitig Fortschritte in Richtung auf radikale Reduzierungen atomarer Waffen so wie auf lange Sicht die totale Beseitigung atomarer Waffen sicherstellen“, verkündete der Sowjet-Außenminister, von einem Zettel ablesend, in englisch.

Das bedeutet im Klartext: Konkret geht es den Russen zur Zeit nur um den Weltraum – die „totale Atomabrüstung“ bleibt Zukunftsmusik. Deshalb wird Kwizinski im Augenblick nicht gebraucht. Daß Präsident Reagan eine gegenteilige Position vertritt, beweist nicht nur die prominente Rolle von Nitze, des Experten für die Mittelstrecken-Waffen innerhalb der US-Delegation, sondern mehr noch die sachliche Festlegung, *daß am Ablauf des fünfjährigen Weltraumforschungsprogramms*, das ja allein der Verteidigung dienen soll, nicht zu rütteln sei. Wie weit der amerikanische Außenminister dies seinem sowjetischen Gesprächspartner plausibel machen und ob er ihn mit anderen „sehr interessanten und vernünftigen Vorschlägen“ (O-Ton Shultz) zum weiterverhandeln bewegen kann, wird für den heutigen Ausgang des Genfer Treffens entscheidend sein.

Die von den fast tausend angereisten Journalisten auf vielfache Weise zitierte „eisige Atmosphäre“ Genfs wird auf das Ergebnis keinen großen Einfluß haben, wenngleich sie der russischen Delegation sympathischer sein mag als der amerikanischen. „Um so wichtiger erscheint mir eine allgemeine klimatische Erwärmung“, kommentierte ein US-Diplomat lächelnd.



Auftakt in Genf: Gromyko und Shultz in der Sowjet-Mission FOTO: AP

Vergeblich haben die vier großen amerikanischen Fernsehgesellschaften versucht, dem für Genf sehr ungewöhnlichen sibirischen Klima ein Schnippchen zu schlagen und die sonst nur im Sommer 140 Meter hoch sprudelnde Fontäne im Genfer See aus Anlaß der Außenministergespräche zu winterlichem Leben zu erwecken. Sie waren bereit, dafür 200 Franken in der Stunde zu bezahlen; die Industrie der Stadt wollte (zu Werbezwecken) *6000* Franken für die benötigte elektrische Energie dazu geben.

Aber „Väterchen Frost“ ließ nicht mit sich handeln. Trotz intensiver Bemühungen blieb die Fontäne den ganzen Sonntag über unsichtbar, auch gestern morgen, als sich Shultz und Gromyko das erste Mal zusammensetzten, konnten den amerikanischen Fernsehzuschauern keine Bilder des vor der Kulisse der Altstadt hochschießenden Wassers geboten werden. „Bei einer Brise von 28 Stundenkilometern und zehn Grad Frost ist es unmöglich, die Fontäne in Bewegung zu setzen“, meinte ein Sprecher der Wasserwerke.

Trost fanden die TV-Reporter und die anderen durch das Fehlen substantieller Informationen und das ständige Warten in der Kälte frustrierten Journalisten im reichhaltigen gastronomischen Angebot der routinierten Schweizer Konferenzstadt. Ob im Gourmet-Tempel oder an langen Holztischen im Café de Paris – abends trifft sich alles, was tagsüber das amerikanische Pressezentrum im Interconti-Hotel bevölkert, nahe der Rhône bei Speis und Trank und spült jeden Kummer hinunter. Genf ist tatsächlich mehr als eine Verhandlung wert.

Der „zweite Lohn“ lastet schwer auf den Unternehmen

Zu jeder Mark, die ein Unternehmer an Lohn oder Gehalt zahlt, kommen 79 Pfennig zusätzliche Personalkosten. Und diese Nebenkosten wachsen schneller als die Bruttolöhne. Eine Herausforderung für die Tarifpartner.

Von PETER JENTSCH

Die Arbeit in der Bundesrepublik wird immer teurer. Mittlerweile machen die Aufwendungen für Löhne, Gehälter und Personal-Zusatzkosten – die sogenannten Arbeitskosten – rund ein Fünftel der gesamten Kosten der Unternehmen im produzierenden Gewerbe, im Handel und bei den Dienstleistungs-Unternehmen aus. Die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Hersteller auf dem Weltmarkt wird dadurch immer ungünstiger.

1984 erreichte der Preis für die Arbeit einen neuen Höchststand: 28,49 Mark kostete durchschnittlich jede Arbeitnehmerstunde, eine Mark mehr als ein Jahr zuvor (27,42 Mark). Das sind die höchsten Arbeitskosten aller EG-Länder (in den Niederlanden liegen sie zum Beispiel bei 26,30 Mark, in Großbritannien bei 17,13 Mark).

Zu dieser Entwicklung trugen insbesondere die Personal-Nebenkosten mit einem Anteil von 79,2 Prozent am Lohn oder Gehalt bei (1983: 78,3 Prozent). Anders ausgedrückt: Ein Unternehmen muß durchschnittlich zu jeder Mark, die es als Lohn oder Gehalt für geleistete Arbeit ausgibt, zusätzlich weitere 79 Pfennige „löhnen“. Zum Vergleich: 1966 lag dieser Satz noch bei 43 Pfennigen.

Aufs Jahr gerechnet, sieht die Belastung der Unternehmen mit Arbeitskosten so aus: 1983 (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) mußte die Wirtschaft je Arbeitnehmer durchschnittlich *52 100 Mark aufwenden. Davon* waren 22 900 Mark Personal-Zusatzkosten. Das sind immerhin 43,9 Prozent der gesamten Personalkosten. Und in den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, daß dieser „zweite Lohn“ schneller wächst als das Direktentgelt, der Bruttolohn.

Folge: Nicht nur die Arbeitgeber werden mit hohen Betriebskosten belastet. Auch die Arbeitnehmer sind „gekniffen“. Ständig nämlich werden steigende Teile des Gegenwertes ihrer Arbeit gesetzlich oder kollektivvertraglich gebunden und mithin ihrer privaten Verfügung entzogen. Die Arbeitnehmer-Einkommen wachsen zwar ständig, aber letztlich bleibt davon verhältnismäßig immer weniger *netto verfügbar.*

Gleiche Entwicklung auch bei Dienstleistungen

Diese Entwicklung gilt im übrigen nicht nur für das produzierende Gewerbe. Im gesamten Dienstleistungsbereich sind die Zahlen ähnlich, im Banken- und Versicherungsgewerbe werden die genannten Durchschnittswerte sogar erheblich übertroffen.

Der Anstieg der Personal-Zusatzkosten ist etwa zu gleichen Teilen auf Steigerungen der gesetzlichen und der tarifvertraglichen beziehungsweise betrieblichen (freiwilligen) Sozialleistungen zurückzuführen. Die gesetzlichen Leistungen, dazu zählen Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, bezahlte Feiertage, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, kletterten von 34,2 Prozent im Jahre 1982 auf 34,4 Prozent von Lohn oder Gehalt 1983.

Dabei gab es zwei gegenläufige Entwicklungen: Während die Sozialversicherungs-Beiträge der Betriebe um 0,4 Prozentpunkte zunahmen, war beim Posten Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine Entlastung um 0,2 Prozentpunkte zu verzeichnen, weil der Krankenstand der Arbeitnehmer 1983 leicht rückläufig war (von 5,74 auf 5,6 Prozent).

Die tariflichen und freiwilligen Leistungen, dazu zählen mehr Urlaub, Sonderzahlungen, Leistungen der Vermögensbildung, betriebliche Altersversorgung und ähnliches, stiegen 1983 um 0,2 Prozentpunkte, nämlich von 43,7 auf 43,9 Prozent. Dabei schlugen hauptsächlich Urlaubsverlängerungen zu Buche, die zwischen den Tarifparteien vereinbart wurden. Mit 20,3 Prozent des Direktentgelts liegt der betriebliche Kostenfaktor Urlaub an zweiter Stelle der Rangliste der Zusatzkosten hinter den gesetzlichen Arbeitgeber-Beiträgen zur Sozialversicherung.

Zusatzkosten seit 1966 versechsfacht

Wie stark die Personal-Zusatzkosten die betrieblichen Personalkosten insgesamt erhöht haben, macht ein langfristiger Vergleich deutlich. Von 1966 (damals wurde dieser Bereich der betrieblichen Arbeitskosten erstmals und seither alle vier Jahre vom Statistischen Bundesamt durchleuchtet) bis 1983 haben sich die Personal-Zusatzkosten je Arbeitnehmer von *4002 Mark auf 22 900 Mark* fast versechsfacht (Zunahme plus 472 Prozent, jährlich etwa plus 10,8 Prozent). Die Personalkosten insgesamt haben sich in dieser Zeit von 13 232 Mark auf 52 100 Mark vervierfacht; das entspricht einer *Zunahme* um 294 Prozent (8,4 Prozent jährlich). Das Entgelt für geleistete Arbeit, der eigentliche Lohn, hat sich hingegen von 9230 Mark auf 22 900 Mark (216 Prozent oder sieben Prozent jährlich) „nur“ verdreifacht.

Der langfristige Trend läßt allerdings auch erkennen, daß sich die Wachstumsdynamik der gesamten Personalkosten seit 1972 abgeflacht hat. Im Erhebungszeitraum 1981/84 haben die Personalkosten im produzierenden Gewerbe mit rund zwölf Prozent nur gut halb so kräftig zugenommen wie in der Zeit von 1978 bis 1981 (plus 22 Prozent).

Diese Zahlen zeigen, daß bei zunehmender Verteuerung des Produktionsfaktors „Arbeit“ seit 1966 die gesetzlich und tariflich verursachten Kostensteigerungen besonders „teuer“ zu Buche schlugen. Anders ausgedrückt: Setzt man die gesamten Personalkosten gleich 100, dann hat der darin enthaltene *Anteil* der Personal-Zusatzkosten ständig zugenommen, nämlich von 30,2 Prozent 1966 auf 43,9 Prozent im Jahre 1983. Entsprechend hat der Anteil des Lohnes oder Gehalts an den gesamten Personalkosten von 69,8 Prozent auf 56,1 Prozent abgenommen.

Sollte dieser Trend anhalten, dann zeichnet sich nach Auffassung des Instituts der deutschen Wirtschaft für Mitte bis Ende der 90er Jahre ein Verhältnis zwischen Direktentgelt und Personal-Zusatzkosten von 1:1 ab.

Der „zweite Lohn“ trägt damit entscheidend zur Verteuerung der gesamten Arbeitskosten bei – und erschwert dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. 44 Prozent der Zusatzkosten sind freilich gesetzlich verursacht und damit kaum reduzierbar. Von den restlichen Kosten ist der überwiegende Teil tarifvertraglich festgeschrieben. Hier eröffnet sich den Tarifparteien, also Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, die Chance, die Kostendynamik in den Griff zu bekommen.

Vom imaginären Aal bis zum gepanschten Wodka

Wo Mangel herrscht, gibt es auch Geschäfte mit dem Mangel. Es sind Geschäfte jenseits der Legalität, die man in der „DDR“ „Straftaten gegen die Volkswirtschaft“ nennt. Es sind oft „typisch sozialistische“ *Delikte*.

Von KLAUS PETERS

Auf den Spuren des berühmten Schusters Voigt, besser bekannt als Hauptmann von *Köpenick*, wandelte im gleichnamigen Ostberliner Bezirk ein 49jähriger Mann. Er besetzte kein Rathaus, sondern legte zahlreiche Mitbürger herein. Er gab sich nämlich als Mitglied der Köpenicker Fischereigenossenschaft aus und köderte Geschäftsleute und Privatpersonen mit der verlockenden Aussicht auf Aale. 25 Mark pro Stück zahlte jeder gern, auch wenn die Lieferung nicht sofort erfolgte. Schließlich ist Aal, wie vieles andere, eine Rarität in der „DDR“. Doch Alfred, wie er in Gerichtsberichten genannt wurde, hatte keine Aale. Er kassierte und ward nie wieder gesehen. Das Urteil: Zwei Jahre Haft – außerdem darf Alfred drei Jahre nicht mehr Ost-Berlin betreten.

In der „DDR“ kommen viele Leute mit dem Gesetz in Konflikt, die versuchen, aus der schlechten Versorgungslage Kapital zu schlagen. Verkäufer von Auto-Ersatzteilen, Fliesenleger, Mitarbeiter des Baustoffhandels, sogar die Blumenfrau um die Ecke – in der „DDR“ sind das nach Feststellung Ostberliner „Wochenpost“ Berufe, die besondere Standhaftigkeit erfordern. „Tätigkeiten also, bei denen man sowohl mit begehrlichen Artikeln als auch mit mehr oder weniger zahlungskräftigen Kunden in Berührung kommt“, wie die „Wochenpost“ meint.

So auch der Filialleiter des Kombinats Haushaltsgeräte in Chemnitz (Karl-Marx-Stadt). Der verkaufte 124 Tiefkühltruhen ausschließlich an Freunde, Bekannte oder besonders zahlungskräftige Kunden, für Aufschlag oder Gegenleistung. Denn auch hinter Tiefkühltruhen ist der Normalverbraucher her wie der Teufel hinter der armen Seele, während laut Statistischem Taschenbuch 1984 von 100 Haushalten 99 einen „Haushaltskälteschrank“, sprich Eisschrank, haben. Tiefkühltruhen allerdings sind in der Statistik gar nicht erfaßt. 41 Monate Haft, 30 000 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Be*rufsverbot lautete das Urteil.*

„Kannst Du mir, gebe ich Dir“, sei das Motto, beklagte die „Wochenpost“ schon vor längerer Zeit die „zunehmende Geschäftemacherei“ und den Handel unter dem Ladentisch.

Pech hatte die 46jährige Hauptsachbearbeiterin eines Baustoffkombinats im Bezirk Potsdam. Ihr Trick: Verkauf von knappen Baumaterialien an private Kunden. Da sie das alles als, in gewissem Rahmen erlaubten Eigenbedarf deklarierte, fiel es im Betrieb nicht einmal auf. Zwischen 50 und 500 Mark pro Verkauf kassierte die Frau „Trinkgeld“. Die Quittung – 46 Monate Haft.

Auch leitende Funktionäre sind in Versuchung, die Quelle, an der sie sitzen, sprudeln zu lassen. In Dresden wurden der Sicherheitsbeauftragte eines Großhandelskombinats und sechs weitere Angeklagte zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Sie hatten Kakao und andere knappe Lebensmittel „abgezweigt“.

Fünf Mitarbeiter einschließlich des Gaststättenleiters mußten in Neubrandenburg für fünf bis sieben Jahre hinter Gitter. Sie hatten ausgerechnet im Lokal der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft, „Drushba“, Wodka mit Wasser gepanscht. Kräftig sogar, denn das Gericht veranschlagte den daraus erzielten Gewinn auf 150 000 Mark.

Das Statistische Jahrbuch von 1983 für die „DDR“ verzeichnet zwar einen Rückgang in der Rubrik „Diebstahl sozialistischen Eigentums“, aber Zunahmen bei Delikten wie „Betrug und Untreue gegen sozialistisches Eigentum“ und „Straftaten gegen die Volkswirtschaft“. Und seit 1. Juli 1984 kann auf Grund einer neuen Verordnung jeder mit einer Ordnungsstrafe belegt werden, „der fahrlässig einen anderen als den gesetzlich zulässigen Preis veranlaßt, fordert oder vereinnahmt“. Das dafür zuvor gültige Strafmaß (1000 Mark) wurde verzehnfacht, um Schwarzmarkt und Korruption zu bekämpfen.

Besonders abschreckend aber wirken solche Verordnungen nicht. Beispiel aus dem Kreis Burg (Bezirk Magdeburg) aus den letzten Wochen: Ein Rentner (71) und seine Ehefrau (48) ergaunerten 2,9 Millionen Mark *und müssen dafür 15 und sieben Jahre* ins Zuchthaus. Dabei wandten sie einen Trick an, der eigentlich fast jedem „DDR“-Bürger – auch auf Grund von zahlreichen Verurteilungen – geläufig sein sollte: Sie versprachen ihren „Kunden“, daß sie vorzeitig ein Auto beschaffen könnten, und kassierten dafür in 211 Fällen Anzahlungen zwischen 12 000 und 26 000 Mark.

Dazu muß man wissen: Für einen Neuwagen aus „DDR“-Produktion gibt es Wartezeiten zwischen acht und zehn Jahren, und für ein schon mehrere Jahre altes Auto läßt sich spielend der Neuwagenpreis (oder mehr) erzielen, wenn der Verkäufer in der Lage ist, sofort zu liefern.

Nicht gekleckert, sondern geklotzt *haben auch gleich* vier von 60 Mitgliedern der „Produktionsgenossenschaft Maler“ in Barth im Bezirk Rostock. Sie betätigten sich – erlaubt und nicht unerwünscht – als Feierabend-Arbeiter. Bei uns nennt man das „Schwarzarbeit“, in der „DDR“ werden damit Arbeiten ausgeführt, die von den Handwerksbetrieben nicht geschafft werden.

Nur: Die Brigadiere aus Barth verlangten von Wohnungsinhabern und Eigenheimbauern, aber auch von Firmen, die sich ihrer Dienste versicherten, überhöhte Preise, zum Beispiel statt des zulässigen und staatlich festgesetzten Stundenlohns von fünf Mark gleich zwölf Mark.

Einer der Angeklagten, der einen Schaden von 12 773 Mark verursachte *und den bescheidenen Gewinn von* 611 Mark verbuchte, mußte für zwei Jahre in den Knast, die drei anderen mit den höheren Gewinnen erhielten höhere Strafen – bis zu sieben Jahre.

Die Beispiele aus Gerichtsberichten in „DDR“-Zeitungen ließen sich beliebig fortsetzen. Zum Beispiel über einen Bauarbeiter aus Wismar, der in seinem „Trabant“ von der volkseigenen Baustelle Material im Wert von 185 000 Mark wegschaffte und verscherbelte. Oder über die sechs Serviererinnen einer Eisbar in der Ostberliner Karl-Marx-Allee, die jeweils in der Nachtschicht – „weil da keine Kontrollen kamen“ – mit Hilfe der Küchenfrauen die Eisportionen verwässerten. Gewinn insgesamt *140 000 Mark; Freiheitsstrafen zwi*schen zwei und drei Jahren.

Es kann einem „DDR“-Bürger durchaus passieren, daß ihm in einem Geschäft nicht nur der Preis eines besonders raren Gegenstandes genannt wird, sondern der Verkäufer für den Rasenmäher, die Kacheln für das Badezimmer oder den Reifen für den „Trabbi“ noch ein „Steak“ verlangt. Damit sind 20 Mark West oder 100 Mark Ost gemeint.

Medien: Union denkt doch an Alleingang

GERNOT FACIUS, Bonn

Das als „Kompromißangebot" deklarierte Papier der SPD-Ministerpräsidenten zur Medienpolitik wird von der Mehrheit der Unions-Regierungschefs als nicht geeignet betrachtet, schon in Kürze doch noch eine Einigung über einen einheitlichen Staatsvertrag zu ermöglichen. „Als Signal der Verhandlungsbereitschaft interessant – vom Inhalt her leider kaum hilfreich", so bewertete der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel, Vorsitzender der Rundfunkkommission der Länder, die am Sonntag veröffentlichte „Düsseldorfer Erklärung". Die Sprecher der sogenannten A-Länder hatten darin ein Abrücken von der Einführung von Werbesendungen im 3. Hessischen Fernsehprogramm abgelehnt, eine Überprüfung dieses umstrittenen Beschlusses in das Belieben der zuständigen HR-Gremien gestellt. Das heißt, die jetzt mögliche Werbezeit in HR III wird dem „Bestand" der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zugeschlagen, von dem man als Faktum auszugehen habe.

Hier gehen die Auffassungen weit auseinander. „Unserer Meinung nach ist diese Werbung rechtswidrig", erklärte für die Unionsländer der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel. „Denn ein Ministerpräsidentenbeschluß aus dem Jahre 1962 verbietet die Werbung in den 3. Fernsehprogrammen ausdrücklich." Die jetzt für den Westdeutschen Rundfunk (Hörfunk) von der SPD geforderten 100 Werbeminuten hält Barschel für „ziemlich happig". Dies könne nicht das letzte Wort sein. „Andererseits," sagte der Kieler Regierungschef der „Bild"-Zeitung – „bin ich aber auch der Meinung, daß unsere Forderung, die WDR-Hörfunkwerbung auf 32 Minuten zu begrenzen, verhandelbar ist."

Die Regierungschefs der von CDU und CSU geführten Länder gehen in ihre für den 14. Januar angekündigten separaten Gespräche mit der Zielsetzung, den Entwurf eines Sieben-Länder-Staatsvertrags anzustreben und dieses Papier dann den sozialdemokratischen Amtskollegen als „Angebot" vorzulegen. Diese Absicht kam bereits in Barschels Replik am Sonntagabend zum Ausdruck: „Ich persönlich wünsche mir zwar nach wie vor eine bundeseinheitliche Regelung, halte einen Ländergruppen-Staatsvertrag aber für unvermeidlich, wenn die SPD-Länder nicht einem Kompromiß zustimmen." Seine Skepsis gegenüber dem SPD-Vorgehen brachte Barschel auf die Formel: „Wenn es (das Kompromißpapier) als Ultimatum gedacht ist als letztes Angebot, dann brauchen wir gar nicht noch mal zu verhandeln. Wenn es aber eine neue Diskussionsgrundlage sein sollte, sollten wir noch mal darüber reden."

Barschels Amtskollege Vogel wies darauf hin, daß das Papier in den entscheidenden Punkten nicht über das hinausgehe, was am 19. Dezember 1984 in Bonn zum Bruch der Verhandlungen geführt habe. Dies gelte insbesondere für die Frage der Werbung.

Seite 2: Der Nachschlag

Vogel sieht Bedürfnis nach ‚einem wie Wehner'

Oppositionsführer äußert sich zum Innenleben der SPD

Von PETER PHILIPPS

Die sonst allzu leicht grämlich wirkenden Gesichtszüge sind entspannt. Der milde Widerschein des vor den Fenstern duftig rieselnden Schnees hat seine Entsprechung in der Miene des Bonner Oppositionsführers Hans-Jochen Vogel gefunden, der sich vor Wiederbeginn des parlamentarischen Alltags für einige Tage in die armen, aber gastfreundlichen Höhen des Bayerischen Waldes nahe der tschechoslowakischen Grenze zurückgezogen hat. Ein mittelblauer Woll-Pulli statt des Anzugs, ein „Stamperl" mit Obstler vor sich auf dem Tisch unterstreichen die zurückgelehnte Atmosphäre, in der dieser in seiner Partei mehr respektierte als geliebte stellvertretende SPD-Vorsitzende über die Situation der Sozialdemokraten reflektiert:

Er sehe das „Bedürfnis der Partei, jemanden wie Herbert Wehner zu haben", der integrierend und antreibend zugleich von der „Baracke" aus bis in die Ortsvereine hineinwirke. Keine Kritik an Geschäftsführer Peter Glotz, aber von „mangelnder Kampagnefähigkeit" spricht Vogel immer wieder und beklagt, daß es „die Fraktion allein nicht schaffen" könne. Es sind die Erinnerungen eines Mannes, dessen Arbeitskapazität bereits bis an die Grenzen beansprucht ist, an die Partei-legendären Zeiten des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Wehner, der von Bonn aus unermüdlich die Partei-Organisation in Trab gehalten hat. Es hatte sich wohl im Verlaufe des vergangenen Jahres so viel bei ihm angestaut, „daß der Vogel an allem schuld ist", daß ein unbedachtes Brandt-Wort über das neue Jahr, in dem man in Bonn „einmal zeigen wolle, wer die wirkliche Opposition ist", zu einer Vogel-ungewöhnlichen Eruption geführt hatte. Jetzt, in der schnee-wattigen Weite von Haidmühle, sieht er dies alles wieder abgeklärter, ist Willy Brandt für ihn „die fast ideale Ergänzung und Komplementierung". Wenn man sich zweimal Vogel an der SPD-Spitze vorstelle, „das wäre ja unerträglich". Brandt sei „Kontinuität und Kristallisationspunkt". Er lenke auch dadurch, daß „vor dem alle ein schlechtes Gewissen haben", wenn sie Kritik anmelden.

Die Erfahrung mit Rau

Vom Stichwort angetrieben erinnert sich der überzeugte Bayer, der jetzt bewußt als Berliner Abgeordneter im Bundeshaus sitzt, an die unbewältigte Endphase der sozialliberalen Koalition, als er sich mit Rau, Koschnick und von Oertzen – „Börner war wohl auch einmal dabei" – drei- oder viermal zur Krisensitzung getroffen hatte. Von Brandts „Enkeln" war damals noch nicht die Rede. Sie hätten damals, um die Jahreswende 1981/82, „Helmut Schmidt darin bekräftigt, daß es mit der Regierung zu Ende gehen mußte, weil sonst irreparable Schäden für die Partei und für Schmidt entstanden wären". Die Erfahrungen in dieser Runde hätten dann auch geholfen, daß er sich mit Rau „binnen einer Stunde" im Bayerischen Hof über den stellvertretenden Parteivorsitz hätte einigen können, nachdem „mit acht Tagen Vorwarnzeit" die Mitteilung über den Wechsel Wischnewskis ins Kanzleramt gekommen sei: „Das Gespräch mit Rau würde sich auch ein drittes Mal bewähren", dann, wenn die SPD-Kanzlerkandidatur ansteht.

Wie bei vielen Sozialdemokraten hat auch bei Vogel das Ende der Bonner sozialliberalen Koalition bis heute schmerzende Narben hinterlassen. Die FDP kommt in den Zukunftsplanungen nicht vor. Das Verhältnis zu Genscher ist immer noch gestört, auch wenn Vogel „eine gewisse professionelle Hochachtung" vor dem Außenminister äußert. Aber neben der Abneigung steht bei Vogel auch der Zweifel an der langfristigen Existenz der FDP: Wenn die Partei im Frühjahr nicht in die drei Landtage gelange, „wie soll sie denn so amputiert überleben".

Kraft schöpfen in Bayern

Es ist aber vor allem der eigentliche Wende-Pate, Otto Graf Lambsdorff, der den Sozialdemokraten quer auf der Brust liegt – Vogel um so mehr, seit der ehemalige Partner unter dem Vorwurf der Bestechlichkeit steht: Er sei kein unkritischer Preußen-Bewunderer, aber „im alten Preußen hat es selbstverständliche Grundsätze für das Umgehen mit dem Staat gegeben, über die man nicht einmal mehr hat sprechen müssen".

Ein Mensch, der sich von seiner Partei immer wieder in die Pflicht nehmen läßt, der sich mit größtem Fleiß jeder Aufgabe unterzieht, der Ernsthaftigkeit oft für nicht vereinbar mit dem Zeigen menschlicher Schwäche und – vorhandenem – lösenden Witz hält, hat auf täglichen, langen Schnee-Wanderungen wieder ein wenig mehr zu sich selbst gefunden. Er wird sich zwar auch weiterhin höchstens zu Partei-Ämtern rufen lassen und nicht drängen – so wie am 17. Januar 1981, als während der Berliner Senatskrise zwar Herbert Wehner einen flammenden Appell im Bonner SPD-Vorstand hielt, daß Brandt wieder nach Berlin gehen müsse, aber dieser sich gemeinsam mit Rau und seinem alten Ratgeber Bahr in Unkel auf die Expedition Vogels verständigte. Doch es scheint so, als ob der heimatliche bayerische Boden auch die Kraft des Selbstbewußtseins gestärkt hat: Weniger empfindlich, großzügiger auch mit Defiziten zeigt sich der Mann, über den Wehner so lange Jahre als „Einser-Jurist" spöttelte und dessen „bewußter" Nachfolger er heute ist.

Nein, Pastor in Morsum wie Hamburgs Ex-Bürgermeister Klose möchte der in wenigen Tagen Neunundfünfzigjährige in seinen Träumen nicht werden – selbst wenn Morsum in Niederbayern läge. Aber Bücher würde er schon gerne schreiben, historische. Vor allem würde es dabei wohl um Deutschland und Polen gehen. Durch seine kurze Zeit als Berliner Bürgermeister und die gewollte Aufnahme Wehnerscher Hinterlassenschaften hat Vogel hier seine Schwerpunkte gefunden.

Die Einstellung der Jugend zum „Bund" beginnt sich zu wandeln

Zahl der Wehrdienstverweigerer drastisch zurückgegangen / Gesetzesnovelle bewährte sich

Von WOLFRAM v. RAVEN

Die Zahl der Wehrdienstverweigerer, jener Männer, die vom Dienst in den Streitkräften aus Gewissensgründen befreit werden möchten, geht in erstaunlichem, ja überraschendem Maße zurück. Im Jahre 1984 stellten nur noch 44 800 Anträge mit dem Ziel, als Pazifisten anerkannt, daher nicht zum Militärdienst, sondern zum Zivildienst einberufen zu werden. Im Vergleich mit den Ziffern des Jahres 1983 bedeutet das ein Absinken der Kurve um 35 Prozent und gemessen an denen des Jahres 1982 ein Abfallen um 25 Prozent ...

Ist diese Entwicklung vornehmlich oder ausschließlich eine Folge der Gesetzesnovelle, die in einem knappen Monat beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zur Prüfung auf ihre Rechtmäßigkeit ansteht? Hat also die Regelung, die Minister Heiner Geißler gegen mannigfache Widerstände durchzusetzen vermochte, die Probe der Bewährung bereits bestanden?

Es gibt dafür einleuchtende Argumente, zumal sich die Theorie, aus der die Reform herrührte, in der Praxis offensichtlich bestätigt:

1. Das Verfahren, das sich in der Regel mit einer schriftlichen Darstellung der Gewissensgründe begnügt, nur also in der Ausnahme eine mündliche Verhandlung folgen läßt, beschleunigt die Einberufung zum Dienst, der nun hauptsächlich in der Alten- und Krankenpflege, im Natur- und Umweltschutz geleistet wird, kaum daher noch komfortable Stellen in Büros anbietet.

2. Da mehr Plätze geschaffen sind, haben sich weithin die Spekulationen erübrigt, die auf der Erfahrung beruhen, daß Wehrdienstverweigerer oft gar nicht zum Zivildienst geholt werden konnten, während Wehrdienstbereite meist zum Militärdienst einrücken mußten – ein Unterschied, der für eine Weile einen Pazifismus der Pfiffigkeit produzierte.

3. Vor allem aber wirkt es nun hemmend, daß der „Dienst an einem Stück" für Pazifisten 20 Monate, für Soldaten hingegen bloß 15 Monate dauert, wenn auch die Übungen, für die der Reservist der Bundeswehr hernach zur Verfügung steht, einen zeitlichen Ausgleich schaffen mögen; das wird indessen weithin nicht beachtet und berechnet, da zunächst allein der Grundwehrdienst zählt.

DIE ● ANALYSE

Wenn die Statistik jetzt weniger Wehrdienstverweigerer und mehr Wehrdienstbereite als einst registriert, so erklärt sich das zweifellos aus einem nüchternen Kalkül, das aus dem Abwägen von Vorteilen und Nachteilen besteht. Das Vehikel der Verweigerung taugt somit nicht weiterhin wie etwa in der Zeit des „Postkarten-Pazifismus" zu dem Zweck einer schlichten Drückebergerei.

Zur Erklärung der Entwicklungen reicht das alles freilich noch nicht aus. Manche Indizien beweisen zwar nicht, belegen jedoch die Vermutung, daß sich in der Jugend ein Wandel vollzieht – bedingt vielleicht durch einen Protest der jüngeren gegen die ältere Jugend, ohne daß sich deshalb eine genaue Grenze zwischen den Jahrgängen ziehen ließe.

Die Wehrdienstverweigerung ist ja stets nur für wenige eine Sache der moralischen Überzeugung, für viele eher ein Effekt der modischen Stimmung gewesen. Es hat als „schick" gegolten, nicht „zum Bund" zu gehen. Die Sehnsucht nach Geselligkeit und Gemeinschaft fand im Anti ihre Erfüllung, während das Pro die Bereitschaft verlangte, die Rolle des Außenseiters zu spielen.

Dem verdankte die „Friedensbewegung" zuerst ihren Zulauf, wenngleich das Kriegsgeschrei, das in hektischen Demonstrationen aus groben Parolen tönte, zuletzt abstoßend statt anziehend wirkte. Sorgen um anderes – um Beruf und Arbeit vor allem – wurden wichtiger, förderten die Neigung, sich dem Sog und damit der Bewegung zu entziehen, die als Stimulanz für die Wehrdienstverweigerung wirkte.

Noch allerdings hat die Mode nicht ganz und gar gewechselt; sie ist bloß dabei, es zu tun. Schon wird dennoch abwertend von „Anpassung" geredet, was immerhin davon zeugt, daß engagierte Gegner der Sicherheitspolitik sozusagen den Wind einer Wende spüren, der womöglich ein Wachsen der Wehrbereitschaft anregt.

Niemand wird darum erwarten, daß die Jugend nun plötzlich mit feuriger Begeisterung zu den Fahnen eilt. Der Spruch von der „freudig erfüllten Pflicht" hat ohnehin nie gestimmt. Immer ist das Bekenntnis zur „verdammten Pflicht und Schuldigkeit" eine ehrlichere Schilderung des Erstrebenswerten und Erreichbaren gewesen, wenn das Thema „Jugend und Wehrdienst" zur Debatte stand. Wir erleben offenbar einen Prozeß der Normalisierung, der in diese Richtung treibt.

Ermittlung wegen Diebstahlsverdachts

Die Demontage einer Alarmanlage aus „DDR"-Grenzsperre beschäftigt Staatsanwalt

BERND HUMMEL, Eschwege

Die Demontage eines „DDR"-Alarm- und Signalgeräts, das seit dem Abbau der Todesautomaten des Typs „SM-70" zum neuen Sperrsystem jenseits der innerdeutschen Grenze gehört, hat die Staatsanwaltschaft in Kassel zu einem Ermittlungsverfahren gegen einen 27jährigen aus Westfalen veranlaßt. Der Ermittlungsgrund: Diebstahlsverdacht. Das Gerät mit der Bezeichnung „GSG-80", das der „stillen Alarmierung" dient, war im Frühsommer 1984 in die Bundesrepublik gelangt.

Der Abbau der Anlage vom „DDR"-Hinterlandzaun, der zwischen 500 und 5000 Meter hinter der eigentlichen Grenzlinie verläuft, war von einem Mann mit dem Pseudonym „Michael Müller" in Presse und Fernsehen veröffentlicht worden. Seine Absicht: durch Vorlage eines Beweisstücks deutlich zu machen, daß die „DDR"-Grenzsperren auch nach dem Abbau der Todesautomaten nicht durchlässiger geworden seien. Im Gegenteil: Das neue Alarmsystem sei moderner und noch perfekter.

Die Staatsanwaltschaft in Kassel ermittelt nun wegen Diebstahls, der sich auf „DDR"-Gebiet ereignete und der Staatseigentum der „DDR" betrifft. Die Initiative dazu war allerdings vom Bundesgrenzschutz, dessen Zuständigkeit an der innerdeutschen Grenze endet, ausgegangen. Beim BGS-Kommando Mitte in Kassel berief man sich ungeachtet der Tatsache, daß die Tat auf dem Staatsgebiet der „DDR" verübt wurde, auf den Paragraphen 163 der Strafprozeßordnung, nach dem Polizeibeamte beim Verdacht einer Straftat tätig werden müssen.

Unter dem Datum vom 9. November 1984 und dem Aktenzeichen „131 JS 30258/84" vertrat die Staatsanwaltschaft die Auffassung, daß es sich dabei „unabhängig vom Vorliegen eines Strafantrages um eine von Amts wegen zu verfolgende strafbare Handlung" gehandelt habe. Sie schränkte jedoch ein: „Da der Tatort des in Betracht kommenden Diebstahls aber auf DDR-Gebiet gelegen hat ..., besteht insoweit keine Verfolgungszuständigkeit der hiesigen Behörden."

Dennoch ermittelt die Staatsanwaltschaft Kassel, die zunächst den Fall an die Staatsanwaltschaft Bielefeld abgeben wollte, unter Mitwirkung der westfälischen Kriminalpolizei weiter. Von Kriminalbeamten soll der 27jährige noch in dieser Woche „wegen Diebstahls eines Signalgeräts" vernommen werden.

Derlei Aktionen am „DDR"-Grenzzaun beschäftigten, obgleich es zwischen beiden Staaten in Deutschland kein Rechtshilfeabkommen gibt, schon mehrfach die Justizbehörden der Bundesrepublik. 1976 wurde gegen den damals 22jährigen Michael Gartenschläger, der Todesautomaten am „DDR"-Grenzzaun abmontiert hatte, vom Amtsgericht Reinbeck ein Ermittlungsverfahren wegen Diebstahls und Verstoßes gegen das Waffengesetz eingeleitet.

Ermittlungen wegen Diebstahls wurden 1979 wegen der gleichen Tathandlung auch gegen den damals 24jährigen Jura-Studenten Michael Bolle aus Münster angestellt. In beiden Fällen kam es nicht zur Hauptverhandlung, die Ermittlungen wurden eingestellt.

Altfahrzeuge: Steuern um 20 Mark höher?

HEINZ HECK, Bonn

Die Bonner Regierungskoalition will morgen im Anschluß an die Kabinettssitzung die Position des Bundes zur steuerlichen Entlastung von nachgerüsteten Altfahrzeugen festlegen. Bereits vor dem Koalitionsgespräch galt als sicher, daß der geplante Kfz-Steuersatz von 16 Mark (je 100 Kubikzentimeter), der für nicht nachgerüstete Altfahrzeuge ab 1. Januar 1986 gelten soll, nicht zu halten ist. Da die Steuerbefreiung für abgasarme Fahrzeuge insgesamt möglichst aufkommensneutral gestaltet sein soll, um die Länder vor Einnahmeeinbußen zu bewahren, wird dieser Satz nach den letzten Ressortgesprächen, die sich bis gestern hinzogen, jetzt eher bei knapp 20 Mark vermutet.

Den Bonner Überlegungen liegt die Schätzung zugrunde, daß etwa acht Millionen Pkw umweltfreundlich nachgerüstet werden. Innerhalb der Koalition ist man sich einig, daß solche Fahrzeuge für ein oder zwei Jahre von der Kfz-Steuer befreit werden sollen. Bei dem Dissens geht es im Kern darum, ob neben den für Neufahrzeugen geplanten Emissionsgrenzwerten ein zusätzlicher Abgaswert für Altfahrzeuge beschlossen werden soll oder ob man noch weiter differenziert. Finanzminister Stoltenberg hat (WELT vom 14. Dezember) die erste Position im Interesse der Steuervereinfachung favorisiert, während Innenminister Zimmermann für wenigstens zwei Werte plädiert.

Die geplante Regelung wird zusätzlich dadurch kompliziert, daß einige Neufahrzeuge ohne Katalysator niedrigere Abgaswerte erreichen als die voraussichtlich festzusetzenden Grenzwerte für nachgerüstete Altfahrzeuge. Dennoch sollen erstere ab 1986 mit einer geplanten Kfz-Steuer von 21,60 Mark „bestraft" werden.

Neonazis bei Berliner Grünen?

DW. Bonn

Der Bundesvorstand der Grünen will den Berliner Landesverband wegen neonazistischer Unterwanderung auflösen. In einer gestern in Bonn veröffentlichten Erklärung heißt es, der rund 150 Mitglieder umfassende Landesverband werde offenkundig mit den seit einem halben Jahr bestehenden Problemen nicht mehr fertig. Über die Auflösung soll der Bundeshauptausschuß in seiner nächsten Sitzung Ende Januar in Freiburg beraten. Außerdem beschloß der Bundesvorstand, dem Berliner Landesverband mit sofortiger Wirkung jegliche Unterstützung zu entziehen. Der Landesverband wurde zugleich aufgefordert, seine Kandidatur für die Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus zurückzuziehen und alle Mitglieder auszuschließen, die dem neonazistischen Umfeld zuzurechnen seien.

Gerichtshof: Auf Fristen hinweisen

rtr, Karlsruhe

Hypothekenbanken müssen ihre Kunden nach Ablauf der vereinbarten Laufzeit eines Darlehens erneut und ausdrücklich darauf hinweisen, daß sich das Darlehen zu neuen Konditionen verlängert, wenn der Darlehensnehmer den Vertrag nicht fristgerecht kündigt. Anders lautende Bestimmungen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) sind nach einer gestern veröffentlichten Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) nichtig. Das Gericht verwies darauf, daß Geschäftsbanken nur noch zeitlich befristete Laufzeiten vereinbaren, um die Zinssätze auch langfristiger Hypotheken-Darlehen den veränderten Bedingungen am Kapitalmarkt anpassen zu können. Es sei erforderlich, den Darlehensnehmer zusammen mit einem neuen Angebot auch auf die stillschweigende Verlängerung des Darlehens-Vertrages aufmerksam zu machen. (AZ: III ZR 119/83)

Veränderung bei „hörzu"

DW. Hamburg

Der Verleger Axel Springer hat Peter Bacher (57) mit Wirkung vom 1. April zum Herausgeber von „hörzu" berufen. Er wird sich künftig auf die konzeptionelle Weiterentwicklung von „hörzu" konzentrieren. Als Chefredakteur hat Peter Bacher die „hörzu"-Redaktion seit 1974 geführt.

Zu seinem Nachfolger als Chefredakteur der größten deutschen Programmzeitschrift wird Felix Schmidt (50) ernannt. Er war zuletzt Chefredakteur der „Hamburger Morgenpost" und gehörte dem Axel Springer Verlag bereits als Redakteur von „Bild am Sonntag" sowie später der Chefredaktion von „Welt am Sonntag" an.

Döring attackiert seinen Vorgänger Jürgen Morlok

XING-HU KUO, Stuttgart

Der am Wochenende neu gewählte Vorsitzende der baden-württembergischen FDP, Walter Döring (30), hat scharfe Kritik an der Politik seines Vorgängers Jürgen Morlok geübt. In einem Interview mit den „Stuttgarter Nachrichten" sagte Döring: „Ich werde nicht wiederholen, was Jürgen Morlok gemacht hat." Er werde, falls „ein Ruf nach Bonn in den nächsten fünf, sieben, acht Jahren ertönen sollte, ... diesen Ruf beharrlich überhören". Auch war Morlok „nicht gut beraten, sich als stellvertretender Bundesvorsitzender herzugeben".

Mehr Distanz zu Bonn ist überhaupt Kernpunkt der neuen Politik Dörings: „Der Landesvorsitzende sollte nach Möglichkeit im Land bleiben." So werde er als erstes das „Informationsdefizit von oben nach unten" durch Besuche in jedem Kreisverband abbauen. Die Kontakte zur Basis seien „nicht sehr gut in der Vergangenheit gelaufen". Unter seiner Führung, so Döring weiter, solle künftig „über die Wünsche der Basis, die in der politischen Praxis nicht umgesetzt werden können, möglichst umgehend Bericht an die Parteigliederungen ergehen". Die Parteibasis habe ein Recht zu erfahren, warum ein Kompromiß zustande gekommen sei, wieso „eine reine FDP-Politik" nicht umgesetzt werden konnte.

Zunächst jedoch will Döring, der zur „rechten Mitte" der Partei gerechnet wird, erst einmal selber die inneren Strukturen des Landesverbandes kennenlernen: „Ich werde so schnell wie möglich mit den Mitgliedern der Landesgeschäftsstelle und der Reinhold-Maier-Stiftung ein ausführliches Gespräch darüber führen, wie ich mir eine Zusammenarbeit vorstelle. Ich möchte wissen, wer an welcher Stelle für was genau zuständig ist."

Der 8. Mai: Befreiung, Neuanfang oder Niederlage?

Von HELMUT THIELICKE

Zum ersten Mal hat jetzt ein prominenter evangelischer Theologe zu der Diskussion Stellung genommen, wie die Erinnerung an das Ende des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai begangen werden soll: Professor Helmut Thielicke (76), der im Dritten Reich zur Bekennenden Kirche gehörte. Nach dem Krieg war Thielicke unter anderem Rektor der Universitäten Tübingen und Hamburg.

Es wäre mehr als traurig, wenn der bevorstehende Erinnerungstag an das Kriegsende, der 8. Mai, schon vorher zu Tode diskutiert würde, wenn insbesondere die Art seiner feierlichen Begehung zum Gegenstand einer Kontroverse zwischen den Konfessionen oder zwischen den Kirchen und dem Staat gemacht würde. So nötig eine Besinnung über diesen Tag für uns ist, so schmerzlich wäre es, wenn dieses Gedenken von Tagespolemiken erstickt würde, die der geschichtlichen Stunde nicht angemessen wären.

Daß diese Gefahr besteht, ist schon jetzt offenkundig. Die Sinndeutung des 8. Mai stellt ja vor lauter Fragen: Ist er der Tag der Kapitulation oder der Tag der Befreiung? Muß man ihn also von rückwärts her interpretieren, vom Untergang der braunen Schreckensherrschaft her, oder soll er als der Tag gefeiert werden, an dem unsere Fesseln zerrissen wurden, an dem wir wieder in die Hände spucken und ein Neues beginnen konnten? Ist dieser Tag „Null" also Ende oder Beginn? Und falls wir ihn als Neuanfang verstehen: Dürfen wir ihn dann als Stunde eines geschichtlichen Triumphes feiern, weil wir uns wie der Phönix aus der Asche einer unbeschreiblichen Trümmerwelt wieder erhoben und zu einem wahrlich stolzen Fluge angesetzt haben, der in mancher Hinsicht die Siegermächte – oder einige von ihnen – sogar hinter sich ließ?

Das Verständnis dieses gigantischen Wiederaufbaus stellt uns aber noch vor weitere Entscheidungen: Wurde uns die Gnade eines Neubeginns in ihm geschenkt, oder gibt er uns Anlaß, unsere eigene kreative Kraft zu bewundern? Diese Aufpulverung unseres Selbstbewußtseins könnte freilich nicht übersehen lassen, daß dessen Wein inzwischen durch einige erhebliche Wassergüsse verdünnt worden ist: Wir sind ja ein Volk geworden, das nicht nur Schindluder mit seiner Umwelt treibt, sondern das durch Kinderarmut und Vergreisung sogar in seinem Bestande bedroht ist. (Werden kommende Grüne nicht vielleicht hier die elementare Bedrohung erblicken?) Kurz: Die Hauptfrage wird sein, ob wir diesen Tag von seiner Vergangenheit her sehen und dann die Kollektiv-Scham über das, was wir in unserem Volk geschehen ließen, aufs neue zu beschwören bereit sind, oder ob wir den 8. Mai als Beginn der Wiederaufbau-Leistungen verstehen und uns in unserem Saft und unserer Kraft genießen. Dennoch frage ich mich, ob diese Alternative stimmt. Sind nicht beide Aspekte – Kapitulation und Befreiung – unentwirrbar ineinander verschlungen?

Ich denke daran, wie ich selbst diese schicksalhaften Stunden erlebt habe. An dieser Null-Station unserer Geschichte empfand ich eine merkwürdig bedrückte Freude: Freude deshalb, weil nun die Angst vor dem Schreckensregiment wich, und weil der Herr der Geschichte – endlich – sein lang erwartetes Urteil gesprochen hatte. Diese Freude war aber von einer schweren Hypothek belastet: Sich über die Niederlage nicht nur des Nazi-Regimes, sondern auch des Vaterlandes freuen zu müssen, das zerschnitt das Herz. Als wir aber am Abend das gewaltige Freuden-Feuerwerk der Sieger sahen und hörten, da war das nicht unser Fest. Wir blieben geduckt und bedrückt im Dunkeln. In unserer Finsternis bedrängte mich das Opfer der vielen Toten auf den Schlachtfeldern und unter den Trümmerbergen unserer Städte in seiner Sinnlosigkeit. Und weiter lastete die Frage auf mir, welche Strafgerichte nun von denen verhängt werden würden, die sich als Vollstrecker dieses Weltgerichts empfinden: von den Siegern. Ich sah manchen Pharisäismus voraus, der diese Zuchtruten Gottes in den Augen vieler Menschen unseres Volkes unglaubwürdig machen würde. Die tödlichen Angriffe auf Dresden und viele andere Städte mit ihren Tausenden von Toten waren noch in frischer Erinnerung. Und was später in den Gefangenenlagern der Alliierten geschah – ich durfte und mußte sie als Seelsorger von innen sehen –, bestätigte dann meine Befürchtungen.

Ich frage mich, ob man all diese verschiedenartigen Fakten nicht zusammensehen müßte, um jener Schicksalsstunde unserer Geschichte gerecht zu werden. Eines ist mir jedenfalls gewiß: Solange wir die Kollektiv-Scham über das Geschehene nicht verdrängen – Theodor Heuss hat mit diesem Wort den Kern der Trauer über uns selbst genau getroffen –, solange wird auch unsere Selbstüberhebung in puncto Wiederaufbau gedämpft werden. Statt des von uns Geleisteten werden wir vor allem unserer Versäumnisse gedenken. Mir fällt dabei all das ein, was wir über den Wundern des Aufbaus und den materiellen Gewinnen unserer Jugend schuldig geblieben sind. Wir ließen sie weithin ohne Führung und ohne die Leitsterne glaubwürdiger Werte, wir ließen ein inneres Vakuum bei ihr entstehen und bekamen später viele Quittungen dafür. Solange wir der Kollektiv-Scham gegenwärtig bleiben, werden wir uns selbst sicher weniger beweihräuchern und statt dessen mehr der Gnade gedenken, die uns den Neuanfang gewährte. Wir werden uns zugleich beklommen fragen, ob wir mit diesem Pfund gewuchert oder ob wir es nicht vertan haben – trotz aller Erfolge.

Je mehr ich diese Stunden der Null-Station in meine Erinnerung zurückrufe, um so auswegloser drohen sich die Gedanken zu verwirren. Selbst Fetzen von einst gesungenen Liedern klingen dabei in mir auf und verdeutlichen den Widerstreit der Gefühle. Hans Leips „Lili Marleen" ist dabei und das Lied vom guten Kameraden, aber auch ein Choral von Paul Gerhardt breitet seine Schwingen auf: „Schleuß zu die Jammerpforten / und laß an allen Orten / auf so viel Blutvergießen / die Freudenströme fließen." Wenn jemand, der so viel wie ich über den Weg der Deutschen seit 1930 nachgedacht und ihn auch selbst mit durchmessen hat (das darf ich vielleicht doch sagen), wenn selbst so jemand am liebsten verstummen möchte, dann frage ich mich mit Schaudern, welche einseitigen, versimpelnden und zu Schlagworten degenerierten Proklamationen dieser Tag wohl bei uns hervortreiben wird (nicht zuletzt von den später Geborenen, bei denen es noch am ehesten zu verstehen und zu verzeihen wäre). Deshalb würde es mir als Heuchelei erscheinen, so etwas wie eine einheitliche, alle Gruppen unseres Volkes umfassende Kundgebung zu planen, selbst wenn es ein Gottesdienst im Kölner Dom oder im Ulmer Münster wäre. Gottesdienste sollten es schon sein, weil hier am ehesten das Gericht des Herrn der Geschichte, am ehesten die Kollektiv-Scham, am ehesten aber auch die Trauer über die Opfer und der Dank für erfahrene Gnade ihren Ausdruck finden können. Doch überlasse man das Wie den einzelnen Kirchen selber. Ein gemeinsames Wort der Christenheit ist normalerweise gewiß gut. Hier aber sollte das Persönliche und Eigene, nicht im Interesse vorgeblicher Gemeinsamkeit Geglättete stehen. Wenn es dann doch zu einem Akkord zusammenklingt, werden wir ihn um so dankbarer hören.

Vielleicht fiele es den Politikern allerdings schwer, auf ihr eigenes Wort zu verzichten und es in diesen religiösen Kundgebungen aufgehen zu lassen, diesen Tag also durch Schweigen zu ehren. Ich würde das verstehen. Sollte der Staat deshalb eine eigene Gedächtnisstunde im Bundestag begehen wollen, so wäre ein aktiver Politiker – außer dem Bundespräsidenten – wohl überfordert, wenn er ein tieferes und alle zusammenschließendes Wort finden sollte. Mir selbst fällt eine ganze Reihe anderer Persönlichkeiten ein, die von einem Strom allgemeinen Vertrauens getragen sind und die als Betroffene, Mittragende und Mitleidende nach diesem Wort zur Stunde suchen würden. Diese Stunde der Erinnerung wird uns Trauer- und Hoffnungsarbeit auferlegen. Möge sich niemand im Ton vergreifen. (idea)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Glemp: Tod des Märtyrers kann Gräben schließen

DW. Warschau

Der Primas von Polen, Kardinal Jozef Glemp, hat die Hoffnung geäußert, daß der „Märtyrertod" des Priesters Jerzy Popieluszko helfen könne, die tiefen Gräben in der polnischen Gesellschaft zu überwinden. Dieser Tod, sagte der Primas in seiner Predigt zum Dreikönigstag in der Kathedrale in Warschau, werde die Suche nach Lösungen beschleunigen, die im Einklang mit der Nation stünden. Der in Thorn geführte Prozeß gegen die mutmaßlichen Mörder Popieluszkos gebe Anlaß zu der Frage, ob die Machtausübung immer so tragisch sein müsse. „Sollte Autorität immer durch Angst erzwungen werden? Muß die Führung sich von der Gesellschaft isolieren?" Bekanntlich könne eine gut organisierte Gesellschaft nicht ohne Führung existieren.

Der Primas kritisierte, daß vor allem in der Provinz immer wieder Menschen Druck ausgesetzt würden, um etwas zu tun, was ihrem Gewissen widerspreche. Scharf wandte sich Glemp gegen eine Propagandakampagne des polnischen Fernsehens, in der die Kirche als undankbar und böswillig dargestellt worden sei. Solche Spannungen zu erzeugen, werde zu nichts Gutem führen.

Im Thorner Prozeß hat der degradierte Oberleutnant Chmielewski gestern ein Gespräch mit seinem Vorgesetzten Piotrowski beschrieben, in dem dieser deutlich gemacht haben soll, er hätte das Einverständnis von „ganz oben" gehabt, den Priester zu entführen.

Bombe gegen Thatcher lag 26 Tage bereit

AP, London

Die Bombe, mit der die illegale Irisch-Republikanische Armee (IRA) im Oktober vorigen Jahres auf dem Brightoner Parteitag der Konservativen die britische Premierministerin Margaret Thatcher umbringen wollte, ist schon 26 Tage vor der Explosion gelegt worden. Das geht nach einem gestern erschienenen Bericht der Londoner Zeitung „Daily Mail" aus polizeilichen Ermittlungen hervor. Die Bombe sei am Wochenende des 15. bis 16. September hinter der Wandverkleidung eines Badezimmers im sechsten Stock des Grand Hotels genau über der Suite der Premierministerin gelegt worden. Auf Sprengstoff dressierte Polizeihunde hätten die Bombe nicht aufgespürt, da sie nur in dem Stockwerk eingesetzt wurden, wo die Regierungschefin wohnen sollte. Das Attentat am 12. Oktober hatte fünf Tote und 31 Verletzte gefordert. Die Sicherheitsmaßnahmen in dem Hotel seien nach Angaben der Polizei „völlig ungenügend" gewesen.

Pisanis Plan bevorzugt die Kanaken

A. GRAF KAGENECK, Paris

In einer Atmosphäre großer Spannung zwischen europäischen Siedlern und melanesischen Ureinwohnern hat der französische Sonderkommissar für Neu-Kaledonien, Edgar Pisani, am Montagmorgen (Sontag 20 Uhr Ortszeit) in der Hauptstadt Numea seinen Plan für die stufenweise Überführung des Pazifik-Archipels in die Unabhängigkeit verkündet. Pisanis Rede wurde im Fernsehen und Rundfunk direkt nach Frankreich übertragen.

Pisani bestätigte, was in großen Zügen bereits in der Vorwoche durch Indiskretionen bekannt geworden war. Die 145 000 Einwohner des Archipels – davon etwa 50 000 europäischen, überwiegend französischen Ursprungs – sollen schon im Juli dieses Jahres über die Frage abstimmen, ob Neu-Kaledonien ein französisches Übersee-Territorium (Statut vom September 1984) bleiben oder zu einem unabhängigen Staat unter kanakischer Souveränität, aber durch wirtschaftliche und militärische Verträge eng an Frankreich gebunden werden soll.

Teilnehmen an der Abstimmung sollen alle Bewohner die länger als drei Jahre auf den Inseln ansässig sind. Dies bevorzugt eindeutig die Anhänger der Unabhängigkeit, weil etwa 15 000 Franzosen des Mutterlandes (Beamte, Lehrer, Militärs) vom Votum ausgeschlossen sein würden. Sollte sich die Mehrheit für die zweite Möglichkeit entscheiden, würde Frankreich, nach einer feierlichen Ratifizierung der Entscheidung durch beide Häuser des Pariser Parlamentes den neuen Staat ab 1986 in die Unabhängigkeit entlassen.

Pisani beschwor seine französischen Landsleute auf der Insel, diesem Prozeß keinen Widerstand entgegenzusetzen. Es müsse indes hingenommen werden, daß eine „Neuverteilung des Bodens" stattfinde.

Wie die Opposition in Frankreich auf den Pisani-Plan reagieren wird, ließ der frühere Generalsekretär der gaullistischen RPR-Partei, Bernard Pons, schon am Sonntagabend im Rundfunk wissen: „Eine gut organisierte Polizei auf der Insel würde im Handumdrehen mit den wenigen Extremisten fertig werden, die den ganzen Prozeß in Gang gesetzt haben".

Senatoren kündigen eigenen Etat-Entwurf an

Eine erste Herausforderung des Kongresses an Reagan

FRITZ WIRTH, Washington

Seit knapp einer Woche erst tagt der Kongreß, doch selten hatte er einen geräuschvolleren Start. Vor allem: die Geräusche, die vom Kapitol kommen, können nicht gut klingen in den Ohren der Reagan-Administration. Sie verheißen Ärger, Probleme und Konfrontationen schon innerhalb der nächsten Wochen.

Zunächst überraschte die republikanische Führung des Senats mit der Ankündigung, daß sie bis zum 4. Februar, wenn Präsident Reagan sein Budget dem Kongreß vorlegen will, einen eigenen Etat-Entwurf ausarbeiten wird. Der Vorgang ist außergewöhnlich und kommt einem Tadelsantrag gegen die Finanzpolitik der Administration gleich.

Anlaß dieses Vorstoßes ist die Unzufriedenheit der Senatoren mit den gegenwärtigen Budget-Entwürfen der Administration. Sie sind der Meinung, daß Präsident Reagan und seine Mitarbeiter nicht genug Anstrengungen unternommen haben, das Budgetdefizit, das im Augenblick bei 200 Milliarden Dollar liegt, bis zum Ende seiner Amtszeit in vier Jahren auf 100 Milliarden zu reduzieren. Opfer des von den Senatoren ausgearbeiteten Sparbudgets dürfte vor allem der Verteidigungshaushalt werden.

Das Konkurrenzbudget ist die erste bedeutende politische Initiative des neuen republikanischen Mehrheitsführers im Senat, Robert Dole. „Wir sind nicht auf Konfrontation mit der Administration aus", erklärte Dole, dennoch mochte er nicht ausschließen, daß in den Vorschlägen seiner Senatoren auch Steuererhöhungen enthalten sind, die Reagan bis zur Stunde mit Nachdruck ausgeschlossen hat.

Überraschende Wahl

Die Budgetprobleme der Administration sind außerdem weiter gewachsen durch die Wahl des liberalen Demokraten *William Gray zum neuen* Vorsitzenden des Budgetausschusses im Repräsentantenhaus. Gray hat bereits angekündigt, daß das Budget der Administration auf seinem Weg zum Kongreß das Schicksal eines Verkehrsopfers bei der Einlieferung ins Krankenhaus haben würde: tot bei der Ankunft.

Nicht minder aufsehenerregend war die Wahl des Demokraten Les Aspin zum neuen Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Repräsentantenhauses. Seiner Wahl war ein überaus seltenes Mißtrauensvotum gegen den bisherigen Ausschußvorsitzenden Melvin Price vorausgegangen, der ein Opfer einer Hausrebellion der Jungtürken in der Fraktion der Demokraten wurde. Obwohl der Sprecher des Repräsentantenhauses „Tip" O'Neill zuvor seine Fraktion beschworen hatte, den gebrechlichen 80jährigen Price für die nächsten zwei Jahre wiederzuwählen und damit das Prinzip zu wahren, daß diese Ämter nach Seniorität vergeben werden, verlor Price mit 121 gegen 118 Stimmen sein Amt.

Unverbrauchte Kräfte

Die Wahl des 46jährigen Les Aspin unterstreicht die wachsende Unzufriedenheit innerhalb der demokratischen Partei über das Regime des überalterten Establishments, das nach Ansicht jüngerer Abgeordneter zu lange alte Erbhöfe verteidigt. Sie glauben, daß die letzte Präsidentschaftswahl deutliche Signale gesetzt hat, daß die Partei einen neuen Start mit neuen, unverbrauchten Kräften benötigt. Die Abwahl des greisenhaften Price ist das fünfte Mal innerhalb der letzten 60 Jahre, daß ein amtierender Ausschußvorsitzender seinen Hut nehmen mußte.

Sie ist im übrigen nicht nur eine Niederlage für O'Neill, der ebenfalls in zwei Jahren abtreten will. Sie ist auch eine schlechte Nachricht für das Pentagon, denn man darf annehmen, daß der Verteidigungsausschuß unter Aspin eine kritischere und feindseligere Haltung gegen das Verteidigungsministerium einnehmen wird als es unter dem konziliaten Price der Fall war.

Aspin war Mitarbeiter des früheren Verteidigungsministers McNamara. Seine Fachkenntnisse sind unbestritten. Er erregte im letzten Jahr sogar das Mißfallen seiner liberalen demokratischen Freunde, als er sich für das MX-Raketenprogramm aussprach. Diese Unterstützung ist heute nicht mehr so sicher. Er hat wissen lassen, daß eine Unterstützung dieses Raketensystems heute nicht mehr so dringlich sei, nachdem die Sowjets wieder Abrüstungsverhandlungen aufgenommen haben.

Dennoch bleibt abzuwarten, wie Aspin mit seinem eigenen Ausschuß zurechtkommt, der in der Mehrzahl mit konservativen Demokraten besetzt ist. Immerhin wurde schon erste Kritik aus dem eigenen Lager gegen Aspin laut. Der New Yorker demokratische Abgeordnete Samuel Stratton erklärte: „Ich halte diese Wahl für unglücklich. Sie sagt dem amerikanischen Volk, daß die demokratischen Mitglieder des Hauses verteidigungsfeindlich eingestellt sind."

Kaum einer glaubt an die moralische Erneuerung

WERNER THOMAS, Miami

Carlos Juaristi Septien wird seine Vereidigung zum neuen Bürgermeister von Piedras Negras nicht so schnell vergessen. Etwa 4000 wütende Menschen waren vor dem Rathaus versammelt und störten die Feierstunde zunächst mit Sprechchören, die sich auf das Wahlergebnis bezogen: „Fraude, Fraude", Betrug, Betrug. Plötzlich setzten Demonstranten das Gebäude in Brand und zogen zum Gefängnis, um ein weiteres Feuer zu legen.

Die blutigen Zwischenfälle in der mexikanischen Grenzstadt, die mindestens ein Todesopfer und mehr als 80 Verletzte forderten, haben keine Überraschung ausgelöst. Seit Jahren gären Spannungen im Norden des Landes, die sich in den letzten Monaten noch verschärften. Sie signalisieren nach Ansicht eines diplomatischen Beobachters „ernste Probleme" für die „Partei der Institutionalisierten Revolution" (PRI), eine der bemerkenswertesten politischen Bewegungen der Welt. Sie blickt auf eine 55jährige Herrschaft zurück.

MEXIKO

Die PRI hat schon manche Krise überstanden. Ende der sechziger Jahre bedrohten Studentenrevolten ihren Machtanspruch. Wenige Tage vor den Olympischen Spielen des Jahres 1968 beendeten die Sicherheitskräfte mit einem Blutbad auf dem Platz der drei Kulturen in Mexiko-Stadt eine Protestaktion, Hunderte von Personen kamen ums Leben. Die jüngste Herausforderung ist jedoch gefährlicher, weil sie von breiteren Bevölkerungsschichten getragen wird.

Die Regierungspartei leidet unter den Folgen der Rezessionsphase und einem rapiden Vertrauensschwund. Nicht nur die Vertreter der Mittelklasse, auch Arbeiterkreise sind unzufrieden. Fast jeder Mexikaner klagt über die wirtschaftliche Situation.

Während der Internationale Währungsfonds und die amerikanischen Banken Mexiko als Musterknaben unter den lateinamerikanischen Schuldnerstaaten *schätzen, erinnern* die Mexikaner selbst an die schmerzlichen Auswirkungen der Austerität. In den letzten zwei Jahren fiel das Realeinkommen um 30 bis 40 Prozent. Die Zahl der Arbeitslosen und unterbeschäftigten Personen beträgt fast 60 Prozent. 1983 schrumpfte das Bruttosozialprodukt um fast fünf Prozent, und die Inflationsrate erreichte 80 Prozent. Die im letzten Jahr erzielte „Wende" – die Wirtschaft wuchs um ein Prozent – spürte bisher kaum jemand. Mexiko-Stadt, *mit 18 Millionen Menschen die größte* Stadt der Welt, schockiert jeden Besucher durch das Heer der Straßenhändler und Bettler.

In Zeiten wirtschaftlicher Not war die Korruption immer ein heiß diskutiertes Thema. So ist das auch heute. Unvergessen blieb die Amtsperiode des Präsidenten José Lopez Portillo (1976 bis 1982) mit den bisher schlimmsten Auswüchsen. Bereitwillig glaubt die Bevölkerung die Gerüchte, daß Lopez Portillo zu den zehn reichsten Männern der Welt zählt (drei bis vier Milliarden Dollar). Jorge Diaz Serrano, der ehemalige Chef des staatlichen Ölkonzerns Pemex und ein enger Freund des früheren Präsidenten, sitzt im Gefängnis wegen illegaler Bereicherung (34 Millionen Dollar).

Die „moralische Erneuerung" des Lopez-Portillo-Nachfolgers de la Madrid, die auch das Versprechen sauberer Wahlen einschließt, verlor seit Mai an Glaubwürdigkeit, als der Washingtoner Kolumnist Jack Anderson unter Berufung auf amerikanische Geheimdienstkreise berichtete, der neue Präsident habe schon 162 Millionen Dollar auf ausländische Bankkonten überwiesen. Ein rasches Dementi der Regierung konnte das weit verbreitete Mißtrauen nicht beseitigen.

Von dem Vertrauensverlust der PRI profitieren nicht die linken Gruppen, sondern die 1939 gegründete konservative „Nationale Aktionspartei" (PAN), die größte Oppositionsbewegung. In Scharen läuft der Mittelstand zu der christdemokratisch orientierten Partei über, die von dem Präsidenten-Enkel Emilio Madero (61) geführt wird. Besonders in den besser entwickelten Staaten des Nordens, in denen die PAN wiederholt Bürgermeisterwahlen gewinnen *konnte. Madero* behauptet, die PRI habe bisher lediglich durch „Tricks", sprich Stimmenmanipulationen, eine Niederlage bei Gouverneurswahlen verhindert. (SAD)

Personalien

VERANSTALTUNG

Bundeskanzler **Helmut Kohl** wird morgen 130 Sternsinger aus allen 22 Bistümern der Bundesrepublik Deutschland im Kanzleramt in Bonn empfangen. Der kleine Staatsempfang für die Sternsinger ist begründet: Der Bonner Regierungschef will sich für die erfolgreichen Sammelaktionen der Sternsinger bedanken, die allein 1983/84 16,7 Millionen Mark einsammelten, Geld, das notleidenden Kindern in der Dritten Welt zugute gekommen ist. Deutsche Sternsinger haben unter dem Motto „Kinder helfen Kindern" seit 1958 insgesamt 112,3 Millionen Mark zusammengesungen. Unterstützt und finanziert worden sind u. a. Jugenddörfer und Waisenhäuser in Kolumbien, Kinderkrippen in Bangaldesch, Ausbildungsprogramme für Mädchen in Zaire, Schulprojekte in Uganda, behinderte Kinder im südlichen Afrika und Flüchtlingskinder aus Kambodscha. Mit nach Bonn kommen wird der Leiter des Päpstlichen Missionswerks der Kinder in Deutschland, Prälat **Arnold Poll**.

GEBURTSTAG

Der Anglist und erste Gründungsrektor der Universität Duisburg, Professort **Helmut Schrey**, feierte seinen 65. Geburtstag. Der Philologe wurde in Odenkirchen bei Mönchengladbach geboren und *hat in den Aufbaujahren der Duisburger Universität* während seines Rektorats von 1972 bis 1975 die Planung und Entwicklung der Hochschule wesentlich vorangetrieben.

KIRCHE

Der Berliner Jesuitenpater **Lutz Hoffmann** ist in Altenberg bei Köln zum neuen Bundeskaplan der „Neudeutschland"-Schülergemeinschaft gewählt worden. Zur theologischen Assistentin des Heliand-Mädchenkreises wurde bei derselben Zusammenkunft **Ursula Kampf-Blaff** bestellt.

MILITÄR

Die Bundeswehr bekommt am 1. April 1985 einen neuen Stellvertreter des Generalinspekteurs. Für Generalleutnant **Walter Windisch**, der dann in den Ruhestand tritt, kommt Generalleutnant **Horst Jungkurth**, Befehlshaber Vierte Alliierte Taktische Luftflotte Europa Mitte (4. ATAF), in Miesenbach bei Kaiserslautern. Ihm folgt Generalmajor **Walter Schmitz**, Kommandeur der 4. Luftwaffendivision in Aurich. Dessen Nachfolger wird Brigadegeneral **Rolf Thiemann**, Stabsabteilungsleiter im Bonner Führungsstab der Luftwaffe. Für ihn kommt Oberst i. G. **Karl Sasse**, der schon als Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Luftwaffe tätig ist. Auf Sasses bisherigen Posten rückt Oberst i. G. **Ernst Pospischil** auf, der bisher Referatsleiter im Führungsstab der Luftwaffe ist.

*

Generalmajor **Hartmut Gülzow**, bisher Chef des Stabes im Führungsstab der Luftwaffe im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn, hat am 1. Oktober 1984 seine neue Aufgabe als General Manager der NATO-MRCA-Management-Agency (NAMMA) in München übernommen. Sein Nachfolger wurde Generalmajor **Fritz Schulz**, bisher Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Luftwaffe. Dessen Nachfolger wurde Brigadegeneral **Andries Schlieper**, bisher General Luftwaffenrüstung im Luftwaffenamt in Porz-Wahn. Ihm folgt Brigadegeneral **Detlef Wibel**, Stabsabteilungsleiter im Führungsstab der Luftwaffe in Bonn, der seine Aufgabe am 1. Februar 1985 übernehmen wird. Für ihn kommt Oberst i. G. **Manfred Opel**, Chef des Stabes im Luftwaffenunterstützungskommando in Porz-Wahn.

*

Die französische Regierung ernannte jetzt Generalmajor **Paul Cavarrot** zum neuen Kommandanten des französischen Sektors von Berlin. Er löst Generalmajor **Olivier de Gabory** ab, der sein Amt erst im Februar 1984 antrat. Aus gesundheitlichen Gründen muß er jedoch in seine Heimat zurückkehren. Das „Quartier Napoléon" in Berlin, wo das „Gouvernement Militaire Français de Berlin" seinen Sitz hat, bekommt damit innerhalb eines Jahres seinen dritten Chef. Divisionsgeneral **Jean-Pierre Liron** hatte Berlin im Frühjahr 1984 verlassen.

AUSZEICHNUNG

Der „Kurd-Lasswitz-Preis" für 1984, eine von professionellen Science-Fiction-Autoren und -Übersetzern vergebene Auszeichnung, ist dem 28jährigen Kölner Schriftsteller **Thomas Ziegler** zuerkannt worden. Wie der Ullstein-Verlag, bei dem Zieglers Erzählung „Stimmen der Nacht" erschienen ist, mitteilte, wählte eine vierköpfige Jury von Science-Fiction-Journalisten den jungen Autor aus. Der Preis wird seit 1980 an herausragende deutschsprachige Autoren dieses Genres vergeben.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sozial und gerecht

„Leserbrief: Ohne Lobby"; WELT vom 31. Dezember

Leserbriefe geben erfahrungsgemäß *durchschnittlich die Meinung* etwa eines Zehntels der Lesergemeinde einer großen Tageszeitung wieder. Manchmal wirken sie im wesentlichen überzeugend und nehmen den Leser für sich ein. Das kann man von dem Leserbrief „Ohne Lobby" nicht behaupten. Schon die Überschrift stimmt nicht. Die angezweifelte Lobby hat ihren Sitz nicht nur davor, sondern auch im Parlament selbst und auch in der Fraktion der regierenden CDU, nämlich in den CDU-Sozialausschüssen. Für die Sozialrentner setzt sich eine große Verbands-Lobby radikal und oft polemisch ein, und es gibt auch andere Rentner-Zusammenschlüsse.

Gut geschriebene und wahrheitsgetreue, dabei aber kritische Leserbriefe sprechen für sich selbst und machen eine Lobby teilweise entbehrlich. Mit dem Versuch der Korrektur des Glücks kommt man bei dessen Kurzbeinigkeit nicht weit. Die WELT hat mehrfach Leserbriefe abgedruckt, in denen Leser sich über ihr Schicksal beschweren, und auch Darstellungen von einer neuen Armut Raum gegeben. Wer Wahrheit und Gerechtigkeit liebt, kann daran nicht schweigend vorübergehen. Die Bundesrepublik Deutschland ist international nicht nur ein Industrieland mit der breitesten Mittelschicht, sondern auch mit geringen sozialen Mißständen, wie sie sich in Großstadtvorstädten, den sogenannten „Slums" zeigen. Das reiche Amerika und das demokratische „Musterland" England haben viel häßlichere und größere Elendsviertel.

Auch ich bin seit zehn Jahren Rentner und insofern sachkundig. Es ist wahr: Für den Rentner bleibt 1985 unter dem Strich keine Erhöhung seiner Bezüge übrig. Die geringe Inflationsrate wirkt zwar mildernd, zumal der Sparzins für die angesammelten Rententeile weit höher liegt. Aber auch das kann den entscheidenen Faktor nicht wettmachen: Von der Rente werden Beiträge zur Krankenversicherung abgezogen. Wer aber das gerade als unsozial und ungerecht bezeichnet, der irrt.

Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen geht in weitem Umfang darauf zurück, daß immer mehr Rentner immer mehr Leistungen von der Krankenversicherung infolge ihrer altersbedingt erhöhten Anfälligkeit für Krankheiten oder Altersbeschwerden in Anspruch nehmen. Die Krankenkassenbeiträge der Rentner sind also nicht willkürlich, sondern durch Sachzwänge erforderlich geworden. Die meisten Rentner spüren am eigenen Leibe, daß sie nicht schlecht wegkommen, weil die medizinische Versorgung gerade der Alten in unserem Lande im Vergleich zum Weltgesundheitswesen musterhaft gut und darum auch teuer ist.

So ziemt es z. B. mir, gerade im Jahre 1984 der Krankenversicherung für eine Kur meiner Frau, deren Operation in einem Kölner Krankenhaus und deren ärztliche Dauerbehandlung herzlichen Dank zu sagen. Wie hätte ich dagestanden, wenn ich alles aus dem geringen Fonds meiner Ersparnisse hätte bestreiten sollen! *Außer der Kur in Deutschland* hat eine Thermalbad-Inanspruchnahme in Österreich und der Schweiz meiner Frau zur völligen Schmerzfreiheit verholfen. Darüber zu schimpfen wäre unangebracht. Es gibt leider immer Leute, die alles durch eine schwärzende Brille sehen. Das Unheil, das sie anrichten, hält sich in Grenzen in einem Land, in dem immer noch das Wohl der Bürger obenan steht.

Mit freundlichen Grüßen
U. Strech,
Wissen (Sieg)

„Konzipierte Absicht"

„Gedankenlos"; WELT vom 29. Dezember

Sehr verehrter Herr Schell,

in Ihrem Kommentar „Gedankenlos" haben Sie ein Problem angesprochen, das mehr Aufmerksamkeit verdient.

Seit geraumer Zeit findet man in Berichten und Kommentaren – Presse und Fernsehen gleichermaßen – bedenkliche Wortwahl und Artikulation.

Soll man auch hier davon ausgehen, daß Journalisten, die sich laufend mit politischer Thematik befassen, nicht wissend um die subtile Wirkung ihres Sprachgebrauchs sind?

Wenn Normalbürger aus Gedankenlosigkeit von Journalisten formulierte Denkanstöße und Denkmodelle übernehmen, dann hat das noch die Erklärung des vielfach mangelnden Hintergrundwissens.

Schlimm jedoch ist die Vermittlung von politischem Geschehen durch den von Ihnen mit Beispielen belegten Wortgebrauch von Berichterstattern und Kommentatoren.

Schlimm ist weiterhin, daß über diesen Weg unterschwelliger Beeinflussung falsche und unheilvolle Beurteilungen und Einschätzungen von Vorgängen und Situationen entstehen können. Daraus erwachsende Reaktionen können in der Tat wegbereitend für bedrohliche Entwicklungen in unserem freiheitlich demokratischen Staat werden, – ganz zu schweigen von der Wirkung auf und für Betroffene, wie z. B. die DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft der Bundesrepublik. Ich kann nur hoffen, daß recht viele Kollegen Ihrer Zunft Ihren Kommentar gelesen haben und danach vielleicht nachdenklicher mit ihrem Wortschatz umgehen.

Mit freundlichen Grüßen
J. Giersch,
Twist 1

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich wartete förmlich auf Ihre Kritik an der Wortwahl in der Kommentierung des Flüchtlingsdramas.

Meine Kritik ist härter als die von Herrn Schell: Für mich ist es keine „Gedankenlosigkeit", die sich da manifestiert, sondern konzipierte Ab*sicht der Kommentatoren:* Die Wortwahl soll dem Leser suggerieren, bei den Prager „Republikflüchtlingen" handele es sich um eine illegale Verschwörerbande.

Hochachtungsvoll
Dr.-Ing. Grefkes,
Viersen 12

Wort des Tages

„Der Mensch ist wie ein rastloser Wanderer, der immer den Horizont sucht und von dort immer weiter muß zum neuen Horizont. Immer auf der Suche nach dem Eigentlichen, nach der Erfüllung seines Lebens. Er sucht das Totale, das Letzte, die Fülle des Lebens, das eigentlich Wertvolle."

Franz Kardinal König; österr. Theologe (geboren 1905)

Fehlkonstruktion

„Leserbrief: Verjüngung des Offizierkorps"; WELT vom 21. Dezember

Es ist sehr begrüßenswert, daß Herr Volland, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbandes, den von Sachkenntnis nicht getrübten Äußerungen des DGB-Funktionärs Fehrenbach mit seiner Stellungnahme zu den Plänen des Bundesministeriums der Verteidigung zum Abbau des Beförderungsstaus entgegengetreten ist. Daß die Äußerung des Herrn Fehrenbach überhaupt möglich ist, ergibt sich aus der Fehlkonstruktion der Bundeswehr bei ihrer Aufstellung, nämlich der Einreihung der Soldaten in die Besoldungsgruppen der Beamten.

In der Weimarer Republik gab es für die Angehörigen der Reichswehr die Besoldungsgruppe C, die darauf Rücksicht nahm, daß die Offiziere im Gegensatz zu den Beamten vorzeitig ausschieden. Sie entsprach mithin den Bedürfnissen der Offiziere und den Gegebenheiten des militärischen Dienstes, der eben ein anderer ist als der eines Beamten. Die falsche Gleichstellung mit den Beamten beruht auf dem Leitbild des SPD-Grafen Baudissin vom „Staatsbürger in Uniform". Die ganze Misere dieser Gleichstellung stellt sich jetzt heraus und führt begreiflicherweise zu Unzufriedenheit in der Truppe.

Problematisch ist natürlich die Weiterbeschäftigung der Frühpensionäre. Frau von Binzer erwähnt in ihrer Zuschrift zu diesem Thema den 46jährigen Oberstleutnant, der als Pensionär viel zu jung, andererseits zu alt ist, um in der ohnehin nicht mehr aufnahmefähigen Wirtschaft noch Fuß fassen zu können.

Vielleicht entschließt sich das Bundesministerium der Verteidigung, den Vorschlag aufzugreifen, den der frühere General Karst gemacht hat, ausgeschiedene Offiziere in der Bundeswehrverwaltung zu beschäftigen, eine Regelung, die sich nach meiner Kenntnis in der Deutschen Wehrmacht ausgezeichnet bewährt hat, da so eine Überalterung der Truppe vermieden wurde und die aus der Truppe ausgeschiedenen Soldaten auch noch befördert werden konnten, so daß sie nicht das Gefühl haben mußten, keine vollwertigen Mitglieder der Gesellschaft zu sein.

Dieser Gedanke sollte nicht zuletzt aus Gründen der Einsparung von Haushaltsmitteln aufgegriffen werden. Es bedarf wohl keiner besonderen Ausführungen darüber, daß ein aus der Truppe ausgeschiedener Oberstleutnant, insbesondere, wenn er in seiner dienstlichen Verwendung mit Personalführung zu tun gehabt hat, als Leiter z. B. eines Kreiswehrersatzamtes mindestens so geeignet ist, wie ein Jurist, weißer Jahrgang, ungedient.

Mit freundlichen Grüßen
A. v. Kalm,
Bonn 1

Mitgeteilt

„Leserbrief: Keine Kontrolle"; WELT vom 3. Januar

Die Behauptung des Leserbriefschreibers Dr. H. Koerth, Sitzungen (der Landschaftsversammlung) werden nicht in der Presse bekannt gegeben, ist unwahr. Wahr ist, daß die Sitzungsdaten der Landschaftsversammlung im eigenen Monatsorgan *„Lvr-Report"* und durch unseren Pressedienst mit Tagesordnung den Hauptredaktionen aller Tageszeitungen im Rheinland sowie Funk, Fernsehen und Presseagenturen mitgeteilt werden. Die Termine der Fachausschüsse -sitzungen werden den Lokalzeitungen in den betroffenen Regionen bekannt gemacht und auch veröffentlicht.

Pressestelle Landschaftsverband
Rheinland, Köln 21
i. A. P. Weiss

DIE ● WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Woertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 08, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Vorsorge soll Anstieg von Schadstoffen bremsen

Die deutsche Bodenschutzkonzeption gilt als vorbildlich

D. GURATZSCH, Frankfurt

Bei der Erforschung der Ursachen des Waldsterbens hat eine Wissenschaftlergruppe in Göttingen Aufsehen erregt, die mit einer völlig eigenständigen Theorie aufwartete: In den Böden des Solling-Gebirges im westlichen Vorfeld des Harzes vollziehe sich unbemerkt ein verhängnisvoller Prozeß. Luftschadstoffe, die aus weit entfernten Industriezentren wie dem Ruhrgebiet herangetragen würden, lösten im Erdreich des Waldgebirges „Versauerungsschübe" aus.

Das war im Jahre 1979, zu einer Zeit also, in der die meisten Forstleute von einem „Baumsterben" noch nichts erkennen wollten. Der Autor der provozierenden These, der Göttinger Professor Bernhard Ulrich, wurde von Fachkollegen verspottet und kritisiert. Heute gilt der 59jährige als einer der ersten Experten und frühesten Propheten für den noch immer ungeklärten ökologischen Prozeß, der bei vielen Menschen apokalyptische Vorstellungen nährt: Ulrich sagte gegen das Kopfschütteln von Waldkundlern von allen Forschungsinstituten ein „großflächiges Waldsterben" voraus.

Die Treffsicherheit seiner Prognose verdankte der Göttinger seinem ganz speziellen Forschungsgegenstand, der von den meisten Forstexperten zu jener Zeit vernachlässigt wurde: dem Boden.

Bei seinen Arbeiten war ihm aufgefallen, daß das ganze Ökosystem des Bodens durch Säureeintrag aus der Luft wie auch über die Bäume selbst destabilisiert wird. Das Waldsterben ist nach dieser Theorie also nur die auffälligste, wenn auch für den Menschen zunächst folgenreichste Erscheinung dieser in ihren Auswirkungen zunächst noch gar nicht abzuschätzenden Veränderung unserer unmittelbaren Lebensumwelt.

Heute ist gewiß, daß Ulrichs Forschungen über den engeren Kreis der Fachkollegen hinaus alarmierend auch auf die politische Szene in der Bundesrepublik gewirkt haben. Wenn bereits die Waldböden „kippen", die im Laienverstand wohl noch immer das „naturgemäßeste" Ökosystem der Zivilisationsgesellschaft darstellen, dann ist die Bedrohung durch chemische Veränderungsprozesse in der Natur umfassender, als bisher angenommen wurde.

In keinem anderen Land Europas hat der Bewußtseinsstand von diesen Zusammenhängen dem politischen Handeln so starke Energien vermittelt wie in der Bundesrepublik: Mit seiner Bodenschutzkonzeption hat der deutsche Innenminister als erster Staatsminister der Welt eine konzeptionelle Aufbereitung der Probleme des Bodenschutzes präsentiert.

Mit anderen Worten: Noch niemals und an keiner anderen Stelle ist der Boden als Ökosystem in auch nur annähernd umfassender Weise zum Gegenstand staatlicher Politik und Vorsorge erklärt worden. Was die Niederlande und die Schweiz dazu beitragen konnten, das sind zunächst nur Regelungsansätze.

Nach übereinstimmender Meinung der Experten berechtigt freilich die Vorreiterrolle der Bundesrepublik in der Umweltpolitik keineswegs zu gelassener Beurteilung der anstehenden Probleme. Nicht nur, daß die Bundesrepublik laut Referentenentwurf als „eines der Länder mit der weitaus höchsten Umwelt- und Ressourcenbelastung" gelten muß. Die Erforschung und Bewertung der bedrohlichen Veränderungen in den Böden, die, wie es in dem Referentenentwurf heißt, „zusammen mit Wasser, Luft und Sonnenlicht Grundlage allen Lebens und ganz überwiegend Ausgangs- und Endpunkt menschlicher Aktivitäten" sind, steckt allgemein noch in den allerersten Anfängen.

Der Mensch hat zwar gelernt, zum Mond zu fliegen, kann aber, so der Referentenentwurf, „nicht exakt angeben, zu welchem Zeitpunkt und aufgrund welcher Einwirkungen" hier auf Erden „eine ernsthafte Gefährdung der Bodenfunktionen vorliegt oder eintreten wird".

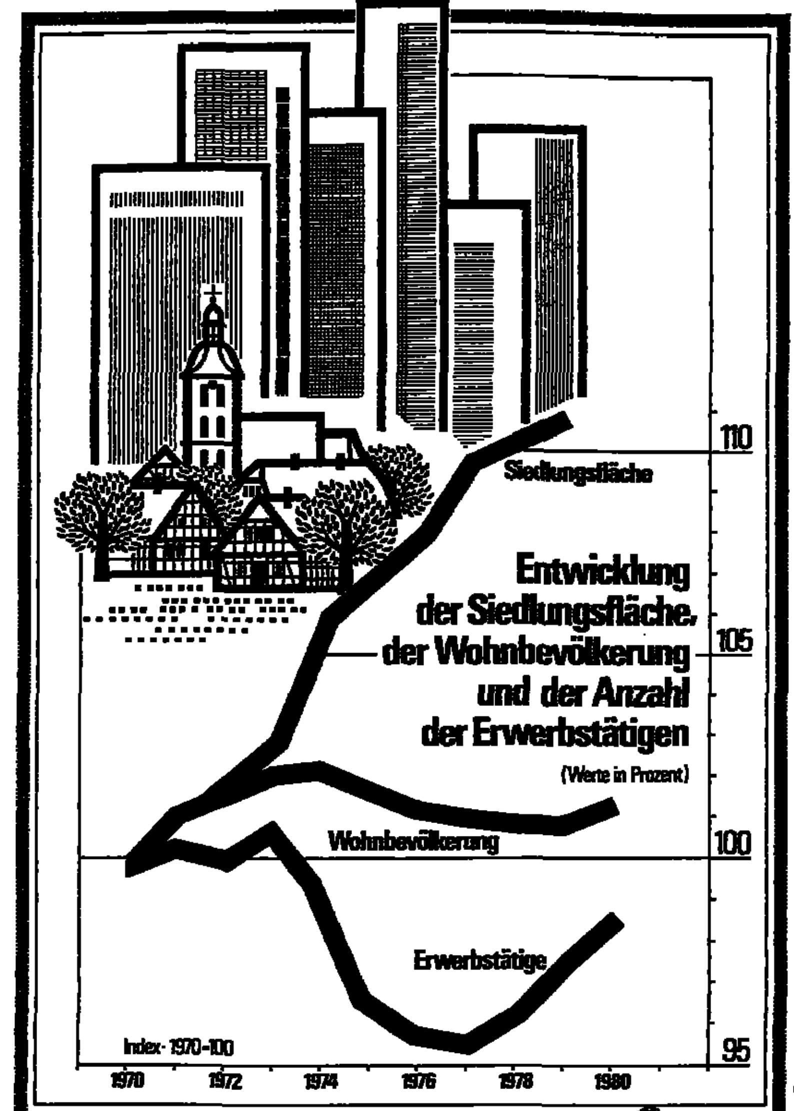
Daraus darf freilich keineswegs geschlossen werden, daß mit Maßnahmen gegen eine weitere Veränderung der Böden gewartet werden könnte, bis verläßliche Daten vorliegen. Namhafte Bodenkundler wie der emeritierende Direktor des Max-Planck-Instituts für Landarbeit und Landtechnik, Gerhardt Preuschen, warnen bereits vor einem „Nutzpflanzensterben", das auf das Waldsterben folgen könne. Auch der Referentenentwurf spricht von Folgewirkungen, „die innerhalb kurzer Fristen immer schwerwiegender und möglicherweise nicht mehr umkehrbar werden".

Eine der Ursachen für diese Befürchtungen liegt in der Tatsache, daß Schadstoffe im Boden – anders als in der Luft und im Wasser – kaum transportiert oder abgebaut werden können. Mit Sorge beobachten zum Beispiel die Wissenschaftler, daß sich Schwermetalle wie Cadmium, Blei und Quecksilber sowie organische Schadstoffe von chlorierten Kohlenwasserstoffen bis zu Dioxinen im Boden kontinuierlich anreichern. Hier könnte es nach der Versauerung zu einer tiefgreifenden Vergiftung kommen.

Der Referentenentwurf beziffert den jährlichen „Eintrag" in die Böden der Bundesrepublik auf Millionen Tonnen Luftschadstoffe, Milliarden Kubikmeter Abwässer, 80 Millionen Tonnen Abfälle sowie drei Millionen Tonnen Handelsdünger. Zusätzlich verschlingen Wohn- und Gewerbegebiete pro Jahr 285 Quadratkilometer freie Landschaft – ein Trend, der weder durch die Abnahme der Bevölkerung noch durch wirtschaftliche Stagnation gebremst worden ist. Die Verkehrswege beanspruchen mit 4,7 Prozent der Fläche des Bundesgebietes heute schon ein Vielfaches der Fläche sämtlicher Naturschutzgebiete. Im gesamten Bundesgebiet gibt es nur noch 120 Flächen von zehn mal zehn Kilometer Ausdehnung, die nicht von Hauptverkehrsstraßen oder Schienenwegen zerschnitten werden.

Nach Mitteilungen aus dem Bundesinnenministerium hat der Referentenentwurf nach dem Gang durch die „Mühle der Bundesressorts" inzwischen Kabinettsreife erlangt. Es ist also nun an der Bundesregierung, daß sie sich das Konzept zu eigen macht und mit den Ländern die Verfahrenswege für Gesetzesregelungen abstimmt.

Dem Vernehmen nach werden die Schwerpunkte des Vorgehens zunächst beim Grundwasserschutz und bei der strikten Anwendung des Vorsorgeprinzips gegen eine weitere Zunahme der Belastung durch Schadstoffe liegen. Der Experte im Bundesinnenministerium für den Referentenentwurf, Bernd Delmhorst, gibt sich optimistisch: „Die Bundesregierung will auf dem Umweltgebiet Flagge zeigen."



Frischer Dampf für die Ultrakurzwelle

Auch der Hörfunk setzt auf digitale Signalverarbeitung

DIETER THIERBACH, Bonn

Der Rundfunk und seine technischen Entwicklungen standen in den vergangenen Jahren im Schatten von Fernsehen und Video. Seit der Einführung der UKW-Stereofonie und mit dem Start der Verkehrsfunksendungen ist senderseitig eigentlich recht wenig passiert; zu wenig. Nun scheint's beim Hörfunk so richtig munter zu werden.

Die Rauschminderung für einen ungetrübten Hörgenuß ist zwar nach einem nicht so geglückten Feldversuch Mitte letzten Jahres zunächst wieder in der Versenkung verschwunden, der Satelliten-Hörfunk erreicht uns in frühestens zwei Jahren. Aber: Man spricht wieder vom guten alten Dampfradio.

Durch das Aufkommen der IC-Technologie hat auch das Audiogebiet neue Anstöße erhalten. Einerseits konnte man durch Integration die Zahl der Bauelemente für Rundfunkempfänger herabsetzen, daneben aber ließ sich auch der Empfang und die Signalverstärkung besser beherrschen.

Die weitere Entwicklung der IC-Technologie hin zur Höchstintegration mit noch komplexeren Schaltungen aus sehr vielen Komponenten ermöglichte die Einführung der digitalen Steuerung von Audiogeräten, sowie die Umsetzung der Audiosignale selbst in eine digitale Form.

Dabei wird das Analogsignal zunächst durch Umwandlung in Ziffern digital aufbereitet. Das geschieht, indem man pro Sekunde etliche Male die Lautstärke mißt und den so erhaltenen Meßwerten einen bestimmten Zahlenwert zuordnet. Diese Zahlenreihen können jetzt in einem binären, also aus zwei Einheiten bestehenden System, durch abwechselnde Folge von Nullen und Einsen wiedergegeben werden.

Einfache Fehlerkorrektur

Diese Folge kann ohne jede Verstümmelung des Signals von einem digitalen System aufgezeichnet werden. Bei der Wiedergabe erhält man die ursprüngliche Reihe von Einsen und Nullen zurück. Diese wird dann wieder – in umgekehrter Reihenfolge – in das ursprüngliche Analogsignal umgesetzt. Der Vorteil einer vollständig digitalen Signalverarbeitung besteht in der Möglichkeit, zusätzliche Funktionen ausführen zu können. Es gibt Verfahren, Fehler im Signal – digital gesehen ist dies gleichbedeutend mit einer „falschen" Ziffer – zu korrigieren, wodurch z. B. die Compact Disc weniger empfindlich gegenüber Staub und Kratzern ist als eine normale „schwarze Scheibe".

Schon jetzt wird daran gedacht, Informationen über das Programm während einer Rundfunkaussendung mit auf den Weg zu schicken. Dies ist dadurch möglich, daß einem Rundfunksignal eine digitale Codierung mitgegeben wird. Neuen Schwung für's Radio bringt dieser Schaltungskniff, mit dessen Hilfe sich jede Sendung elektronisch vorstellt. Nicht nur bei der An- und Absage wird man hören, daß man den „richtigen Sender" empfängt. Ständig im Anzeigenfeld ist präsent, daß man tatsächlich die „Servicewelle aus Frankfurt", den HR 3 also, einfängt.

Sender mit Visitenkarte

Dafür werden dann im „Radio-Daten-System" (RDS) neben der eigentlichen Sendung codierte Signale übertragen, die der Empfänger in lesbare Informationen verwandelt. Dies auf der Basis digital übertragener Daten, vergleichbar mit dem Verkehrsfunk, der mit Signalfrequenzen arbeitet, um sich kenntlich zu machen und seine Durchsagen anzukündigen.

Wenn das Radio-Daten-System kommt, hat jeder Sender eine für den Empfänger lesbare Visitenkarte. Mit dem für ganz Europa geplanten RDS soll außer der Länder- und der Programm-Kennung eine ganze Menge mehr an Informationen übermittelt werden. Das geht so weit, daß ein RDS-Empfänger auch gleich die Programmart, je nach Hörerwunsch, auswertet: Wenn man Lust auf Jazz hat, aber nicht weiß, auf welchem Sender gerade Count Basie läuft, wird der intelligente Empfänger das gewählte Programm stumm suchen und sich nur im Erfolgsfall melden.

In Kombination mit dem Satelliten-Empfang sind dann keine Grenzen mehr gesetzt: Zunächst die Nachrichten vom Süddeutschen Rundfunk, dann der Alpen-Wetterbericht aus der Schweiz und schließlich die Hitparade vom Südwestfunk: bequem programmiert vom Wohnzimmersessel. Ein oft bemängeltes Übel wird dazu der Vergangenheit angehören: Geschickte Elektronik sorgt für die automatische Anpassung der Lautstärke beim oft so abrupten Übergang von Sprache auf Musik.

NOTIZEN

Hilfe für Nierenkranke

Bonn (dpa) – Ein flächendeckendes Netz mit den erfolgreich arbeitenden Geräten zur operationslosen Zertrümmerung von Nierensteinen, den sogenannten Lithotriptern, soll in der Bundesrepublik Deutschland aufgebaut werden. Nach Angaben des Forschungsministeriums in Bonn ist zunächst die Aufstellung von 20 Geräten bis Ende des Jahres geplant. 14 dieser Lithotripter sind bereits in Betrieb. Bisher wurden mit dieser wenig belastenden, organschonenden Methode mehr als 6000 Patienten behandelt, wobei weniger als ein Prozent eine operative Nachbehandlung erfuhr. Das in München entwickelte Gerät ist inzwischen auch vom amerikanischen Gesundheitsministerium in den USA zugelassen worden.

AIDS-Test in Hessen

Frankfurt (DW.) – Einen neuartigen amerikanischen Test für den Nachweis von AIDS erprobt zur Zeit der Blutspendedienst Hessen des Deutschen Roten Kreuzes. Den Medizinern in Frankfurt steht Material für insgesamt 5000 Untersuchungen zur Verfügung; 1060 Tests wurden bereits durchgeführt. In fünf Fällen konnte der HTLV-III-Antikörper nachgewiesen werden. Diese betroffenen Personen sind zwar noch nicht an AIDS erkrankt, bei ihnen aber besteht ein erhöhtes Risiko, sich mit dieser Krankheit anzustecken. Die Ergebnisse werden noch in drei weiteren Laboratorien überprüft.

Gesündere Milchprodukte

Bonn (trz.) – Alle Menschen, die bisher auf den Anteil von Milchzuckern in Milchprodukten empfindlich reagierten, können auf Abhilfe hoffen. In New York haben amerikanische Ernährungswissenschaftler und Verfahrenstechniker neuartige Trennungstechniken zur Milchaufbereitung zum Patent angemeldet. Einfacher als bisher können sie damit leichtere von schwerer lösbaren Anteilen der Milch trennen. Dabei werden alle Milchfette, ein Teil der Eiweißstoffe, unlösliche Salze und Enzyme vom Wasser und den in der Milch enthaltenen Zuckern getrennt. Aus dem protein- und fettreichen Anteil wurden versuchsweise für den erwähnten Personenkreis leichter verträgliche Produkte hergestellt, die doppelt so viel Eiweiß enthalten.

Jubiläum für ein Magazin: Zum 50. Mal „WISO"

Keine Angst vor Ärger

Die erste Sendung war ein Flop", erzählt Friedhelm Ost vom Wirtschaftsmagazin „WISO" nach einem Jahr und 49 Sendungen – heute ist also ein kleines Jubiläum. Er habe zu Anfang versucht, zuviel in die halbe Stunde hineinzupacken, meint Ost. So gibt es heute eine „ein-Thema-Sendung": der technische Fortschritt und seine Auswirkungen. Das Redaktions-Team besucht eine Bank, wo inzwischen Belegleser in Sekunden verarbeiten, was Ost während seiner Zeit als Bankangestellter noch alles mit dem Kugelschreiber rechnete; einen Supermarkt, wo die Kassiererinnen mit einem Lesestift die Kodierungen abfegen, und einen mittelständischen Unternehmer, der trotz Automatisierung die Zahl seiner Angestellten hält.

„Wir haben keine Patentrezepte anzubieten", sagt Ost (42). Es sei aber das Konzept, konkrete Hinweise für den Alltag zu geben, und zwar dem Verbraucher. Dabei kann es zu Ärger kommen: während der Möbelmesse zum Beispiel warnte „WISO" – marktwirtschaftlich ausgerichtet – davor, bei Möbelkäufen große Anzahlungen zu leisten und forderte auf, das Kleingedruckte gründlich zu lesen, weil die versprochenen Lieferfristen häufig nicht eingehalten würden. „Die Industrie ging an die Dekke", erinnert sich Ost, „aber viele Möbelhäuser ließen uns auch wissen, daß sie keine Anzahlungen verlangen."

WISO – ZDF, 21.15 Uhr

Auch große Röster „haben aufgejault", als der Kabarettist Ernst Hilbich einen Verkäufer spielte, der eine 400-Gramm-Packung für 500 Gramm Kaffee ausgibt. „Dabei hat er nur Werbeslogans vorgetragen, die ein Hersteller verwenden wollte."

Die Art, in Form von Sketchen bekannte Unterhaltungsgesichter in die Sendung einzubauen – Peter Weck stolperte in seine ausgeraubte Wohnung und dann über Lücken in seiner Hausratsversicherung; Gustl Bayrhammer konnte den Sinn von Kreditkarten nur schwer erkennen – brachte Leben in die Berichterstattung über „Wirtschaft und Soziales". Doch die Redaktion will mit diesem Stilmittel vorsichtig umgehen, denn der Zuschauer wolle nicht zuviel Spielerei, sondern seriöse Information, die er versteht.

Einen Volltreffer in dieser Hinsicht („mit zum Teil fast peinlichen Dankesschreiben") landete die Sendung mit der Darstellung des BGH-Urteils, daß nach einem Auto-Totalschaden die Versicherung nicht den Zeitwert, sondern den Wiederbeschaffungswert ersetzen muß. Auch freut sich Ost heute noch, daß er es war, der im Fernsehen als erster, am Abend der Urteilsverkündung, informierte, welche praktischen Auswirkungen das Urteil des Verfassungsgerichts über die Investitionshilfe-Abgabe hat. Natürlich werden die Filmberichte vorher produziert, aber soviel wie möglich sendet „WISO" live.

Im Vergleich zur Vorgängerin „Bilanz" hat diese Wirtschaftssendung im Schnitt fast doppelt soviele Zuschauer, sechs Millionen. Der Titel „Geld" wäre Ost lieber gewesen, um deutlich zu machen, was das Konzept ist: Wirtschaft geht jeden etwas an. Doch auch so hat dieses Wirtschaftsmagazin vor allem Zuschauer mit Grundschulbildung und Frauen hinzugewonnen, die sich von dem ehemaligen Kumpel Friedhelm erzählen lassen: „Wat machste mit dem Geld?" Auch als Familienvater mit vier Kindern weiß Ost, was die wirtschaftlichen Ratlosigkeiten einer Vielzahl seiner Zuschauer sind. Nicht alles nur zu problematisieren, sondern Anregungen zu geben, was man selber tun kann, hat sich die Redaktion vorgenommen. So geht sie auch an das unvermeidbare Thema Umwelt heran.

Vor allem verzeichnet „WISO" einen Gewinn an jungen Zuschauern, wohl weil sie betreffende Themen 1984 ins Programm drängten. So ging es häufig um den Lehrstellen-Mangel, den die deutschen Unternehmer im vergangenen Jahr behoben haben. Für diese Berichterstattung erhielt „WISO" im Mai von der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels einen 10 000 Mark-Preis, von dem ein Fünftel bei einem Betriebsausflug verjuxt und der Rest für eine weitere Lehrstelle gespendet wurde: Es gab während des ganzen Jahres ein starkes Unternehmer-Echo auf Beiträge über die Verbundausbildung und andere Möglichkeiten, zusätzlich Lehrlinge zu beschäftigen.

Was das Wirtschaftsgeschehen und damit „WISO" in diesem Jahr – auf dem Weg zur hundertsten Sendung – bestimmen wird? Vielleicht, meint Ost, die soziale Verträglichkeit von Computern, Rationalisierungsschutz für die Arbeitnehmer und die Gewißheit, daß nur Leute, die verdienen, Produkte kaufen können, die Roboter herstellen. Heute greift „WISO" dieses mögliche Thema des Jahres 1985 auf. DETLEV AHLERS

„Frauen unter einem Himmel": Serie vom SFB

Aus einem fernen Leben

Seltsam ist das, die Frauen machen alles. Die Umstände machen die Männer hilflos!" sagt der Dorfälteste im senegalesischen Film, und die stattliche Frau ‚Selbe', das heißt in der Landessprache ‚eine von vielen', ergänzt: „Ich kenne nichts als arbeiten, und wenn Not herrscht, suche ich mir noch zusätzliche Arbeit. Die Kraft meiner Arme ist das Einzige, worauf ich mich verlassen kann." Selbes Mann ist seit Monaten auf Arbeitssuche. Seitdem muß Selbe für ihre achtköpfige Familie sorgen, wenn sie alle überleben wollen.

Der Film, von der Senegalesin Safi Faye gemacht, zeigt, wie Frauen die Situation ihres Lebens meistern: Allein, zäh, warmherzig, verantwortungsbewußt, gestärkt durch den Zusammenhalt mit anderen Frauen, denen es ebenso geht wie ihnen. Bilder eines fernen archaischen Lebens tauchen auf, berückend schön und doch so weit entfernt von der Glanzpapier-Darstellung in Reiseprospekten, die zur Besichtigung ursprünglichen Lebens einladen.

Frauen unter einem Himmel – ARD, 16.10 Uhr

Die SFB-Familienredaktion hat mit sechs Filmen aus Entwicklungsländern über „Frauen unter einem Himmel" einen lohnenden Einkauf getätigt. Die Filme aus Ägypten, aus Peru, aus Indien, aus Senegal sind von Filmerinnen im Land selbst gemacht, von dem sie berichten. Der emanzipatorische Ansatz ist eher unterschwellig, der Zugriff zum Thema ist realistisch. Ziel der Produktion ist nicht nur die Ermutigung der Länder, sich filmisch freier auszudrücken als beispielsweise im Korsett der indischen Tradition des ‚Schönfärbens mit starkem Trostcharakter' möglich wäre.

Die Zusammenarbeit mit Filmerinnen in Entwicklungsländern sollte auch dazu dienen, unsere westeuropäischen Maßstäbe an der Wirklichkeit eines anderen Landes zu messen, Gemeinsamkeiten zu entdecken mit Frauen, deren Lebensumstände so unterschiedlich sind. Den Auftakt bildet der Beitrag „Träume in Reichweite" der Ägypterin El Abnoudi. Die Gestalt der kinderreichen Bäuerin Om Said macht betroffen: eine Frau, die weder lesen noch schreiben kann, verwaltet das Geld für die Großfamilie. Sie ersetzt den Arzt in der Familie und steuert den scheinbar allmächtigen Ehemann mit einer wortkargen, lächelnden Ironie, die den Glauben daran wanken macht, daß nur Westeuropäerinnen wüßten, was emanzipiertes Denken und Verhalten heißt.

Nach ihren Träumen befragt, sagt Om Said: „Natürlich träume ich. Aber weiter als meine Hände reichen – nein. Ich träume von dem, was in Reichweite liegt." INGRID ZAHN

KRITIK

Weg von der alten Masche

Stoßen wir uns nicht an den flegelhaften TV-Kommissaren, Schimanski steckt halt an. Denken wir lieber an die gescheite Art dieses „Tatorts", von der ewig gleichen Masche abzukehren und nicht nur stur hinter dem unbekannten Täter hinterherzuhecheln. Diese Art ist freilich nur von Darstellern zu praktizieren, wie der Ernst Jacobi einer ist. Er steht als unschuldig beschuldigter, armseliger Mensch vor uns allen, voller Vertrauen in die Gerechtigkeit amtlicherseits, aber mehr noch voller Aufopferung für den Ruf seiner Frau – da läßt er sich lieber des Gattenmordes verdächtigen: **Ordnung ist das halbe Sterben** (ARD).

Der Mann verliert die geliebte Frau an einen reicheren Kollegen, dann wird sie ermordet, dann gerät er in die Fänge der Polizei – aber er erträgt das alles mit verzweifelter Gelassenheit – ein psychologisches Rätsel, wenigstens in den Augen der routinefrommen Kripobeamten. Jacobi liefert ein Porträt, aber man stockt, es so zu nennen, denn zu viel Menschenleid und Menschennot investiert der Darsteller in diese Rolle.

Das Fazit des Films liegt indessen anderswo, in der Auflösung. Denn nicht der eiskalte Banker, der seinem Kassierer die schöne Frau ausspannte, ist der Mörder, nicht der vor Eifersucht brennende Ehemann ist es – gemordet hat die nette brave Nachbarin. Wer hätte das von ihr gedacht! Die Banalität des Bösen in der dramaturgischen Doppelrolle als Überraschungseffekt und als kleines psychologisches Lehrstück.

VALENTIN POLCUCH

ARD 

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Jenseits der Morgenröte
1. Teil: Adler der Steppe
Buch: Klaus Gröper
11.25 Scheibenwischer
Mit Dieter Hildebrandt u. a.
12.10 Frauenbilder
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauen unter einem Himmel
As women see it
Ägypten: Träume in Reichweite
16.55 Spaß am Dienstag
Mit Ix und Yps
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Der Sonne entgegen
Eine sechsteilige Fernsehserie
1. Teil: Auf und davon
Mit Ulli Faulhaber, Heinz Petters, Raffael Wilczek, Erwin Steinhauer, Heidi Kabel, Irmgard Rießen, Ernst-Fritz Fürbringer u. a.
Regie: Hermann Leitner
21.00 Panorama
Des Postministers Umweltschmutz (Firma Sonnenschein) / FDP – Aussteiger-Partei? / Brokdorf-Ausstieg
Moderation: Peter Gatter
21.45 Magnum
Das japanische Abenteuer
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Hauptstadt verpflichtet
Kultur in Bonn
Dietmar N. Schmidt fragt in seiner Dokumentation, wie die Bundeshauptstadt Bonn ihren selbstauferlegten Anspruch nach einem größeren kulturellen Angebot verwirklichen will und zeigt, daß Bonn als Sitz zentraler Verwaltungen starken Einfluß auf die Kulturförderung im In- und Ausland ausübt.
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Pinnwand
Erstmals nach einem neuen Konzept präsentieren Maren Bienhold, Ingolf Falkenstein und Axel Becher Hintergründiges zu aktuellen Informationen, politische Neuigkeiten und Berichte über kulturelle Themen.
16.20 Schüler-Express
Ringo Starr, John Lennon, Paul McCartney und George Harrison – die vier „Pilzköpfe" – stehen heute im Mittelpunkt des Jugendmagazins.
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mein Name ist Hase!
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Eine Klasse für sich
Geschichten aus einem Internat
19.00 heute
19.30 Der Gauner und der liebe Gott
Deutscher Spielfilm (1960)
Mit Gert Fröbe, Karlheinz Böhm, Ellen Schwiers u. a.
Regie: Axel von Ambesser
21.04 ZDF – Ihr Programm im Januar
21.15 WISO
Wirtschaft und Soziales
21.45 heute-journal
22.05 Festkonzert des Bundesjugendorchesters
Über hundert junge Musiker eröffnen heute das „Europäische Jahr der Musik 1985". Das Konzert wird aus der Bonner Beethovenhalle übertragen.
23.40 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Zaire: Menschen im Strom
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
22.15 Politik und Kanzel
Zum politischen Einfluß der Kirchen
0.00 Schach-WM '84
0.30 Letzte Nachrichten

NORD
19.15 Rockpalast
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
Asylanten – Hilflos? Rechtlos? Chancenlos?
21.15 Task Force Police
22.05 Juristenstammtisch
Zu wenig Respekt vor dem Bundesverfassungsgericht?
22.50 Offerte
23.05 Schach dem Weltmeister
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.30 Musikinstrumente und ihre Geschichte (1)
19.05 Formel Eins
20.00 Tatort
21.50 Drei aktuell
22.05 Bücher-Report
Jacob und Wilhelm Grimm
22.50 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in Freiburg
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Guten Abend aus Mainz
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Aquaristik
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Kid Galahad – Harte Fäuste, heiße Liebe
22.50 Elvis – That's the way it is
0.35 Letzte Nachrichten

BAYERN
19.00 Kid Galahad – Harte Fäuste, heiße Liebe
Amerikanischer Spielfilm (1961)
20.30 Das unvollendete Wochenende
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Das Ohr zur Welt
20 Jahre Erdfunkstelle Raisting
22.00 Faszination
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
23.20 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Die Waltons
Der Schriftsteller
15.00 Das alte Dampfroß
Jessica ist verschwunden
15.30 Musicbox
Aktuelle Videoclips mit Informationen, Klatsch und Tratsch aus der Pop-Szene
16.30 Perrine
Der betrunkene Esel
17.00 Die Leute von der Shilo Ranch
Der schwarze Hengst
18.00 Hoppla Lucy
Die Vorladung
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
Aktuelles vom Tage
anschl. Quiz
18.45 Kali-yug (1)
Die Göttin der Rache
deutsch-ital.-franz. Spielfilm (1963)
Mit Lex Barker, Senta Berger, Klaus Kinski u. a.
Regie: Klaus von Wahl
20.30 Der plötzliche Reichtum der armen Leute von Krombach (1)
Deutscher Spielfilm (1970/71)
Mit Georg Lehn, Reinhard Hauff, Margarethe von Trotta u. a.
Regie: Volker Schlöndorff
Im Jahre 1821 versuchen sieben arme Bauern und Tagelöhner aus Krombach in Oberhessen durch Beraubung des „Geldkärrchens", das monatlich mit den Steuergeldern von Biedenkopf nach Gießen fährt, ihre Situation zu verbessern.
21.30 APF blick – Eine Aktualitätenschau
– Aktuell
– Rundblick
– *Sport und* Wetter
22.15 Derek Flint schickt seine Leiche
Amerikanischer Spielfilm (1965)
0.00 APF blick – letzte Nachrichten

3SAT

18.00 OKAY
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.30 Menschen und Mächte
Tegetthoffs Erben
Dokumentation von Horst Friedrich Mayer
Der Film geht den Spuren einstiger österreichischer Handelsschiffahrt nach, befaßt sich mit den vielfältigen Interessen der Marineliebhaber und Amateurhistoriker und untersucht die Frage einer eigenen österreichischen Hochseeschiffahrt und die Bedeutung der verschiedenen europäischen Häfen für die heimische Wirtschaft.
20.15 Ein Mann will nach oben
Nach Hans Fallada
9. Siegreich woll'n wir ...
In Sarajevo wird der österreichische Thronfolger ermordet. Der 1. Weltkrieg beginnt. Karl Siebrecht, der nur sehr ungern Soldat wird, findet vorher noch mit Rieke zusammen die Erfüllung, die sie sich in den Jahren ihrer Freundschaft immer versagt hatten.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
anschl. 3SAT-Nachrichten

Wir danken Gott, daß er unser war, ja mehr,
daß er unser ist, denn wer im Herzen seiner Lieben lebt,
ist nicht tot, er ist nur fern, und wer heimkehrt zum Herrn,
bleibt in der Familie.

Hl. Hieronymus

Egon Steigenberger

* 7. 9. 1926 Baden-Baden † 4. 1. 1985 Ruhpolding/Obb.

Anne-Marie Steigenberger, geb. Bauer
Wolfgang und Katharina Momberger, geb. Walker
Theresa und Franziska
Ernst-Otto und Annette Walker, geb. Kleist
Greta
Thomas und Christine Woeller, geb. Steigenberger
Albert Steigenberger und Evelyn Ell
Michael und Claudia Loulakis, geb. Steigenberger
Bettina Steigenberger
Dieter und Eva Bauer, geb. Lurk
Jonas Bauer

Das Requiem findet am Donnerstag, dem 10. Januar 1985, um 10.30 Uhr in der St.-Bonifatius-Kirche, Holbeinstraße 70, Frankfurt/M-Sachsenhausen, statt.

Anstelle zugedachter Kränze und Blumen bitten wir, die „Kinderhilfestiftung e.V.", Konto-Nr. 49 26 002, Commerzbank Offenbach, BLZ 505 400 28, zu bedenken.

Die Beerdigung findet im engsten Familienkreis statt. Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Am 4. Januar 1985
verstarb der persönlich haftende Gesellschafter
der A. Steigenberger Hotelgesellschaft KGaA

Egon Steigenberger

Ihm verdankt die Gesellschaft ihre heutige Bedeutung.
Er ist unser Vorbild.

A. STEIGENBERGER
HOTELGESELLSCHAFT KGaA

Aufsichtsrat
Geschäftsleitung
Gesamtbetriebsrat
Mitarbeiter

Das Requiem findet am Donnerstag, dem 10. Januar 1985, um 10.30 Uhr in der St.-Bonifatius-Kirche, Holbeinstraße 70, Frankfurt/M-Sachsenhausen, statt.

Anstelle zugedachter Kränze und Blumen bitten wir, die „Kinderhilfestiftung e.V.", Konto-Nr. 49 26 002, Commerzbank Offenbach, BLZ 505 400 28, zu bedenken.

Am 29. Dezember 1984 verstarb nach schwerer Krankheit Herr

Generaldirektor i. R.

Dr. phil. Karl-Heinz Mintrop

Der Verstorbene, der erst vor wenigen Wochen aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten war, gehörte seit 1960 dem Vorstand der Central Krankenversicherung Aktiengesellschaft an, dessen Vorsitzender er seit 1971 war. Durch großes Fachwissen ausgezeichnet, hat er mit Umsicht und Tatkraft die Entwicklung der Gesellschaft in entscheidendem Maße mitbestimmt. Seine offene und immer hilfsbereite Art trug ihm hohe Wertschätzung bei Kollegen und Mitarbeitern ein.

Seine Erfahrungen stellte Herr Dr. Mintrop als Mitglied des Vorstands der Aachener und Münchener Beteiligungs-Aktiengesellschaft und der Aufsichtsräte der Aachener und Münchener Lebensversicherung Aktiengesellschaft sowie der Deutsche Vermögensberatung Aktiengesellschaft auch in den Dienst anderer Gesellschaften der Aachener und Münchener Gruppe. Daneben war er viele Jahre in bedeutsamen Gremien der Versicherungswirtschaft tätig.

Wir trauern um einen aufrechten Mann und Freund, dessen Andenken wir in dankbarer Erinnerung behalten werden.

Aufsichtsräte, Vorstände, Betriebsräte und Mitarbeiter

der

Aachener und Münchener Beteiligungs-Aktiengesellschaft
Aachener und Münchener Lebensversicherung Aktiengesellschaft
Central Krankenversicherung Aktiengesellschaft
Deutsche Vermögensberatung Aktiengesellschaft

Wir nahmen Abschied von meinem geliebten Mann, unserem guten Vater, Bruder, Schwiegersohn und Schwager, Herrn

Dr. Karl-Heinz Mintrop

* 31. 12. 1926 † 29. 12. 1984

Durch einen Unfall wurde er viel zu früh unserer Familie entrissen.

In Liebe und Dankbarkeit
Ute Mintrop geb. Hetzel
Jost, Helga und **Wolfgang**
Rolf Mintrop und **Familie**
Gerd Hetzel und **Familie**
sowie alle Anverwandten

5060 Bergisch Gladbach 1 (Bensberg), Welscher Wiese 5

Die Beerdigung hat im Familienkreis stattgefunden.

Israel will Luftbrücke für Juden fortsetzen

Transportmaschinen nach Nord-Äthiopien entsandt?

DW. Jerusalem

Jerusalem will nach den Worten von Ministerpräsident Shimon Peres „nicht eher ruhen", bis alle Falaschen, die schwarzen Juden Äthiopiens, im jüdischen Staat Heimat gefunden haben. In einer Rede in der Universität von Jerusalem äußerte der Regierungschef gestern die Hoffnung, daß die „gegenwärtigen Schwierigkeiten" überwunden werden können. Offizielle Stellen wiesen darauf hin, daß die Regierung Sudans nach den Veröffentlichungen, die weltweites Echo gefunden hatten, den Exodus der Falaschen unterbunden habe. Über eine geheime Luftbrücke waren in den vergangenen Wochen tausende schwarzer Juden über Sudan nach Israel gebracht worden.

Peres erklärte, die Einwanderung von Juden aus Äthiopien und auch aus der UdSSR werde „fortgesetzt und erneuert". Israels Ziel sei es, sein Volk wieder zu vereinen. Die äthiopischen Juden hätten beschlossen, „alle Risiken einzugehen und in ihre Heimat zurückzukehren".

Das unter dem Code „Operation Moses" geführte Unternehmen sollte nach Angaben aus gut unterrichteten Kreisen ursprünglich erst am 17. Januar abgeschlossen werden. Wie es hieß, warten in Äthiopien noch 8000 bis 10 000 und in Sudan etwa 4000 Falaschen auf einen Transport nach Israel. In Jerusalem wurde gestern die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß Israel jetzt auf eigene Faust die Aktion fortsetzen könnte.

Ein politischer Skandal

So wurde spekuliert, daß möglicherweise „eine militärähnliche Operation" eingeleitet werden könnte. Die Londoner Zeitung „Daily Mirror" berichtete gestern, Israel habe schon damit begonnen, Transportflugzeuge auf provisorische Flugplätze in Nord-Äthiopien zu entsenden, um die noch im Lande verbliebenen äthiopischen Juden zu evakuieren. Ohne Quellen zu nennen, berichtete das Blatt weiter, äthiopische Truppen seien in den Norden des Landes geschickt worden, um das Gebiet abzuriegeln und die Evakuierung zu unterbinden.

Der Stopp des Unternehmens – die letzte Maschine einer belgischen Chartergesellschaft war am vergangenen Samstag eingetroffen – hatte in Israel einen politischen Skandal ausgelöst. Verschiedene staatliche Institutionen beschuldigten einander, durch Mißachtung der Geheimhaltung für die Einstellung der Luftbrücke verantwortlich zu sein. Außenminister Shamir meinte, der Nation sei großer Schaden entstanden. Verschiedene Politiker forderten eine Untersuchung und kritisierten Ministerpräsident Peres sowie die jüdische Einwanderungsbehörde, weil einer ihrer Abteilungsleiter als erster Informationen über das Unternehmen an die Presse lanciert hatte. Peres geriet in das Schußfeld der Kritik, weil das staatliche Presseamt am vergangenen Donnerstag den umlaufenden Gerüchten den Stempel der offiziellen Bestätigung aufgedrückt hatte. Abgeordnete der Knesset kündigten Mißtrauensanträge gegen die Regierung an.

Hilfen angeboten

Auch unter den äthiopischen Einwanderern herrschten Empörung und Unruhe nach dem Stopp des Unternehmens. Viele von ihnen warten auf ihre in Sudan und Äthiopien zurückgebliebenen Verwandten, die ebenfalls ausgeflogen werden sollten.

Der Sprecher der Einwanderungsbehörde, Zyi Eyal, bestätigte gestern nach Angaben der Londoner „Times", daß mehrere internationale Fluggesellschaften angeboten haben, das Unternehmen zur Rettung äthiopischer Juden fortzusetzen. Diplomatische Bemühungen seien im Gange, um die Lücke zu füllen, nachdem die belgische Chartergesellschaft Trans European Airways die Fortsetzung der Luftbrücke verweigert hatte. Die Fluggesellschaft stellte sich auf den Standpunkt, der Vertrag über den Transport der Falaschen sei ausgelaufen. Allerdings wies die jüdische Einwanderungsbehörde darauf hin, daß die vorzeitige Berichterstattung über die Aktion nicht nur die Regierung in Sudan, sondern auch die äthiopische Regierung verärgert und sie dazu veranlaßt habe, die Evakuierung weiterer schwarzer Juden zu unterbinden. Die Fluggesellschaften, die jetzt einspringen wollen, wurden nicht bekanntgegeben. Diplomaten in Jerusalem wiesen allerdings gestern darauf hin, daß es bei den Überlegungen um eine Fortsetzung der Luftbrücke nicht um einen Mangel an Flugzeugen gehe, sondern um die nach wie vor fehlende Bereitschaft Sudans, Äthiopiens und auch anderer Regierungen, den Fortgang des Exodus zu ermöglichen.

Mehr britische Bergarbeiter kehren zurück

WILHELM FURLER, London

Unter den seit März letzten Jahres streikenden britischen Bergleuten hat mit dem Jahreswechsel ganz offensichtlich eine neue Bewegung zurück zum Arbeitsplatz eingesetzt. Zu Beginn der ersten vollen Arbeitswoche im neuen Jahr wurden gestern in der Frühschicht insgesamt 1140 „neue Gesichter" gezählt, die sich nach Angaben der staatlichen Kohlebehörde NCB in den Zechen des Landes wieder zur Arbeit meldeten. Dies ist die höchste Zahl seit dem 19. November, als mit 2338 „neuen Gesichtern", wie die einen Streik beendenden Arbeiter in Großbritannien bezeichnet werden, die bislang höchste Tageszahl registriert worden war.

Bereits an den ersten drei Arbeitstagen in diesem Jahr, also zwischen Mittwoch und Freitag vergangener Woche, kehrten mit 712 Arbeitswilligen erstaunlich viele Bergleute in ihre Zechen zurück – trotz der bereits angebrochenen Feiertags-Woche. Seit dem Beginn der Bewegung zurück zum Arbeitsplatz, die Anfang November einsetzte, sind bis heute mehr als 18 700 streikende Bergleute wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Damit arbeiten inzwischen gut 38 Prozent der von der staatlichen Kohlebehörde beschäftigten Bergleute.

Als Gründe für die wachsende Streikmüdigkeit werden von der Kohlebehörde insbesondere die sich ausbreitende Überzeugung von der Sinnlosigkeit des jetzt genau zehn Monate alten Arbeitskampfes genannt. Über Weihnachten und Silvester seien viele zu dieser Einsicht gelangt. Tatsache ist sicherlich aber auch, daß das für britische Verhältnisse extrem kalte Winterwetter zu einer solchen Entschluß-Findung nicht unerheblich beigetragen hat. Immerhin sind die meisten der streikenden Bergleute-Familien auf Kohle- und Brennstoff-Käufe oder auf entsprechende Hilfen durch lokale Behörden oder Bekannte angewiesen, während arbeitende Bergleute automatisch bedeutende Mengen an Deputat-Kohle von ihrem Arbeitgeber erhalten. Verantwortliche der Kohlebehörde und Mitglieder der Regierung sehen die jüngste Entwicklung als Bestätigung ihrer Auffassung, daß sich die Bergleute über kurz oder lang „selbst mit ihren eigenen Füßen" gegen den Ausstand entscheiden werden. Wie lange der langsame aber sichere Tod des Bergleute-Streiks letztlich allerdings dauern wird, wagt niemand vorauszusagen.

SED-Diplomatie an Bonn vorbei

Verstärkte Kontakte zu Paris, Athen und Rom / „DDR" betreibt Einkreisungspolitik

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die SED-Führung will sich 1985 keinesfalls auf einen Besuch Erich Honeckers in der Bundesrepublik Deutschland festlegen lassen. Sie strebt an, im Hinblick auf den wichtigen SED-Parteitag im April 1986 mit intakten engeren Verbindungen zu anderen NATO-Ländern wie Italien, Frankreich und Griechenland das europäische Renommee der „DDR" zu verbessern. Ost-Berlin erwartet in diesem Frühjahr den Besuch des französischen Premierministers Laurent Fabius und des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe. Im Laufe des Jahres soll außerdem als erster Monarch Spaniens König Juan Carlos in die „DDR" kommen.

Mit dieser aktiven Reise-Diplomatie, die Erich Honecker schon 1984 durch seine Gastgeberrolle gegenüber Olof Palme, Bettino Craxi und Andreas Papandreou betonte, will Ost-Berlin dem faktischen Druck der zugesagten Bonn-Reise ausweichen. Sie soll – allenfalls im Herbst 1985 – nur dann erfolgen, wenn sie sich gleichsam geräuschlos und unauffällig in eine noch offene „neue Qualität" der Beziehungen zwischen Moskau und Washington einfügt.

Vor derartigen Fragestellungen, die zunächst nur neue Hoffnungen in der „DDR"-Bevölkerung selbst wekken, soll jedoch die Reputation Honeckers durch mehrere Reisen in die Metropolen von NATO-Staaten wachsen. Die Intensität, die Ost-Berlin bei der Entwicklung solcher Zweierbeziehungen an Bonn vorbei entfaltet, kommt in den ungewöhnlichen Umständen der angekündigten Rom-Reise Honeckers zum Ausdruck.

Honecker zu Craxi

Das „Neue Deutschland" veröffentlichte diese Pläne am Wochenende, ohne dabei ein konkretes Reisedatum zu nennen. Diese Praxis war bisher völlig unüblich. Beispielsweise wurde die Finnland-Visite Honekkers im Herbst zwar wochenlang vorher, aber mit präzisen Daten angekündigt und dabei die Staatskanzlei in Helsinki als Quelle zitiert.

In der ADN-Meldung aus Rom hieß es jetzt lediglich, Ost-Berlins Botschafter Hans Voß – seit sechs Jahren auf diesem wichtigen Posten und vorher im Außenministerium Chef der „BRD"-Abteilung – sei mit dem diplomatischen Berater von Premier Bettino Craxi zusammengetroffen. Dabei „bekräftigten" die Gesprächspartner, den „prinzipiell vereinbarten" Gegenbesuch Honeckers „in den nächsten Monaten" zu realisieren.

In einer zweiten, unter der ADN-Meldung gedruckten gesonderten Mitteilung werden – ebenfalls ungewöhnlich und das drängende Interesse Ost-Berlins signalisierend – „Kreise des italienischen Ministerrats" zitiert. Botschafter Voß habe, so heißt es in indirekter Rede, obschon sämtliche Details aus „DDR"-Quellen stammen, die Ostberliner Absicht „bekräftigt", alle Möglichkeiten zu nutzen, um die Bereiche der Kooperation mit Italien zu erweitern und ihnen einen kontinuierlichen Charakter zu verleihen.

Die Beharrlichkeit der „DDR", von Craxis Besuchsangebot alsbald Gebrauch zu machen, entspricht dekkungsgleich der kürzlich vom Dresdener SED-Bezirkschef Hans Modrow beschriebenen neuen außenpolitischen Linie Ost-Berlins. Gegenüber der „International Herald Tribune" hatte Modrow (Die WELT berichtete) im Dezember erklärt, die „DDR"-Politik sei nicht auf einen „Wartestand" ausgerichtet: „Wir werden in unserem Bemühen sehr aktiv sein, unsere Kontakte mit allen westlichen Ländern auszuweiten", sagte der SED-Spitzenfunktionär dabei wörtlich: „Wir suchen eine friedliche Koexistenz mit allen Ländern, nicht nur mit Westdeutschland."

Die forcierten diplomatischen Schritte der SED-Führung gehen anscheinend von mehreren Überlegungen aus:

– Der eigenen Bevölkerung gegenüber soll im Vorfeld des SED-Parteitages im April 1986 das zunehmende „DDR"-Gewicht in Mitteleuropa vor Augen geführt werden. Die Bundesrepublik Deutschland soll dabei lediglich wie ein Staat unter vielen anderen westlichen Ländern erscheinen, mit dem die „DDR" nicht mehr oder weniger als mit jedem anderen NATO-Mitglied verbinde.

– In den Ländern, die Honecker ansteuern will, soll die politische „Hemmschwelle" gegenüber dem Staat der Mauern und des Schießbefehls und der laufenden Menschenrechtsverletzungen herabgesetzt werden.

– In einer Art „Einkreisungs-Politik" stünde am Ende einer Periode, die wahrscheinlich bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre reicht, eine für die „DDR" als Dolmetscher und Vermittler in Richtung Westen „entbehrliche" Bundesrepublik.

– Nach innen könnte diese Entwicklung – Frankreich machte mit seinem Kulturzentrum in Ost-Berlin den Anfang – dazu führen, zwar westliche (durch die elektronischen Medien ohnedies nicht vermeidbare) Lebensweise zu „importieren", aber dennoch freien Reiseverkehr nicht zuzubilligen.

Schon in diesem Frühjahr ist mit wichtigen westlichen Gästen in Ost-Berlin zu rechnen: So fädelte Volkskammer-Präsident und Ex-Ministerratschef Horst Sindermann (SED) im vergangenen Herbst die zugesagte Reise von Premier Laurent Fabius in die „DDR" ein. Dieser Besuchswunsch kollidiert allerdings wegen seiner statuspolitischen Eigenheiten – Frankreich ist zugleich eine der vier Besatzungsmächte in Groß-Berlin und Schutzmacht der West-Berliner – mit westlichen Wünschen.

Auch Juan Carlos kommt

Vor Fabius' Reise sähen es Bonn und der Senat jedenfalls am liebsten, wenn Staatspräsident François Mitterrand eine dem damaligen Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker gegebene Zusage einlöste, nach Giscard d'Estaing als zweiter französischer Staatschef „seinen" West-Sektor und die Berliner zu besuchen. Das ließe sich anläßlich des Bonner Gipfels Anfang Mai bewerkstelligen.

Sindermann erreichte auch, daß König Juan Carlos eine Besuchszusage für die „DDR" gab. „Blaues Blut" wollte Ost-Berlin vor einigen Jahren schon empfangen, als Schah Reza Pahlewi bereits SED-Journalisten zum Tee in seinem Palast empfing und „Neues Deutschland" ein umfangreiches Interview mit dem dann gestürzten Gast veröffentlichte.

Vor Fabius könnte auch der neue französische Außenminister Roland Dumas nach Ost-Berlin kommen. Er wäre nach Jean François-Poncet und Claude Cheysson der dritte Chef des Quai d'Orsay in Ost-Berlin. Sir Geoffrey Howe ist für April angesagt.

Im Laufe des Jahres dürfte Honekker auch die Besuchseinladung aus Athen wahrnehmen, die seit längerem auf dem Tisch liegt. Anders als bei Craxi, der im Juli in Ost-Berlin vom Abbau der „Mauer des Argwohns und Mißtrauens und anderer Arten von Mauern" sprach, dürfte ihn der sozialistische Premier Papandreou mit solchen Formulierungen nicht in Verlegenheit bringen.

Betriebe helfen bei Arbeitssuche nach der Lehrzeit

PETER PHILIPPS, Bonn

Zu den Arbeitsmarktproblemen gerade der Jugendlichen gehört die Tatsache, daß viele Betriebe über ihren eigenen Bedarf hinaus ausbilden und deshalb auch nicht für alle ihre Ausgebildeten anschließend entsprechende Arbeitsplätze anbieten können. Doch die Wirtschaft ist offensichtlich aus eigenen Kräften dabei, die Schwierigkeiten zu lösen. In einer Studie hat jetzt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) die Wege nachgezeichnet, die von den Unternehmen gegangen werden, um dem Nachwuchs eine Chance zu geben.

Hoechst und Siemens beispielsweise übernehmen junge Facharbeiter in verwandte Berufe, die ihrer Ausbildung entsprechen. Nach der IW-Studie ist die „Übernahme mit gezielter Qualifikation verbunden". Für solche unbefristeten Arbeitsverträge durchlaufen etwa bei Audi alle Ausgebildeten ein zwölfmonatiges Qualifizierungsprogramm.

Mit vorerst auf einige Monate befristeten Arbeitsverträgen versuchen andere Firmen erst einmal die Anschlußphase an die Ausbildung zu überbrücken. AEG beispielsweise übernimmt die Jugendlichen für sechs bis zwölf Monate in „eine dem Ausbildungsstand vergleichbare oder annähernd entsprechende Tätigkeit". Dazu gehört bei vielen Unternehmen auch der Weg wechselnder Arbeitsplätze im Produktionsbereich. Bei allen befristeten Verträgen bemühen sich die Betriebe jedoch, die Ausgebildeten mittelfristig ebenfalls als Fachkräfte mit unbefristeten Arbeitsverträgen anzustellen.

Einen dritten Weg gehen viele Unternehmen mit flexibler Arbeitszeitgestaltung, indem sie den jungen Leuten 20- bzw. 32-Stunden-Arbeitsverträge geben. Ebenfalls Siemens, aber auch Merck und BASF bemühen sich auf diese Weise um zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten.

Für das unternehmernahe Institut ist die Konsequenz aus dieser Untersuchung vor allem diese: Da sich auch hier gezeigt habe, daß Fachkräfte immer noch die größeren Chancen haben als die Ungelernten, „sollten die Unternehmen weiterhin eine hohe Ausbildungsbereitschaft zeigen". Staatliche Verpflichtungen zur Übernahme ausgebildeter Jugendlicher würden sich höchstens „ausbildungsfeindlich" auswirken.

STAND ● PUNKT

Der ganz normale Weg zum ganz großen Erfolg

Im Ausland sprechen sie längst vom deutschen Volleyball-Wunder und meinen damit die Erfolge der hiesigen Damen-Nationalmannschaft. Denn das, was sich beim internationalen Turnier in Bremen zutrug, der klare Sieg über den Olympia-Fünften Südkorea, war die konsequente und logische Fortsetzung des bisherigen Weges im Deutschen Volleyball-Verband (DVV). Da wurden Schwerpunkte angepeilt und stets auch erfolgreich in Angriff genommen. Beispiele: Da war der Sieg über Polen bei den Europameisterschaften, der Triumph über Brasilien bei den Olympischen Spielen 1984 in Los Angeles und nun der Erfolg im Spiel gegen Südkorea. Was der aus Polen stammende Bundestrainer Andrzej Niemczyk als Konzept entwickelt hat, nämlich eine gewisse Periodisierung, hat sich als goldrichtig erwiesen.

Um so unverständlicher erscheinen im nachhinein die Kritiken, denen sich Niemczyk ausgesetzt sah. In Bremen trat ein neu formiertes Team mit jungen Spielerinnen an, die zum Teil erst 18 Jahre alt sind. Diese Mannschaft bot von den einzelnen Spielelementen her die derzeit modernste Form des Volleyballspiels überhaupt. Dennoch, so meint Verbandspräsident Roland Mader, dürfe man nicht in Euphorie verfallen.

Sachliche Analysen seien hingegen angebracht, um den vorgezeichneten Weg auch weiterhin erfolgreich zu begeben. Mader zur WELT: „1989 wollen wir Europameister werden und bis dahin mit den Russinnen gleichgezogen haben." Das klingt freilich nun doch euphorisch, ist es aber beim genauen Hinsehen gar nicht. Auch das ist nur die logische Zielsetzung des Gespanns Mader–Niemczyk, denn als Mader sein Amt antrat, tat er es mit der Prämisse, in acht bis zehn Jahren mit seiner Mannschaft die Weltspitze im Volleyball erklommen zu haben.

Was bisher erreicht wurde, war denn auch stets die Umsetzung der Idee in die Praxis. So ist denn auf dem Weg zum ganz großen Triumph vorerst eine Medaille bei den Europameisterschaften 1987 geplant. Zuviel? Andrzej Niemczyk und seine Mädchen werden es schon richten – allen Kritikern zum Trotz.

KLAUS BLUME

NACHRICHTEN

Umsatz-Rückgang

Düsseldorf (sid) – Im deutschen Pferderennsport gab es 1984 erneut einen Umsatzrückgang. Wurden 1983 bei den Galoppern noch 186 Millionen Mark an den Wettschaltern der 15 A-Bahnen eingesetzt, so belief sich der Umsatz 1984 auf 180 Millionen Mark. Bei den Trabern wurden 374 Millionen Mark umgesetzt. Der Rückgang war hier allerdings mit 100 000 Mark gegenüber 1983 nur minimal.

Weltcup-Slalom abgesagt

La Mongie (dpa) – Der Weltcup-Slalom in La Mongie (Frankreich) mußte wegen äußerst schlechter Witterungsbedingungen abgesagt werden. Heftiger Wind und starke Schneefälle machten das Rennen in den Pyrenäen unmöglich.

Segelflug-Weltrekorde

Alice Springs (dpa) – In Alice Springs (Australien) gab es zwei neue Weltrekorde durch deutsche Segelflieger: Erwin Müller (Ulm) und Otto Schaeffner (Langenau) verbesserten den Geschwindigkeitsweltrekord für Doppelsitzer im 300-km-Dreiecksflug auf 149,3 Stundenkilometer. Im 750-km-Dreiecksflug für Frauen schaffte die Berlinerin Christa-Marie Räuscher 103 Stundenkilometer.

Schneller Marathonlauf

Houston (sid) – In der ausgezeichneten Zeit von 2:11:55 Stunden belegte der 38jährige Lübecker Wolfgang Krüger beim internationalen Marathonlauf in Houston den dritten Platz. Es siegte der Amerikaner Froelich (2:11:13) vor Ngatia aus Kenia (2:11:43). Vierter wurde der Augsburger Andreas Weniger in 2:12:32 Stunden.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga: Kaufbeuren – Rosenheim 3:1, Schwenningen – Düsseldorf 6:3, Köln – Rießersee 8:1, Landshut – Essen-West 6:3, Mannheim – Iserlohn 11:1; Tabellenspitze: 1. Köln 40:14 Punkte, 2. Rosenheim 40:16, 3. Landshut 33:21.

VOLLEYBALL

Vier-Länder-Turnier der Herren in Stockholm: Deutschland – Südkorea 3:1, Kuba – Schweden 3:0; Abschlußtabelle: 1. Kuba 6:0 Punkte, 2. Südkorea 2:4, 3. Schweden 2:4, 4. Deutschland 2:4.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45": 14, 19, 24, 40, 42, 45, Zusatzspiel: 15. (Ohne Gewähr)

TENNIS / Lob für Boris Becker – Training mit McEnroe

„Daily Telegraph": „Jetzt ist er wieder da, um die Welt zu erobern"

Boris Becker ist das „neue Wunderkid" (Wunderkind) des deutschen Tennis. So feiert der Londoner „Guardian" den Sieg des 17jährigen Deutschen im „Young Masters Turnier" von Birmingham. Die Rückhand des Deutschen nennt dieselbe Zeitung einen „Laser-Schuß". Der rotblonde Schopf und die kräftige Statur von Becker erinnern die Sportjournalisten des Blattes an einen anderen Spieler, der als Teenager genauso aussah und als 19- und 20jähriger zweimal Wimbledon gewann: den Australier Lew Hoad. Einen zweiten Hoad – so nennen sie ihn inzwischen.

Für die „Daily Mail" ist Boris Bekker sogar „Deutschlands größte Tennisentdeckung seit fünf Jahrzehnten". Seit den Vorkriegsjahren, als Gottfried von Cramm zur Weltspitze gehörte, habe Deutschland keine größere Tennishoffnung gehabt. BBC-Fernsehkommentator Dan Maskell, der die Wimbledon-Endspiele des legendären deutschen Tennis-Barons selbst kommentiert hat, geht sogar noch weiter: „Ich bin überzeugt, daß Becker noch besser wird als von Cramm. Er wird in die Klasse der Superathleten aufsteigen."

Die immer um Mäßigung bemühte „Times" nennt Boris Becker „einen artigen jungen Mann, der seine Tennis-Aggressionen unter perfekter Kontrolle hält". In dieser Bewertung liegt eine deutliche Anspielung auf die „ungezogenen" Szenen, die die derzeitige Nummer eins im Welttennis, der Amerikaner John McEnroe, immer wieder liefert.

Der „Daily Telegraph" erinnerte sich nach dem Masters-Sieg von Bekker an die unglückliche Verletzung, die der junge Deutsche im Juni 1984 in Wimbledon erlitt. Das Blatt schreibt: „Jetzt ist er wieder da, um die Welt zu erobern."

Einen Tag nach seinem großen Sieg flog Becker in die USA. Die Marschtabelle bis Ende Februar sieht so aus: Turnier in Portland, Training und Beobachten der zwölf Weltbesten beim Masters-Turnier in New York, Philadelphia, Florida und wieder New York. Stationen für einen jungen Mann, der besessen ist vom Tennis.

C. GEISSMAR/sid

Wieder Duell USA gegen Schweden?

HANS-J. POHMANN, Bonn

Vielleicht ist die Niederlage des amerikanischen Davis-Cup-Teams gegen Schweden den Organisatoren des Masters-Turniers ganz gelegen gekommen. Denn so wird es ein leichtes für die Management-Gruppe Pro Serve sein, das Finalturnier aller 67 Grand-Prix-Veranstaltungen von 1984 im New Yorker Madison Square Garden zur großen Revanche USA gegen Schweden aufzuwerten. Schließlich spielen im Einzel sechs Amerikaner und vier Schweden mit. Die Tschechoslowaken Ivan Lendl und Tomas Smid komplettieren das Feld.

Hätte sich diese Konstellation nicht ergeben, dieses Masters-Turnier wäre schon vor Beginn als langweilig abgetan worden. Die Spieler wünschen sich übrigens schon seit Jahren einen anderen Termin. Sie wollen das Masters-Turnier am Ende eines Jahres als Saisonhöhepunkt spielen und nicht erst im Januar, wenn bereits das erste Grand-Prix-Turnier der neuen Saison in Oakland stattgefunden hat. Diesen Wünschen wird nun stattgegeben. Künftig treffen sich die punktbesten Spieler der Grand-Prix-Turniere Ende Dezember. Auf diese Weise ist der Madison Square Garden 1985 gleich zweimal Austragungsort dieses nach den vier Grand Slams wichtigsten Turniers.

Aber es gibt noch weitere Gründe, die sich als Nachteil herausstellen können. Da wäre die Sache mit der Nummer eins der Weltrangliste. Häufig gab das Masters-Turnier den Ausschlag über den Spitzenspieler des Jahres. Diesmal steht John McEnroe schon als sicherer Spitzenreiter fest. 15 Turniere hat er gespielt, 13 – darunter Wimbledon und die US-Open – hat er gewonnen. Insgesamt bestritt McEnroe 1984 85 Spiele und unterlag nur dreimal, in Cincinnati dem Inder Wijay Amritraj, in Paris Ivan Lendl und beim Davis-Cup-Finale dem Schweden Henrik Sundström.

Angesichts solcher Siegesserien spielt das Preisgeld für Spieler wie John McEnroe keine allzu große Rolle mehr. Kaum vorstellbar, daß vor fünf Jahren die 100 000 Dollar Siegprämie des Masters-Turniers beinahe sensationell anmutete. Heutzutage locken schon Einladungsturniere mit Preisgeldern von 200 000 Dollar für den Sieger. Wie zum Beispiel in der vergangenen Woche in Las Vegas oder im Herbst in Antwerpen.

So heißt es sogar, daß die Topstars nur deshalb am Masters-Turnier teilnehmen, damit sie ihre Prämie aus dem Grand-Prix-Bonuspool erhalten. Denn dieses zusätzliche Geld erhalten sie nur, wenn sie auch im Madison Square Garden antreten. Die rund 1,9 Millionen Mark, die es für den Ersten des Bonuspools gibt, verschenkt auch ein McEnroe nicht.

Der sportliche Teil? Mittlerweile ist es auch der größte Fan leid, ständig ein Finale zwischen McEnroe und Connors oder Lendl zu erleben. Und McEnroe scheint geradezu sehnsüchtig auf ernst zu nehmende Konkurrenten zu warten. Jimmy Connors, mittlerweile 32 Jahre alt, wird wohl kein ganz großes Turnier mehr gewinnen können – trotz seines Kampfgeistes. Ivan Lendl wiederum hat seit seiner Finalniederlage bei den US-Open gegen McEnroe nicht mehr allzu viel geboten. Weil Connors und Lendl aber gemeinsam in der unteren Hälfte der Auslosung des Masters-Turniers stehen, wird einer von den beiden das Endspiel erreichen – voraussichtlich gegen John McEnroe.

Seinen Trainingspartner hat McEnroe schon engagiert. In den nächsten Tagen spielt er mit dem Deutschen Boris Becker auf der Anlage von Ion Tiriac, die mit dem gleichen Supreme-Boden belegt ist, auf dem auch im Madison Square Garden gespielt wird. Da kann man aus deutscher Sicht nur hoffen, daß Becker nach seinen letzten großen Erfolgen in der neuen Saison den Sprung nach vorne schafft, um dann Ende Dezember beim Masters-Turnier in New York auf John McEnroe zu treffen.

RALLYE / Schwere Unfälle bei Paris–Dakar

Weber jetzt auf Platz drei

sid, Tamanrasset

Der sechste Tag der Rallye Paris–Dakar wurde zum bisher unfallträchtigsten der Veranstaltung. Zahlreiche Fahrer verunglückten auf dem 538 Kilometer langen Teilstück von In Salah nach In Amguel im Süden Algeriens. Am schlimmsten erwischte es den Franzosen Jean-Luc Therier, der sich mit seinem Citroën Visa mehrmals überschlug und mit Kopf- und Gesichtsverletzungen sowie Verdacht auf Nackenverletzungen abtransportiert wurde. Erst im Flughafen von Tamanrasset erlangte der 40 Jahre alte Rallye-Profi das Bewußtsein wieder. Therier: „Es war mein erster schwerer Unfall in 18 Rallye-Jahren."

Ausscheiden mußte auch BMW-Werksfahrer Eddy Hau. Er stürzte mit seinem 228 Kilogramm schweren und 70 PS starken Motorrad und brach sich den Arm. Der bisherige Spitzenreiter Jean-Michel Baron aus Frankreich kam ebenfalls zu Fall und erlitt einen Schlüsselbeinbruch.

Neuer Spitzenreiter in der Automobilwertung ist der Belgier Guy Colsoul mit einem Opel Manta. Noch überraschender ist der dritte Rang des früheren deutschen Rallyemeisters Erwin Weber aus Neufahrn. Von 568 gestarteten Fahrzeugen sind nur noch rund 400 in der Wertung.

EISHOCKEY / Doping-Diskussion hält weiter an

„Schaum vor dem Mund"

dpa, Berlin

Der 28. Spieltag der Eishockey-Bundesliga bot mit hochklassigem Sport beim 3:1 des ESV Kaufbeuren über den entthronten Tabellenführer SB Rosenheim und mit dem ersten Spiel der Saison ohne Strafzeiten zwischen dem Mannheimer ERC und dem ECD Iserlohn nur eine kurze Atempause. Öl ins Feuer um die entstandene Doping-Diskussion goß Jupp Kompalla.

Der auch international bekannteste deutsche Schiedsrichter berichtete von Spielern „mit vergrößerten Pupillen, erstarrten Gesichtern wie von Wachsfiguren mit Schaum vorm Mund". Auf Anfrage sagte der Krefelder, solche Beobachtungen habe er „aus nächster Nähe" vor allem bei den Endrunden-Spielen der letzten Saison häufig machen können. Kompalla bestätigte damit den Kölner Mannschaftsarzt Herbert Plum, der die vermutete Einnahme von Amphetaminen kritisch ins Gespräch gebracht hatte. Kompalla forderte den Deutschen Eishockey-Bund (DEB) auf, „etwas dagegen zu tun".

Der Landshuter Geschäftsführer Walter Ranke dazu: „Das ist ja alles schön und gut, aber wer soll denn die 2500 Mark für die Untersuchung der Urin-Proben pro Heimspiel bezahlen, wenn sowieso finanziell alle wacklig in der Luft hängen?"

BOB / Österreicher wollten in Innsbruck betrügen

Kufen wurden aufgeheizt

dpa, Igls

Mit einem Eklat endete der Viererbob-Nationencup auf der Olympiabahn in Innsbruck-Igls. Peter Kienast und Walter Delle-Karth als Österreich I und Österreich III wurden wegen aufgeheizter Kufen nachträglich disqualifiziert. Seit Jahr und Tag ist kein ähnlicher Fall mehr bekanntgeworden. Kienast hatte im dritten Lauf die überhaupt beste Zeit gefahren und den Wettbewerb nach vier Durchgängen gewonnen. Österreich III war Achter geworden.

Durch diesen Schwindel gewann in Abwesenheit der eigentlichen „DDR"-Spitze und der Schweizer Elite Österreich II vor „DDR" II und „DDR" I. Auf den fünften Rang rutschte der deutsche Meister Anton Fischer aus Ohlstadt vor. Nach den ersten beiden Läufen hatte Fischer lediglich auf dem neunten Rang gelegen.

Die Nationenwertung gewann trotz des Eklats Österreich vor der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR", die allerdings nur zwei Nachwuchsmannschaften an den Start gebracht hatte.

In der Weltcup-Wertung blieb der Engländer Nick Phipps mit 60 Punkten in Führung. Aufgeschlossen hat jedoch der Amerikaner Jeff Jost mit ebenfalls 60 Punkten. Dritter ist Anton Fischer (58).

Möbel unter Druck

hdt – Hiobsmeldungen aus der Möbelindustrie reißen nicht ab. Sie hat bisher offensichtlich wenig vom zaghaft wieder einsetzenden Aufschwung verspürt. So sind Berichte über Vergleichsverfahren und Konkurse nichts Ungewöhnliches. Betroffen sind davon vor allem die kleineren und mittleren Unternehmen, die geradezu typisch für diesen Wirtschaftszweig sind. 90 Prozent aller Möbelhersteller in der Bundesrepublik beschäftigen nämlich weniger als 100 Mitarbeiter. Der größte bundesdeutsche Hersteller, die Welle-Gruppe in Paderborn, erreichte gerade ganze vier Prozent Marktanteil. Die Klein- und Mittelbetriebe sind dabei oftmals das Opfer ihrer eigenen Unbeweglichkeit. Die Eigenkapitaldecke ist durchweg zu dünn, bei Marketing-Strategien erweist man sich als zu unbeweglich, falls solche überhaupt vorhanden sind.

So ist es kein Wunder, daß hier nicht nur die sinkende Nachfrage in den letzten Jahren negativ zu Buche schlug, sondern auch der verstärkte Druck der Möbelimporte, vor allem der Billigprodukte. Bei einem Gesamtumsatz von 18,6 Milliarden Mark stiegen 1983 die Importe um 9,2 Prozent auf bereits 3,2 Milliarden Mark. Davon kamen 22,3 Prozent aus dem Ostblock einschließlich der „DDR".

Die Gegenrechnung sieht auf den ersten Blick zwar positiv aus, denn im gleichen Zeitraum wurden für 3,6 Milliarden Mark Möbel exportiert, aber dieser Wert stagniert und zudem dominierten hierbei fast ausschließlich die wenigen Großen. Für alle anderen ist noch längst kein Silberstreifen in Sicht.

Eine Warnung

Mk. – Die jüngsten Zahlen über den Auftragseingang haben nicht das gehalten, was erwartet worden war. Überraschend kommt dabei vor allem die leichte Abschwächung der Nachfrage nach Investitionsgütern selbst im Zweimonatsvergleich, durch den Zufälligkeiten schon etwas geglättet werden. Dieser Rückgang steht im deutlichen Gegensatz nicht nur zu der Entwicklung der Vormonate, sondern auch zu den Umfragen. Danach planen die Firmen eine kräftige Aufstockung der Investitionen – zur weiteren Rationalisierung bishin zur Erweiterung der Kapazitäten. Und die Bundesbank konstatierte erst kürzlich bei den Investitionen einen kräftigen konjunkturellen Aufwind. Auch in den Nachbarländern werden höhere Investitionen erwartet. Ist dieses nun alles überholt? Wohl kaum. Ebenso wenig wie eine Schwalbe bereits den Sommer macht, so wenig erzwingt ein Monatsergebnis, das aus der Reihe fällt, eine Revision der konjunkturellen Vorstellungen. Allenfalls warnt es vor übertriebenen Erwartungen.

Vergeudete Gelder

Von KAREN SÖHLER

Finanzhilfen und Steuervergünstigungen – die Subventionen also, wie der Bund sie definiert – sind zwischen 1969 und 1972 von 11,6 Milliarden auf 17,7 Milliarden Mark gestiegen. In den darauffolgenden zwölf Jahren waren die Steigerungen zwar nie mehr so kraß, dennoch wuchsen die Subventionen langsam aber sicher weiter. Inzwischen wendet Bonn für Unternehmen, Branchen und private Haushalte insgesamt 29 Milliarden Mark auf. Das steht zumindest im letzten Subventionsbericht.

Die Höhe der Summe für sich genommen hat freilich keine Aussagekraft. Was Subventionen – unabhängig davon, daß sie den Strukturwandel behindern und fast immer zu Wettbewerbsverzerrungen führen – zu einem Ärgernis macht, ist die schlichte Tatsache, daß sie sozusagen blindlings, ohne Konzept und ohne ausreichende Begründung vergeben werden. Daß die so vertanen Mittel angesichts leerer Staatskassen Verdruß bereiten, hat Politiker aller Parteien schon oft veranlaßt, eine gründliche Durchforstung zu verlangen.

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann nutzte das traditionelle Dreikönigstreffen am vergangenen Wochenende, um erneut den Abbau der Stützungszahlungen zu fordern und gleichzeitig möglichen neuen Subventionswünschen eine Absage zu erteilen. Die Unionsparteien hatten das sogar zu einem wichtigen Wahlkampfthema gemacht. Aber bekanntlich ist es leichter, etwas zu versprechen, als es dann auch zu halten. Außer der Gewährung neuer Subventionen – nach bewährtem Schema – ist bisher nichts geschehen. Wer in der Union nachfragt, erhält die Antwort, daß Subventionen nun einmal zu den Mitteln gehören, mit denen Politik betrieben werde – Gunst entziehen, Gunst gewähren.

Dies könnte hingehen, würden die Stützungszahlungen genutzt, um Impulse zu geben oder um offensichtlich vorübergehende Durststrecken zu überbrücken. Solche Fälle bleiben jedoch durchweg die Ausnahme. Meist fließen die Gelder weiter, obwohl die förderungswürdigen Tatsachen längst nicht mehr bestehen.

Die Liste der Sündenfälle nimmt deswegen kein Ende. Die Gründe sind immer die gleichen: Die Politiker, welcher Partei auch immer, lassen sich mit Blick auf vermeintliche Wählerstimmen davon abhalten, das als richtig erkannte auch in die Tat umzusetzen. Nur sollte die Regierungskoalition nicht vergessen, daß sie 1983 eine Lösung des Subventionsproblems zugesagt hat. Außerdem: Dies ist ein Feld, auf dem eine Wende sichtbar gemacht werden könnte und müßte. Natürlich nicht alles auf einmal; aber warum einigt sich die Koalition nicht wenigstens auf eine Prioritätenliste?

Bis dahin ließe sich ein Vorschlag des Deutschen Industrie- und Handelstages aufgreifen, der vor über vier Jahren empfahl, wenn auch im Zusammenhang mit der Haushaltskonsolidierung, die Subventionen zunächst einmal linear zu kürzen. Der Vorteil hier wäre, daß alle Begünstigten betroffen wären. Denn die Erfahrung hat gelehrt, daß solche Listen, die Kürzungsvorschläge für einzelne Finanzhilfen oder Steuervergünstigungen enthalten, zwar erstellt werden, dann aber wieder in der Versenkung verschwinden. Jeder unterstützt den Subventionsabbau nur, solange er nicht selbst betroffen ist.

Natürlich birgt ein einheitliches Vorgehen auch Gefahren. Globallösungen führen zu Ungerechtigkeiten. Doch damit ließe sich leben. Unerträglich wäre, wenn ein erster Schritt keine weiteren nach sich zöge. Folgten keine Anschlußmaßnahmen, würde lediglich der Haushalt kurzfristig entlastet. Das Kapital flösse weiterhin in die Erhaltung morscher Gerüste. Aufgabe einer richtig verstandenen Subventionspolitik ist aber, Anstoß dafür zu geben, daß Branchen und Unternehmen die Richtung des eingeschlagenen Weges korrigieren entsprechend den veränderten Voraussetzungen; mehr nicht.

Zu den negativen Dingen deutscher Subventionspolitik zählt ebenso, daß der überwiegende Teil der Finanzhilfen und Steuervergünstigungen nicht befristet ist. Auch das widerspricht der Aufgabe einer Subvention und verleitet dazu, sich automatisch mit geöffneten Händen nach Bonn zu wenden. Befristungen könnten per Gesetz nachträglich eingeführt werden – verbunden mit einem degressiven Auslaufen der Subventionen. Freilich müßten die über hundert verschiedenen Positionen einzeln überprüft werden – die neugesetzten Schwerpunkte als Grundlage.

AUTOMOBILINDUSTRIE / Hoher Dollarkurs begünstigte den Export in die USA

Superjahr für deutsche Hersteller auf ihrem größten Auslandsmarkt

PETER BAUER, New York

Ein Superjahr erlebten die deutschen Automobilanbieter auf ihrem größten Auslandsmarkt, den USA. VW, Audi, Porsche, Daimler-Benz und BMW haben 1984 den US-Absatz um nicht weniger als 24,2 Prozent auf 347 835 Einheiten erhöht. Für 1985 rechnet die deutsche Automobilindustrie in den USA mit einem Verkauf von 370 000 Personenwagen, was einer bescheideneren Absatzsteigerung von 6,3 Prozent gleichkäme.

Rechnet man die VW-Modelle aus dem amerikanischen Montagewerk ein, dann haben die deutschen Anbieter ihren Verkauf im letzen Jahr um 15,5 Prozent auf 421 673 Einheiten erhöht. VW steigerte 1984 seinen Absatz an Importmodellen um 34,4 Prozent auf 103 479 Stück und will 1985 rund 100 000 Einheiten absetzen.

Mit dem Anlaufen der Golf-Produktion in Westmoreland im vergangenen Herbst nach Modernisierungs-Investitionen von 200 Mill. Dollar erhofft sich die VW of America eine Wiederbelebung des Geschäfts mit den in den USA gefertigten Modellen. Es hatte in den vergangenen Jahren vor allem wegen Qualitäts- und Imageproblemen sowie einem zu hohen Dieselanteil schwer gelitten. Im laufenden Jahr sollen 100 000 US-Golfmodelle verkauft werden gegenüber nur noch 73 838 Rabbits und Golf-Modellen (minus 13,2 Prozent) 1984. VW will also seinen US-Gesamtverkauf 1985 um rund 13 Prozent auf 200 000 Einheiten ausbauen.

Audi war im Absatzrennen der eindeutige Gewinner unter den deutschen Anbietern. Der US-Absatz konnte dank dem phänomenalen Erfolg der „Audi 5000"-Modelle (Audi 100- und 200-Typen) um nicht weniger als 48,6 Prozent auf 71 237 Stück gesteigert werden. 1985 will die Audi-Division der VW of America 80 000 Pkw in den USA ausliefern und somit 10,9 Prozent mehr verkaufen.

Porsche hat zum 1. September 1984 den Eigenvertrieb in den USA übernommen, der seit vielen Jahren von der VW of America über ein gemeinsames Händlernetz von Porsche und Audi betrieben worden war. Offizielle Verkaufsziffern hat die Porsche Cars North America in Reno (Nevada) für 1984 noch nicht veröffentlicht, doch wird der US-Absatz von Porsche für 1984 von Branchenkennern auf rund 23 000 Stück geschätzt gegenüber 22 100 Einheiten im letzten Jahr. Der Grund für die bescheidene Zuwachsrate ist nicht etwa die mangelnde Nachfrage, sondern der Kapazitätsengpaß in Stuttgart. Für 1985 schätzen US-Fachleute den Porsche-Absatz auf etwa 25 000 Einheiten.

Die Mercedes-Benz of North America hat 1984 ihren US-Absatz um 7,5 Prozent auf 79 222 erhöht und will in diesem Jahr 85 000 der deutschen Luxuswagen verkaufen. Dies wäre ein Anstieg von 7,3 Prozent. Der „kleine Mercedes", der hier auch „Baby-Benz" genannt wird, hat 29 Prozent des Gesamtabsatzes für sich verbuchen können. Die Stuttgarter verkaufen noch immer 49 Prozent ihrer US-Modelle als Diesel, obwohl wegen der Benzinpreis-Auseinandersetzungen der Anteil der Diesel-Modelle in den USA bei den übrigen Herstellern auf unter drei Prozent gefallen ist. Auch bei der US-Tochterfirma von Daimler-Benz sind Nachschubsorgen das Hauptproblem.

Die BMW of North America konnte ihren Absatz 1984 ebenfalls stark ausbauen und verkaufte 70 897 Pkw (plus 19,7 Prozent). 1985 sollen 80 000 Amerikaner einen BMW kaufen. Das wäre eine Steigerung um 12,8 Prozent. Die US-Tochterfirma der Münchner verweist darauf, daß sie der einzige ausländische Anbieter ist, der seit 1973 ununterbrochene Wachstumsraten aufzuweisen hat.

Noch erfreulicher als die Absatzentwicklung war aber der Ertragstrend der deutschen Autokonzerne in den USA. Dank des Dollar-Höhenfluges und ihrer hohen US-Preise haben die deutschen Firmen auch 1984 ausnahmslos verdient; wobei die US-Fertigung von VW einziger Verlustträger war. Die US-Töchter haben 1984 einen erheblichen Teil zu den Konzerngewinnen beigesteuert, wobei die US-Gewinnbeiträge weit über die jeweiligen Anteile am Gesamt-Konzernverkauf hinausgehen. (dpa/VWD)

AUF EIN WORT



„Insgesamt haben weit über 98 Prozent aller interessierten Jugendlichen, und damit 7 Prozent mehr als im Vorjahr, eine Ausbildung beginnen können. Dieser Erfolg zeigt aber auch, wie unbegründet, ja unverantwortlich Schreckensprognosen sind, wonach in diesem Jahr bis zu 200 000 oder sogar noch mehr Jugendliche ohne Lehrstellen und damit ohne Zukunft und Lebenssinn bleiben würden. Derartige Katastrophenmeldungen zielen bewußt auf politische Agitation, wo nichts notwendiger wäre, als der heranwachsenden Generation Mut, Hoffnung und Zuversicht zu vermitteln."

J.-H. Brandt, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes der Metallindustrie, Köln. FOTO: DIE WELT

AUFTRAGSEINGANG

Im November zwei Prozent weniger Bestellungen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Auftragseingang hat sich im November abgeschwächt. Die Nachfrage nach Industrieprodukten konnte den hohen Stand des Vormonats nicht behaupten. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes nahm der Auftragseingang beim Verarbeitenden Gewerbe von Oktober auf November preis- und saisonbereinigt um zwei Prozent ab. Dabei gingen die Bestellungen aus dem Inland um ein, die aus dem Ausland um vier Prozent zurück.

Der Zweimonatsvergleich (Oktober/November gegenüber August/September), der nach Ansicht des Bundeswirtschaftsministeriums die konjunkturelle Lage besser widerspiegelt, weist beim Verarbeitenden Gewerbe einen Anstieg der Nachfrage um ein Prozent aus. Dahinter verbirgt sich ein Rückgang der Bestellungen aus dem Inland um 1,5 Prozent, während die Aufträge aus dem Ausland um 4,5 Prozent nach oben kletterten. Im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe stiegen die Ordereingänge um 2,5 und im Verbrauchsgütersektor um 0,5 Prozent. Dagegen nahm die Nachfrage nach Investitionsgütern um 0,5 Prozent ab.

Die Bestellungen beim Verarbeitenden Gewerbe übertrafen im Oktober/November den entsprechenden Stand des Vorjahres um real acht, wertmäßig um 11,5 Prozent. Dabei lagen die Ordereingänge aus dem Inland um 4,5 und die aus dem Ausland um 14 Prozent nach Abzug der Preissteigerungen höher. Den stärksten Zuwachs konnte das Investitionsgütergewerbe mit 10,5 Prozent verbuchen. Die Hersteller von Grundstoffen und Verbrauchsgütern legten um 5,5 Prozent zu.

DEUTSCHE INVESTMENTFONDS

Wertveränderung zwischen plus 26 und minus 17 Prozent

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

In einer breiten Spanne – abhängig vom Anlageschwerpunkt – zwischen plus 26,1 und minus 17 Prozent bewegten sich nach einer Übersicht des Bundesverbandes Deutscher Investment-Gesellschaften 1984 die Wertveränderungen der Publikumsfonds. Die besten Ergebnisse brachten international anlegende Rentenfonds, die in hochverzinslichen Dollartiteln investiert waren. Spitzenreiter war der Internationale Rentenfonds (DIT) mit einer Wertsteigerung (einschließlich der '84er Ausschüttung) um 26,1 Prozent; letzter in der Gruppe war der Dekarent-international (plus 10,1 Prozent). Zweistellige Ergebnisse brachten bis auf den Dekatresor der DEKA (plus 9,8 Prozent) auch die Rentenfonds mit Anlageschwerpunkt in der Bundesrepublik, unter denen Adirenta (ADIG) mit einem Anstieg um 16,3 Prozent den ersten Platz einnahmen.

Noch enger beisammen lagen die Wertsteigerungen der in Aktien und Renten investierenden Fonds mit Unirak der Union-Investment (plus 14,6) an erster und Arideka der Sparkassen-Investmentgesellschaft DEKA (plus 10,2 Prozent) an letzter Stelle. Bei den Aktienfonds mit Anlageschwerpunkt in der Bundesrepublik reichte die Spannweite von 5,4 Prozent beim Bayern-Spezial (DWS) bis zu 25,6 Prozent beim Adiverba (ADIG), der mit seinem Engagement in Bank- und Versicherungsaktien auch über fünf Jahre (plus 138,6 Prozent), zehn Jahre (244 Prozent), 15 Jahre (239,9 Prozent und 20 Jahre 476,9 Prozent) in seiner Gruppe Spitzenreiter ist. Zwischen plus 18,8 Prozent beim Fondis (ADIG) und minus 17 Prozent beim Unispezial (Union) bewegten sich die Wertveränderungen der international anlegenden Aktienfonds.

DRUCKINDUSTRIE

„Keine neuen Arbeitsplätze durch kürzere Arbeitszeit"

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Manfred Beltz Rübelmann, Vizepräsident und sozialpolitischer Sprecher des Bundesverbands Druck, bezweifelt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit auf 38,5 Wochenstsunden in seiner Branche neue Arbeitsplätze in nennenwertem Ausmaß schaffen wird. Das sei allerdings auch kaum nötig: „Von lokalen Sondersituationen abgesehen ist so gut wie keine Arbeitlosigkeit bei Druck-Fachkräften festzustellen."

Der Hauptnutzen des neuen Manteltarifvertrags, der für die 163 500 Beschäftigten der Branche am 1. April 1985 in Kraft treten wird, liege in der „weitgehenden zeitlichen Flexibilisierung ... Erst sie macht die Arbeitszeitverkürzung für unsere Betriebe überhaupt erträglich", betont der Vizpräsident. Von der Umsetzung des Tarifabschlusses erwartet er verbesserte Kapazitätsauslastung, weniger Überstunden und – wegen der gebotenen Wahlmöglichkeiten – auch eine höhere Arbeitszufriedenheit.

Anders als die Metaller, die nur den Belegschaftsdurchschnitt einzuhalten haben, müssen die Drucker die 38,5-Stunden-Woche für jeden einzelnen Mitarbeiter verwirklichen. Die Verhandlungen mit den Betriebsräten werden erst in diesen Wochen aufgenommen, weil zunächst ein weiterer Bestandteil des neuen Manteltarifs – eine neue Lohnstruktur – in die Praxis umzusetzen war.

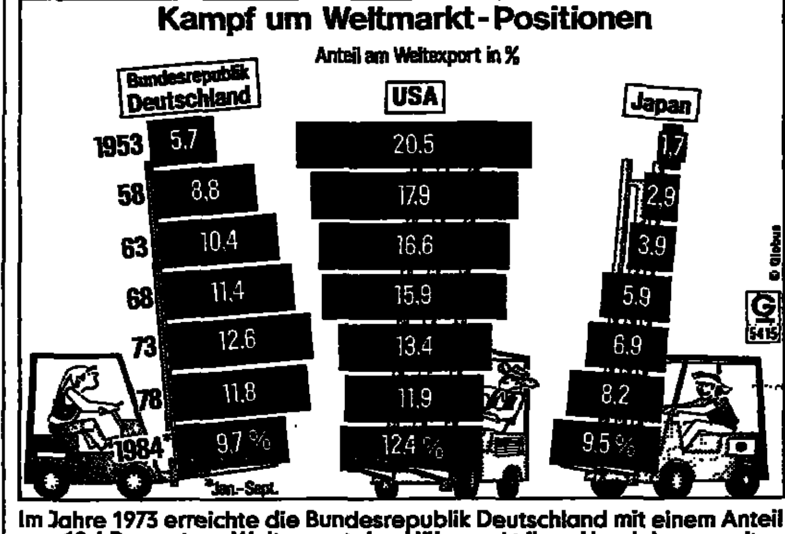
Die Realisierung des Flexi-Konzepts fällt für die Drucker in eine Zeit mit einer „insgesamt befriedigenden" wirtschaftichen Situtation. Nachdem sie ihre Produktion 1984 real um 4,5 Prozent ausgeweitet und dabei auch die Mitarbeiterzahl um 2000 aufgestockt hat, lautet die Prognose für 1985 auf plus zwei Prozent.

Um seinen Mitgliedern Hilfestellung zu geben, hat der Verband verschiedene Modelle erarbeitet, die auf die Lösung unterschiedlicher Produktionsprobleme – vor allem unterschiedlicher Auslastungen im Zeitablauf – ausgerichtet sind. Angesichts der sehr unterschiedlichen Strukturen seiner Branche, die fast nur von der reinen Auftragsproduktion lebt, macht sich Hauptgeschäftsführer Hubertus Loß keine Illusionen: „Bei unseren 6500 Betrieben werden wir wahrscheinlich 6000 verschiedene Betriebsvereinbarungen haben."

Allerdings müssen sich auch die Unternehmensleitungen vom gewohnten Trott der Regelarbeitszeit lösen. „Die Branche hat allen Grund, im Hinblick auf den scharfen Wettbewerb und die relativ schwachen Erträge alle Möglichkeiten der Flexibilisierung auszuloten", schreibt Loß seinen Arbeitgebern ins Stammbuch.

Ohnehin werde der Einstieg in die flexible Arbeitszeit nicht ohne Widerstand über die Bühne gehen: „Die IG Druck war nicht gerade glücklich, daß wir ihr die Flexibilisierung abgerungen haben. Daß sie jetzt versuchen wird, diese Weichenstellung in ihrem Sinne zu korrigieren, ist doch verständlich."

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Im Jahre 1973 erreichte die Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von 12,6 Prozent am Weltexport den Höhepunkt ihrer Handelsexpansion. An den größten Exporteur der Welt, die USA, war sie bis auf 0,8 Prozentpunkte herangekommen. Noch dynamischer und stetiger war aber die Exportanstrengung der Japaner. Sie arbeiteten sich schon 1984 ganz nahe an die deutsche Position heran. Es erscheint so gut wie sicher, daß die Japaner 1985 an den Deutschen vorbeiziehen werden. QUELLE: GLOBUS

Neuer Höchststand für Dollar und Aktien

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Kurs des US-Dollar kletterte gestern weiter auf einen neuen Höchststand. Der amtliche Mittelkurs wurde in Frankfurt mit 3,1767 DM nach 3,1636 DM am Freitag notiert. Das ist der höchste Stand seit zwölf Jahren (26. Januar 1973: 3,1844 DM). Die Deutsche Bundesbank griff beim Fixing nicht ein. An den deutschen Aktienmärkten kam es bei lebhaftem Geschäft zu kräftigen Kursgewinnen. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 164,5 einen neuen Rekord.

11,4 Milliarden Überschuß

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Leistungsbilanz der Bundesrepublik erreichte in den ersten elf Monaten 1984 einen Überschuß von insgesamt 11,4 Mrd. DM, nach 5,6 Mrd. DM ein Jahr zuvor. Im November allein betrug der Überschuß der Leistungsbilanz einen Überschuß von 5,9 Mrd. DM. Im Oktober waren es 6,1 Mrd.DM. Der deutsche Außenhandel schloß in den ersten elf Monaten mit einem Plus von 47,9 (38,0) Mrd. DM, im November mit knapp sieben (Oktober: 8,8) Mrd. DM. Im Kapitalverkehr ergab sich in den ersten elf Monaten ein Abfluß von 15,6 (minus neun) Mrd. DM, davon 9,4 (minus 5,8) Mrd. DM langfristiges Kapital. Insgesamt ergab sich damit von Januar bis November ein Zahlungsbilanzdefizit von knapp 2,2 Mrd. DM nach minus 1,4 Mrd. DM ein Jahr zuvor.

Peugeot dementiert

Paris (dpa/VWD) – Der französische Automobilkonzern Peugeot SA hat Meldungen über das bevorstehende Ende der zum Konzern gehörenden Marke Talbot dementiert. Er reagierte damit auf Presseberichte vom Wochenende, wonach Peugeot zwar weiterhin in den einstigen Talbot-Fabriken Autos herstellen werde, aber sie nicht mehr unter der Marke Talbot auf den Markt bringen werde.

Noch keine Einigung

Essen/Duisburg (dpa/VWD) – Die Ruhrkohle AG und die sechs Stahlunternehmen, die 1968/69 einen Hüttenvertrag über die wettbewerbsgerechte Lieferung von Kokskohle für 20 Jahre geschlossen haben, sind bereit, diesen Vertrag unter bestimmten Voraussetzungen über 1988 hinaus zu verlängern. Obwohl seit Ende 1983 darüber verhandelt wird, konnte bisher noch keine Einigkeit über die vor allem von der Stahlindustrie für notwendig gehaltenen Änderungen erzielt werden. Stattdessen veröffentlichten die beiden Vertragspartner gestern eine Absichtserklärung, die jedoch von beiden unterschiedlich interpretiert wird. Einig ist man sich, nun bis möglichst 30. Juni einen Abschluß zu erreichen.

Aus für Wilhelmshaven

Hamburg (JB.) – Die Mobil Oil AG, Hamburg, wird den Betrieb der Raffinerie in Wilhelmshaven nun endgültig zum 31. März dieses Jahres einstellen, die Anlagen aber konservieren, um sie zunächst für einen Eventualfall betriebsfähig zu halten. Diese vorläufige „Einmottung" steht in Zusammenhang mit noch nicht endgültig beendeten Gesprächen mit der niedersächsischen Landesregierung. Die Mobil hatte Hannover den Erwerb der 8-Mill.-Jahrestonnen-Anlage angeboten. Wie es heißt, bestehe Einvernehmen, daß es im Interesse dieser Beteiligten liege, die Verhandlungen über einen Interessenausgleich und einen Sozialplan unverzüglich zu beginnen. In Wilhelmshaven sind rund 300 Mitarbeiter beschäftigt.

„Punktlandung" gelungen

Bonn (HH) – Die Bonner Mittel für Entwicklungshilfe sind 1984 voll abgeflossen. Wie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) auf Anfrage der WELT mitteilt, sei infolge verstärkter Abflüsse zum Jahresende wieder eine „Punktlandung" gelungen. Das gilt für die bilaterale Kapitalhilfe mit rund 2,65 Mrd. DM wie für die Technische Hilfe von insgesamt rund 908,5 Mill. DM. Davon entfallen allein 860 Mill. DM auf die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ).

Anleihen mit Rekord

Luxemburg (dpa/VWD) – Am Euro-Anleihemarkt wurde 1984 ein absolutes Rekordvolumen an öffentlichen Anleihen aufgelegt. Nach Angaben von Kredietbank S.A. Luxembourgeoise und Credit Lyonnais stieg das Emissionsvolumen gegenüber 1983 um 62 Prozent. Es wurden 726 öffentliche Anleihen im Gegenwert von nominal 71,5 Mrd. Dollar aufgelegt. Der Dollar blieb mit einem Anteil von 78,94 Prozent (1983: 79,50 Prozent) die stärkste Emissionswährung.

HEIMTEXTILIEN

Die Branche kommt um eine Preiserhöhung nicht umhin

adh. Frankfurt

Keinen Anlaß zum Übermut, aber durchaus Chancen macht Walter Mangei, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Bettenfachgeschäfte, in diesem Jahr für den Einzelhandel mit Heim- und Haustextilien aus. Mit Besonderheiten und Service könne man auch in dieser schwierigeren Zeit Kunden gewinnen.

Den Jahresumsatz des einschlägigen Fachhandels schätzt Mangei für 1984 auf 14,2 Mrd. DM, davon entfallen gut neun Milliarden auf Heimtextilien, der Rest auf Haus- und Bettwäsche sowie Bettwaren. Bis Ende November habe der Umsatz um etwa 2,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert gelegen.

Den Umsatz der deutschen Heimtextilienindustrie bezifferte Verbandssprecher Rainer Verstynen (Schaeffler-Gruppe) auf wieder 4,6 Mrd. DM. Preisbereinigt halte damit der Rückgang seit 1982 an. Kurz vor Beginn der Fachmesse für Heim- und Haustextilien in Frankfurt (Heimtex) vom 9. bis 12. Januar 1985 schätzte Verstynen die Entwicklung für dieses Jahr als „verhalten" ein. Klar sei aber, daß es Preiserhöhungen geben müsse. Auch Sprecher der Haustextilien-Hersteller kündigten Erhöhungen an, da der Dollar-Höhenflug für steigende Rohstoffpreise sorge. Konkrete Sätze wurden freilich noch nicht genannt.

Auf der diesjährigen Heimtext auf dem neu strukturierten Frankfurter Messegelände werden 1703 (im Vorjahr 1506) Aussteller erwartet, darunter 959 (817) aus dem Ausland. Die Aussteller aus 44 Ländern erwarten gut 60 000 Fachbesucher aus rund 80 Ländern.

EG / Kommission: Grenzüberschreitende Fusionen stärken Wettbewerbsfähigkeit

Hindernisse sollen beseitigt werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Einen Richtlinienvorschlag zur Beseitigung der rechtlichen Hindernisse für grenzüberschreitende Unternehmensverschmelzungen hat die EG-Kommission vorgelegt. Er soll Aktiengesellschaften in der Gemeinschaft ermöglichen, zu größeren Einheiten zusammenzuwachsen und sich dadurch im internationalen Wettbewerb besser durchzusetzen.

Gegenwärtig schließen die Rechtsordnungen einiger Mitgliedsländer eine derartige Fusion ausdrücklich aus oder sehen sie jedenfalls nicht vor. Andere Länder unterwerfen sie strengen Voraussetzungen, etwa der Zustimmung durch alle Aktionäre der übertragenen Gesellschaft.

Dies führt dazu, daß Unternehmen, die eine Verschmelzung anstreben, sich außerordentlich umständlicher Verfahren bedienen müssen. Dabei werden sehr häufig die Gründung einer Unternehmensgruppe, an deren Spitze eine Beteiligungsgesellschaft steht, sowie Vermögensübertragungen innerhalb solcher Gruppierungen erforderlich. Zu einer echten Fusion kommt es jedoch nicht, da die Gesellschaften als getrennte juristische Personen bestehenbleiben.

Bisher hatte die EG das Problem auf zweierlei Weise anzupacken versucht: durch die Gründung einer gesonderten Rechtsform der europäischen Aktiengesellschaft und durch ein Regierungsübereinkommen über internationale Verschmelzungen. Beide Ansätze scheiterten an der Frage der Arbeitnehmervertretung in den Organen der Gesellschaft. Die Länder mit weitgehenden Mitbestimmungsregelungen fürchteten nämlich, daß internationale Fusionen als ein Mittel zur Flucht aus ihren Rechtsordnungen benutzt werden könnten.

Nach Ansicht der EG-Kommission ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, einen neuen Anfang zu machen, weil die Regierungen seit einiger Zeit auf Maßnahmen zur Erleichterung der Unternehmenskooperation dringen. Insbesondere in Bereichen mit großem Investitionsbedarf könnten die notwendigen Mittel in vielen Fällen nur durch den gemeinsamen Einsatz der Ressourcen mehrerer Unternehmen aufgebracht werden.

Der Vorschlag der Kommission stützt sich weitgehend auf die bereits 1978 verabschiedete Richtlinie über die Fusion von Gesellschaften, die dem Recht ein und desselben Staates unterliegen. Dabei soll das Mitbestimmungsproblem vorübergehend ausgeklammert bleiben. Auch bei den Arbeiten zur Harmonisierung der Steuersysteme wird gegenwärtig davon ausgegangen, daß es jedem Staat überlassen bleibt, besondere Bedingungen festzulegen, wenn durch eine Fusion Arbeitnehmervertretungen fortfallen.

NORDSEEÖL

Preissenkungen stehen bevor

WILHELM FURLER, London

Noch in dieser Woche wird sich die staatliche Ölgesellschaft British National Oil Corporation (BNOC) aller Voraussicht nach zu der Entscheidung durchringen müssen, den offiziellen Preis für Nordseeöl weiter zu senken. Zum letzten Mal war er am 17. Oktober vergangenen Jahres reduziert worden, und zwar von 30 Dollar je Barrel (ein Barrel = 159 Liter) der Nordsee-Qualität „Brent blend" auf 28,65 Dollar.

So wird Nordseeöl an den Spotmärkten gegenwärtig um bis zu zwei Dollar je Barrel unter den offiziellen Kontrakt-Preisen gehandelt. Wie Geoffrey Clee, ein Sprecher der BNOC, gegenüber der WELT erklärte, gibt es praktisch zur Zeit keinen Kontrakt-Markt mehr, da nahezu alles Öl – jedenfalls soweit britisches und norwegisches Nordseeöl betroffen ist – zu Spotmarkt-Preisen abgegeben wird.

Dadurch muß das Staatsunternehmen erhebliche Verluste hinnehmen. Denn BNOC muß 51 Prozent der Ölproduktion aus dem britischen Nordsee-Sektor zum hohen offiziellen Ölpreis ankaufen, kann die Produkte dann aber nur zu deutlich niedrigeren Preisen am Spotmarkt unterbringen. Entsprechend hat das britische Parlament dem Konzern Ende vergangenen Jahres einen zusätzlichen Finanz-Spielraum bis zu 45 Millionen Pfund (gut 163 Millionen Mark) zur Abdeckung dieser Verluste eingeräumt. Berücksichtigt werden muß, daß ein nicht unerheblicher Teil dieser Verluste nicht der Staatskasse zur Last fällt, da durch den höheren Ölpreis auch höhere Steuereinnahmen ezielt werden: Immerhin nimmt die BNOC täglich zwischen 2,6 und 2,7 Millionen Barrel Öl aus dem britischen Nordsee-Sektor ab.

Für die weitere Entwicklung des Preises für Nordseeöl dürfte vor allem die Frage entscheidend sein, inwieweit die Organisation erdölproduzierender Länder (Opec) in der Lage ist, ihre Mitglieder zur Einhaltung der jüngsten Genfer Beschlüsse zu motivieren. Da niemand gezwungen werden kann, sind an der Preis- und Mengen-Disziplin Zweifel angebracht.

Stuttgarter Bank: Sparbuch im Kommen

nl. Stuttgart

Bei der Stuttgarter Bank AG, die zu den größten genossenschaftlichen Bankinstituten zählt, geht man davon aus, für 1984 wieder die Standarddividende von neun Prozent ausschütten zu können. Aufgrund der von 3,04 auf 2,80 Prozent verringerten Zinsspanne reduzierte sich auch der Zinssaldo.

Der gestiegene Verwaltungsaufwand führte bei gleichgebliebenem Provisionsüberschuß zu einer Verschlechterung des Betriebsergebnisses. Für einen Ausgleich sorgten höhere Erträge aus dem Eigenhandel. Obwohl das Institut seiner Vorgabe, eine Politik des qualifizierten Wachstums zu betreiben, treu geblieben sei, habe man in Teilbereichen überdurchschnittliche Zuwachsraten erzielt.

Die Bilanzsumme stieg um elf Prozent auf über 2,7 Mrd. DM. Dabei nahmen die Kundeneinlagen um fast zehn Prozent auf nahezu 1,9 Mrd. DM zu. Das traditionelle Sparbuch ist wieder in den Vordergrund gerückt. Mit „ausgewogen" bezeichnet die Bank die Zunahme des Kundenkreditvolumens um sieben Prozent auf fast 1,8 Mrd. DM.

US-WERBEWIRTSCHAFT / Verhalten antizyklischer als bei Europäern – Kabelfernsehen macht größere Sprünge

Wahlen und Olympiade brachten Rekordergebnis

H.-A. SIEBERT, New York

Der Konjunkturboom, die Präsidentschaftswahlen und die Olympiade in Los Angeles haben der US-Werbewirtschaft 1984 Rekordergebnisse beschert, die sich nicht so leicht wiederholen lassen. Dennoch rechnet Robert J. Coen von McCann-Erickson für dieses Jahr mit einem Aufkommensplus von 9,7 Prozent. Das heißt, in Amerika würden nahezu 96 Mrd. Dollar (etwa 303 Mrd. Mark) für die Werbung aufgewendet.

In einem Gespräch mit der WELT sagte der Altmeister unter den Werbeanalysten für Übersee, also ohne die USA, ein Ausgabenwachstum um zehn Prozent auf 70,4 Mrd. Dollar voraus. Danach würde das globale Werbeaufkommen um 9,8 (1984: 11,4) Prozent auf 166,3 Mrd. Dollar steigen. Seit 1982 hinken die anderen Länder hinter Amerika her; erst jetzt beginnt sich das Konjunkturgefälle einzuebnen, was sich, wie die Tabelle zeigt, in einem gleichen Werbetempo niederschlägt.

Laut Coen wächst in den USA das Werbeaufkommen auch in diesem Jahr schneller als das nominale Bruttosozialprodukt, das gegenüber dem Vorjahr um etwa neun Prozent auf nahezu 4000 Mrd. Dollar steigt. Nach seiner Kalkulation erhöhen sich die Einzelhandelsumsätze im Monatsschnitt um 7,4 Prozent auf 116,2 Mrd. Dollar, während eine von 105 auf 106,1 Mill. expandierende Gesamtbeschäftigung für weiter zunehmende Einkommen und damit Verbraucherausgaben sorgt.

Coen ist, verglichen mit namhaften Wirtschaftsinstituten, ungewöhnlich optimistisch. Seine bisherigen Prognosen weisen indes eine hohe Trefferquote auf. Wie die letzten beiden Rezessionen gezeigt haben, verhält sich die US-Wirtschaft in der Werbung in jedem Fall antizyklischer als die ausländische Konkurrenz.

Folgt man Coen, dann wächst die überregionale oder nationale Werbung in den USA 1985 um 9,2 Prozent auf 53,4, die lokale Werbung um 10,3 Prozent auf 42,5 Mrd. Dollar. Nach dem üppigen Vorjahr nehmen die Einnahmen der größeren elektronischen Medien nur noch um sechs (1984: 16,8) Prozent auf 16,2 Mrd. Dollar zu. Network TV bringt es nur auf 5,5 (20) Prozent. Geschafft hat es offensichtlich das Kabel- und Agenturfernsehen, deren Werbeumsätze in diesem Jahr um ein Fünftel auf 960 Mill. Dollar.

Größere Sprünge macht auch das Kabelfernsehen allein. So hat es bereits, Spot-Ausgaben eingeschlossen, im Network-Vergleich 400 Mill. Dollar aus dem TV-Werbekuchen an sich gezogen. Gleiches gilt für Syndication TV. Ohne Spots machten die Werbeeinnahmen des US-Kabelfernsehens 1982 nur 164 Mill. Dollar aus. Sie stiegen dann 1983 um 41 Prozent auf 232 und 1984 um 25 Prozent auf 290 Mill. Dollar. Diesen Betrag teilen sich die vier führenden Unternehmen CNN, ESPN, USA und WTBS.

Nur leicht zurück fallen 1985 die überregionalen Zeitungen und Zeitschriften, die ebenfalls von den Ereignissen profitierten. Nach Coen erhöht sich ihr Werbeaufkommen um neun (13,6) Prozent auf 8,6 Mrd. Dollar. Die übrigen nationalen Medien weiten ihren Werbetopf um elf (14) Prozent auf 27,5 Mrd. Dollar aus.

1984 schlugen die nationalen Werbeumsätze in Amerika wie folgt zu Buch: elektronische Medien 16,1, Magazine 4,9, Zeitungen 3,0, Briefwerbung 13,4 und andere überregionale Medien 11,5 Mrd. Dollar. Im lokalen Bereich lagen die Zeitungen mit 20,8 Mrd. Dollar wieder weit vorn (plus 16,7 Prozent). Die örtlichen Fernsehstationen steigerten ihre Werbeeinnahmen um 15,7 Prozent auf fünf Mrd. Dollar.

	USA		Übersee		Weltweit	
	Mrd. Dollar	%	Mrd. Dollar	%	Mrd. Dollar	%
1982	66,6	+10,2	58,1	+ 2,2	124,7	+ 6,1
1983	75,8	+15,3	60,1	+ 3,5	135,9	+ 9,0
1984	87,4	+15,0	64,0	+ 6,5	151,4	+11,4
1985	95,9	+ 9,7	70,4	+10,0	166,3	+ 9,8

MASCHENINDUSTRIE / Lichtblicke für 1985

Verbraucher kaufen wieder

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die deutsche Maschenindustrie sieht für 1985 einen Lichtblick für eine Absatzverbesserung. Wie der Gesamtverband der deutschen Maschenindustrie (Gesamtmasche) in einem vorläufigen Überblick feststellt, könne die Branche seit dem Herbst letzten Jahres wieder etwas aufatmen. Nachdem die ersten acht Monate des Jahres 1984 durch Streikauswirkungen, konjunkturelle Unsicherheit und ungünstige Witterung negativ geprägt gewesen seien, verspüre dieser Industriezweig seit Oktober/November – von wenigen Ausnahmen abgesehen – eine generelle Verbesserung der Absatzlage.

Der Grund dafür sei die bessere Entwicklung im Textileinzelhandel. Der Verbraucher habe seine Kaufzurückhaltung aufgegeben. Im Hinblick auf das gute Weihnachtsgeschäft im Einzelhandel erwartet die Branche weitere Absatzimpulse. Von der Mehrheit der Betriebe seien zum Jahresende Ordereingang, Auftragsbestand und Kapazitätsauslastung als zufriedenstellend bis gut bezeichnet worden.

Alles in allem mußte die Maschenindustrie in 1984 jedoch Wachstumsverluste hinnehmen. Der Umsatz dieses vor allem im Gebiet der Schwäbischen Alb beheimateten Industriezweigs, der 765 Betriebe (minus 5 Prozent) mit insgesamt 63 047 Beschäftigten (minus 5 Prozent) zählt, verringerte sich im vergangenen Jahr um 2 Prozent auf 6,25 Milliarden DM. Damit schnitt die Branche schlechter ab als die Bekleidungs- und Textilindustrie. Auch verlangsamte sich das Wachstum des Exports, der um 5 Prozent auf 3,2 Milliarden DM zunahm.

Demgegenüber kletterten die Importe um 12 Prozent auf 8 Milliarden DM. Sie lagen damit fast ein Drittel höher als der Gesamtumsatz der deutschen Maschenindustrie. Die um 5 Prozent auf 11 Milliarden DM gestiegene Marktversorgung wurde vollständig von den Importen absorbiert. Gesamtmasche fordert deshalb nicht nur eine Verlängerung des Mitte 1986 auslaufenden Welttextilabkommens, sondern auch stärkere Schutzmaßnahmen für die von den Importen betroffene heimische Maschenindustrie.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Ferrostaal konzentriert

Düsseldorf (J. G.) – Ab Jahresanfang und mit Fortführung der bisherigen Betriebsstandorte hat die Essener Ferrostaal AG ihre vier norddeutschen Stahlhandelsbeteiligungen in der „Ferrostaal Nord GmbH, Bremen" zusammengefaßt. Mit dieser Konzentration sollen kostengünstigere Schwerpunkte für die diversen Produkte gebildet und ein breiteres Sortiment über eine vereinheitlichte Organisation angeboten werden.

Konkurs bei Möbel-Reckord

Gütersloh (hdt.) – Die Möbelfabrik Christoph Reckord GmbH & Co. KG, Herzebrock, beantragte die Eröffnung eines Konkursverfahrens, da eine auf Drängen der Hausbanken vorgenommene Bestandsaufnahme keine anderen Möglichkeiten mehr zuließ. Das Unternehmen erzielte 1984 noch etwa 70 Mill. DM Umsatz. Es beschäftigte rund 450 Mitarbeiter, von denen 80 bis 100 von einer Auffanggesellschaft übernommen werden sollen.

Rixe meldet Konkurs an

Bielefeld (dpa/vwd) - Der Fahrrad- und Mofa-Hersteller Rixe u. Co GmbH (Bielefeld) hat am Montag beim zuständigen Bielefelder Amtsgericht die Eröffnung des Konkursverfahrens beantragt. Nach Angaben der IG Metall hat das Familienunternehmen mit 161 Beschäftigten die Produktion gestoppt. Die Rixe u. Co GmbH hatte 1984 rund 120 000 Fahrräder und 10 000 Mofas hergestellt und über 20 Millionen DM umgesetzt.

Fusion vollzogen

München (sz.) – Unter dem neuen Firmennamen „Noris Verbraucherbank GmbH" sind zum Jahresanfang 1985 die zur Schickedanz-Gruppe gehörende Noris Bank GmbH, Nürnberg, und die im Februar 1984 erworbene Verbraucherbank AG, Hamburg, fusioniert worden. Beide Banken werden nach Angaben der Schickedanz-Holding jedoch noch bis auf weiteres unter ihren alten Namen als handelsregisterlich eingetragene selbständige Zweigniederlassungen ihre bisherige Geschäftspolitik fortsetzen. Durch die Fusion verfügt die Bank über eine Bilanzsumme von rund 2,6 Mrd. DM, wovon knapp 2 Mrd. DM von der Noris Bank beigesteuert werden dürften. Ausgestattet ist das neue Institut mit einem Eigenkapital von 111,7 Mill. DM.

Heineken in Südamerika

Den Haag (dpa/VWD) – Der niederländische Brauerei-Konzern Heineken hat sich mit rund 36 Mill. Gulden (rund 32 Mill. DM) an der südamerikanischen Brauerei-Gruppe Guilmes beteiligt. Guilmes möchte mit Hilfe der Holländer die südamerikanischen Betriebe modernisieren und die Braukapazitäten erhöhen. In diesen drei Ländern hat Guilmes 1983 vier Mill. Hektoliter Bier abgesetzt.

PREUSSENELEKTRA

Wieder fünfzehn Prozent Dividende?

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Eine insgesamt günstige Geschäftsentwicklung verzeichnete die zum Veba-Konzern gehörende Preußische Elektrizitäts-AG, Hannover, im Geschäftsjahr 1984. Nach Angaben des Vorstands kann davon ausgegangen werden, daß der gleiche Dividendensatz wie 1983 (15 Prozent) gezahlt wird. Der Ausschüttungsbetrag würde sich demnach deutlich erhöhen, weil die jungen Aktien aus der im Dezember vorgenommenen Kapitalerhöhung um 180 Mill. DM auf 960 Mill. DM zur Hälfte dividendenberechtigt sind.

Nach Angaben der Gesellschaft, die weite Teile Niedersachsens, Nordhessen und Randgebiete Nordrhein-Westfalens mit Strom beliefert, ist der Stromabsatz 1984 um rund 4,5 Prozent oder 1 Mrd. Kilowattstunden (kWh) auf 23 Mrd. kWh gestiegen. Neben der erhöhten industriellen und gewerblichen Produktion sei der Mehrabsatz auch von den privaten Haushalten mitgetragen worden.

Aus heutiger Sicht sei es nicht erforderlich, die seit zwei Jahren stabilen Stromabgabepreise zu erhöhen, heißt es in einer Mitteilung der Preußenelektra. Die für Stromversorgungsunternehmen ungewöhnlich lange Preisstabilität begründet der Vorstand mit dem hohen Anteil (50 Prozent) der kostengünstigen Kernenergie an der Stromerzeugung. Mit der Erzeugung des Kernkraftwerks Grohnde – derzeit im Probebetrieb – werde der Kernenergieanteil noch gesteigert. Im übrigen produziere die Preußenelektra ohnehin nur in geringem Umfang in Erdgas- und Wasserkraftwerken Strom.

Auf diesem Weg werde das Unternehmen weitergehen. Nach der Inbetriebnahme von Grohnde stehe die Fertigstellung des Steinkohlekraftwerks in Heyden und die Nachrüstung konventioneller Kraftwerke mit Umweltschutzeinrichtungen im Vordergrund. Unter Einschluß der neuen Beteiligung von 22,5 Prozent am Kernkraftwerk Brokdorf seien für 1985 Investitionen von über 700 Mill. DM vorgesehen.

HOFFMANN'S STÄRKE / Erfolgreich konsolidiert

Nun in britischem Besitz

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Zusammen mit der Airwick AG, Basel, Tochtergesellschaft des schweizerischen Chemiekonzerns Ciba Geigy, ging auch deren Beteiligung, die deutsche Hoffmann's Stärkefabriken AG, Bad Salzuflen, in britischen Besitz über. Ciba Geigy hat die Airwick-Gruppe, die als Hauptträger des Konsumgütergeschäftes 1983 rund 700 Mill. Franken zu 14,7 Mrd. Franken Konzernumsatz beisteuerte, an die Reckitt & Coleman PLC, London, veräußert – zum Kaufpreis von 500 Mill. Franken.

Das britische Unternehmen, das 1983 einen Umsatz von 981 Mill. Pfund erzielte, ist international in den Bereichen Haushaltsprodukte, Nahrungsmittel und Pharmazeutika tätig. Die Produktpalette von Hoffmann's paßt dabei wie die der Airwick-Gruppe in die strategische Zielsetzung der Briten.

Hoffmann's Stärkefabriken haben ihre Konsolidierungsphase inzwischen offensichtlich erfolgreich beendet, nicht zuletzt mit Unterstützung des schweizerischen Partners, der seit 1981 eine Mehrheitsbeteiligung hielt. Dabei hatte man sich schrittweise von der Industriestärkeproduktion getrennt, da hier im internationalen Wettbewerb nicht mehr mitgehalten werden konnte. Dies führte 1983 nicht nur zu einem Umsatzrückgang von 7,6 Prozent auf 89,1 (96,4) Mill. DM, sondern auch zu einem Bilanzverlust von 1,27 Mill. DM.

Mit dem gezielten Ausbau des Markenartikelgeschäfts konnte jedoch erfolgreich gegengesteuert werden. Bis Ende November 1984 lagen die Umsätze nur noch ein Prozent unter Plan, inzwischen durchgeführte Kostensenkungen tragen außerdem dazu bei, daß der Verlustvortrag nach Abschluß des Geschäftsjahres voraussichtlich getilgt werden kann. Zu den Dividendenaussichten war schon vor der Hauptversammlung 1984 erklärt worden, daß nach voraussichtlich zwei dividendenlosen Jahren eine Wiederaufnahme der Kapitalverzinsung für 1985 wohl möglich sein werde.

DUGENA / Rewe Leibbrand wird bei der Einkaufsgenossenschaft einsteigen

„Sanierung durch erfahrenes Handelshaus"

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Rewe Handelsgesellschaft Leibbrand oHG, Bad Homburg, mit rund 10 Milliarden Mark Umsatz einer der Größten im deutschen Lebensmitteleinzelhandel, wird in die 1982 notleidend gewordene Dugena Uhren und Schmuck eG, Darmstadt, einsteigen. In enger Zusammenarbeit mit der DG-Bank (Hausbank sowohl bei Rewe als auch bei Dugena) wird den noch rund 1500 Mitgliedern der Einkaufsgenossenschaft ein neues Konzept vorgeschlagen, das „den Bestand des Einkaufsverbandes langfristig sichern" soll. Gleichzeitig gehe es um die Erhaltung des genossenschaftlichen Charakters, so Helmut Guthardt, Vorstandsvorsitzender der DG-Bank.

Den dafür notwendigen „Push", den die Genossenschaft nach vorne bringen, sprich wieder rentabel machen soll, hält er nur in Zusammenarbeit mit einem „erfahrenen Handelshaus" für möglich. Denn zwar haben sich die Banken die Gesamtsanierung der durch Managementfehler notleidend gewordenen Einkaufsgenossenschaft rund 130 Mill. DM kosten lassen (davon die DG, die die Forderungen damals mit Abschlag aufkaufte rund 10 bis 12 Mill. DM) und auch erreicht, daß die „Bilanz wieder weitgehend in Ordnung ist", aber die Genossen trauten der Zukunft der Dugena offenbar nicht so recht.

Immer mehr Genossen schieden aus, die verbliebenen wickelten meistnur noch das Allernötigste mit ihrer Einkaufsgenossenschaft ab. Der Umsatz fiel weiter zurück. Die im vergangenen Jahr erreichten 112 Mill. DM reichten nicht aus, Gewinn zu machen; dazu kommen Belastungen aus der Schließung von Auslandsfilialen und ein Verlustvortrag von 3,5 Mill. DM aus dem Vorjahr.

Der jetzt unterbreitete Vorschlag sieht vor, daß Rewe-Leibbrand die rund 14 Mill. DM eingezahlte Geschäftsguthaben der Mitglieder zum Nominalwert übernimmt, bei einer gleichzeitigen Umwandlung der eG in eine AG, deren Kapital und Geschäftsbetrieb Rewe übernimmt. Die Dugena-Mitglieder sollen mit der Hälfte ihrer eingezahlten Geschäftsguthaben Anteile an der neu zu gründenden Genossenschaft zeichnen, die Marken-Lizenzgeber der AG werden soll. Bis zum 26. Januar sollen die Mitglieder ihre Zustimmung zu der von Altlasten freigestellten Konzeption geben, die endgültige Entscheidung soll am 28. Februar auf der Generalversammlung fallen.

Rewe Leibbrand will sich beim Geschäftsbetrieb der AG ausschließlich auf die Großhandelsfunktion beschränken. Mit professionellem Management bei Einkauf, Sortiment und Kosten sieht ihr Generalbevollmächtigter Klaus Wiegand keinen Grund, nicht erfolgreich zu sein.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Schornstein Reisen Hans Schornstein GmbH; **Berlin Charlottenburg:** A.B.A. Allgemeine Biege- und Armierungsges. mbH; **Bitburg:** Nachl. d. Theodor Hand, Lahr; **Calw:** All-Bau Bauträgerges. mbH, Neuweiler; All-Bau Bauträgerges. mbH Gebäude-Instandsetzungs KG, Neuweiler; **Celle:** Nachl. d. Otto Bankert, Bäckermeister, Bergen 1; Nachl. d. Horst Grallert, Scharnhorst; „Der Fachmann", Verkaufsges. f. haustechnische Anlagen und Einrichtungen m.b.H.; Horst Blauel, Installateurmeister; **Dortmund:** Nachl. d. Jürgen Manfred Brzezinski; V. Kennemund & H. Schlee GmbH; **Duisburg:** Frings-Raider GmbH; **Düren:** Rolf Beyer GmbH, Linnich; **Einbeck:** Nachl. d. Helene Pötter; **Frankfurt/M.:** Nachl. d. Maria Schickedanz; **Gütersloh:** Fritz Großekathöfer KG; **Hamburg:** Hansa-Reisedienst; Nachl. d. Hildegard Landorf geb. Liebscher, Rentnerin; **Iserlohn:** Küchenplaner GmbH Gestaltung und Verkauf; **Leer:** Global Möbel Kaufmärkte Leer-Emden GmbH & Co. KG; **Mannheim:** Videopol u. Fernseh u. Videoproduktionsges. mbH; **Mühldorf a. Inn:** Johann Leitermann, Burghausen; **Osnabrück:** Ali Esen, Gastwirt, Gaststätte „Sieben Meere"; **Rottweil:** Fematic Maschinenbau GmbH; **Soest:** Thomas Graff, Werl; **Stade:** Hannelore Görgens, Steinkirchen; **Stuttgart:** Adolf Schippert GmbH, Waiblingen; **Weißenburg:** Renate Scherb; **Wilhelmshaven:** DM Elektrobau GmbH – Drigalsky und Müller. **Wolfsburg:** Pardun Reisen GmbH; **Wuppertal:** Theo Dietrich Deponien GmbH, Wülfrath.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Detmold: F. W. Wippermann GmbH & Co. KG, Lemgo 1; **Frankfurt:** Bela Garay, Kaufmann.

Vergleich eröffnet: Waldshut-Tiengen: Rudolf King, Kaufmann, Zell.

Vergleich beantragt: Bonn: DYMAX Maschinenbau- u. Handelsges. mbH; **Fürth:** Auto-Sänger-GmbH, Erlangen; ERVO-GmbH, Erlangen; **Itzehoe:** H. Weber K.-G. Itzehoe; con-RADIATOR GmbH; **Memmingen:** Eugen Micheler GmbH & Co., Ottobeuren; **Niebüll:** Karl-Heinz Krutz, Kampen/Sylt; Wenck Schütt u. Co., Westerland; Bauunternehmen Karl-Heinz Krutz GmbH, Berlin; Favorit-Grundstücksges. mbH, Berlin; Favorit Hausbau Günther O. Fermer & Co., Berlin; Gfs Ges. f. Stadtsanierung mbH, Hamburg.

Unsicherheit bei den Renten

Dem Rentenmarkt fehlte es am Wochenbeginn an Orientierungspunkten. Infolgedessen machte sich der leichte Renditenanstieg in den USA in einer wieder aufkommenden Unsicherheit bemerkbar, die sich bei den öffentlichen Anleihen in begrenzten Kursschwankungen niederschlug. Ungeachtet dessen wurde die jüngste siebenprozentige Bundesanleihe zu ihrem Emissionspreis von 100,25 Prozent in den Börsenhandel eingeführt. Das Pfandbriefgeschäft blieb ohne Anregungen, bei den DM-Auslandsanleihen war die Tendenz leicht nachgebend.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Leicht abgeschwächt ging Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee fester notierte, konnte sich Kakao lediglich gut behaupten.

Getreide und Getreideprodukte

[illegible]

Genußmittel

[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

Erläuterungen – Rohstoffpreise

[illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Messingnotierungen

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

Gezielte Aktienkäufe

Jetzt auch wieder Inländer auf der Anlegerseite

DW. – Die schon an der Freitagbörse zutage getretene Anlagebereitschaft am Aktienmarkt hielt am Wochenbeginn an. Für Spitzenwerte wie Siemens, Daimler und Deutsche Bank lagen Kaufaufträge aus dem Ausland vor. Inländische institutionelle Investoren scheinen die in der Vorwoche geübte Zurückhaltung aufgegeben zu haben. Aber auch die Börsenkulisse lag eindeutig auf der Käuferseite, wenngleich sie zwischenzeitlich immer wieder bemüht war, Kursgewinne sicherzustellen, die in einigen Papieren reichlich angefallen sind.

Viel Aufmerksamkeit fanden die seit Tagen favorisierten PKI-Aktien. Diese Papiere schwimmen auf der Sympathiewelle, die auch andere Aktien des Elektrobereiches nach oben bringt, nicht zuletzt auch Siemens, wo wieder einmal ein neuer historischer Höchstkurs erreicht worden ist. Sehr fest tendierten auch Kali und Salz, ein Unternehmen, dem erhebliche Exportgewinne unterstellt werden, das aber nach Börsenmeinung jetzt als Streusalzlieferant auch Nutznießer der gegenwärtigen Kältewelle ist. Lebhafter Handel zu steigenden Kursen auch in PWA. Allianz Versicherung überschritt nach einem kräftigen Anstieg die 1000-DM-Grenze. Die Ankündigung, mit der Holding künftig auch stärker ins Bankgeschäft einsteigen zu wollen, sowie der bevorstehende Bezugsrechthandel haben hier die spekulative Phantasie angeregt.

Düsseldorf: Banning stockten um 20 DM und Concordia um 5 DM auf. Sternbräu, Verseidag und Hoffmanns Stärke verbesserten sich um je 3 DM. Nachgegeben haben Sinn um 3 DM. Bei den Versicherungen erhöhten Victoria um 255 DM, Allianz Leben um 140 DM und Allianz Vers. um 40 DM auf 1024 DM.

Frankfurt: Deutsche Steinzeug erhöhten um 5 DM und Deutsche Texaco um 8 DM. Eichbaumbrauerei stockten um 6 DM und Hartmann & Braun Vorzüge um 15 DM auf. Mercedes verbesserten sich um 11,50 DM. VDM schlossen um 5 DM fester.

Hamburg: NWK- Vz. gingen zu 174 DM und HEW zu 87,50 DM aus dem Markt. Beiersdorf kamen auf 405 DM. Phoenix Gummi waren mit 115 DM gut behauptet. Reichelt wurden in der Kasse mit 96 DM (plus 2 DM) gehandelt und Triton stiegen weiter an bis auf 124,50 DM (plus 1,50 DM).

München: Agrob St. erhöhten um 6 DM und Audi NSU um 15 DM. Hofbäu Coburg verbesserten sich um 25 DM, EKU um 45 DM und Brau AG Nürnberg um 1,50 DM. Nachgegeben haben Leonische Draht um 2 DM, Neue Baumwolle Hof um 6,50 DM und AKS um 1,80 DM. Süd Chemie stockten um 2 DM auf.

Berlin: Berthold erhöhten sich um 15,50 DM, Berliner Elektro um 8 DM und DeTeWe um 5 DM. Berliner Bank konnten sich um 1,30 DM und Schering um 1 DM erholen. Herlitz St. gaben um 2 DM nach.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 164,5 (163,3)
WELT-Umsatzindex: 2620 (2440)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Ausländische DM-Anleihen

Freiverkehr

Ausland

New York

Brüssel

Arbed	1640	1630
Brux. Lambert	2065	2055
Cockerill Ougrée	262	262
Ebes	2870	2866
Gevaert	3150	3400
Kredietbank	–	7700
Pétrofina	6950	6940
Soc. Gén. d. Belg.	1840	1845
Sofina	7410	7510
Solvay	4100	4100
UCB	4950	4985
Index	–	156,18

Kopenhagen

Den Danske Bank	264	271
Jyske Bank	464	474
Kopenh. Handelsbk.	264	272
Novo Industri	257	264
Privatbanken	226	251
Ostasiat. Komp.	138	139
Dan. Sukkerfabr.	465	475
For. Bryggerier St.	795	785
Kgl. Porc. Fabr.	215	200

Singapur

Cycle + Car.	3,14	3,17
Cold Storage	2,56	2,58
Dev. Bk. of Sing.	5,30	5,45
Fraser + Neave	4,88	4,90
Kl. Kepong	2,35	2,34
Mal. Banking	5,45	5,50
Nat. Iron	3,44	3,46
OCBC	8,85	8,90
Sime Darby	1,69	1,72
Singapor Land	2,68	4,28
Un. Overs. Bank	4,26	4,24

Optionshandel

Kaufoptionen: AEG 7-110/6,5, 7-120/4, BASF 4-160/27, 4-170/16, 4-190/6,5, 4-200/3, 7-180/19,6, 7-190/9, 7-200/5,9, 10-200/9, Bayer 4-180/17,4, 4-190/11, 4-200/6,4, 4-210/3, 7-180/27, 7-190/18,1, 7-200/11, 7-210/7, 10-210/12,9, Bay. Hypo 4-300/39, BMW 4-390/6, Commerzbk. 4-160/16, 4-180/4,5, 7-170/15, 7-180/8, 7-190/6,1, Conti 7-130/4,5, Dt. Babcock St. 4-160/7, 4-170/4,7, 10-170/10, Deutsche Bk. 7-420/8,6, Dresdner Bk. 4-160/34,5, 4-180/19,4, 4-190/11,8, 4-210/3, 4-2500/6, 7-190/18,6, 7-200/11, 7-210/5,5, 10-200/18, GHH St. 4-170/3,2, 7-160/12,5, Hoechst 4-180/14,9, 4-190/11, 4-200/4,4, 7-160/27, 7-200/10, Hoesch 4-100/5, 4-110/2, 7-110/4,8, 7-120/3,5, 10-120/4,5, Kaufhof 4-230/5, 4-240/3, Klöckner 4-70/5,4, 4-75/3, 4-80/2, 7-75/6,4, 7-80/5, Lufthansa Vz. 4-180/9,6, 7-180/10, MAN 7-160/12, 7-170/4,2, Mannesmann 4-140/17,2, 4-150/9,6, 4-160/3, 7-160/8, 7-170/4, 10-170/6,65, RWE St. 4-170/3,4, Schering 4-470/14, 7-470/23, Kali + Salz 4-280/5,2, Siemens 4-470/28, 4-480/18, 4-490/14, 4-500/11,5, 4-510/6, 7-520/7,6, 10-520/14,5, Thyssen 4-85/3, 4-90/1,4, 7-80/8, 7-85/5,4, 7-90/4, VEW 4-120/8, VW 4-180/32, 4-190/24, 4-200/15,5, 4-210/12, 4-230/6,4, 4-230/2,5, 7-200/24,2, 7-210/16, 7-220/10,35, 7-230/7,5, 10-220/16,5, 10-240/5, Chrysler 4-100/8, 7-100/8,5, IBM 4-370/25,8, 4-400/18,5, Norsk Hydro 4-35/3,6, 7-35/4,9, 10-40/3,5, Philips 10-50/5,5, Sony 4-50/2,35, **Verkaufsoptionen:** AEG 4-95/1,4, 4-100/3, 7-95/1,9, 7-100/3,9, 10-100/9,6, BASF 4-180/1,2, 7-180/3, 10-180/8, Bayer 10-180/2, Bay. Hypo 7-330/7,1, BMW 4-370/8, 7-380/6,8, Commerzbk. 4-170/3,2, 7-170/4,8, Conti 10-120/9, Daimler 4-580/8, 7-570/7, Dt. Babcock St. 4-150/2, Dresdner Bk. 4-190/2,9, 7-180/2, 7-190/6,4, Hoechst 4-190/2, Hoesch 4-95/1,4, Karstadt 4-240/6,5, 7-240/10,5, Klöckner 4-70/2, 10-70/4,6, Kali + Salz 4-250/5, 7-240/5, 7-250/7, Siemens 4-80/8,1, 7-460/3,7, Thyssen 4-80/1,5, 7-80/2,5, VW 4-200/3, 4-210/9,9, 7-210/14, 10-190/7, Chrysler 4-95/4,1, 4-100/7, General Motors 7-230/7,2, Norsk Hydro 10-35/3,5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 1. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¼– 8½	5⅜–5½	4¾–5
3 Monate	8½– 8¾	5½–5⅝	4¾–5
6 Monate	9 – 9¼	5½–5¾	4¾–5
12 Monate	9¾–10⅛	5⅝–5⅞	4¾–5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1435,00	1784,10
10 US-Dollar (Indian)**)	1305,00	1465,90
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	655,50
1 £ Sovereign alt	214,00	268,76
1 £ Sovereign Elizabeth II.	211,00	263,34
20 belgische Franken	165,00	215,46
10 Rubel Tscherwonez	223,00	281,58
2 südafrikanische Rand	212,00	263,34
Krüger Rand, neu	957,00	1130,88
Maple Leaf	957,00	1130,88
Platin Noble Man	884,00	1047,66
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	234,00	294,12
20 schweiz. Franken „Vreneli"	174,00	222,30
20 franz. Franken „Napoléon"	174,00	222,30
100 österr. Kronen (Neuprägung)	882,00	1069,32
20 österr. Kronen (Neuprägung)	175,00	222,30
10 österr. Kronen (Neuprägung)	91,00	120,84
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	406,00	502,74
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	96,00	132,24

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

07. 01. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurse⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,1727	3,1807	3,1484	3,12	3,21
London¹)	3,627	3,641	3,592	3,57	3,72
Dublin¹)	3,116	3,130	3,055	2,19	2,29
Montreal³)	2,4010	2,4090	2,3739	2,34	2,44
Amsterd.	88,470	88,690	88,545	87,50	89,50
Zürich	120,190	120,390	120,190	119,00	122,75
Brüssel	4,988	5,008	4,936	4,89	5,09
Paris	32,595	32,755	32,265	31,75	33,50
Kopenh.	27,980	28,100	27,580	26,75	28,50
Oslo	34,610	34,730	34,010	33,50	35,25
Stockh.**)	34,990	35,150	34,590	34,25	36,60
Mailand²) **)	1,624	1,634	1,596	1,58	1,68
Wien	14,219	14,259	14,177	14,14	14,36
Madrid**)	1,811	1,821	1,781	1,75	1,87
Lissabon**)	1,842	1,862	1,740	1,43	2,25
Tokio	1,2450	1,2480	–	1,21	1,27
Helsinki	47,865	48,065	47,025	47,25	40,60
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,433	2,487	–	1,80	2,80
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,557	2,576	–	2,53	2,63
Johannesbg.*)	1,5215	1,5405	–	1,35	1,80

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Nachwirkungen des starken Anstiegs der Geldmenge M1 zeigten sich in der Zinsgestaltung nicht, denn die Dollar-Zinssätze lagen 1/16–⅛ Prozentpunkt unter denen des Freitags. Trotzdem tendierte der Dollar am 7. 1. weiterhin fest und wurde zwischen 3,17 und 3,18 gehandelt. Die Bundesbank griff in das Marktgeschehen nicht ein. Neue Daten zum Verlauf der Amerikanischen Konjunktur sind erst am Ende der Woche mit der Arbeitslosenzahl und der Entwicklung der Erzeugerpreise zu erwarten. Gegen einige wichtige Währungen konnte die D-Mark heute Fortschritte erzielen. So gab der Kurs des Yen um 5,6 Promille auf 1,2465 und der des Englischen Pfundes um 3 Promille auf 3,634 nach. Trotz relativ hohen Tagesgeldzinssätze für Schweizer Franken verlor auch diese Währung 2,6 Promille auf 120,29 Dollar in: Amsterdam 3,5885; Brüssel 63,5875; Paris 9,7260; Mailand 1950,50; Wien 22,2980; Zürich 2,6409; Ir. Pfund/DM 3,123; Pfund/Dollar 1,1440; Pfund/DM 3,634.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 7. Januar: In D-Mark 2,22904 (Parität 2,24184); in Dollar 0,702453 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 7. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die auch zu Wochenbeginn anhaltende Abschwächung der Euro-Dollarsätze führte zu deutlich geschrumpften Dollar-Termindeports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,81/0,71	2,34/2,24	5,33/5,13
Pfund/Dollar	0,15/0,13	0,47/0,44	0,76/0,71
Pfund/DM	2,0/0,5	4,8/3,4	9,0/7,6
FF/DM	22/06	48/32	90/74

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 1.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 7. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,08) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.

Selbstlob in Seenot

mar – Greenpeace hat es verstanden, aus dem Tierschutz ein Abenteuer für harte Männer in unwirtlichen Regionen *zu machen*. Man kümmert sich nicht ums Hunderl an der Leine, die Katze in enger Großstadtwohnung oder den Kanari im Käfig, da müßte sich schließlich so mancher direkt betroffen fühlen.

Statt dessen produziert man Bilder von bärtigen Recken, die in aufgeblasenen Nußschalen auf rauher See für Wale streiten. Das ist mindestens so attraktiv wie das neueste Bild aus Loch Ness. Und damit das Gemüt nicht zu kurz kommt, wird den Trägern von Kaninchen-, Nerz- oder Schaffellen edler Abscheu vor der Jagd auf niedliche kleine Robben beigebracht.

Schuld, darauf kommt es offensichtlich an, sind immer die anderen. Das läßt sich gut verkaufen, und für solche Aktionen lassen sich auch Künstler gewinnen. Doch sehr inspirierend ist dieses Thema offenbar nicht. Das verrät der Band „Seenot! – Künstler zeichnen für Greenpeace" (Taschen Comics Verlag, Köln. 104 S., 29,80 Mark). Die Karikaturisten, Cartoonisten, Comiczeichner sind gegen Waljagd, Robbenschlachten, Schildkrötenfang, Verschmutzung der Meere. Sie variieren hundertundeinmal das Bild vom Fisch, der im verschmutzten See, Fluß, Meer nur noch als fleischlose Gräte lebt, oder von den radioaktiven Mutanten, die dem Menschen als Öko-Godzilla über den Kopf wachsen. Aber nur selten gelingt ihnen mehr als ein Plakat mit der Überzeugungskraft eines Holzhammers.

Es ist leider nicht sehr komisch, wenn sich Leute selbst auf die Schulter *klopfen* und *versichern*, daß nur sie die Guten sind.

Die grandiose Mimin Grete Mosheim wird 80

Star der Berliner Bühnen

Sie ist Kreuzberger Kind. Ihr Vater war praktischer Arzt und Sanitätsrat am Moritzplatz. Grete Mosheim muß es mit gradezu zwangvoller Zielstrebigkeit zur Bühne gedrängt haben. Sie fand früh und sofort ehrenvolle Aufnahme in Max Reinhardts Schauspielschule am Deutschen Theater. Kurz darauf, immer noch ein Kind, spielte sie schon die Wendla in Wedekinds „Frühlingserwachen". Sie muß auf Anhieb darstellerisch vollendet und völlig rollendeckend gewesen sein. Publikum und Kritik lagen ihr zu Füßen. Die Mosheim war durchgesetzt.

Sie hat in dem kleinen Dutzend von Jahren, die ihr bis zur Vertreibung aus Deutschland blieben, eigentlich alles gespielt, das ihrem Typ und ihrer zauberischen Bühnenerscheinung zustand. Sie war das Gretchen im Faust. Sie war die Eliza in Shaws „Pygmalion". Sie spielte all die kessen, verquerten Mädchen in der modernen Dramenliteratur. Aber Reinhardt nahm sie auch in die Hauptrolle, als er sein erstes Musical, „Artisten", inszenierte.

Sie filmte fleißig. In Friedrich Wolffs „Zyankali" war sie als das abtreibende Mädchen so echt, so trokken-tragisch, daß dieser Film heute noch seine Wirkung hat. Sie leuchtete, immer „ein Mädchen von heute", mühelos in so vielen Inszenierungen von Reinhardt und Heinz Hilpert. Ihre jugendliche Echtheit nutzte sich nie ab.

Sie hatte, möchte man sprechen, mozartische Qualitäten: Sie konnte Melodien, die tief auf Moll gesetzt waren, mühelos und ganz sicher in Dur intonieren. Sie war eher herb. Sie war, ohne das intellektuell bewirken zu wollen, eine Repräsentantin der „neuen Sachlichkeit". Sie agierte ohne Umwege direkt ins Herz des Zuschauers. Sie konnte bei aller körperlichen Unerheblichkeit deutlich Kontur zeigen. Sie war ein Schatz der Berliner Bühnen, war – schon in jungen Jahren – ein Star.



Grete Mosheim – spielte von Kind an Theater aus dem Geiste Mozarts FOTO: KEYSTONE

Sie ging, als die große Talentvertreibung begann, nach London, begann dort in fremder Sprache zu spielen. Ein amerikanischer Eisenbahn-Tycoon sah sie und heiratete sie vom Fleck weg. Sie konnte ihre zurückgebliebene Familie aus Deutschland retten. Aber an Theater war nun nicht mehr zu denken.

Als sie 1952, eigentlich nur besuchsweise, nach Berlin zurückkehrte, holte sie Boleslaw Barlog wieder auf die Bühne. Sie spielte in Isherwoods „Ich bin eine Kamera" die Inflationsfigur der Sally Bowses so keck und schüchtern, so tief verderbt wie im Grunde heilig und rein. Sie *schaltete schauspielerisch so* traumsicher und grandios, daß das Theater-Berlin sie erneut stürmisch umarmte.

Sie ist seither immer noch gewachsen. Sie hat uns Beckett („Glückliche Tage") neu verstehen gelehrt. Sie hat mit ihrer weiblichen Kraft uns O'Neil („Eines langes Tages Reise...") unvergleichlich nahegebracht. Sie trieb den Berlinern in Thornton Wilders „Heiratsvermittlerin" die puren Glückstränen in die Augen. Ihr gelang das darstellerische Kunststück, in Williams „Nacht des Leguan" eine schier hohe Reinheit und Klarheit in eine Welt der Verkommenheit und des trüben Abstiegs zu setzen. Und sie hat in Hartmut Langes „Frei von Kauenhofen" *eine moderne Frauentragödie* unvergeßlich in Szene gesetzt, um hier nur einiger ihrer wahrhaft großen Bühnenleistungen zu gedenken.

Sie war immer wie ein Wunder. Sie kann schier alles. Sie kann das tiefste Menschenleid und alle Höllen des Lebens signalisieren – und kann im nächsten Augenblick alle Tränen dann sofort auf der Bühne trocknen. Und sie kann alle Heiterkeiten wekken. Sie kann auf tiefsinnig-mühelose Weise heiter sein. Sie ist im Grunde eine der raren Humoristinnen, wenn wir sie je auf unserer Szene hatten. Sie hat wie aus Mozarts Geist Theater gespielt.

Jetzt, da sie 80 wird, will sie (oder kann sie) es nicht mehr. Sie ist nach New York zurückgekehrt und lebt dort im betrachtenden Ruhestand. Sie soll wissen, daß ihr Publikum sie nicht vergessen kann. Sie war ein so großes Glück für das Theater. In den ehrenvollen Registern großer Darstellerinnen behält sie ihren festen Platz. Jetzt auch in der Theatergeschichte. Sie sei gegrüßt und bedankt!

FRIEDRICH LUFT

Schwieriger Weg in die Moderne – Darmstadts Mathildenhöhe zeigt tschechische Kunst (1878-1914)

Mit dem Nationaltheater fing alles an

Die Darmstädter Mathildenhöhe ist natürlich ein idealer Ort für diese Ausstellung tschechischer Kunst „Auf dem Weg in die Moderne"; denn was hier in üppiger Fülle sich darbietet, gehörte so ähnlich einmal zum integralen Inventar dieser einzigartigen Jugendstilkolonie. Den dominierenden Schwerpunkt der Ausstellung bildet nämlich der Prager Jugendstil in breiter Ausführlichkeit mit Beispielen aus Malerei, Plastik, Architektur, Keramik, Glas, Schmuck und Buchgestaltung; auch Möbel, Textilien, Plakate, dekoratives und funktionelles Kunsthandwerk zählen nicht in dieser umfassenden Demonstration einer nationalen Kunstepoche, über die hierzulande vergleichsweise wenig bisher bekannt war. Künstlernamen wie Kupka und Mucha verbanden sich in unserem Bewußtsein mehr mit Paris als mit Prag.

Man spürt in dieser Ausstellung, die von der Prager Nationalgalerie veranstaltet wird, ein starkes patriotisches Engagement. Sie vereinigt rund 700 Werke von mehr als hundert Künstlern und Manufakturen. Sie umfassen den Zeitraum von 1878-1914; das würde auf die deutsche Kunstgeschichte bezogen etwa bedeuten: von Feuerbach, Spitzweg, Leibl, Thoma – zählen wir Böcklin noch hinzu – bis zu Klee, Beckmann und den Brücke-Malern; oder im europäischen Rahmen: von Courbet bis Mondrian. Fürwahr ein kühnes Unterfangen und in der Tat für den Besucher schwer nachzuvollziehen; zumal von den zwei Katalogbänden der Textband noch aussteht.

Hier präsentieren sich drei Generationen, die einander natürlich nicht einfach ablösen, sondern vielfach nebeneinander wirken, einander durchdringen, sich mischen oder angleichen. Das beginnt mit der sogenannten „Generation des Nationaltheaters". Zu ihr gehören im wesentlichen Architekten, Maler, Bildhauer, die in den siebziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts am Bau des Prager Nationaltheaters und seiner üppigen Ausstattung mitgewirkt haben, wie Josef Schultz, Julius Marak, Antonin Chitussi, Vojtech, Hynais, neuromantische Historien- und Landschaftsmaler, oder Bohuslav Schnirch, der an den dekorativen Bildhauerarbeiten beteiligt war.



Sprung vom Jugendstil in die Moderne: „Vereiste Seelen" von Max Svabinsky, aus der Ausstellung in Darmstadt FOTO: KATALOG

Der Neubau des Nationaltheaters wird als entscheidende Zäsur und *gewissermaßen als ein Neubeginn der* tschechischen Kunstgeschichte zugleich als Ausdruck des tschechischen Nationalbewußtseins gewertet. Von hier haben die teils historischen, teil symbolistischen, teils bereits „sezessionistischen" Strömungen ihren Ausgang genommen, die in der zweiten und dritten Generation durch vielfältige Einflüsse von außen und aus der eigenen Tradition zu jenem komplizierten Gefüge der tschechischen Kunst führten, mit dem diese Ausstellung uns in Darmstadt konfrontiert. Es ist ein stilpluralistisches Panorama, in dem der allen Strömun*gen der Zeit aufgeschlossene Eklektizismus* beinahe als Tugend erscheint.

Das gilt, wie sich in Darmstadt zeigt, für alle Bereiche des künstlerischen Schaffens, wenngleich es in der Malerei sich am sinnfälligsten mitteilt. Hier führen die Wege, oft in einem einzigen Oeuvre von Moreau zu Marées, vom akademischen Akt bis zum kubistischen Puzzle, vom böhmischen Spätbarock zur kubistischen Flächentextur und zur völligen Abstraktion.

Das Werk von Frantisek Kupka, der weiter ging als alle anderen, kann als exemplarisch für die meisten tschechischen Künstler betrachtet werden. Seine ersten Anregungen gehen – über Mikolas Ales, der auch in Darmstadt vertreten ist – zurück auf die Nazarener; 1911-12 malte er sein erstes gänzlich abstraktes Bild. Er wurde, neben dem Jugenstilkünstler Alfons Mucha – dem wir natürlich ebenfalls in Darmstadt begegnen –, der international bedeutendste tschechische Maler, obwohl er seit 1996 in Paris lebte. Dort hat er die stürmischen Aufbruchsjahre der Moderne in allen ihren Phasen, vom Neoimpressionismus über den Fauvismus und Orphismus mitgemacht; aber er kam nicht über den Kubismus, wie die meisten, zur Abstraktion – die in seinem Werk den Gegenstand nie völlig vergessen ließ –, sondern über den Symbolismus und die ornamentale Volkskunst.

Kupka ist mit rund dreißig Bildern in Darmstadt vertreten, wie auch Jan Preisler und Vojtech Preissig, mit 35 Arbeiten sogar Frantisek Bilek, auch ein charakteristischer Exponent der tschechischen Kunst *dieses Zeitraums*, Vertreter eines spiritualistischen, gedanklich überfrachteten Symbolismus von vielseitiger Begabung. Er war Architekt, Schriftsteller, Bildhauer, Maler, Buchgestalter; wir lernen ihn außerdem als Graphiker, Plakatmaler und Keramiker kennen, dessen figürlich und vegetativ gestaltete Vasen und Krüge direkt in den Jugendstil symbolistischer Prägung führen.

Im übrigen sind Keramik und Glas vorzüglich durch zahlreiche Manufakturen vertreten. Unter den Bildhauern prägen sich vor allem Josef Vaclav Myslbek, Josef Maratka, Bohumil Kafka, Stanislav Sucharda, Jan Stursa, *Ladislav Saloun und Oto* Gutfreund nachhaltig ein. Von den Brüdern Uprka lernen wir Frantisek als Bildhauer, Joza als Maler kennen – beide bevorzugen ein volkstümliches Genre. Das übrigens auch so mondäne Maler wie Karel Masek, Milos Jiranek oder, symbolistisch verbrämt, Max Swabinsky nicht verschmähen. Bedeutendes haben die tschechischen Maler und Grafiker allemal in der Buchillustration, in der Karikatur und im Plakat geleistet. (Bis 3.Febr.; Katalog 38 DM).

EO PLUNIEN

Kraft kleiner Gesten – „El Sur" von Victor Erice

Schatten der Kindheit

Fast hatte man ihn schon vergessen. Denn seinen vielgerühmten Film „Der Geist des Bienenstocks", in dem ein kleines Mädchen in eine düstere Traumwelt sinkt, drehte der spanische Regisseur Victor Erice schon 1973. Seitdem hat er geschwiegen. Erst jetzt streift er wieder durch die wilden Gärten der Kindheit. Daß er seine Kunst nicht verlernt hat, beweist schon der Einstieg in „El Sur": In einem dunklen Zimmer erwacht die kleine Estrella. Draußen bellen die Hunde, und verzweifelt ruft die Mutter immer wieder einen Namen: Agustin. Keine Antwort. Estrellas Va*ter (Omero Antonutti) ist wieder ein*mal mitten in der Nacht fortgegangen. Früher hatte der wortkarge Grübler alle Geheimnisse mit seiner Tochter geteilt. Nur sie durfte sein silbernes Pendel schwingen lassen, nur sie durfte ihn begleiten, wenn er mit der Wünschelrute Wasser suchte. Und dann Estrellas Erstkommunion, auf der beide einen hinreißenden Paso doble tanzen – fast wie Braut und Bräutigam.

Behutsam und feinfühlig erzählt Erice, wie das blinde Vertrauen des Mädchens in seinen Vater zerbricht. Zuerst sind es nur kleine Irritationen, ein Frauenname, den er aufs Papier kritzelt, ein Brief, den er heimlich im Caféhaus schreibt. Aber dabei soll es nicht bleiben. Hinter all diesen beunruhigenden Vorfällen scheint ein Phantom zu stehen: El Sur, der Süden. Dort spürte Agustin im Bürgerkrieg den Haß der eigenen Familie, dort lernte er auch jene Frau kennen, der er jetzt wieder nachjagt.

Erices Film aber spielt im kahlen Norden. Hier kämpft das Licht schon im Herbst mühsam gegen die Dunkelheit, während die Kälte in die Bilder kriecht. Bilder, die langsam aufgeblendet werden, dann allmählich erstarren, bis sie verblassen und wie eine Fata Morgana verschwinden. Dieser Film braucht weder Wortkaskaden noch optische Sensationen. Er verläßt sich ganz auf die Kraft der kleinen Gesten und auf die protzige Grazie der jungen Hauptdarstellerin Sonsoles Aranguren.

Einige Brüche verraten, daß „El Sur" eigentlich viel länger werden sollte; bevor den Produzenten das Geld ausging. Um so beachtlicher wird das Ergebnis. Hier erzählt ein Regisseur leise und doch packend von einem Drama, das sich fast unsichtbar unter der Oberfläche des Alltags ereignet. Vor allem aber von jenem ebenso gespenstischen wie verblüffend klaren Bild, das sich die Kinder von der Welt machen. Ein zarter Schleier aus Melancholie liegt über diesem kleinen Meisterwerk, das leider nur in der nachlässig untertitelten *Originalfassung zu sehen ist*.

HARTMUT WILMES

Der rumänische Jazzpianist Tavitians in Deutschland

Blues für den Export

Es ist keine Bildungslücke, wenn auch der bemühteste Jazzfan bei der Frage nach Musikern dieses Genres aus Rumänien passen muß. Zu exotisch klingen dort nicht zuletzt für offizielle Ohren die aus Amerika herübergekommenen Töne. Um so bemerkenswerter, daß der rumänische Jazzpianist Harry Tavitian sein westliches Einstandskonzert geben durfte. In Fellbach-Schmiden bei Stuttgart hatte die Einladung des dortigen Kulturamtes schließlichen Erfolg. Von der Ausbildung am Konservatorium her ist der 1952 in Constanta am Schwarzen Meer geborene Tavitian *ein „Klassiker"*. Die *musi*kalische Wende in seinem Leben markierte 1970 ein Zusammentreffen mit dem Blues-Mann Memphis Slim. Seither kopiert er fleißig Volkstümliches aus den USA – mit Erfolg. Verblüffend originell erklangen bei Tavitians erstem Deutschland-Konzert Blues-Standards von Big Bill Bronzey und Sippie Wallace, slanggerecht und im Tenor dargeboten.

Doch es finden sich auch Originäres. Tavitian mischt in sein virtuoses Klavierspiel konsequent Elemente rumänischer Folklore, bezieht sich selbstbewußt auf das kulturelle Erbe seiner armenischen Vorfahren. Seine eigenen Kompositionen gründen sich vor allem in klassisch bis neoklassizistisch anmutenden Rhythmen, Harmonieskalen aus der Folklore des Ostens, des Orients. Daß nicht ein bloßes Konglomerat der Beliebigkeit entsteht, sichert Tavitians Sinn für Aufbau und Form.

Vorerst wird Tavitians Name wohl vor allem im Ausland an Bekanntheit gewinnen – durch ein für den kommenden Sommer geplantes Konzert beim Armenien-Festival im sowjetischen Eriwan, durch Auftritte mit dem amerikanischen ROVA-Saxophonisten-Quartett. Der Pianist, dessen 1978 gegründetes Ensemble „Creativ" zur wichtigsten Einrichtung des zeitgenössischen avantgardistischen Jazz in Rumänien wurde, verdient seinen Lebensunterhalt vor allem durch einen Job in einer Musikbibliothek. Eine Schallplatte ist von ihm in der Heimat nicht in Sicht. Denn das rumänische Plattenlabel sieht überhaupt nur eine Jazz-Produktion pro Jahr vor und orientiert sich dann eher an Konventionellem.

Um so wichtiger wurden deshalb für Tavitian und seine Mitstreiter die Kontakte zu ausländischen Jazzern. Während seines Aufenthalts in der Bundesrepublik traf er Trompeter Frédéric Rabold und Bassist Dieter Manderscheid wieder. Die Hoffnung auf verstärkten musikalischen Austausch einte die drei über eine improvisierte Einlage bei Rabolds Geburts*tagsfeier hinaus*.

HERMANN SCHMIDTENDORF

Meister der Schreib-, Mal- und Dichtkunst – Ein neues Buch zur Tradition des Schöpferischen bei chinesischen Gelehrten

„Das Geheimnis der Ähnlichkeit liegt nicht im Äußeren"

In der Malerei ist der Sinn für das Alte besonders wichtig. Fehlt der Sinn für das Alte, ist eine noch so geschickte Malerei wertlos. Die heutigen Maler können nur den Pinsel sorgfältig handhaben und reichlich Farbe auftragen und betrachten sich bereits als Virtuosen." Dieser Satz, der auf einen entscheidenden Mangel gegenwärtiger Kunst aufmerksam zu machen scheint, stammt von Zhao Mengfu (1254-1322). Zhao, der vier Kaisern in hohen Ämtern diente, war Gelehrter, Dichter, Maler und Kalligraph. Er verkörperte damit das Ideal der chinesischen Kunst, den hochgebildeten, vielseitigen Literaten, der die drei Künste – Malen, Schreiben, Dichten – beherrscht, sie aber nicht professionell, sondern nur als Dilettant – wenngleich in höchster Vollendung – pflegt. Dieses Kunstideal stellt Nicole Vandier-Nicolas in den Mittelpunkt ihres Buches „Chinesische Malerei und Tradition der Gelehrten" (Edition Popp, Würzburg, 260 S., 200 Abb., 178 Mark)

Es ist der Versuch, die Geschichte der chinesischen Malkunst mit ihren widersprüchlichen Tendenzen darzustellen. Denn neben den Literatenmalern, die oft hohe Beamtenstellungen einnahmen, ihre Bilder nur zum eigenen Vergnügen und dem ihrer Freunde schufen, sie aber nicht verkauften, standen die gering geachteten Handwerkerkünstler, die ihren Lebensunterhalt mit der Malerei verdienten. Eine klare Trennung dieser Kategorien ist jedoch nicht möglich, weil so mancher Literatenmaler – besonders wenn er bei Höfe in Ungnade fiel – dann auf den Verkauf seiner Bilder angewiesen war.

Eine Geschichte der chinesischen Malerei stößt auch noch auf andere Schwierigkeiten. Sie hängen mit der Wertschätzung der Tradition und den reichen schriftlichen Überlieferungen bis zurück zur Zeitenwende zusammen. Es gibt für das erste Jahrtausend viele literarische Quellen über bedeutenden Maler. Es gibt auch – neben vielen anonymen Werken – Bilder, die diesen Künstlern traditionell *zugeschrieben* werden. Aber dabei handelt es sich meist um Kopien aus späterer Zeit. Denn immer war es in China üblich, den großen Vorbildern durch die Übernahme ihres Malstiles und ihrer Gestaltungsweise Reverenz zu erweisen, um auf dieser Grundlage einen eigenen Ausdruck zu suchen.

Bei allem scheinbaren Realismus war die chinesische Malerei jedoch nie auf eine Reproduktion der Wirklichkeit aus. Das gilt gleichermaßen für die Landschaft wie das Porträt. „Das Geheimnis der Ähnlichkeit liegt nicht im Äußeren," lautet ein Schlüsselwort. Oder: „Man muß nur über genügend Bildung verfügen, um nicht in die Falle der äußeren Form zu gehen." Der erste Satz stammt aus dem vierten Jahrhundert, der zweite aus dem elften.

Neben dem Akademismus, gab es immer auch Schulen, die – vom Chan-(Zen-)Buddhismus geprägt – der Spontaneität und dem Unkonventionellen huldigten. In den Geschichten über diese Maler, die Tusche auf Papier verspritzten und aus *diesen Flecken mit dem Pinsel*, aber auch mit den Fingern oder ihren Haaren ungestüme Landschaften entwickelten, spielen der Weinrausch und Trancezustände eine wichtige Rolle. Diese unterschiedlichen, oft widersprüchlichen Anschauungen über die Künste in ihrer Abhängigkeit von Konfuzianismus, Taoismus und den verschiedenen Ausprägungen des Buddhismus arbeitet Nicole Vandier-Nicolas gut heraus. Weniger befriedigend ist ihre Abhandlung bei den Maltechniken und Stilformen. Sie vertraut dabei zu stark auf die Aussagekraft der Abbildungen und begnügt sich oft damit, den chinesischen Begriff nur zu übersetzen, anstatt ihn zu erklären.

In der Qing-Zeit (1644–1911) wurden durch die Jesuitenmission in China westliche Einflüsse wirksam. Das lassen mehrere Serien von Papierbildern erkennen, die Ende des 17. bis Anfang des 19. Jahrhunderts entstanden und jetzt in Florenz oder Paris aufbewahrt werden. Sie zeigen u. a. die verschiedenen Arbeitsgänge bei der Herstellung von Papier, Seide, Tusche, Reis, Porzellan, Baumwolle und Tee. Entstanden sind sie wahrscheinlich im Zusammenhang mit der unter Kaiser Kangxi(1662–1722) begonnenen Enzyklopädie, die nicht nur Wissenschaften und Künste, sondern auch die praktischen Fertigkeiten dokumentieren sollte.

In dem Band „La Chine – Les arts et la vie quotidienne" (F. M. Ricci, Mailand, 228 S. 198 Mark, Vertrieb: Edition Weber, Genf) findet sich eine Auswahl von 64 Blättern, verbunden mit Texten aus den Briefen und Schriften der Jesuitenmissionare (M. Ricci, A. Kircher, J. B. Da Halde u. a.) über Staat, Kunst und Alltag in China. Vorangestellt wurde eine Einführung von Josef Franz Schütte SJ zur Mission der Jesuiten im China des 16. bis 18. Jahrhunderts, die damals entscheidend und fast ausschließlich das Bild Europas in Fernost und umgekehrt prägte. In diesen Betrachtungen wurde auch immer wieder auf die Künste verwiesen. So schrieb Matteo Ricci 1671: „Es ist ein Volk, das sich sehr intensiv der Malerei widmet (der es sich mit großer Kunstfertigkeit bedient),aber es ist nicht zu vergleichen mit den europäischen Malern."

PETER DITTMAR



„Bodhidharma", gemalt von Kaiser Shunzi (1655) FOTO: OSTASIAT. MUSEUM STOCKHOLM

JOURNAL

Bessere Bedingungen für Chinas Schriftsteller

AFP, Peking

Die chinesische Parteizeitung hat die Politiker am Sonntag aufgefordert, bessere Arbeitsbedingungen für Schriftsteller zu schaffen. Einen Tag nach Abschluß des chinesischen Schriftstellerkongresses veröffentlichte die „Volkszeitung" einen Leitartikel, in dem es heißt, die Partei solle die schriftstellerische Arbeit intensiv anleiten. Dies solle *nicht durch „Einmischung" in die* Tätigkeit der Schriftsteller erfolgen, sondern dadurch, daß man ihnen „die für ihre schöpferische Arbeit notwendigen Bedingungen gibt". Auf ihrem Kongreß hatten die Schriftsteller neue Statuten verabschiedet, die den „Schutz der schöpferischen Freiheit" vorsehen *und die Literaturschaffenden dazu* ermuntern, neue Themen und Darstellungsformen aufzugreifen und das künstlerische Niveau des literarischen Schaffens zu erhöhen. Zugleich bekannte sich der Verband zu den Prinzipien des Marxismus-Leninismus, unter dessen Anleitung Kunst und Literatur stehen müssen, um „dem Volk und dem Sozialismus zu dienen".

Berlins Beiträge zum Musiktheater

Bth. Berlin

Zum dritten Mal hat die Deutsche Oper Berlin einen Spielzeitrückblick „Beiträge zum Musiktheater" (Eigenverlag. 318 S., 19,80 Mark) vorgelegt. Der Band versteht sich nicht nur als Eigenwerbung, sondern auch als Forum musikwissenschaftlicher Diskussion und enthält u. a. einen Essay von Carl Dahlhaus über „Romantische Oper und symphonischen Stil"; Peter Heyworth beschreibt die Geschichte von Klemperers Kroll-Oper, und Rudolph Stephan erinnert an den Komponisten Franz Schreker.

Frankreich feiert Victor Hugo

AFP, Paris

Zum 100. Todestag von Victor Hugo wird in ganz Frankreich eine Vielzahl von Veranstaltungen stattfinden. Den Auftakt macht die Ausstellung „Victor Hugo, die großen Werke, die großen Anliegen", die von Kulturminister Jack Lang in einer Pariser U-Bahn-Station eröffnet wurde. Die nächsten Programmpunkte sind eine Inszenierung von „Hernani" im Théâtre de Chaillot und eine Ausstellung über „Hugos Ruhm" im Grand Palais. Die Verlage steuerten mehrere Biographien zum Hugo-Jahr bei. Bei Laffont wird die Neuauflage der einzigen vollständigen Ausgabe der gesammelten Werke in 15 Bänden vorbereitet.

Bochum zeigt „Königin" der Salzbergwerke"

DW. Bochum

Mit der Ausstellung „Wieliczka – Magnum Sal" zeigt das Deutsche Bergbaumuseum in Bochum zum erstenmal Bestände des Museums der Krakauer Salinen im Ausland. Mit alten Originalgegenständen, historischen Modellen, Modellen und Fotos wird das Salzbergwerk Wieliczka mit seiner Geschichte vorgestellt. Die Ausstellung ist bis zum 24. Februar zu sehen. Statt eines Katalogs erschien eine ausführliche Dokumentation des Bergwerks im Südosten von Krakau in Nr. 5-6/1984 der Zeitschrift „Der Anschnitt" (20 Mark).

Druckgraphikpreis der Landesbank Stuttgart

DW. Stuttgart

Zum dritten Mal hat die Landesbank Stuttgart einen Preis für Druckgraphik ausgeschrieben. Bewerben können sich Künstler aus allen Ländern Europas mit Arbeiten von 1983 und 1984. Der erste Preis ist mit 10 000, der zweite mit 3000, der dritte mit 2000 Mark dotiert. Einsendeschluß ist der 15. März 1985.

Karl Dönch 70

Daß der Sänger Karl Dönch ein gebürtiger Westfale ist – er kam heute vor siebzig Jahren in Hagen zur Welt –, weiß auch nur noch das Lexikon. Denn gleich nach der damals noch üblichen Ochsentour durch die Provinz, die ihn während des Krieges an das Landestheater Salzburg führte, wurde Dönch 1947 an die Wiener Staatsoper verpflichtet. Dort war er im Fach des Baßbuffos eine der Säulen des legendären Wiener Mozart-Ensembles der fünfziger Jahre, wobei die heimliche Glanzrolle der Zyniker Don Alfonso in „Cosi fan tutte" war. Dönch gastierte in Mailand und New York, gehörte zu den Salzburger Festspielen und schaffte schließlich, was nur wenigen Sängern mit Erfolg glückt: den Wechsel auf den Intendantensessel. Den hat er nun seit über zehn Jahren an der Wiener Volksoper inne, hat aus diesem einst ziemlich heruntergewirtschafteten Haus wieder ein ansehnliches Theater gemacht, daß er in diesem Jahr seinem Nachfolger *Eberhard Waechter mit Stolz* übergeben kann.

ebi.

Florenz meldet zweistellige Kältegrade, deutsche Kraftwerke arbeiten auf Rekordtouren / Stundenlange Zugverspätungen / Smog in Berlin

88,3 Grad unter Null – Wostok hält Kälterekord

Bayern meldete 37 Grad unter Null am Wochenende. Damit wurde die Tiefsttemperatur aus dem Jahre 1968 eingestellt, als am 13./14. Januar ein Kälteeinbruch Norddeutschland in eine Kühltruhe verwandelte. Während des Katastrophenwinters 1978/79 wurden in Itzehoe vergleichsweise „nur" minus 28,8 Grad gemessen. Tatsächlich aber dürfte es damals viel kälter gewesen sein. Bei Windgeschwindigkeiten um 80 Kilometer pro Stunde liegt die Wirkung solcher Temperaturen schon bei minus 40 Grad und tiefer. 30 Grad Frost herrschten wochenlang im Winter 1946/47. Viele Menschen erfroren in ihren ungeheizten Wohnungen. Seit 1850 werden in Deutschland die Temperaturen festgehalten.

Mit minus 70 Grad hält die sibirische Stadt Ojmjakow den Kälterekord auf der nördlichen Halbkugel. Alaska meldete 1971 am Prospect Creek 62 Grad unter Null. Spitzenreiter in Westeuropa ist Norwegen mit 50 Grad unter dem Gefrierpunkt, gemessen im ostnorwegischen Dorf Sel am 7. Januar 1982. Eindeutig kälter ist es auf der südlichen Halbkugel in der Antarktis, wo Temperaturen unter 80 Grad sozusagen serienmäßig festgehalten wurden: Minus 88,3 Grad meldete Wostok, der sowjetische Stützpunkt auf dem Sechsten Kontinent, am 24. August 1960.

1975 wollen allerdings Forscher auf der Spitze des mehr als 6000 Meter hohen Mount McKinley minus 96 Grad ermittelt haben. Die mittlere Temperatur der Erde beträgt im übrigen 15 Grad plus und hat sich damit seit 1880 um 0,5 Grad erhöht.

Die tiefste jemals ermittelte Temperatur in der Atmosphäre liegt bei minus 143 Grad in einer Höhe von 80,5 bis 96,5 Kilometer. Nach dem Gay-Lussacschen Gesetz liegt der Punkt, an dem wirklich nichts mehr geht, bei minus 273 Grad. Dann herrscht Stillstand aller Molekularbewegungen. Dieser Punkt ist lediglich errechnet worden. Die Wissenschaft hat ihn noch nicht erreicht, auch wenn sie ihm schon bis auf einen Bruchteil nahegekommen ist. Minus 273 Grad herrscht in den Tiefen des Alls.

K. T.



Die bissige Kälte senkt sich unerbittlich auf Wasser, Tier und Mensch: 25 Grad Frost herrschten in Helsinki und an der deutschen Ostseeküste. Gewinnt die westliche Ostsee bald eisfeste Gestalt? FOTO: C. WESTERBACK

Europa erstarrt allmählich im Frost

T. W. KRAUEL / K. R. **Bonn**

Nur zu stolpern brauchte ein potentieller Fluggast auf dem Münchner Flughafen Riem in der Nacht zu gestern, um aus der geheizten Kabine direkt in Sibirien auf die Nase zu fallen: 36 Grad Kälte herrschte über der Schneedecke des Flugfeldes, und in zwei Meter Höhe über dem Boden war es mit 28 Grad minus genauso kalt wie in 3000 Meter Höhe auf der Zugspitze. Noch zwei Grade tiefer sank die Temperatur in Kempten. Die Stadt pumpte 25 Prozent mehr Leistung in das Netz, besaß aber natürlich nicht so viele Kraftwerksreserven wie beispielsweise Hamburg. Dort feierten die Elektrizitätswerke bei minus 17 Grad einen kleinen Rekord: Zum ersten Male in der Geschichte der Hansestadt überschritt die ausschließlich für die städtischen Heizungen zur Verfügung gestellte Kraftwerksleistung die 1000-Megawatt-Grenze. Bei RWE schätzte man den Mehrverbrauch auf 0,5 Prozent je Minus-Grad.

Heizungsprobleme besonderer Art plagten die Münchner S-Bahn-Führer der Nachtschicht. Sämtliche abgestellten S-Bahnzüge mußten der großen Kälte wegen die ganze Nacht beheizt bleiben und damit unter Strom gelassen werden. Das kostete die Beamten zumeist ihren Schlaf: Mit Weckern nächtigten sie zum Großteil in den Zügen und prüften in kurzen Abständen die Temperaturen. Dennoch – die Kälte trieb ihren Schabernack mit den Münchner S-Bahnen. Im Berufsverkehr blockierten Eisstücke die Druckluftschläuche der Türverriegelungen. Verspätungen bis zu 40 Minuten waren die Folge. Ein Kinderspiel freilich gegen die Verspätungen im internationalen Verkehr. Mehr als drei Stunden gegenüber der fahrplanmäßigen Ankunft erreichte der Brenner-Expreß die bayerische Hauptstadt; immerhin kam er an. Nach dem um viertel nach zwölf Uhr mittags in München erwarteten Fernzug aus Rom hielten die Österreicher auf dem Brenner noch um halb eins vergebens Ausschau.

Kein Wunder: Rom stand kopf. Nach zehn Zentimeter Schneefall bewegte sich dort nichts mehr. Alle Züge blieben in den Vororten vor vereisten Weichen stehen, Roma Termini glich einem Heerlager, und gen Norden zu wurde alles nur noch schlimmer: 13 Grad Kälte in Florenz, 38 Grad Kälte in Trepalle di Livigno in der lombardischen Provinz Sondrio. Schneeketten, hieß es im römischen Rundfunk, täten not. Aber woher in Rom Schneeketten nehmen? Und das Verhängnis nimmt in Gestalt eines Tiefs über Korsika weiter seinen Lauf.

Die Schneefront, die gestern den Berufsverkehr im Ruhrgebiet erheblich störte, schwenkt ostwärts und beschert nach Auskunft des Wetterdienstes Offenbach den Alpen und Südbayern bis Donnerstag „ergiebige Schneefälle".

Im Norden knackt derweil bereits das Eis an Molen und Stränden. Die Lotsenstation Lübeck–Travemünde meldete eine Wassertemperatur von null Grad, in Sylt wurden in der Nordsee bereits zwei Grad unter Null gemessen. Hier blieb die Fähre nach Pellworm schon kurzfristig im Eisgang stecken. Für den Elbe-Trave-Kanal heißt es bereits „Aus" wegen Eises, der Schiffsbetrieb des Mittellandkanals ist gefährdet, nur der Nord-Ostseekanal ist noch frei von Eis. Ein Ende der Kälte ist nach Ansicht der Offenbacher Wetterbeobachter nicht in Sicht.

Das schafft zunehmend Probleme für Autofahrer mit Dieselmotoren. Ab minus 20 Grad entstehen im Dieselöl Paraffinkristalle und verstopfen die Leitung, so daß entsprechende Fahrzeuge oft nach kurzer Fahrt stehenbleiben. Der ADAC in München ist mit allem verfügbaren Gerät im Einsatz. Über die Unfallquote nach dem weitgehenden Ende der Salzstreuung wollte man sich in der ADAC-Zentrale nicht äußern, verwies aber auf Erhebungen der Berliner Technischen Universität, derzufolge die Zahl der „Alleinunfälle", also leichte Rutsch- und Auffahrschäden ohne Beteiligung anderer Autos, sich bei Extremglätte etwa verdreifache.

Besonders unerfreulich begann der gestrige Tag in Berlin: Wegen intensiven Heizbrandes löste die Stadt die leichteste Smogstufe aus: Eine Empfehlung, Autos nicht mehr zu benutzen. Ohnehin hatten die Berliner Verkehrsbetriebe 130 000 Gäste mehr. Der Versuch, auch die Ostberliner Luftmeßstelle zu befragen, scheiterte hingegen: Auf die Auskunft, am Telefon sei die Bonner Tageszeitung WELT, erwiderte der Beamte verärgert: „Ich bitte Sie, lassen Sie solche Scherze!" – und legte auf.

Bonner Spitzen bei Berliner Presseball

dpa, **Berlin**

Mehrere Autos, ein Personalcomputer, eine Wohnzimmereinrichtung, Goldbarren, Schmuck und Reisen sind die Hauptgewinne des diesjährigen „Presse- und Funkball Berlin", der am 12. Januar im Internationalen Congress Centrum vom Journalisten-Verband Berlin veranstaltet wird. Bundespräsident Richard von Weizsäcker, Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher haben ihre Teilnahme an dem Hauptereignis der Berliner Ballsaison zugesagt. Durch Spenden sind für die Tombola 3000 Gewinne im Gesamtwert von etwa 750 000 Mark zusammengekommen. Der Erlös der Veranstaltung fließt dem Sozialfonds des Verbandes für die Unterstützung älterer und bedürftiger Journalisten zu. Insgesamt werden mehr als 3000 Gäste erwartet, die sich an einem Hauptsaal mit 47 000 Glaskugeln und an einem Meer von 13 000 „Coburg"-Rosen, die die italienische Region Ligurien für den Ball gestiftet hat, erfreuen können.

Margaret operiert

dpa, **London**

Prinzessin Margaret, die Schwester von Königin Elizabeth II., ist gestern im Londoner Brompton Hospital am linken Lungenflügel operiert worden. Ihr wurde ein kleines Stück der linken Lunge entfernt. Gewebeuntersuchungen waren negativ. Die 54jährige soll innerhalb einer Woche die Klinik verlassen.

Schnelle Festnahme

AP, **Frankfurt**

Unter dem dringenden Verdacht, die neunjährige Bianca Butera aus dem Frankfurter Stadtteil Fechenheim am Wochenende vermutlich aus sexuellen Motiven getötet zu haben, wurde gestern ein 18jähriger berufsloser Mann aus demselben Stadtteil festgenommen. Angeblich hat er gestanden.

Antarktis-Konferenz

AP, **Christchurch**

Eine Konferenz über die Zukunft der Antarktis begann gestern vor Ort. Die 60 Delegierten, Wissenschaftler und Diplomaten aus 25 Staaten, berieten in einem Lager am Beardmore-Gletscher, rund 700 Kilometer vom Südpol entfernt, über Gebietsansprüche und die Ausbeutung von Bodenschätzen.

Aktion läuft nach Plan

AP, **Huesca**

Für die 40 unverheirateten Bauern in dem kleinen spanischen Pyrenäendorf Plan geht die frauenlose Zeit offenbar zu Ende: Ihr Hilferuf per Inserat in mehreren Zeitungen ist bisher von 50 Frauen gehört worden, die bereit sind, dem Frauennotstand in Plan abzuhelfen. Mehrere Frauen wollen nach Ende der Schneefälle mit einem Bus aus dem Baskenland zu den Bauern aufbrechen.

Hoher Prozentsatz

AFP, **Kuwait**

Rund die Hälfte der erwachsenen Araber kann nicht lesen und nicht schreiben, mehr als ein Drittel aller Kinder in den arabischen Ländern gehen nicht zur Schule. Bei den Frauen erreicht das Analphabetentum in manchen arabischen Ländern bis zu 70 Prozent, erklärte gestern der arabische Fonds für den Kampf gegen das Analphabetentum.

ZU GUTER LETZT

„Hier ist es viel zu kalt. Wenn ich nur schon wieder in Sibirien wäre." Andrej Gromyko gestern bei seinem Eintreffen in Genf, wo minus 15 Grad Celsius herrschten.

Angeklagter wundert sich

Millionenschieberei vor dem Düsseldorfer Landgericht

dpa, **Düsseldorf**

Gegen den angeblichen Millionenschieber Jens Ulrich Kulik (39) hat gestern der Prozeß vor dem Düsseldorfer Landgericht begonnen. Dem Devisenhändler aus Meerbusch bei Düsseldorf wirft die Anklage vor, mehrere Banken um Millionenbeträge geprellt zu haben und mit Schmuck und Bargeld im Wert von knapp 20 Millionen Mark nach Kanada geflohen zu sein. Nach seiner Festnahme und Abschiebung nach Deutschland floh der redegewandte Finanzmanager, der jede Betrugsabsicht leugnet, in einer spektakulären Aktion bis nach Paraguay. Von hier aus wurde er im vergangenen Herbst ausgeliefert.

Minutiöses Aktenstudium war am ersten Verhandlungstag notwendig, um das verworrene Knäuel der Finanzgeschäfte des Angeklagten aufzulösen, der als Devisenhändler nach eigenen Angaben einen Jahresverdienst von knapp zwei Millionen Mark einstrich. Kulik, im modisch hellgrünen Jackett, meinte: „Aber nicht jedes Jahr war ein gutes Jahr." Bei der Aufklärung der feingesponnenen Fäden internationaler Finanzierungen forderte der Richter ihn mehrmals auf, doch „bitte etwas konkreter zu werden".

Durch einen Schweizer Bekannten hatte Kulik erfahren, daß reiche Franzosen nach dem Machtantritt Präsident Mitterrands „schwarzes Geld" diskret in die Schweiz schaffen wollten. Zunächst habe er zur Finanzierung des 150-Millionen-Franc-Coups eine Luzerner Privatbank erwerben wollen. Als dies scheiterte, habe er kurzfristig an Kapitulation gedacht, aber: „Die Versuchung war doch zu groß, nicht aufzuhören." Sein Ziel: mit einem „kurzatmigen" Kredit das „Franzosengeld" ankaufen zu können – gegen gehörigen Gewinn.

Nach zwei „Luftgeschäften", bei denen zur Probe zweistellige Millionenbeträge in Mark und Franken zwischen Deutschland und der Schweiz überwiesen worden waren, wunderte sich Kulik selbst, wie einfach es war, von Schweizer Banken kurzfristige Kredite in schwindelnder Höhe ohne notwendige Deckung zu bekommen. Einen „liberal denkenden Banker in St. Gallen" habe er schließlich überreden können, ihm zur profitversprechenden Finanzierung des Frankreich-Geschäfts zwei Barschecks über 20 Millionen Franken auszustellen.

LEUTE HEUTE

Alain glücklich

„In **Catherine Pironi** habe ich die ideale Frau gefunden. Sie fasziniert mich, sie beruhigt mich, sie gibt mir Sicherheit." So spricht Filmschauspieler **Alain Delon** (49). Seit vergangenen Juni nimmt die Ex-Frau des Formel-1-Rennfahrers **Didier Pironi** den ersten Platz an der Seite des französischen Filmstars ein. Vergessen ist für Delon der Verlust von **Mireille Darc**. „Mit Catherine ist es mir sehr ernst. Wenn ich jemanden liebe, dann nicht nur einen Tag, sondern mindestens 15 Jahre lang", erklärte Delon.

Gunther zufrieden

Gunther Sachs' Sohn **Rolf** (29) hat sich mit der 22jährigen **Miriam Banihashem** aus Persien verlobt. Rolf hatte sich mit Miriam getröstet, nachdem seine Affäre mit der Tochter von Stahlbaron **Heini von Thyssen, Francesca**, zu Ende gegangen war. Miriam, die eine Unternehmens-Akademie in New York besucht, soll Sachs-Senior (51) sehr gefallen. Der Filius arbeitet in der väterlichen Firma.

Nancy gestreng

Nancy Reagan gibt nach Ansicht des Wochenmagazins „Time" im Weißen Haus den Ton an. Ihr starker Einfluß auf den Präsidenten sei in den vergangenen Monate immer deutlicher geworden. So soll sie bei den jüngsten Umbesetzungen im



Weißen Haus die ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Nach „Time" veranlaßte sie die Kaltstellung von **Richard Allen**, der in eine Korruptionsaffäre verwickelt war. Daß sich auch sein Amtsnachfolger **William Clark** jetzt ins Privatleben zurückzog, soll ebenfalls Frau Reagan zu verdanken sein. Der ehemalige Außenminister **Alexander Haig** ist, so „Time", davon überzeugt, daß die Präsidentengattin auch auf seine Entlassung hingearbeitet habe.

„Rächer" will keine Hilfe

U-Bahn-Schütze Goetz lehnt alle Kautionsangebote ab

dpa, **New York**

Der New Yorker „U-Bahn-Rächer" Bernhard Hugo Goetz, der gestanden hat, vier junge Männer niedergeschossen zu haben, weil sie ihn angeblich belästigt hatten, sieht sich einer Welle der Hilfsbereitschaft von sympathisierenden Bürgern gegenüber. Der 37 Jahre alte Ingenieur, dessen Vater aus Deutschland eingewandert war, hat bislang jedoch alle Angebote abgelehnt, die auf 50 000 Dollar festgesetzte Kaution für ihn zu bezahlen.

Ein argentinischer Staatsbürger erschien mit einem Scheck über die Kautionssumme in dem Gefängnis in New York, in dem Goetz in Untersuchungshaft sitzt. Auch der Komiker Foster Brooks bot nach Zeitungsberichten an, die Summe zu hinterlegen. Beide Männer waren in der Vergangenheit selbst Opfer von Raubüberfällen geworden.

In dem Apartment-Haus, in dem der 37jährige Goetz wohnt, wurde ein Karton für Spenden aufgestellt. Auch die „Guardian Angels", eine aus jugendlichen Freiwilligen gebildete Bürgerwehr, die vor allem in den U-Bahnen patrouilliert, sammelt für Goetz, der auf dem besten Wege ist, eine Art Volksheld zu werden.

Der 37jährige, der vor drei Jahren in einer U-Bahn-Station überfallen worden war, hatte nach seinem Geständnis am 22. Dezember in einem U-Bahn-Zug vier Männer im Alter von 18 und 19 Jahren, die von ihm fünf Dollar verlangt hatten, durch Schüsse schwer verletzt. Am letzten Tag des Jahres stellte er sich in Concord im Bundesstaat New Hampshire der Polizei, nachdem er mehrere Tage anscheinend ziellos durch Neuengland gefahren war. Er steht unter der Anklage des vierfachen Mordversuchs und des illegalen Waffenbesitzes.

Einer der Niedergeschossenen, der eine Wirbelsäulenverletzung erlitt und von der Hüfte abwärts gelähmt ist, hat sich inzwischen noch eine Lungenentzündung zugezogen. Sein Zustand wird als kritisch bezeichnet. Zwei der Opfer sind inzwischen aus dem Krankenhaus entlassen worden. Einer der Angeschossenen hatte im Krankenhaus erklärt, er könne es verstehen, daß Goetz Angst gehabt und geschossen habe.

Bürgermeister Ed Koch mußte die Begeisterung der New Yorker über den Schützen bremsen. Er warnte davor, das Gesetz selbst in die Hand zu nehmen und Lynchjustiz zu üben.

WETTER: Sehr kalt

Wetterlage: Ein Tief über Ostfrankreich zieht zum Mittelmeer und beeinflußt noch den Süden Deutschlands. Auf seiner Rückseite bestimmt sehr kalte arktische Luft das Wetter.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still ... Nebel, Sprühregen, Regen, Schneefall, Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel, Frostgrenze. H=Hoch-, T=Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Dienstag:
Im Alpenraum stark bewölkt und gebietsweise Schneefall. Im übrigen Bundesgebiet aufgelockerte Bewölkung und vor allem im Norden einzelne Schneeschauer. Höchsttemperaturen im Norden minus 8 bis minus 12, im Süden minus 10 bis minus 15 Grad. Nachts Abkühlung auf minus 14 bis minus 20 Grad, örtlich bis minus 25 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind.

Weitere Aussichten:
In Bayern gebietsweise Schneefall. Wenig gänderte Temperaturen.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	-5°	Kairo	21°
Bonn	-8°	Kopenh.	-9°
Dresden	-13°	Las Palmas	22°
Essen	-11°	London	-3°
Frankfurt	-10°	Madrid	-1°
Hamburg	-12°	Mailand	-7°
List/Sylt	-11°	Mallorca	6°
München	-20°	Moskau	-8°
Stuttgart	-18°	Nizza	3°
Algier	9°	Oslo	-14°
Amsterdam	-8°	Paris	-10°
Athen	17°	Prag	-19°
Barcelona	0°	Rom	-6°
Brüssel	-10°	Stockholm	-16°
Budapest	-9°	Tel Aviv	20°
Bukarest	-4°	Tunis	11°
Helsinki	-24°	Wien	-17°
Istanbul	12°	Zürich	-15°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 8.25 Uhr, Untergang: 16.34 Uhr; **Mondaufgang:** 19.20 Uhr, Untergang: 10.25 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Ehemaliger FDP-Politiker als Juwelenräuber von Baden-Baden?

J. NEANDER, **Baden-Baden**

Fassungslos steht die Öffentlichkeit vor dem von der Staatsanwaltschaft in Baden-Baden erhobenen Vorwurf, der frühere FDP-Landesvorsitzende in Rheinland-Pfalz, Hans-Otto Scholl (51), habe am 28. Dezember in Baden-Baden ein Juweliergeschäft überfallen und mit Waffengewalt Beute im Wert von 1,2 Millionen Mark gemacht.

Am Samstag abend war Scholl vor seiner Wohnung in der Marbacher Straße in Ludwigshafen-Oggersheim – direkt neben dem Privathaus von Bundeskanzler Helmut Kohl – festgenommen und nach Baden-Baden gebracht worden, wo er am Sonntag den beiden Überfallenen, dem 22jährigen Sohn des Juweliers und dessen Freundin, gegenübergestellt wurde.

„Hundertprozentig nach Gesicht, Gang und Stimme" glaubt zumindest der Juwelierssohn in Scholl den Mann wiederzuerkennen. Nur ein Toupet habe der Täter darüber hinaus getragen.

So hat sich der Überfall nach Darstellung des Überfallenen abgespielt: Der Täter – die Staatsanwaltschaft hält den Verdacht gegen Scholl ausdrücklich noch nicht für so erhärtet, daß sie offiziell den Namen des Festgenommenen nennen zu können glaubt – betrat den Laden und fragte nach einer Dame, die ihn neulich hier bedient habe und für ihn eine Kollektion habe zurücklegen wollen.

Der Sohn des Juweliers antwortete, er wisse leider nichts davon. Dann habe der Täter um eine Lupe gebeten, weil er für seine Frau einen Ring kaufen wolle. Diese Gelegenheit nutzte er dann aber, um den Juwelierssohn plötzlich mit den Worten „Hände hoch, Überfall!" mit einer Pistole zu bedrohen. Er habe ihn und auch seine hinzukommende Freundin gezwungen, sich auf den Boden zu legen, beide gefesselt, in aller Ruhe den Tresor ausgeräumt und schließlich über die Köpfe der Gefesselten hinweg einen Warnschuß abgegeben.

Schon bei der Ringfahndung soll Scholl unter den Überprüften gewesen sein. Doch habe sich dabei kein Verdacht ergeben. Auch eine Haussuchung hat kein belastendes Material zutage gefördert. Der Festgenommene bestreitet jede Tatbeteiligung.



Dr. Hans-Otto Scholl (rechts) unter schwerem Verdacht. Links das Phantombild. Danach wurde der ehemalige FDP-Spitzenpolitiker festgenommen. FOTOS: DPA/GAULS

Die politische Karriere des aus Mannheim stammenden Hans-Otto Scholl galt seit einigen Jahren als beendet. Nach steilem Aufstieg zum FDP-Landesvorsitzenden (1974) und zum Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie (1972) hatte es für den hochintelligenten und einflußreichen Manager und Politiker 1980 plötzlich einen Karriereknick gegeben.

In den Büchern seines Arbeitgebers wurde festgestellt, daß Scholl mit Verbandsgeldern zumindest ziemlich riskant umgegangen war, indem er es in teuren Gemälden (Scholl gilt als anerkannter Kunstkenner), Juwelen und Gold anlegte. Dabei sind offenbar Verluste entstanden.

Ein Ermittlungsverfahren wegen Untreue wurde 1981 eingestellt. Scholl verpflichtete sich, den Verlust in Höhe von etwa zwei Millionen Mark dem Pharmaverband zu erstatten, und hat dies in der Zwischenzeit auch getan.

Trotz der Einstellung des Verfahrens mußte Scholl unter dem Druck seiner Parteifreunde vom Amt des FDP-Landesvorsitzenden zurücktreten, schien aber wieder an Einfluß zu gewinnen, als die FDP-Landtagsfraktion ihn 1982 zum Vorsitzenden wählte.

Nachdem die FDP 1984 nicht mehr im Parlament vertreten war, wurde es still um den smarten Politiker. In die Schlagzeilen gelangte er lediglich durch Gerüchte um die Verwendung von Geldern, die die frühere FDP-Landtagsfraktion bei ihrer Auflösung besessen haben soll.

Dabei geht es um ein für die Fraktion angelegtes Festgeldkonto in Höhe von 310 000 Mark, die Scholl als Sicherheit für einen privaten Kredit verwendet haben soll.

Scholl hat den Ermittlungsbehörden einen „unerhörten Verstoß gegen rechtsstaatliche Prinzipien" vorgeworfen, weil sie die Presse informiert hätten, ohne zuvor mit ihm gesprochen zu haben. Der Mann, der schwere, teure Wagen liebte und zwanzigmal rund um die Erde gereist ist, arbeitete zuletzt als Anwalt. Manager-Pläne hatten sich zerschlagen.

Falsche Signale

Mk. – Die EG-Agrarpolitik ernährt ihren Mann. Auf die und für die Fehlentwicklungen läßt sich sogar recht gut bauen. Jedenfalls mehrten sich in den vergangenen Monaten bei staatlichen Institutionen und Verbänden wieder die Schreiben, in denen nach den Bestimmungen für die Einlagerung von EG-Ware, genauer: der gewaltigen Überschüsse, gefragt wird. Ob ein neuer Boom für jene Baufirmen, die sich auf Kühlhäuser spezialisiert haben, ins Haus steht, läßt sich noch nicht sagen. Aber das Vertrauen darauf, daß die EG mit ihren Problemen nicht fertig wird, ist beachtlich.

Jedenfalls ist die Rechnung derjenigen, die sich in den letzten Jahren auf Kühlhäuser geworfen haben, in der Regel aufgegangen. Zwar gab es auch schwache Jahre wie 1982, als die Butterberge abgeschmolzen waren. Aber seit Mitte 1983 boomt es in diesem Bereich. Es mußten sogar Räume im Ausland angemietet werden. Mehr als die Hälfte dessen, was in deutschen Kühlhäusern lagert, wurde von staatlichen Stellen aufgekauft, weil es zu den gegenwärtigen Preisen nicht absetzbar ist.

Daß sich neue Interessenten auf Kühlhäuser stürzen, weil sie hier ein Geschäft wittern, ist nicht das Problem. Es sei denn, es würde sich um Abschreibungsgesellschaften handeln; der Fiskus letztlich also in doppelter Weise das Desaster der EG-Agrarpolitik unterstützen würde. Leider ist dieses nur ein Beispiel für die Folgen der falschen Signale, die gesetzt wurden. Der Dirigismus ist eben ein Krebsgeschwür, das sich unaufhaltsam ausbreitet.

Verwackelt

al – Von einer sich anbahnenden Preiserhöhung am Bildermarkt kann keine Rede sein. Allen aus Fotokreisen stammenden Stabilisierungsprognosen für den Bereich der Verarbeitung belichteter Filme zum Trotz wird weiter gewackelt. Es sieht sogar danach aus, daß auch das sogenannte „schnelle" Bild, das also nach nur einer Stunde Verarbeitung dem Fotofan das Knipsergebnis offenbart, auf die Preisrutsche geraten ist. Jedenfalls wartet ein Kölner Händler mit Angeboten auf, bei denen von einer Verkaufspreis-Differenz zwischen konventionellem Bild (mit bisher üblicher Wartezeit) und „schnellem" Bild wohl keine Rede mehr sein kann. Dabei hatten viele Fotohändler, die sich dank der neuen Minilabor-Technik zu eigener, schnellerer Fotoverarbeitung in der Lage sehen, gehofft, die Preise (mit dem Argument individueller Belichtung und Filtering) auf einem etwas höheren Niveau halten zu können. Diese Erwartung hat einmal mehr getrogen. Der auf schnell verarbeitete, gute und preiswerte Bilder erpichte Amateurfotograf dürfte diese Entwicklung begrüßen.

BANGEMANN IN TOKIO / Öffnung des japanischen Marktes wichtiges Thema

Steigende Überschüsse belasten Beziehungen mit Handelspartnern

FRED de LA TROBE, Tokio

Der massive und chronische Ausfuhrüberschuß Japans ist bei den Konsultationen von Bundeswirtschaftsminister Bangemann, der sich zu einem Besuch in Tokio aufhält, mit seinem japanischen Amtskollegen Murata das beherrschende Thema. Der Aktivsaldo Japans im Handel mit der Bundesrepublik Deutschland ist von 95 Millionen Mark 1970 auf 9,2 Milliarden Mark 1983 gestiegen und hat nach vorläufigen Zahlen 1984 zehn Milliarden Mark überschritten.

Der Überschuß der japanischen Leistungsbilanz insgesamt schwoll von 25 Mrd. DM 1982 auf 105 Mrd. DM im letzten Jahr an. Auf den gleichen Betrag kam der Aktivsaldo Japans im Handel mit den Vereinigten Staaten 1984. Die hohen und steigenden Überschüsse der Japaner überschatten ihre Beziehungen zu den USA und der Europäischen Gemeinschaft – auch zu einer Reihe anderer Länder – und bringen Unruhe in das Welthandelsgefüge.

Die Kritik an Tokio richtet sich vor allem dagegen, daß die japanische Regierung nichts zur Stimulierung der inländischen Konjunktur unternimmt, daß sie nicht größere Wirtschaftshilfe an Entwicklungsländer gibt und daß sie den heimischen Markt nicht weiter öffnet. Alle diese Maßnahmen könnten zum Abbau der Ausfuhrüberschüsse beitragen.

Besonders wegen der schwachen Inlandsnachfrage ist die Tendenz zu größeren Exportanstrengungen bei der Industrie stark. Zur schwachen japanischen Inlandsnachfrage und dem wachsenden Exportüberschuß trägt das Auseinanderklaffen der – traditionell hohen – Sparbeträge und der Investitionen wesentlich bei. Wegen des höheren Zinsniveaus im Ausland fließt ein großer Teil der Spargelder aus Japan ab. Im vergangenen Jahr schloß daher die japanische Kapitalverkehrsbilanz mit einem Defizit von 135 Milliarden Mark.

Immer noch entfällt der Löwenanteil der japanischen Einfuhren auf Rohstoffe und Öl, während die Exporte überwiegend aus Maschinen, Geräten und anderen Fertigprodukten bestehen. Durch Einsparungen und das Vordringen hochtechnologischer Verfahren ist der Verbrauch von Rohstoffen und Öl in den letzten Jahren gesunken. Außerdem fiel der Ölpreis. Die Zunahme der Einfuhren blieb weit hinter dem Wachstum der Ausfuhren zurück.

Die Schwäche des Yen gegenüber dem Dollar, die auf die amerikanischen Hochzinsen und dem Kapitalabfluß aus Japan zurückgeht, haben kräftig zum Steigen der japanischen Exporte beigetragen. Der Wechselkurs des Yen sank von 234 zum Dollar im Januar 1984 auf 254 Anfang Januar dieses Jahres.

Trotz mehrerer Liberalisierungs-„Pakete" in den beiden letzten Jahren könnte der japanische Markt noch wesentlich weiter geöffnet werden, wie die Regierung Nakasone in diesen Tagen einräumte. Die noch verbleibenden nichttarifären Hemmnisse reichen von schwierigen Einfuhrprozeduren über strenge Produktestandards bis zu exotischen kommerziellen Gebräuchen.

Ministerpräsident Nakasone hat am Dienstag auf der ersten Kabinettssitzung des neuen Jahres die für Wirtschaft und Handel verantwortlichen Minister beauftragt, bis Ende März neue Maßnahmen zur Öffnung des japanischen Marktes auszuarbeiten. Er will damit ein Versprechen einlösen, das er bei seinem Treffen mit US-Präsident Reagan gegeben hatte.

Bei diesen Gesprächen nannte Präsident Reagan die beabsichtigte Neuordnung im japanischen Fernmeldewesen nach der Reprivatisierung der staatlichen Telegrafen- und Telefongesellschaft (NTT) als Beispiel eines für Amerika sehr lukrativen Bereichs, in dem sich neue Hemmnisse abzeichnen: Japanische Ausschüsse setzen hinter verschlossenen Türen die Spezifikationen und Methoden zur Anerkennung von künftig in der Branche zuzulassenden Produkten fest. Damit besteht die Gefahr, daß ausländische Erzeugnisse der Zugang zu diesem Markt erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. (SAD)

ENERGIE

Rohölförderung hat zugenommen

dpa/VWD, Hamburg

Rund 2,7 Milliarden Tonnen Rohöl wurden im vergangenen Jahr weltweit gefördert. Das waren nach Schätzungen der amerikanischen Fachzeitschrift „Öl und Gas Journal" knapp zwei Prozent mehr als 1983. Damit ist die Weltrohölförderung zum ersten Mal seit 1979 wieder gestiegen, als sie mit rund 3,23 Milliarden Tonnen ihren bisherigen Höchststand erreicht hatte.

Am stärksten war der Anstieg in den Ländern, die weder zur Opec noch zum Ostblock gehören. In ihnen wurden 1984 mit fast 1,09 Milliarden Tonnen annähernd 40 Prozent allen Rohöls in der Welt gewonnen. Sie haben damit die Ausweitung ihrer Förderung seit 1975 fortgesetzt.

Dagegen kam es in der UdSSR, dem größten Förderland der Welt, 1984 zum ersten Mal seit Kriegsende zu einem Rückgang. Mit 612 Millionen Tonnen lag die Rohölförderung um ein knappes Prozent unter dem Vorjahr. In den Opec-Ländern stagnierte die Rohölproduktion: Mit 869 Millionen Tonnen lag sie im vergangenen Jahr bei nur 45 Prozent des Förderniveaus von 1977, dem Rekordjahr mit 1,57 Milliarden Tonnen.

Welt-Rohölförderung	1984	±%
Ostblock	748,5	+ 0,2
Naher Osten	570,8	- 0,7
Nordamerika	509	+ 0,7
Südamerika	311,3	+ 2,0
Afrika	233,6	+ 6,6
Westeuropa	177	+ 7,0
Ferner Osten	154,2	+ 8,5
gesamt	2 704,4	+ 1,8

MÖBELINDUSTRIE

Deutscher Exportboom

dpa/VWD, Köln

Der deutsche Möbelhandel verzeichnete 1984 einen Umsatzrückgang von drei Prozent. Die Möbelindustrie konnte dagegen - gestützt auf einen Exportboom - einen realen Umsatzzuwachs von ein bis 1,2 Prozent verbuchen. Dies teilten Vertreter der beiden Branchen in Köln mit, wo am 15. Januar die Internationale Möbelmesse mit rund 1500 in- und ausländischen Ausstellern eröffnet wird. Nach Darstellung der Möbelindustrie stand allerdings dem für 1984 geschätzten Exportplus von 14,5 Prozent eine Steigerung der Importe von fast zehn Prozent gegenüber. Für 1985 rechnen Industrie und Handel mit weitgehend stabilen Preisen.

Besondere Exporterfolge erzielte die Industrie in der Schweiz, in Großbritannien, Österreich, den USA und auf dem asiatischen Markt, sagte Erich Naumann, Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Möbelindustrie. Den Auftragsbestand der exportorientierten Möbelhersteller bezeichnete Naumann als ausgezeichnet. In den USA – einem noch längst nicht ausgeschöpften Markt – hätten deutsche Produzenten eigene Vertriebsnetze aufbauen können.

Sorgen bereiten der Möbelindustrie Importe aus Billigländern. Die „DDR" habe 1984 ihre Möbelumsätze in der Bundesrepublik um neun Prozent, Rumänien sogar um 45 Prozent ausweiten können, berichtete Naumann. Gegen Rumänien habe der Verband der europäischen Möbelindustrie in Brüssel eine Anti-Dumping-Klage angestrengt.

Kein sozialer Fortschritt

Von J. SCHAUFUSS, Paris

Die französische Automobilindustrie steckt tief in den roten Zahlen. Bei den staatlichen Renault-Werken erwartet man für 1984 einen Verlust von mindestens neun Milliarden Franc und bei dem privaten Peugeot-Konzern von zwei Milliarden Franc. Im Vorjahr hatte Renault ein durch staatliche Kapitaldotationen reduziertes Defizit von 1,58 Milliarden Franc ausgewiesen, während Peugeot unter Anwendung normaler Geschäftsgrundsätze minus 2,7 Milliarden Franc vermeldete.

Die Lage bei Peugeot hat sich also relativ verbessert – dank größerer Entlassungen. Obwohl das Unternehmen deshalb mehrere Streiks in Kauf nehmen mußte, wirkten sich die Einsparungen an Personalkosten schließlich doch positiv aus. Dazu kam der internationale Erfolg des neuen Peugeot 205.

Andererseits wird das Geschäftsergebnis des Konzerns durch die Finanzkosten der enormen Schulden stark belastet. Allein die langfristigen Verbindlichkeiten erreichten rund 50 Milliarden Franc und damit mehr als die Hälfte des Jahresumsatzes. Dies sind hauptsächlich die Nachwirkungen der 1978 erfolgten Übernahme der europäischen Chrysler-Töchter. Noch vor sieben Jahren hatten sie in Frankreich 200 000 Wagen verkauft. Die Nachfolgemarke Talbot brachte es letztes Jahr gerade auf 40 000 Wagen. Das waren 60 Prozent weniger als 1983 und lächerliche zwei Prozent des Marktes.

Insgesamt aber konnte der Konzern dank Peugeot und Citroën seinen Anteil in dem um zwölf Prozent geschrumpften Inlandsmarkt auf 33 (32,2) Prozent leicht verbessern, während Renault auf 31 (35,1) Prozent zurückfiel. Entsprechend stieg der Marktanteil der ausländischen Marken auf 36 (32,7) Prozent, obwohl den Japanern nach wie vor ein Anteil von höchstens drei Prozent zugebilligt ist. Davon hat nicht zuletzt die deutsche Automobilindustrie profitiert.

Noch vor einigen Jahren war Renault das am meisten verkaufte Auto in Europa. Inzwischen steht der Staatskonzern an sechster Stelle und nimmt damit den letzten Platz unter den großen Herstellern ein. Dieser Abstieg ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß mit der Erneuerung der Modelle zu lange gewartet wurde. Ob mit dem neuen Mittelklassewagen R 25 und dem Kleinwagen Super-5 in diesem Jahr das verlorengegangene Terrain wieder zurückerobert werden kann, bleibt fraglich.

Während der relativ teure R 25 international gut angekommen ist, bei der Absatzzahl aber kaum ins Gewicht fällt, betragen die Bestellungen des R 5-Nachfolgers gerade 500 Einheiten pro Tag gegenüber 2000 Einheiten bei seinem Peugeot-Konkurrenten 205. Das mag daran liegen, daß die teuren Versionen in nur zwei Farben angeboten wurden. In dem durch die Sanierungspolitik geplagten Frankreich war diese Markteinführung ein Fehler.

Das Hauptproblem besteht für Renault allerdings darin, daß die Gewerkschaften mit dem unmittelbar nach dem Krieg verstaatlichten größten französischen Industriekonzern den vermeintlichen sozialen Fortschritt zu demonstrieren versuchen. Von der Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich bis zum bezahlten fünfwöchigen Urlaub verhielt Renault sich stets vorbildlich. Entlassungen blieben aus – im Unterschied zu Peugeot. Die Belegschaft wurde ausschließlich durch kostspielige vorzeitige Pensionierungen und Gastarbeiter-Rückführungen reduziert – 1984etwa um 10 000 Personen.

Aber das reicht noch nicht aus. Von den verbleibenden 100 000 Beschäftigten sind weitere 15 000 überflüssig. Das erkennt die Regierung inzwischen auch an. Nur weiß sie nicht, wie sie den Überschuß abbauen soll. Die Gewerkschaften lehnen sogar ab, Mitarbeiter auf neue Tätigkeiten in anderen Werken umzuschulen. Und was die zahlreichen unproduktiven Angestellten betrifft, so fühlen sie sich bei Renault wie Beamte auf Lebenszeit.

Um die gesamte französische Automobilindustrie aus der Krise herauszuführen, müßten von ihren insgesamt 230 000 Arbeitsplätzen (einschließlich Zulieferer) bis 1988 mindestens 70 000 beseitigt und 37 Milliarden Franc investiert werden, stellte ein im Regierungsauftrag verfertigter Expertenbericht fest. Die sozialen Kosten einer solchen Aktion sind dabei noch nicht berücksichtigt. Hiervon wird es abhängen, ob die Sanierung dieser Industrie ohne größere Streiks zu bewältigen ist.

AUF EIN WORT

„Wir lernen, daß technischer Fortschritt, Wirtschaftswachstum und Umweltschutz keine Gegensätze sein müssen. Technischer Fortschritt kann sehr wohl dem Umweltschutz dienen."

Bundespräsident Richard von Weizsäcker FOTO: JUPP DARCHINGER

Fünfjahresplan vorgelegt

dpa/VWD, Buenos Aires

Die argentinische Regierung hat gestern einen Fünfjahresplan vorgelegt. Kernpunkte sind eine angestrebte Steigerung des Exports um jährlich 13 Prozent bei Industrieprodukten beziehungsweise um fünf Prozent bei agrarischen Erzeugnissen und 17 Prozent bei Erdölprodukten. Die Auslandsschuld von 48,4 Milliarden Dollar (145 Mrd DM) Ende 1984 soll auf 39,7 Milliarden Dollar Ende 1989 abgebaut werden. Ingesamt plant die Regierung im Planungszeitraum ein jährliches Wirtschaftswachstum von vier Prozent. Nach den Worten des Planungs-Staatssekretärs Juan Sourrouille stellt der Plan die Leitlinien zur Überwindung der Wirtschaftskrise dar. Dabei lege die Regierung besonderen Wert auf den Privatsektor, der stärker wachsen soll als der staatliche.

AKTIENBÖRSE

Sprunghafte Kursgewinne für Banktitel – Neues Indexhoch

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit zum Teil sprunghaften Kurssteigerungen reagierte die deutsche Aktienbörse gestern auf eine leichte Erholung der amerikanischen Aktien- und Bondsmärkte und auf den Rückgang des Dollarkurses um rund vier Pfennig. Der Aktienindex der WELT zog bei mäßiger Geschäftsbelebung um knapp ein Prozent von 164,50 auf einen neuen absoluten Höchststand von 166,1 Punkten an. Das Geschäft wurde hauptsächlich von inländischen institutionellen Anlegern getragen, die jetzt saisonbedingt über reichlich liquide Mittel verfügen. Hier und da sollen auch teils massive Auslandskaufaufträge vorgelegen haben. Das Anlageinteresse konzentrierte sich auf Bank- und Autoaktien. So gewannen die auf 404 (plus 14) DM gestiegenen Deutsche Bank und die auf 176,50 (plus 6,30) DM gestiegenen Commerzbank jeweils 3,7 Prozent ihres Kurswertes. Bei den Autoaktien waren Mercedes mit einem Anstieg um drei Prozent auf 539 (plus 15,50) DM Spitzenreiter. Siemens zogen weiter auf 491 (plus 5) DM an. Vernachlässigt waren die während der letzten Tage favorisierten Chemieaktien mit Ausnahme von Kali + Salz (262,50 nach 254,80 DM).

Mit Erleichterung aufgenommen wurde der Rückgang des Dollarkurses, der bereits am Vorabend in New York aufgrund von Gewinnmitnahmen eingetreten war. Der amtliche Kurs wurde gestern mit 3,1385 (3,1767) DM notiert. Bei einem nicht weiter steigenden Dollarkurs, so meinte man auf dem Börsenparkett, werde vielleicht die Gefahr verringert, daß der Zentralbankrat in der nächsten Woche eine Leitzinserhöhung beschließt.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Industrie verlangt nach klaren Entscheidungen

D. SCHMIDT, Braunschweig

Für eine Verlängerung der Wahlperioden in der Bundesrepublik hat sich der Präsident der Industrie- und Handelskammer Braunschweig und stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Volkswagenwerk AG, Horst Münzner, ausgesprochen. Dadurch, so Münzner auf dem Neujahrsempfang der Kammer, könnte die „notwendige Unabhängigkeit politischer Entscheidungen, die in die Wirtschaft hineinreichen, besser als bisher sichergestellt" werden. Gerade im vergangenen Jahr habe sich der Eindruck verstärkt, daß wahltaktische Überlegungen häufig über den sachlichen Notwendigkeiten stehen.

Ein Beispiel dafür, wie Wirtschaftspolitik nicht gemacht werden sollte, sei „das Hickhack um die Ergänzungsabgabe". Der Verbesserung des Investitionsklimas habe diese Diskussion sicher nicht gedient. Im übrigen habe die Wirtschaft nicht vergessen, daß bei der Körperschaftssteuerreform im Jahre 1977 eine solche Abgabe in eine Dauerbelastung umfunktioniert wurde. Klare Entscheidungen, die der Wirtschaft kalkulierbare Weichenstellungen ermöglichen, vermißt Münzner auch in den Bereichen Katalysator-Autos und Entschwefelung des Kraftwerks Buschhaus.

Die Aussichten der Wirtschaft, auch 1985 auf expansivem Kurs zu bleiben, beurteilt Münzner als günstig. Lediglich das weitere Tempo des Aufschwungs sei fraglich. Die konjunkturelle Dynamik dürfte vor allem von den Ausrüstungsinvestitionen kommen. Die Verbesserung der Erträge, positive Absatzerwartungen besonders im Export, die höhere Auslastung der Kapazitäten und die wachsende Bereitschaft zur Modernisierung sprächen dafür.

WIRTSCHAFTS-JOURNAL

Schönes Rohstahl-Plus

Düsseldorf (J. G.) – Schwächer als bis in den Herbst hinein, aber immerhin mit stattlicher Plusrate von 10,2 Prozent auf 39,4 Mill. t hat die deutsche Stahlindustrie 1984 ihren Rohstahlausstoß gesteigert. Mit diesem Produktionsniveau, das am oberen Ende des „Korridors" künftiger deutscher Stahlproduktion und um ein Viertel unter dem des letzten Boomjahres (1974) liegt, rechnen die Produzenten auch für 1985. Stärker als der Rohstahlausstoß stieg 1984 wegen der hohen Schrottpreise die Roheisenerzeugung um 13,6 Prozent auf 30,2 Mill. t.

Umweltschutz-Aktivitäten

Hannover (dos) – Die Kali-Chemie AG, Hannover, will ihre Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf dem Gebiet des Umweltschutzes verstärken. Nach Angaben des Unternehmens ist die Gründung einer selbständigen Tochtergesellschaft in Hannover geplant, die gezielt auf dem Sektor Beseitigung von Schadstoffen aus Industrieabgasen tätig werden soll. Bei der Umsetzung der Forschungsergebnisse wolle man auch dritte Unternehmen beteiligen. Die niedersächsische Landesregierung, so heißt es, habe bereits die finanzielle Förderung des Projekts zugesagt.

RGW-Planungschefs tagen

Prag (dpa/VWD) – Die Planungschefs der Länder des östlichen Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) haben gestern die auf drei Tage angesetzte Beratungen zur Koordinierung der Wirtschaftspläne ihrer Länder begonnen. Ziel der Tagung ist neben der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne für die Jahre 1986–1990 die Erarbeitung von Richtlinien für die Integrationsvorhaben der RGW-Länder bis zum Ende des Jahrhunderts.

Mehr aus Drittländern

Brüssel (dpa/VWD) – Die Stahlimporte der Europäischen Gemeinschaft aus Drittländern, die mit der EG Sonderregelungen ausgehandlet haben, werden 1985 aufgrund der zu erwartenden besseren Marktlage höher als im vergangenen Jahr sein. Wie ein Sprecher der EG-Kommission mitteilte, werden die Einfuhren aus Polen, Bulgarien, Ungarn, der CSSR, Südafrika, Südkorea, Brasilien, Japan, Australien, Österreich, Schweden und Finnland im laufenden Jahr nur um zehn anstatt bisher 12,5 Prozent zum Referenzjahr 1980 limitiert. Mit Spanien, Rumänien und Norwegen sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen.

Neuer Konditionenverein

Frankfurt (dpa/VWD) – Acht Unternehmen aus der Bundesrepublik, die sich mit der Automatisierung aller technischen Anlagen eines Gebäudes befassen, wollen 1985 einen Konditionenverein gründen. Ihm sollen die Firmen AEG-Telefunken Anlagentechnik AG (Frankfurt), Honeywell GmbH (Offenbach), JCI Regelungstechnik GmbH (Essen), Landis und Gyr GmbH (Frankfurt), Samson AG (Frankfurt), Sauter-Cumulus GmbH (Freiburg), Siemens AG (Berlin/München) und Staefa Control System GmbH (Leinfelden/Echterdingen) angehören. Ziel des Vereins ist es, die Geschäfts-, Liefer- und Zahlungsbedingungen für „Gebäudeautomation und Regelungssysteme" zu vereinheitlichen.

Nachahmungen schaden

Kiel (dpa/VWD) – Durch Nachahmungen von Markenartikeln entsteht nach Schätzungen von Experten ein jährlicher Umsatzverlust von zwei bis fünf Prozent, erklärte Michael Swoboda vom deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) anläßlich der Eröffnung einer Ausstellung über „Markenpiraterie" in der Kieler Industrie und Handelskammer, die bis zum 18. Januar läuft. Kiel ist die erste Station der Ausstellung, die in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer erarbeitet wurde.

PHILIPS

Kartellamt prüft Höhe der Beteiligung an Loewe Opta

dpa/VWD, Berlin

Die bisher nur unvollständigen Angaben des niederländischen Philips-Konzerns über den vorübergehenden Besitz einer Mehrheitsbeteiligung an der Loewe Opta GmbH, Kronach, finden auch das Interesse des Bundeskartellamts in Berlin. Wenn diese Beteiligung vor 1973 erworben wurde, ergeben sich für Philips keine Folgerungen, da es damals noch keine Fusionskontrolle gab. Allerdings hätten die Unternehmen die Beteiligung beim Kartellamt anzeigen müssen, diese Unterlassung ist aber inzwischen verjährt.

Philips hat sich allerdings bisher darüber ausgeschwiegen, wann die Mehrheitsbeteiligung abgegeben wurde, so daß nur noch eine Beteiligung von 15 Prozent bestehen blieb, die dann im Fusionskontrollverfahren Philips/Grundig 1983 eine Rolle spielte. Die Fusion Grundig/Philips war im März 1983 unter anderem unter der Bedingung genehmigt worden, daß sich Philips bis Ende 1985 von seiner Beteiligung an Loewe Opta trennt. Philips hatte dem Bundeskartellamt gegenüber versichert, daß sich die Beteiligung an dem Kronacher Unternehmen auf die 15-prozentige direkte Beteiligung beschränkt und keine sonstigen indirekten Beteiligungen bestehen.

Das Bundeskartellamt wird jetzt prüfen, ob bei früheren Fusionskontrollverfahren, an denen Philips beteiligt war, noch eine höhere Beteiligung an Loewe Opta bestand und damit ein Verstoß gegen die Pflicht zur vollständigen Fusionsanzeige vorlag.

Dann würde Philips – falls noch keine Verjährung eingetreten ist – ein Bußgeld drohen.

MEDIZINISCHE VERSORGUNG / Pessimistische Prognose für Approbierte

Kommt die Renaissance des Hausarztes?

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesrepublik zählt zu den Ländern mit der höchsten Ärztedichte. Mittlerweile kommt allein in der ambulanten Versorgung auf 1000 Patienten ein Arzt. 64 000 Mediziner sind bereits in freier Praxis tätig, und es werden jährlich mehr.

Nach Darstellung des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung werden in den kommenden zehn Jahren etwa 112 000 Ärzte neu approbiert werden. Davon werden gut 50 000 Ärzte keine Weiterbildungsstellen in den Krankenhäusern finden, wenn die dortigen Planstellen nicht vermehrt werden. Das aber ist angesichts der Haltung der Krankenkassen, gerade im Krankenhaus Kosten zu sparen, nicht zu erwarten.

52 000 Ärzte werden sich in eigener Praxis neu niederlassen, also fast so viele wie heute schon praktizieren. Von diesen neuen Kassenärzten werden aber mindestens 30 000 nur eine minimale Weiterbildung haben. Dagegen werden nur rund 19 000 Kassenärzte etwa aus Altersgründen ausscheiden. Unter diesen Prämissen rechnet das Zentralinstitut damit, daß in den kommenden zehn Jahren rund 40 000 approbierte Ärzte arbeitslos werden, zumindest nicht in ihrem erlernten Beruf tätig werden können.

Mit dieser Entwicklung einher geht eine Verminderung der Ärzteeinkommen. Nach Auffassung des Zentralinstituts werden bis 1990 in den Kassenpraxen nur noch etwa 90 Prozent der heutigen Umsätze zu erreichen sein. Auch der jährliche Honorarzuwachs werde die Inflationsrate kaum überholen können, nicht zuletzt aufgrund der restriktiven Haltung der Krankenkassen bei den Honorarverhandlungen. Da die Praxiskosten in dieser Zeit aber von jetzt durchschnittlich 50 Prozent auf 80 Prozent steigen, sei für die Ärzte eine Halbierung ihres Einkommens zu erwarten. Daraus wiederum folge eine abnehmende Neigung der Mediziner in den Krankenhäusern, sich als Kassenärzte niederzulassen. Damit würden Planstellen blockiert und es gebe immer weniger Weiterbildungsstellen.

In den nächsten fünf Jahren erwartet das Zentralinstitut unter dem hohen Wettbewerbsdruck noch eine rege Investitionsneigung der jungen Kassenärzte, die ihre Praxen möglichst umfassend apparativ ausstatten wollten. Da die Praxiseinrichtungen in der Regel aber nur über hohe Kredite finanziert werden, sei mit einer sehr verhaltenen Kreditgewährung der Banken spätestens nach den ersten Zusammenbrüchen apparativ hochgerüsteter Praxen zu rechnen.

In dieser Entwicklung sieht das Institut auch einen Vorteil: Es könnte zu einer Neuorientierung der Medizin kommen, zu einer Renaissance des Hausarztes und mehr menschlicher Zuwendung.

NORWEGEN / Auslandsbanken drängen in den Markt

Gegen Kapitalverflechtung

VWD, Stockholm

Die norwegische Regierung blokkiert die geplante Kapitalverflechtung zwischen der norwegischen Bergen Bank (BB), der schwedischen Skandinaviska Enskilda Banken (SE) und der finnischen Union Bank. Sie hat den Antrag der Bergen Bank, im Rahmen einer 130-Mill.-Norwegische-Kronen-Bezugsrechtsemission 10,5 Prozent ihres Aktienkapitals an die SE Banken und die Union Bank zu veräußern abgelehnt. Nach norwegischem Recht ist die Beteiligung von Ausländern auf zehn Prozent der *stimmberechtigten Aktien einer* Bank begrenzt. Bereits fünf Prozent der BB-Anteile sind in Händen von Ausländern. Trotzdem wollen die Banken ihren Plan einer skandinavischen Bankenkooperation und -verflechtung weiterverfolgen.

Wie ein Sprecher der Bergen Bank dazu mitteilte, sei die Entscheidung des Finanzministeriums dadurch beeinflußt worden, daß derzeit acht Auslandsbanken versuchen, in den norwegischen Markt einzusteigen, und daß diese Entwicklung der Regierung zu schnell gehe. Deshalb handelt es sich nach Meinung der Bank nur um eine zeitliche Verzögerung. Die Anträge der acht Auslandsbanken werden am Freitag bei einem Treffen zwischen dem Kabinett und dem norwegischen König Olaf voraussichtlich genehmigt, hieß es in Bankenkreisen. Die Kapitalverflechtung, bei der BB wiederum eine 1,2prozentige Beteiligung an SE Banken und Union Bank einen Anteil von 3,4 Prozent am Aktienkapital der SE Banken erwerben soll, wird ferner durch die Bankenbestimmungen in Schweden behindert, die Auslandsbeteiligungen verbieten.

Die drei Banken betonen jedoch, sie hätten die vorläufige Zustimmung der Regierungsstellen und Bankenaufsicht in den Ländern bereits erhalten. Der schwedische Finanzminister hatte diesen Optimismus mit seiner Ankündigung gedämpft, daß mit einer Liberalisierung des Beteiligungsrechts nicht vor 1986 oder 1987 gerechnet werden kann. Der Sprecher der Bergen Bank bekräftigte, mit einem gemeinsamen Angebot verschiedener Leistungen solle im März begonnen werde.

CHILE / Wirtschaftsexperten bezweifeln Pinochets Optimismus für dieses Jahr

Arbeitslosigkeit bereitet Probleme

WERNER THOMAS, Santiago

Chiles Staatspräsident Augusto Pinochet blickte in seiner Neujahrsbotschaft „mit Zuversicht" in die Zukunft. Er erwartet „bessere wirtschaftliche und soziale Perspektiven", vor allem „mehr Arbeit".

Der General sieht die Situation optimistischer als viele seiner Landsleute. Die meisten Beobachter der Wirtschaftsszene befürchten ein schwieriges Jahr im Vergleich zu 1984, wo die Regierung gut über die Runden kam. Pinochet hatte es nicht zuletzt dem Aufschwung in den letzten zwölf Monaten zu verdanken, daß er eine weitere Protestwelle parieren konnte.

Die Wirtschaft wuchs um vier Prozent, eine der höchsten Wachstumsraten der Region. 1983 ist das Bruttosozialprodukt noch um 0,3 Prozent geschrumpft, 1982 gar um 14,3 Prozent. Die Inflationsrate erreichte nur 23 Prozent, eine äußerst niedrige Ziffer nach lateinamerikanischen Maßstäben, obgleich sie durch die Peso-Abwertung Ende September (23,7 Prozent) angeheizt worden war.

Die Arbeitslosigkeit, das „größte Problem", wie Pinochet konzediert, erfaßt 15 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Weitere 15 bis 20 Prozent verdienen ihren Lebensunterhalt mit dem Straßenhandel oder durch das Beschäftigungsprogramm der Regierung. Vor einem Jahr gab es noch 23 Prozent Arbeitslose. Jedoch: Das Ziel, die Zahl auf zwölf Prozent zu reduzieren, wurde nicht geschafft.

Wirtschaftsminister Modesto Collados, seit April im Kabinett, erntet Expertenlob. Er gilt als flexibler, pragmatischer Mann, der einen gemäßigten Kurs zwischen den Extremen monetaristischer und populistischer Experimente steuert. Mit seiner Amtsübernahme endete endgültig die Ära der „Chicago Boys".

„Das neue Jahr wird Collados mehr Kopfzerbrechen bereiten", prophezeit ein diplomatischer Beobachter. Das Land braucht etwa 1,7 Milliarden Dollar Auslandsgelder, um die Wirtschaft weiter anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Der Collados-Stab setzt auf private Quellen und öffentliche Kreditinstitute wie die Weltbank und die Interamerikanische Entwicklungsbank. Obgleich die politischen Unruhen bisher keine Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit Chiles hatten, bezweifeln Skeptiker, daß die Regierung soviel Geld locker machen kann. Ein zusätzliches Problem: In diesem Jahr werden allein zwei Milliarden Dollar Zinsen für die Auslandsschulden (17,5 Mrd. Dollar) fällig. Umschuldungsabkommen sollen diese Lasten erleichtern.

Unglücklicherweise sind die Kupferpreise in den letzten Monaten auf einen neuen Tiefpunkt gesunken, 57 US-Cent pro (amerikanisches) Pfund. 1973 hatten die Preise für dieses wichtigste Exportprodukt – 40 Prozent der Devisenerlöse – mehr als 70 Cent betragen. Jeder Preisrückgang um einen Cent bedeutet einen Devisenverlust von jährlich 25 Millionen Dollar.

Die Wachstumsprognosen in diesem Jahr bewegen sich zwischen ein und drei Prozent. Mit einer solchen Leistungsbilanz kann sich die düstere Arbeitsmarktlage nicht wesentlich verbessern, die der Opposition immer neuen Zulauf verschafft, besonders aus den unteren Bevölkerungsschichten. In dem Slumgürtel um Santiago rekrutieren die Pinochet-Gegner die meisten Demonstranten. (SAD)

GROSSBRITANNIEN / Einbruch bei British Leyland

Höherer Neuwagen-Import

WILHELM FURLER, London

Dem britischen Automarkt brachte das vergangene Jahr zwei besonders bemerkenswerte Ergebnisse: Der Absatz von Neuwagen entwickelte sich insgesamt weit besser, als befürchtet worden war. Und der einzige rein britische Massenproduzent von Automobilen, der Staatskonzern British Leyland, mußte seine hochgesteckten Erwartungen kräftig zurückschrauben und erlebte geradezu einen Einbruch. Die Statistiken des Automobilverbandes SMMT weisen bei den Neuzulassungen 1984 den bislang zweithöchsten Stand aus: Mit knapp 1,75 Millionen Fahrzeugen wurde der Rekord vom Jahr zuvor nur um 2,35 Prozent verfehlt.

Einmal mehr erwiesen sich Personenwagen ausländischer Herkunft als besonders gefragt. Insgesamt erhöhte sich der Anteil importierter Fahrzeuge von 56,9 auf 57,2 Prozent, womit er nur um ein halbes Prozent unter dem bisherigen Rekordsatz von 1982 lag. Mit knapp 97 000 verkauften Neuwagen lag die Volkswagen-Audi-Gruppe hinter dem japanischen Hersteller Nissan (106 000) auf Platz zwei. Im Jahr zuvor konnte Volkswagen-Audi noch etwas mehr als 100 000 Neuwagen absetzen.

Doch diese Zahlen verblassen im Vergleich zu den Import-Statistiken, welche von den Multis Ford und General Motors vorgelegt wurden. So hat Ford UK im vergangenen Jahr mehr als 208 000 Neuwagen aus Schwester-Werken auf dem Kontinent importiert, immerhin fast 43 Prozent der gesamten Ford-Neuzulassungen in Großbritannien.

Bei Vauxhall, der General Motors-Tochter, stieg der Anteil importierter GM-Modelle, also in erster Linie Opel, gegenüber 1983 von 262 000 oder 14,6 Prozent der britischen GM-Vauxhall-Verkäufe auf 283 000 (16,2 Prozent). Enttäuschend schwach schnitt British Leyland mit einem Anteil am britischen Neuwagenmarkt von nur 17,8 Prozent ab (Ford 27,8 Prozent, GM-Vauxhall 16,2 Prozent). Das BL-Ergebnis liegt trotz aller Verkaufs-Anstrengungen nur unwesentlich über dem bislang schlechtesten der Unternehmensgeschichte von 1982.

POLEN / Neue Bestimmungen für Auslandsaufenthalte

Anforderungen verschärft

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn

Neue Bestimmungen für die Vergabe von Gastarbeiter-Lizenzen sind mit Jahresbeginn in Polen eingetreten. Danach sollen nur jene Polen Erlaubnis halten, im Ausland tätig zu sein, „die aus dem Ausland neue Fertigkeiten mitbringen" und im Lande ansonsten nicht gebraucht werden. Es gehe nämlich zum Beispiel nicht an, daß man in Polen händeringend Bauleute sucht, während die im Westen jobben, meint der „Kurier Szczecinski" (Stettiner Kurier).

Die neue Verfügung (Nummer 22) des polnischen Arbeitministeriums sieht vor, daß die Genehmigungen jetzt nicht mehr die Auslandsfirmen oder staatlichen Vermittlerbüros erteilen, sondern einer Kommission des Außenhandelsministeriums.

Auch müssen die Kraftarbeiter jetzt 35 Prozent, also 18 Prozent mehr als bislang, ihres Auslandeinkommens an den Staat abführen. Die Auslandstätigkeit wird auf die Rente und andere soziale Konditionen nur dann angerechnet, wenn der Betreffende innerhalb von 30 Tagen nach Erlöschen des Vertrages in der Heimat wieder eine Tätigkeit aufnimmt. Damit all jenen einen Riegel vorgeschoben, die im Gastlande auf eigene Faust zurückblieben und verdienten.

Nach Angaben von „Kurier Szczecinski" sind rund 90 000 Polen im Ausland tätig: Vornehmlich Bauleute, Schweizer, Steinmetze, Kunstkonservatoren, Musiker, Ärzte und Wissenschaftler. Darunter „öfters zu viele Globetrotter". Die Zeitung hebt ferner hervor, daß die neuen Maßnahmen auch verhindern sollen, daß Lizenzen via gute Beziehungen Schmiergeld vergeben werden.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es rund 10 000 polnische Gastarbeiter. Davon kommen die meisten aus der Baubranche, gefolgt von Kunstkonservatoren und Steinmetzen. Von den 8000 Orchestermusiker Polens im Westen jobbt auch der größte Teil in der Bundesrepublik – nicht selten zu Dumpinglöhnen.

BRITISCHE ERNÄHRUNGSINDUSTRIE / Strukturwandel und Trend zum Exotischen

Die Grenzen des Wachstums erreicht

HEINZ HILDEBRANDT, London

Stagnation und sogar Umsatzrückgang in bisher traditionell starken Sortimentsbereichen, der eine wachsende Nachfrage nach neuen Produkten gegenübersteht, stellt die britische Ernährungsindustrie vor Probleme, die denen in der Bundesrepublik in vielen Aspekten gleichen. So ging allein in den letzten fünf Jahren der Umsatz von Zucker um 17 Prozent zurück, der von Butter sogar um 28 Prozent. Auf der anderen Seite stieg die Nachfrage nach Frühstücks-Cerealien um elf Prozent, nach dunklem Brot um 53 Prozent und nach Fruchtsäften um 190 Prozent.

Das zunehmende Gesundheitsbewußtsein spielt hier eine Rolle. Gleichzeitig ist jedoch auch der Trend zu fremdländischen und sogar zu exotischen Angeboten nicht zu übersehen, eine für die bisher eher konservativen britischen Ernährungsgewohnheiten eher überraschende Entwicklung. Der Erfolg deutscher Wurst und deutscher Weine unterstreicht dies, und das gleiche gilt für Pizzen, für Gewürze und sogar für Kaffee, dessen Verbrauch im Teetrinkerland England seit 1978 um 20 Prozent zunahm.

Die britische Ernährungsindustrie, die mehr als die Hälfte aller landwirtschaftlichen Produkte des Landes verarbeitet, hat durch diesen Nachfragewandel und die ansteigenden Importe in ihrem Gefolge Opfer bringen müssen. Ihre Beschäftigtenzahl ging innerhalb der letzten fünf Jahre um 13,5 Prozent und somit um 60 000 zurück, sie beläuft sich derzeit noch auf rund 470 000. Rationalisierungen spielten dabei auch eine Rolle.

Trotzdem bleibt dieser Industriezweig noch der vom Umsatz her viertstärkste des Landes. Er hat im letzten Jahrzehnt seinen Gesamtumsatz aber real nur noch um magere 2,6 Prozent erhöhen können. Während im gleichen Zeitraum die Verbraucherausgaben insgesamt um 16,6 Prozent stiegen. Barrie Williams, stellvertretender Generaldirektor der Food Manufactorers' Federation, kommentiert: „Wir Briten geben eben mehr für Wein, Weib und Gesang aus."

Große Sorgen zusätzlicher Art bereitet der Industrie die Konzentration im Handel. Bereits im Frühjahr 1984 erzielten die acht führenden Handelsketten des Landes einen Marktanteil von 62,4 Prozent und das mit steigender Tendenz. Das bedeutet Konzentration der Einkaufskraft auf wenige Nachfrager, die damit in der Lage sind, den Anbietern die Konditionen zu diktieren. Die Food Manufactorers' Federation, der britische Verband der Ernährungsindustrien ist daher der Meinung, daß die Zukunftsaussichten für viele ihrer Unternehmen nicht gerade rosig sind, wenn nicht entscheidende Veränderungen in der Handelslandschaft erfolgen. Ebenso müßten jedoch auch die Exportbemühungen verstärkt werden, denn mit einem Gesamtwert von 1,88 Mrd. Pfund trug die Branche 1983 nur ganze 3,1 Prozent zu den Exporten des Landes bei.

ISRAEL / Freihandelszone in Eilat vorgesehen

Etat bislang kaum gekürzt

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Eine Freihandelszone in Eilat, Israels südlichster Hafenstadt am Roten Meer, wird derzeit von der israelischen Regierung geplant. Eilat, wo fast das ganze Jahr die Sonne scheint, entwickelt sich immer mehr zu einer Attraktion für europäische Touristen, die dem Winter entfliehen wollen.

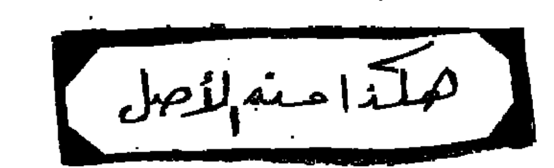
Finanzminister Itzhak Moday sagte gestern, er möchte aus Eilat eine Art Miniatur-Hongkong machen. Alles würde dann in Eilat zollfrei zu haben sein und einen zusätzlichen Anziehungspunkt für Touristen bilden. Allerding müßten dann israelische Bürger, die aus Eilat nach dem Norden zurückfahren, Zoll für die Waren zahlen, die sie in Eilat gekauft haben.

Das Sozialpaket, das Anfang November in Kraft trat und alle Preise wie auch Löhne „einfror", habe die Inflation auf drei bis sieben Prozent im Monat gesenkt. Das ist ein großer Erfolg, wenn man ihn mit der früheren Rate von 20 bis 25 Prozent im Monat vergleicht. Das Sozialpaket läuft am 6. Februar ab, und Moday ist zuversichtlich, daß ein zweites abgeschlossen wird. Doch vorher müßten noch einige Preiserhöhungen vorgenommen werden, beispielsweise für Benzin und Fleisch. Brot und öffentliche Transportmittel bleiben jedoch weiterhin subventioniert.

Beim zweiten Sozialpaket soll ein Anfang mit der Reduzierung des Außenhandelsdefizits von rund zwei Milliarden Dollar gemacht werden. Moday gab zu, daß die lang diskutierten Haushaltskürzungen statt der vorgesehenen 1,4 Milliarden bisher nur 50 Millionen Dollar ausmachen.

Ursache sei der Widerstand der Histadrut, des allgemeinen Gewerkschaftsverbandes. Da dadurch die Arbeitslosigkeit nur verschlimmert wird, kann die Histadrut den Widerstand nicht lange aufrechterhalten.

Der Finanzminister verneinte, daß Israel die USA um Aufschub für die Rückzahlung fälliger Anleihen gebeten habe; laut Vereinbarung wäre das bis zu 60 Tagen gestattet. (SAD)



PANASONIC / Trotz Selbstbeschränkung

Kräftiges Wachstum

J. BRECH, Hamburg

Die Panasonic Deutschland GmbH, Hamburg, deutsche Vertriebsgesellschaft des japanischen Elektronik-Konzerns Matsushita Electric Industries, hat im Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) Umsatz und Ertrag deutlich gesteigert. Auf einem, wie Hauptgeschäftsführer Seinosuke Kuraku erklärt, durchweg schwierigen Markt weitete das Unternehmen den Umsatz um 20 Prozent auf 783 Mill. DM aus und verbesserte den Reingewinn um 26 Prozent auf 18 Mill. DM. Bei einer Eigenkapitalquote von jetzt mehr als 20 Prozent sei Panasonic „für unvermeidliche Veränderungen in der Zukunft" gerüstet.

Den Erfolg im Geschäftsjahr 1983/84 begründet Kuraku vor allem mit einer verbesserten Unternehmensstruktur, der Dezentralisierungsmaßnahmen und die Aufteilung in die vier Bereiche braune Ware, Elektro, Industrieerzeugnisse und Büro-Elektronik vorausgegangen sind.

Die einzelnen Sparten haben zum Gesamtergebnis 1983/84 unterschiedlich beigetragen. Der Bereich Video und Fernsehen mit einem Umsatzanteil von 37 (42) Prozent erreichte wegen des Selbstbeschränkungsabkommens der Japaner mit der EG lediglich ein Plus von 4 Prozent (288 Mill. DM). Panasonic habe sich auf hochwertige Geräte konzentriert und unter Vermeidung des Preiskampfes den Umsatz real ausgeweitet, erklärt Kuraku. Der Verlust von Marktanteilen (6 nach 7 Prozent) sei bewußt in Kauf genommen worden.

Neue Impulse für das Videogeschäft erwartet Kuraku aus der Einführung eines neu entwickelten Kamerarekorders, der im Juni dieses Jahres auf den deutschen Markt kommt und gleichzeitig von Philips, Grundig und Blaupunkt angeboten wird (Philips war auch bei der Entwicklung beteiligt). Der Preis dürfte bei stattlichen 4000 DM liegen.

Ein Plus von 18 Prozent auf 183 Mill. DM brachte die Sparte Audio und HiFi, die 23 (24) Prozent zum Gesamtumsatz beisteuert. Die Panasonic-Marke „Technics" habe sich auf dem generell stagnierenden Markt überdurchschnittlich behauptet, erklärt Kuraku. Im Elektrobereich (6 nach 7 Prozent Umsatzanteil) steigerte Panasonic vor allem durch starke Nachfrage nach Mikrowellengeräten den Umsatz um 17 Prozent auf 49 Mill. DM.

Die mit jeweils 48 Prozent höchsten Zuwachsraten erzielten die Bereiche Industrie-Erzeugnisse und sonstige Produkte. Der Umsatzanteil der Industrieprodukte stieg von 17 auf 21 Prozent.

Zum neuen Geschäftsjahr macht Kuraku noch keine Angaben. Für Panasonic werde es ein Jahr der Konsolidierung sein. Ziel sei es, eine Rentabilitätsschwelle von 75 Prozent zu erreichen. Kuraku meint damit, bei bereits 75 Prozent des zu erzielenden Gesamtumsatzes break-even zu arbeiten.

NIKON / Hongkong soll nach der Gründung einer eigenen Vertriebsgesellschaft „Brückenkopf" werden

Objektive auf chinesischen Markt gerichtet

WERNER NEITZEL, Peking

Der Riese räkelt sich, und die Nachbarn beobachten dies natürlich besonders interessiert. Mit einer Milliarde Menschen verspricht die sich dem Westen öffnende Volksrepublik China ein Marktpotential, das gerade die benachbarten Japaner und ihre in der Chancenausnutzung hellwachen Konzerne zur Markterschließung aufs Höchste animiert. So ist beispielsweise einer der führenden japanischen Foto- und Optik-Konzerne, nämlich Nippon Kogaku K. K., Tokio, besser bekannt unter dem Namen Nikon, mit Nachdruck dabei, auf den chinesischen Markt vorzudringen. Dabei gehen die innovationsfreudigen und marketingversierten Japaner in einer geschickt angelegten Doppelstrategie vor.

Um Nikon im „Reich der Mitte" bekannt zu machen, veranstaltet das Unternehmen in mehreren chinesischen Städten großdimensionierte Ausstellungen, auf denen einem breiten Publikum alle Unternehmensbereiche – optische Instrumente, Meßtechnik, Halbleiter, Ophtalmologie (Augenheilkunde) und Foto – gezeigt werden. Eine erste in diesen Tagen durchgeführte Hausmesse in Peking schloß nach fünftägiger Dauer mit einer Gesamtbesucherzahl von etwa 10 000 Personen. Weitere Ausstellungen sind für das Frühjahr in Guangzhou und für den kommenden Herbst in Shanghai vorgesehen. Die drei Messen läßt Nikon sich alles in allem 250 bis 300 Mill. Yen (das sind etwa 3,2 bis 3,8 Mill. DM) kosten.

Ein zeitgleich zur Pekinger Ausstellung erfolgter Parallelschritt war die Gründung einer eigenen Vertriebstochter in Hongkong. Von diesem „Brückenkopf" (Hongkong) aus, der bekanntlich in 1997 an die Volksrepublik China übergeht, wird Nikon den chinesischen Markt noch effektiver bedienen. Bisher war Nikon in Hongkong durch einen örtlichen Importeur vertreten worden.

Behutsamer Einstieg

Die stark wachsende Bedeutung des China-Geschäfts für Nikon belegte Seiya Miyazaki, Executive Vice President der Nippon Kogaku K. K., in Peking vor deutschen Journalisten anhand einiger Zahlen: In 1982 beliefen sich die Nikon-Exporte nach China – jeweils in den ersten Halbjahren – auf 130 Mill. Yen, 1983 waren es bereits 500 Mill. Yen und 1984 etwa 700 Mill. Yen. Verkauft wurden Kameras und Mikroskope für den medizinischen Gebrauch.

Bei Nikon hat man sich darauf eingestellt, daß der Einstieg auf jenem Markt nicht in schnellen Schritten vollzogen werden kann. Nicht zuletzt, stellen relativ hohe Einfuhrzölle eine Bremse für das Kaufinteresse der Chinesen dar. Zum Beispiel kostet die Nikon-Spiegelreflexkamera F 3 in einem chinesischen „Freundschaftsladen" 5720 Yuan (umgerechnet etwa 7000 DM), wobei zu berücksichtigen ist, daß die Löhne bei monatlich 100 bis 150 DM liegen. So liegt es denn auch nahe, daß das Geschäft in jenen Sparten, in denen staatliche Institutionen (Universitäten, Krankenhäuser usw.) die Abnehmer sind, also bei Mikroskopen und Vermessungsgeräten, zügiger vorankommt.

Gleichwohl rechnet sich Nikon aber auf Sicht im Kamera-Bereich mit seinen auf hohem technischen Niveau stehenden Produkten steigende Chancen aus. Man fühlt sich in andere „Foto-Zeiten" zurückversetzt, wenn man bei den touristischen Sehenswürdigkeiten auf fotografierende Chinesen trifft, die sich in ihrer Mehrzahl klobiger zweiäugiger Spiegelreflexkameras bedienen. Die landeseigene Kamera-Produktion in China erreichte in 1983 rund 944 000 Stück, davon waren 50 Prozent zweiäugige Spiegelreflexkameras, 40 Prozent Sucher- und 10 Prozent einäugige Spiegelreflexkameras.

In bezug auf joint ventures in der Produktion auf chinesischem Boden verhält man sich bei Nikon reserviert. Vorrang habe zunächst die Einrichtung von Service-Zentren. Es wird darauf verwiesen, daß in China in puncto Ausbildung noch viel getan werden müsse, was gerade bei hochtechnischer Produktion ein wichtiges Kriterium sei. Insofern hält Nikon-Vice-President Miyazaki auch die Besorgnis mancher westlicher Manager für nicht gerechtfertigt, die in der Kombination von japanischer Entwicklungs- und Forschungsaktivität mit chinesischer Produktion ein sie beängstigendes Potential heranwachsen sehen. Bei der Entwicklung der gegenseitigen Handelsbeziehungen gelte es, die Ausgewogenheit der Außenhandelsbilanz im Auge zu behalten. „Wir erwarten keinen kurzfristigen Durchbruch, sondern richten uns auf lange Zeiträume ein", merkt Miyazaki an.

Hinsichtlich der Geschäftsentwicklung des Nikon-Konzerns im laufenden Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) äußert sich Miyazaki sehr befriedigt. In den ersten sechs Monaten vergrößerte sich der Umsatz um 23 Prozent auf 85,6 Milliarden Yen. Dabei „explodierte" der Reingewinn regelrecht um 138 Prozent auf 4,6 Milliarden Yen. Mit ähnlichen Steigerungsraten sei auch für das Gesamtjahr zu rechnen.

Schub bei den Halbleitern

Wesentliche Faktoren bei dieser Wachstumsbeschleunigung sind nach Miyazakis Angaben die Absatzerfolge in USA sowie die starke Schubkraft in der Halbleiter-Sparte von Nikon. Dieser Unternehmensbereich, in dem Nikon mit der Herstellung neuartiger Produktions- und Prüfanlagen dem Trend zu immer kleineren und leistungsfähigeren Chips Rechnung trägt, kam per Ende September 1984 mit 35,5 Milliarden Yen auf ein Umsatzwachstum von 53 Prozent. Die Fotosparte, deren Umsatz um 8,1 Prozent auf 41,6 Milliarden Yen zunahm, repräsentiert nur mehr noch 49 Prozent des Konzernumsatzes. Vor zwei Jahren noch waren es zwei Drittel. In der Sparte der Produkte für die Augenmedizin erhöhte sich der Umsatz um 7,5 Prozent auf 8,6 Milliarden Yen.

HELABA

Sippel scheidet am Jahresende aus

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Heinz Sippel, der Vorstandsvorsitzende der Hessischen Landesbank (Helaba), Frankfurt, will von seinem vertraglichen Recht Gebrauch machen, seine Tätigkeit in der Bank mit Vollendung des 63. Lebensjahres zum Ende dieses Jahres zu beenden, obwohl sein Vertrag erst kürzlich bis Ende 1987 verlängert worden war. Mit dieser Mitteilung hat Sippel jetzt die Eigner, je zur Hälfte das Land Hessen und der Sparkassenverband, überrascht, nachdem er es geschafft hatte, was er sich vor zehn Jahren vorgenommen hatte: Aus dem Verlustladen wieder eine normale gute Bank zu machen, wie er es selbst formulierte. Für diese schwierige Aufgabe hatte der aus dem Vorstand der WestLB kommende, erfahrene Kreditfachmann drei Jahre des Schuttwegräumens und fünf Jahre des Aufbaus anvisiert, ein Zeitplan, der eingehalten wurde, wie die Wiederaufnahme der Dividendenzahlung für das Geschäftsjahr 1983 auch nach außen hin dokumentiert.

Die Gewährträger haben nun ausreichend Zeit, für die Regelung der Nachfolge, die sie, wie Sippel sagte, mit ihm nicht erörtert haben. Die Frage ist also noch völlig offen. Fest steht jedoch, daß das Geschäftsführende Vorstandsmitglied des Hessischen Sparkassenverbandes Adolf Schmitt-Weigand, sich für dieses Amt nicht zur Verfügung stellen würde.

Für das Geschäftsjahr 1984 wird die Helaba, deren Bilanzsumme um etwa 3,5 Prozent auf rund 65 Mrd. DM gestiegen ist, trotz hoher Wertberichtigungen auf das DAL-Engagement, die ohne Rückgriff auf Reserven verkraftet werden könne, die Dividende von 5 Prozent auf 505 Mill. DM Kapital halten. Die Wertberichtigungen für Länderrisiken werden nach Sippels Angaben wahrscheinlich geringer ausfallen als im Vorjahr. Das sehr gute 1983er Teilbetriebsergebnis (328 Mill. DM) wurde, wie Sippel sagte, nicht ganz erreicht, der Eigenhandelsgewinn ist nicht weit vom vorjährigen (52 Mill. DM) entfernt. Die außerordentlichen Erträge sind um einiges höher ausgefallen als 1983.

VERSEIDAG / Auch mit Investitionen wieder aufwärts

Dividenden-Pause ist vorbei

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die langen Hungerjahre sind vorbei. Die Vereinigte Seidenwebereien AG (Verseidag), Krefeld, Holding einer immer noch großen Gruppe in der deutschen Textilindustrie, kündigt den seit gut einem Jahrzehnt dividendenlosen Eigentümern von 20 Mill. DM Aktienkapital im ersten Rückblick auf 1984 an, daß man wengistens eine „Anlaufdividende" zahlen werde (Hauptversammlung am 16. August). Dazu sei die Holding nach Nutzung ihres körperschaftsteuerlichen Verlustvortrages von rund 7 Mill. DM und trotz der steuerlichen Dividendenbremse des negativen „EK 56" in der Lage.

Die Wende zur Dividendenreife kam 1984 aus Umsatzsteigerungen im Inlandskonzern auf 250 (224) Mill. DM mit 36 (32) Prozent Exportanteil und in der Gruppe auf 285 (254) Mill. DM mit 44 (40) Prozent Auslandsanteil. Nach mehreren Etappen der Roßkur des Abschneidens zu groß geratener und unrentabler Kapazitäten erreichten die Verseidag-Inlandstöchter (Futterstoffe, Heimtextilien, Industrietextilien und Krawattenstoffe) auch 1984 wieder eine noch über das Umsatzwachstum hinausragende Ertragsbesserung. So werde 1984 beim auf 6,1 Mill. DM verdoppelten Konzern-Betriebsergebnis der Anstieg abermals „überproportional" zum Umsatzplus ausfallen.

Postiv auch der Ausblick auf 1985: Der Gruppenumsatz soll auf rund 300 Mill. DM bei „weiterhin befriedigender Ergebnisentwicklung" steigen. Für Umsatzwachstum und weitere Rationalisierung sollen die 1984 auf 11 (6,8) Mill. DM erhöhten Sachinvestitionen der Gruppe nochmals kräftig auf 16 Mill. DM aufgestockt werden.

Die Gruppe, die vor zwei Jahrzehnten noch 5600 Leute beschäftigte, hat ihre Mitarbeiterzahl 1984 mit rund 1200 (1173) Leuten – davon rund 1000 (1006) beim Inlandskonzern – praktisch konstant gehalten. Für Grundstücks- und Bauinvestitionen „zur Standortbereinigung" sollen 1984 über die Sachinvestitionen hinaus noch weitere 2 (nach 3) Mill. DM ausgegeben werden.

PWH noch stärker in Frankreich

J. G. Düsseldorf

Mit Pariser Regierungsgenehmigung hat die PHB Weserhütte (PWH) AG, Köln, nun die 65prozentige Kapitalmehrheit an der Som-Delattre S. A. R. L. mit Sitz in Paris und Betrieb in Valenciennes übernommen. Die neue PWH-Tochter, auf die der französische Minderheitspartner Delattre-Levivier seine kompletten Fördertechnik-Aktivitäten übertragen hat, bringt zusammen mit schon existierenden PWH-Aktivitäten das gesamte Frankreich-Engagement der PWH-Gruppe auf etwa 600 Mill. F Umsatz mit 900 Mitarbeitern.

PWH sieht in dieser neuen Frankreich-Tochter, die im Anlagenbau des „Material Handling" mit der Schneider-Empain-Grupe kooperiert, einen weiteren (und noch nicht letzten) Schritt, die wichtigen Auslandsmärkte durch lokale Präsenz „von innen heraus zu öffnen und zu bearbeiten".

Kreissparkasse wuchs kräftig

dos. Hannover

Überdurchschnittlich hohe Zuwachsraten erzielte die Kreissparkasse Hannover im Geschäftsjahr 1984. Nach Angaben des Vorstands wurde die Bilanzsumme um 7,8 Prozent auf 4,4 Mrd. DM ausgeweitet. Die Ertragslage wird als zufriedenstellend bezeichnet. Obwohl die Zinsspanne leicht zurückging, rechnet das Institut mit einem Betriebsergebnis in Vorjahreshöhe.

Die Entwicklung des Einlagengeschäfts, das insgesamt um 6,7 Prozent auf 3,49 Mrd. DM zunahm, wurde maßgeblich von den Spareinlagen geprägt. Einschließlich der Zinsgutschriften ergab sich beim Sparkapital ein Zuwachs von 7,9 Prozent auf 2,61 Mrd. DM. Rund 95 Mill. DM davon entfielen auf Einlagen mit jährlicher Kündigungsfrist. Auch das Kreditgeschäft, so heißt es, verlief äußerst lebhaft. Das Kreditvolumen erhöhte sich um 7 Prozent auf 3,27 Mrd. DM.

NAMEN

Otto Graf Lambsdorff wurde in den Beirat der Peter August Lückenhaus, Wuppertal, gewählt.

Dr. **Norbert Heinen** (48), bisher Landrat des Westerwaldkreises, ist zum 1. Januar 1985 in den Vorstand der Provinzial Versicherungsanstalten der Rheinprovinz, Düsseldorf, eingetreten. Er ist Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Vorstandsmitgliedes **Ewald Ellscheid**.

Dr. **Walter Richtberg**, bis August 1983 Mitglied der Geschäftsführung der Handelskammer Hamburg, hat am 1. Januar 1985 die Geschäftsführung der dpa-Deutsche Presse-Agentur GmbH, Hamburg, übernommen. Der bisherige Geschäftsführer Dr. **Thilo Pohlert** tritt am 1. April in den Ruhestand. Zum Stellvertretenden Geschäftsführer wurde **Klaus Sprick** ernannt, der **Karl-Erich Berg** nachfolgt, der bereits zum Jahreswechsel in den Ruhestand getreten ist.

Dr. **Hans Gabler** hat als Mitglied der Geschäftsleitung der Girmes-Werke AG, vom 1. Januar 1985 an die Verantwortung für Produktion, Zentrale Technik, Forschung und Entwicklung übernommen.

Herbert Neusen, Hauptgeschäftsführer der Gerolsteiner Sprudel GmbH & Co., Gerolstein, wurde am 6. Januar 60 Jahre.

Wolfgang Urban (39), Direktor in der Konzern-Verwaltungsleitung Finanzen und Rechnungswesen der Kaufhof AG, Köln, wurde zum Generalbevollmächtigten berufen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Global-Philatelie GmbH, Großhansdorf; **Augsburg:** AUGUSTA Holz- u. Bautenschutz GmbH, Neusäß; **Brilon:** Margret Jätzel, Altenbüren; **Dannenberg:** KG Lebensmittelwerk Wendland, Kühl- u. Lagerhaus Margit Cordes GmbH & Co., Clenze; Kühl- u. Lagerhaus Margit Cordes GmbH, Clenze; **Darmstadt:** Bau und Werk GmbH, Zimmerei, Schreinerei und Altbausanierung; **Düren:** Bauunternehmung Zimmer GmbH, Niederzier; **Düsseldorf:** Personalleasing K & S GmbH; Nachl. d. Gert Otto Lekros; **Duisburg:** Goce Petrowsk, Restaurant „Go in", Oberhausen; Petra Petrowsk, Restaurant „Go in", Oberhausen; **Emmendingen:** Rudolf Gabriel Inh. Christian Gabriel Citroën Vertragshändler; **Fulda:** Ernst Johann Haupt, Kaufmann, Künzell 6; **Göttingen:** Dieter Gerlach, Kaufmann; **Hamburg:** BMV Büro- u. Micro-Computer Vertriebsges. mbH; Nachl. d. Karl Gustav Wilhelm Gebhard; **Lüdenscheid:** Wilhelm Piepenstock KG; **Recklinghausen:** Hermann Wessels, Kaufmann; GFH Ges. f. Heizungsartikel mbH; **Rendsburg:** Krögerwerft Rendsburg GmbH, Schacht-Audorf; **Schwäbisch Gmünd:** Nachl. d. Julius Schwarz, Bettringen; **Winsen/Luhe:** Erwin Lehmbeck KG.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Dortmund: Rosemarie Jancik geb. Peine, Kauffrau; **Düsseldorf:** Franz Prentzel Maschinen- u. Anlagenbau GmbH.

Vergleich beantragt: Niebüll: Karl Christiansen Beteiligungs GmbH; Karl Christiansen GmbH & Co. KG, Bauunternehmen; **Reutlingen:** Nachl. d. Kurt Leibinger, Dentalkaufmann, Eningen u. A.

WILSON LEARNING / Schulung in Menschenführung und Einfühlungsvermögen

„Die Leistungsreserve heißt Motivation"

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die Einsicht eines Seminarteilnehmers: „Mein Gott, da habe ich doch zwanzig Jahre lang meine Frau ganz falsch behandelt" ist für Roland Henssler, Geschäftsführer der Wilson Learning GmbH, Stuttgart, ein in gewisser Weise typisches Ergebnis seiner Veranstaltungen. „Unser Ziel ist es, die Fähigkeiten der Menschen zum vernünftigen Umgang miteinander zu stärken", beschreibt er die besondere Ausrichtung seines Trainings-Unternehmens, einer Tochter der Wilson Learning Corporation, Washington.

In den meisten Organisationen mangele es keineswegs an Fachwissen, sondern eher an der Qualität der Menschenführung. Die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter sei heute weder (über höhere Einkommen) zu erkaufen noch zu erzwingen, sondern es liege bei den Unternehmen, sich um den Leistungswillen der Mitarbeiter zu bewerben: „Die eigentliche Leistungsreserve unserer Wirtschaft steckt nicht in der Büroautomation, sondern in der Mitarbeiter-Motivation", ist die Erkenntnis, die Henssler seinen Kunden nahezubringen versucht.

Dabei geht es nicht nur um die Führungsfähigkeiten des oberen und mittleren Managements, sondern auch um das Einfühlungsvermögen des Verkaufspersonals und der „Leute mit Kundenkontakt" schlechthin, wie Berater, Service-Techniker oder Projektingenieure. Mit unkomplizierten, aber einprägsamen „theoretischen" Grundlagen, mit Fallstudien und Spielen wird jeder Gruppe das Maß an Psychologie beigebracht, das sie für die eigene Aufgabe benötigt.

Nicht alle Psycho-Lehrlinge müssen unbedingt die Wilson-Schulbank drücken. Das Institut bildet auch Firmen-Trainer aus, die dann die interne Schulung selbst besorgen – mit dem Studienmaterial vom Handbuch bis zur Audio- und Videokassette aus Stuttgart: „Wir sind auch ein bißchen Verlag."

Seine Klientel sieht Henseler vornehmlich in modernen, wachsenden Unternehmen (EDV, Autoindustrie, Pharmazie) und in Branchen, die einen starken Wandel zu bewältigen haben, wie beispielweise Banken und Versicherungen. Daß die Kundenliste derzeit noch stark EDV- und damit US-orientiert ist, liegt nicht zuletzt daran, daß der erst ein Jahr alte Deutschland-Ableger der US-Gruppe zunächst ein leichteres Entrée bei den deutschen Töchtern der Stammhaus-Kunden findet.

Damit könnte die Filiale auch noch eine ganze Weile beschäftigt sein, denn ihre Mutter zählt 300 der 1000 größten amerikanischen Unternehmen (nach Fortune-Liste) zu den eigenen Abnehmern, wie stolz vermerkt wird. Die US-Gesellschaft, 1965 von Larry Wilson gegründet, kommt mit ihren weltweit 350 Mitarbeitern – davon erst 6 in Deutschland – auf einen Jahresumsatz von 30 Millionen Dollar. Dazu tragen auch Töchter in Kanada, Südafrika, Australien, Hongkong, Singapur, Großbritannien, Frankreich und sogar in Japan bei.

Der Gründer ist seiner eigenen Erkenntnis gefolgt, daß jeder Mitarbeiter dort eingesetzt werden sollte, wo er das größte Maß an persönlicher Erfüllung findet. Nachdem er sein Unternehmen zu 100 Prozent an den wissenschaftlichen Verlag John Wiley & Sons, New York, verkauft hatte, konzentrierte er sich innerhalb dieses Unternehmens wieder voll auf das, was ihm offenbar am besten liegt: die Forschung und Entwicklung. Außerdem übernahm er die Führung der Tochtergesellschaft Interactive Technologies, bei der neue Lehrmethoden mit Hilfe der Bildplatte entwickelt werden.

Neue Spitzenkurse bei den Aktien

Riesenkaufauftrag für Papiere der Deutschen Bank

DW. – An der Dienstagbörse ist der Haussezug am Aktienmarkt ein großes Stück weitergefahren. Bei erheblichen Umsätzen erreichten die Kurse einen neuen historischen Höchststand. Im Vordergrund standen dabei die Papiere der Deutschen Bank, für die ein sensationell großer Kaufauftrag aus dem Ausland vorgelegen haben soll. Auch in anderen deutschen Spitzenpapieren dürften die Ausländer wieder aktiv gewesen sein. Angeregt durch die hier eingetretenen Kurssteigerungen verstärkten auch Inländer ihre Aktienbestände.

Ausgehend von dem ungewöhnlich kräftigen Kursanstieg der Deutschen Bank setzten sich auch bei den meisten anderen Papieren der Banken höhere Notierungen durch. Bei den Autoaktien blieb die Aufwärtsbewegung im wesentlichen auf Daimler und Mercedes beschränkt, VW-Aktien zogen nur geringfügig an, BMW blieb sogar unverändert. Eine gewisse Besserung deutet sich bei den Bezugsrechten für die BASF-Optionsanleihe an. Der ursprünglich beträchtliche Abgabedruck läßt nach. Nach wie vor fest Allianzversicherung. Aber auch andere Versicherungsaktien erzielten Kursgewinne. Vernachlässigt blieben weiterhin konsumnahe Papiere, aber auch neuerdings wieder Maschinenbauaktien, eine Reaktion auf rückläufige Auftragseingänge im Oktober.

Düsseldorf: Banning erhöhten um 25 DM und Rheinmetall um 10 DM. Alexanderwerk und Bilfinger stockten je um 5 DM auf. Nachgegeben haben Kochs Adler um 3 DM und Heinrich um 4,50 DM. Bei den Versicherungen stockten Victoria um 445 DM und Allianz Leben um 200 DM auf.

Frankfurt: Altana stockten um 9 DM und Deutsche Bank um 18,70 DM auf. Hartmann & Braun Vz. verbesserten sich um 20 DM und Holzmann um 14 DM. MAN Roland schlossen um 15 DM fester und Mercedes erhöhten um 14 DM. Chemieverwaltung gaben um 11 DM nach.

Hamburg: HEW wurden mit 98 bezahlt. NWK-Vz. dagegen schwächten sich um 1 DM auf 172 DM ab. Beiersdorf zogen um 7 DM auf 410 DM an. Wenig verändert lagen Phoenix Gummi bei 116 DM. Triton gingen bis 125 DM um, während Mrkt und Kühlhallen auf 190 DM nachgaben.

München: Agrob St. stockten um 7 DM auf 225 DM und Dywidag um 0,50 DM auf 146,50 DM auf. Verbessert haben sich Großkraft Franken um 1 DM, Grünzweig um 2 DM und Hofbräu Coburg um 4 DM. Leonische Draht stockten um 5 DM auf 315 DM auf. Nachgegeben haben Augner um 1,50 DM.

Berlin: Bergmann konnten ein Plus in Höhe von 25 DM verzeichnen. Rheinmetall lagen um 5 DM, Berliner Elektro um 3,10 DM und Schering um je 2 DM fester. Bekula, Berliner Bank und Herlitz Vz. verbesserten sich um je 1 DM. Dt. Hypothekenbank Berlin wurden um 10 DM niedriger taxiert.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 166,1 (164,5)
WELT-Umsatzindex: 2950 (2620)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inlandszertifikate

[illegible]

Inland

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausländische DM-Anleihen

[illegible]

Auslandszertifikate (DM)

[illegible]

Fremde Währungen

[illegible]

Ausland

New York

[illegible]

Toronto

[illegible]

London

[illegible]

Amsterdam

[illegible]

Mailand

[illegible]

Tokio

[illegible]

Zürich

[illegible]

Madrid

[illegible]

Paris

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Sydney

[illegible]

Wien

	8. 1.	7. 1.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	276	270
Gösser-Brauerei	335	–
Länderbank Vz.	227	227
Österr. Brau AG	510	511
Perlmooser	362	364
Reininghaus	427	–
Schwechater Br.	167	168
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	164	164
Universale HochTief	–	–
Veitscher Magnesit	253	250
Index	58,91	59,09

Kopenhagen

	8. 1.	7. 1.
Den Danske Bank	262	264
Jyske Bank	469	464
Kopenh. Handelsbk.	260	264
Novo Industri	260	257
Privatbanken	226	226
Ostasiat. Komp	135	138
Dan. Sukkerfabr.	460	465
For Bryggeriner St.	790	795
Kgl. Porc. Fabr.	205	215

Brüssel

	8. 1.	7. 1.
Arbed	1640	1640
Brux. Lambert	2050	2055
Cockerill Ougrée	258	262
Ebes	2875	2870
Gevaert	3610	3150
Kreditbank	7690	–
Petrofina	6960	6930
Soc. Gén. d. Belg.	1840	1840
Sofina	7580	7410
Solvay	4110	4100
UCB	4915	4950
Index	–	–

Singapur

	8. 1.	7. 1.
Cycle + Car.	3,14	3,14
Cold Storage	2,56	2,56
Dev. Bk. of Sing	5,15	5,30
Fraser + Neave	4,88	4,88
Kl. Kepong	2,32	2,35
Mal. Banking	5,40	5,45
Nat. Iron	3,40	3,44
OCBC	8,70	8,85
Sime Darby	1,66	1,69
Singapur Land	2,69	2,68
Un. Overs. Bank	4,24	4,26

Optionshandel

Kaufoptionen: AEG 7-110/6,5, 7-120/4, BASF 4-160/27, 4-170/16, 4-190/8,5, 4-200/3, 7-180/19,6, 7-190/9, 7-200/5,9, 10-200/9, **Bayer** 4-180/17,4, 4-190/11, 4-200/6,4, 4-210/3, 7-180/27, 7-190/18,1, 7-200/11, 7-210/7, 10-210/12,9, **Bay. Hypo** 4-300/39, **BMW** 4-390/6, **Commerzbk.** 4-160/16, 4-180/4,5, 7-170/15, 7-180/8, 7-190/6,1, **Conti** 7-130/4,5, **Dt. Babcock St.** 4-160/7, 4-170/4,7, 10-170/10, **Deutsche Bk.** 7-420/[illegible] **Dresdner Bk.** 4-160/34,5, 4-180/19,4, 4-190/11,6, 4-210/3, 4-2500/6, 7-190/16,6, 7-200/11, 7-210/5,5, 10-200/10, **GHH** St. 4-170/3,2, 7-160/12,5, **Hoechst** 4-180/14,9, 4-190/11, 4-200/[illegible], 7-180/27, 7-200/10, **Hoesch** 4-100/5, 4-110/2, 7-110/[illegible], 7-120/3,5, 10-120/4,5, **Kaufhof** 4-230/5, 4-240/3, **Klöckner** [illegible] 70/5,4, 4-75/3, 4-80/2, 7-75/6,4, 7-80/5, **Lufthansa** [illegible] 180/9,6, 7-180/10, **MAN** 7-160/12, 7-170/[illegible], **Mannesmann** 4-140/17,2, 4-150/9,6, 4-160/3, 7-160/8, 7-170/[illegible], **RWE St.** 4-170/3,4, **Schering** 4-470/14, 7-450/23, **Kali + Salz** 4-260/5,2, **Siemens** 4-470/28, 4-480/10, [illegible], 4-510/6, 7-520/7,6, 10-520/14,5, **Thyssen** 4-80/[illegible], 4-90/1,4, 7-80/8, 7-85/5,4, 7-90/4, **VEW** 4-120/6, **VW** 4-180/22, 4-190/25, 4-200/15,5, 4-210/12, 4-220/6,4, 4-230/2,5, 7-200/24,2, 7-210/[illegible], 7-220/10,35, 7-230/7,5, 10-220/16,5, 10-240/5, **Chrysler** 4-100/[illegible], 7-100/[illegible], **IBM** 4-230/25,5, 4-400/16,5, **Norsk Hydro** [illegible], **Philips** 10-50/5,5, **Sony** 4-50/2,25. **Verkaufsoptionen:** AEG 4-95/1,1, 4-100/3, 7-95/1,6, 7-100/4,9, 10-100/5,6, **BASF** 4-150/1,2, 7-150/3, 10-150/5, **Bayer** 10-160/[illegible], **Bay. Hypo** 7-300/7,1, **BMW** 4-370/3, 7-[illegible], **Commerzbk.** 4-170/3,2, 7-170/4,5, **Conti** 10-120/5, **Daimler** 4-580/6, 7-570/7, **Dt. Babcock St.** 4-150/1, **Dresdner Bk.** 4-190/2,5, 7-190/2, 7-190/6,4, **Hoechst** 4-190/2, **Hoesch** [illegible], **Karstadt** 4-240/0,5, 7-240/10,5, **Klöckner** 4-70/2, [illegible], **Kali + Salz** [illegible], 7-240/3, 7-250/7, **Siemens** [illegible], **Thyssen** 4-80/1,5, 7-90/3,5, **VW** 4-200/3, [illegible], **Chrysler** 4-50/4,1, 7-100/7, **General Motors** [illegible], **Norsk Hydro** [illegible].

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 1. 85; Redaktionsschluß [illegible]

	US-$	DM	sfr
1 Monat	[illegible]	[illegible]	[illegible]
2 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
3 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]
12 Monate	[illegible]	[illegible]	[illegible]

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 8. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1445,00	1785,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1200,00	1480,55
5 US-Dollar (Liberty)	480,00	661,20
1 £ Sovereign alt	219,00	272,46
1 £ Sovereign Elizabeth II.	216,00	269,04
20 belgische Franken	167,00	217,74
10 Rubel Tscherwonez	228,00	287,28
2 südafrikanische Rand	215,00	266,76
Krüger Rand, neu	975,00	1151,40
Maple Leaf	975,00	1151,40
Platin Noble Man	887,00	1062,48

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	237,00	297,54
20 schweiz. Franken „Vreneli"	176,00	224,58
20 franz. Franken „Napoleon"	176,00	224,58
100 österr. Kronen (Neuprägung)	890,00	1089,70
20 österr. Kronen (Neuprägung)	178,00	226,86
10 österr. Kronen (Neuprägung)	93,00	123,12
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	414,00	511,86
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,00	134,52

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

08. 01. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	3,1345	3,1425	3,1174	3,09	3,18
London¹)	3,620	3,634	3,582	3,58	3,71
Dublin¹)	3,117	3,131	3,058	3,02	3,17
Montreal³)	2,3766	2,3846	2,3556	2,32	2,42
Amsterd.	88,415	88,635	88,440	87,50	89,50
Zürich	119,590	119,790	119,750	118,50	122,25
Brüssel	4,984	5,004	4,928	4,86	5,09
Paris	32,585	32,745	32,255	31,75	33,50
Kopenh.	27,960	28,080	27,570	26,75	28,50
Oslo	34,510	34,630	33,910	33,50	35,25
Stockh.**)	34,840	35,000	34,375	34,25	36,00
Mailand²) **)	1,624	1,634	1,594	1,58	1,68
Wien	14,221	14,261	14,176	14,14	14,36
Madrid**)	1,808	1,864	1,783	1,75	1,87
Lissabon**)	1,844	1,864	1,742	1,43	2,25
Tokio	1,2370	1,2400	–	1,20	1,26
Helsinki	47,765	47,965	46,940	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,418	2,472	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5495	2,5685	–	2,51	2,61
Johannesbg.*)	1,4945	1,5135	–	1,35	1,80

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Eine überraschend starke Nachfrage nach D-Mark führte bei den meisten Währungen am 8. 1. zu Kursrückgängen. Ausgelöst wurde der Rückgang, der im Dollar-Bereich bis 3,1330 ging, durch D-Mark-Käufe am Future-Markt in Chicago gestern abend. Zudem scheint man nun doch eine weitere Dollar-Zinsabschwächung für möglich zu halten aufgrund des schleppenden Verlaufs der US-Wirtschaft. Dem teilweise lebhaften Geschäft blieb die Bundesbank weiterhin fern und war auch nicht zur amtlichen Notiz von 3,1385 im Markt. Gegen Geschäftsschluß stabilisierte sich die US-Währung bei 3,14. Die prozentual größten Verluste erlitten neben dem Canadischen Dollar mit 1,01 Prozent der Yen mit 6,4 Promille auf 1,2385 und der Schweizer Franken mit 5 Promille auf 119,69. Recht gut hielt sich das Englische Pfund, das sich lediglich um 1,9 Promille auf 1,627 abschwächte. US-Dollar in: Amsterdam 3,5495; Brüssel 62,85; Paris 9,6200; Mailand 1929,50; Wien 22,0370; Zürich 2,6222; Ir. Pfund/DM 3,124; Pfund/Dollar 1,1556; Pfund/DM 3,627.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 7. Januar: In D-Mark 2,22994 (Parität 2,24184); in Dollar 0,702453 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 7. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die Abschwächung der Dollar-Zinssätze setzte sich am 8. Januar unter dem Einfluß der freundlichen Bondmärkte fort, so daß die Dollar-Deports nochmals deutlich schrumpften.

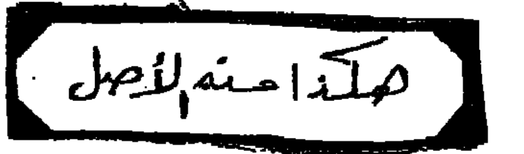
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,77/0,67	2,15/2,05	4,93/4,73
Pfund/Dollar	0,17/0,15	0,51/0,48	0,80/0,75
Pfund/DM	2,0/0,6	4,6/3,2	8,7/7,2
FF/DM	22/06	47/31	88/72

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8. 1.: Tagesgeld 5,50–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,55–5,80 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,80 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8. 1.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 8. 1.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1985 an; Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/1 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,73) – 7,00 (6,13) – 7,25 (6,38) – 7,50 (6,58) – 8,00 (6,77). Ausgabe 1985/2 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,50 (5,75) – 7,00 (6,16) – 7,25 (6,43) – 7,50 (6,65) – 8,00 (6,87) – 8,00 (7,03). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,15. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 99,70, Rendite 6,82.



Rentenmarkt stabilisiert

Die leichte Kurserholung der US-Bonds vom Vortag sorgte am deutschen Rentenmarkt für etwas Zuversicht. Eine zusätzliche Beruhigung brachte der nachgebende Dollar, weil sich bei anhaltender Dollar-Festigkeit die Bundesbank gezwungen sehen könnte, über Zinserhöhungen gegenzusteuern. Öffentliche Anleihen wurden leicht heraufgesetzt, dabei ergab sich eine Bevorzugung mittlerer und längerer Laufzeiten. Am Pfandbriefmarkt wenig Veränderungen. Von einer verstärkten Anlagetätigkeit als Folge des Coupon-Termins konnte bisher nicht die Rede sein.

Bundesanleihen

		8. 1.	7. 1.
F 8½ Bund 73 I	3/85	100,4G	100,4
7 dgl. 78	4/85	100,25	100,25
7¾ dgl. 79 II	6/85	100,55G	100,55G
7¾ dgl. 79 I	7/85	100,9	100,9
8 dgl. 76 IV	10/85	101,55	101,55
5½ dgl. 78 II	3/86	99,7bG	99,65
5¾ dgl. 78	5/86	99,25bG	99,2
7¾ dgl. 78 I	12/86	102,3bG	102,25
6½ dgl. 79	1/87	100,9	100,9G
7¾ dgl. 76 II	1/87	102,25	102,2
6¾ dgl. 77	4/87	101,4	101,35
6½ dgl. 77	7/87	100,85	100,85
6 dgl. 77	10/87	99,75	99,7
6 dgl. 78 I	1/88	99,55	99,65
6½ dgl. 78 I	9/88	100,65	100,65
6½ dgl. 78 II	12/88	100,65bG	100,65
6¾ dgl. 79	1/89	101,15	101,05G
7¾ dgl. 79 I	4/89	102,2	102,2
10 dgl. 81	4/89	110,9G	110,9
7½ dgl. 79 I	6/89	103,05	102,9
8 dgl. 79 I	7/89	104,6	104,55
8 dgl. 79 II	8/89	104,5	104,45
7½ dgl. 79 II	9/89	103,1	102,95
7¾ dgl. 79 II	11/89	103,9	103,89
7¾ dgl. 80 I	1/90	103,9	103,9bG
10 dgl. 80	4/90	112,8	112,8
5¾ dgl. 78	5/90	96,75	96,7
8¾ dgl. 80 I	7/90	105,65	105,65
[illegible]			
7¾ dgl. 84 S.47	7/89	103,25	103,2
7¾ dgl. 84 S.48	9/89	103,1	103,05
7½ dgl. 84 S.49	10/89	102,15bG	102,15
7¼ dgl. 84 S.50	11/89	101,25	101,2
7 dgl. 84 S.51	12/89	100,2	100,2

Bundesbahn

		8. 1.	7. 1.
F 6½ Bdbahn 79	2/85	100,05	100,05G
8½ dgl. 73	2/85	100,1	100,1
7 dgl. 77	2/87	101,5G	101,45
6 dgl. 77	9/87	99,4	99,4
6 dgl. 78 II	7/88	99	98,9

		8. 1.	7. 1.
F 8½ dgl. 77	5/89	99,25	99,2
8 dgl. 79 I	7/89	104,2	104,05
6 dgl. 78 I	2/90	97	97,1
8 dgl. 80 II	7/90	104,45G	104,45
9 dgl. 81	3/91	108,65	108,65
10½ dgl. 81	9/91	116,75	116,75G
10¼ dgl. 81	11/1	115,9G	115,9
8 dgl. 80 I	2/92	104,25	104,15
10 dgl. 82	2/92	115,25	115,25G
9½ dgl. 82	7/92	112,6G	112,6
8 dgl. 82	11/92	104,5	104,45
7¾ dgl. 83	1/93	103,15	103,05
8¼ dgl. 83	10/93	106,15	106,05
8¼ dgl. 84	6/94	106,5	106,5
7¾ dgl. 84	10/94	100,85	100,85

Bundespost

		8. 1.	7. 1.
F 6½ Bdpost 68	6/88	100,1G	100,1
8 dgl. 72 I	9/87	103	103
10 dgl. 81	3/89	110,85	110,85
10¼ dgl. 81	6/89	112,3G	112,3
8 dgl. 80	3/90	104,5bG	104,45bG
7¾ dgl. 80	9/90	103,3	103,3
8¾ dgl. 80	12/90	107,3	107,8
10½ dgl. 81	10/91	118,95bG	116,9
9¾ dgl. 82	2/92	113,45	113,35
8¾ dgl. 82	6/92	108,45bG	108,4
8½ dgl. 82	10/92	107,25	107,25G
7¾ dgl. 83	2/93	103,4	103,4bG
[illegible]			

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

	8. 1.	7. 1.
M 7 dgl. Pf 20	100G	100G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	102,5bG	102,5bG
7 dgl. Pf 31	100,75G	100,75G
6 dgl. Pf 34	98G	97,5bG
6½ dgl. Pf 37	99,5G	99,25bG
8 dgl. Pf 51	100,15	100,15bG
Hn6 BrHadn. Hypo Pf 1	118G	118G
7 dgl. Pf 80	96,75G	96,75G
7½ dgl. Pf 87	102G	102G
6 dgl. KS 29	88,25G	88,25G
7 dgl. KS 30	101,3G	101,3G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119,5G	119,5G
5 dgl. Pf 54	116G	116G
6 dgl. Pf 109	85bG	85bG
[illegible]		
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
8½ dgl. Pf 10	88,75G	88,5G
6 dgl. KS 1	99,9G	99,9G
M 6 Lda. Aufb. IS 15	99,7G	99,7G
6 dgl. IS 16	99,5G	99,5G
6 dgl. IS 17	98,9G	98,9bG
8½ dgl. KO 49	101,4G	101,4G
8½ dgl. KO 48	101,25G	101,25G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	101,25G	101,25G
9½ dgl. IS 726	100,15G	100,15G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	121G	121G
6 dgl. Pf 4	95,75G	95,75G
6½ dgl. Pf 3	92,5G	92,5G
6½ dgl. Pf 12	92G	92G

	8. 1.	7. 1.
Hn8 dgl. Pf 10	100,1G	100,1G
9 dgl. KO 53	101G	101bG
7½ dgl. IS 6	102,7G	102,7G
10 dgl. IS 37	100,3G	100,3G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	115G	115G
6 dgl. Pf 58	90,5G	90,5G
6 dgl. Pf 95	85G	85G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodener Pf C	133,5G	133,5G
5½ dgl. K	110G	110G
4 dgl. Pf 18	104G	104G
6 dgl. Pf 28	98,5G	98,5G
6½ dgl. Pf 67	91G	91G
5½ dgl. KO J+E	126,5G	126,5G
[illegible]		
6 dgl. Pf 49		
8¼ dgl. KS 8		
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 89		
7 dgl. Pf 97		
6½ dgl. KS 78		
10 dgl. IS 95		
11½ dgl. IS 96		
M 6½ Münch.Hypo Pf 10		
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 2		
6½ dgl. Pf 42		
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1		
7½ dgl. Pf 4		

Sonderinstitute

[illegible]

	8. 1.	7. 1.
F 7½ dgl. RS 27	101,5G	101,5G
6½ dgl. RS 60	99,75G	99,75G
7 dgl. 94	100,35	100,35G
7 dgl. 99	100,15G	100,15G
8 dgl. 101	103,75G	103,75G
7½ dgl. 102	102,25G	102,25G
9½ dgl. 126	106,15G	106,15G
D 8 LAG TS 76	101,5	101,6
6½ dgl. TS 77	100,4G	100,4
5½ dgl. 76	97,8	97,8
7 dgl. 79	101,2	101,2

Industrieanleihen

	8. 1.	7. 1.
F 6 Badenwerk 78	98G	98,1
[illegible]		

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

	8. 1.	7. 1.
[illegible]		
8½ Goeteb. K. 76	[illegible]	[illegible]
7 RENFE 79	100,25bG	100,50
10 RENFE 82	112bG	112bG
8¼ RENFE 83	103,1bG	103,25
8¾ Stockh. G. 75	101,25T	101G
7¾ Sumito F. 82	102,3G	102,30G
7¾ Sun Int 73	101bG	101,50T
7¾ Svenska C. 73	100bG	100G
10¾ Svensk E. 81	109,75G	109,50G
9¾ Svensk Ex. 82	104,6bG	104,75T
5½ Tauernaut. 78	93	93
9¾ Tauernaut. 82	114,50G	114,50G
6½ Tokyo El. 79	100,15	100,05G
6 TVO-Kraftw. 78	98G	98bG

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Montag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kakao zulegen konnte, mußte Kaffee Verluste hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

	7. 1.	4. 1.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	341,75	341,50
Mai	336,00	336,00
Juli	331,00	330,50
Weizen Winnipeg (can $/t)		
Wheat Board cif.	7. 1.	4. 1.
St. Lawrence 1 CW	249,56	250,31
Amber Durum	249,37	250,24
Roggen Winnipeg (can $/t)		
März	140,00	140,10
Mai	144,20	144,20
Juli	148,00	148,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	128,00	128,00
Mai	129,00	129,00
Juli	130,00	127,70
Hafer Chicago (c/bush)	7. 1.	4. 1.
März	181,00	180,25
Mai	177,50	177,25
Juli	172,50	172,00
Mais Chicago (c/bush)		
März	270,00	269,75
Mai	276,25	275,75
Juli	279,50	279,25
Gerste Winnipeg (can $/t)	7. 1.	4. 1.
März	135,40	136,80
Mai	137,30	137,40
Juli	136,10	136,40

Genußmittel

	7. 1.	4. 1.
Kaffee		
New York (c/lb)	7. 1.	4. 1.
Terminkontr. März	142,15	143,00
Mai	139,60	140,15
Juli	138,20	138,80
Kakao		
New York ($/t)	7. 1.	4. 1.
Terminkontr. März	2062	2031
Mai	2085	2057
Juli	2080	2060
Umsatz	2735	–
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,24	4,11
Mai	4,58	4,50
Juli	4,98	4,90
Sept.	5,21	5,10
Okt.	5,38	5,30
Umsatz	8 365	12 505
Ica-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	7. 1. 3,24	4. 1. 3,22
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt Jan.	7. 1. 2262–2285	4. 1. 2238–2243
März	2289–2290	2276–2277
Mai	2292–2295	2281–2282
Umsatz	1129	2340
Kakao		
London (£/t) Terminkontrakt März	1894–1895	1875–1877
Mai	1903–1904	1885–1868
Juli	1910–1911	1892–1893
Umsatz	1890	1699
Zucker		
London ($/t), Nr. 6		
März	119,60–119,80	119,20–119,80
Mai	127,20–127,60	127,20–128,00
Aug.	138,20–138,60	138,00–139,60
Umsatz	1129	1386
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	7. 1.	4. 1.
schw. Sarawak spez.	445,00	440,00
weißer Sarawak	675,00	670,00
weißer Muntok	685,00	680,00

	7. 1.	4. 1.
Orangensaft		
New York (c/lb)	7. 1.	4. 1.
Jan.	158,00	158,50
März	160,50	159,25
Mai	161,50	160,90
Juli	161,90	161,40
Sept.	159,50	159,00
Umsatz	1800	1759

Öle, Fette, Tierprodukte

	7. 1.	4. 1.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	39,00	39,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	28,75	28,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Jan.	26,05	25,60
März	25,62	24,98
Mai	25,15	24,65
Juli	24,60	24,35
Aug.	24,30	24,15
Sept.	24,20	24,00
Okt.	23,80	23,65
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	25,00	unerh.
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	24,00	25,00
Choise white hog 4% fr. F.	19,25	19,25
Talg		
New York (c/lb) top white	20,75	20,75
fancy	20,50	20,50
bleichfähig	18,75	18,75
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,00
Schweine		
Chicago (c/lb) Febr.	53,05	53,15
April	49,80	49,75
Juni	54,10	54,50
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) Febr.	75,40	75,25
März	75,55	75,40
Mai	77,10	76,80

	7. 1.	4. 1.
Häute		
Chicago (c/lb) Ochsen unth. schwere River Northern	46,00	47,00
Kühe unth. schwere River Northern	45,00	45,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) Jan.	575,50	561,00
März	587,00	574,00
Mai	598,00	585,00
Juli	606,50	595,00
Aug.	608,50	600,00
Sept.	606,00	600,00
Nov.	609,00	604,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) Jan.	138,80	135,50
März	143,80	141,00
Mai	149,20	146,20
Juli	154,30	151,70
Aug.	156,00	153,00
Sept.	157,00	155,00
Okt.	157,00	156,00
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t)	7. 1.	4. 1.
März	355,00	353,00
Mai	362,80	350,20
Juli	368,70	366,50
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	7. 1. 42,00	4. 1. 42,00
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	8. 1. 850,00	4. 1. 860,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	635,00	585,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	610,00	610,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	214,00	207,50
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	910,00	925,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	unerhältl.	297,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	7. 1.	4. 1.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2: März	67,40	56,40
Mai	68,10	67,30
Juli	68,40	68,05
Okt.	68,40	68,35
Dez.	68,60	68,45
März	69,70	69,60
Kautschuk New York		
(c/lb); Händlerpreis loco RSS –1	41,75	41,75
Wolle		
Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	7. 1.	4. 1.
Jan.	500-508	500-511
März	509-512	515-516
Mai	519-520	524-525
Umsatz	146	18
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:	7. 1.	4. 1.
März	unerh.	53,50
Mai	unerh.	53,50
Juli	unerh.	53,50
Okt.	unerh.	53,70
Umsatz	0	0
Tendenz: –		
Wolle Sydney		
(austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	7. 1.	4. 1.
März	581,25–582,00	581,00–581,50
März	–	–
Juli	–	–
Umsatz	5	0
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen	7. 1.	4. 1.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager	7. 1.	4. 1.
Jan.	12 376	–
Febr.	12 390	12430
Kautschuk		
London (p/kg)	7. 1.	4. 1.
Nr. 1 RSS loco	62,00–65,00	63,00–66,00
Febr.	68,00	59,00–65,00
März	–	60,00–66,00
April	70,00	61,00–67,00
		Tendenz: ruhig

	7. 1.	4. 1.
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg) Jan.	180,25–181,25	185,50–185,50
Febr.	187,50–188,00	192,25–193,00
Nr. 2 RSS Jan.	178,00–179,00	180,50–181,50
Nr. 3 RSS Jan.	174,50–175,50	177,00–178,00
Nr. 4 RSS Jan.	167,50–168,50	170,00–171,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)	7. 1.	4. 1.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 Troyounze (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WO – (–); BTC – (–), BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	8. 1.	7. 1.
Aluminium: Bas. London		
laufend Monat	330,33–330,51	327,14–327,33
drittfolg. Monat	338,33–339,51	335,70–335,88
Blei: Basis London		
laufend. Monat	138,09–138,82	140,91–141,27
drittfolg. Monat	119,74–119,92	119,79–120,15
Nickel: Basis London		
laufend Monat	1509,9–1510,6	1532,8–1533,5
drittfolg. Monat	1522,3–1523,7	1535,7–1536,5
Zink: Basis London		
laufend. Monat	250,56–250,92	256,33–257,06
drittfolg. Monat	257,11–257,29	254,14–254,51
Produz.-Preis	231,83	226,26
Reinzinn 99,9%	4139–4180	4141–4182

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	8. 1.	7. 1.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	427,36–429,16	434,36–435,18
Blei in Kabeln	145,30–147,06	148,75–149,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorzendraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

Messingnotierungen

	8. 1.	7. 1.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	406	404–406
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	445–446	442–444
MS 63	438–443	435–441

Zinn-Preis Penang

	7. 1.	4. 1.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring. kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	8. 1.	7. 1.
Leg. 225	390–405	390–405
Leg. 226	392–407	392–407
Leg. 231	425–437	425–437
Leg. 233	435–447	435–447

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 – 5 t frei Werk

Edelmetalle

	8. 1.	7. 1.
Platin (DM je g)	30,806	30,308
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 250	30 700
Rücknahmepr.	30 500	29 950
Gold (DM je kg Feingold; Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31 350	30 940
Rücknahmepr.	30 610	30 170
verarbeitet	32 930	32 450
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	30 900	[illegible]
Silber (DM je kg Feinsilber; Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	629,10	[illegible]
Rücknahmepr.	610,70	[illegible]
verarbeitet	666,70	[illegible]

Internationale Edelmetalle

	8. 1.	7. 1.
Gold (US-$/Feinunze)		
London 10.30	304,40	296,75
15.00		298,25
Zürich mittags	304,00–304,50	297,25–297,75
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 550	92 300
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	525,55	509,85
3 Monate	539,05	[illegible]
6 Monate	552,10	[illegible]
12 Monate	580,65	[illegible]
Platin (£-Feinunze)	7. 1.	4. 1.
London fr. Markt	236,05	228,05
Palladium (£-Feinunze)		
London 1 Händlerpr.	99,00	102,15

New Yorker Preise	7. 1.	4. 1.
Gold H & H Ankauf	295,25	303,15
Silber H & H Ankauf	507,50	503,00
Platin Händlerpr.	281,50–294,50	281,50–294,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium Händlerpr.	115,00–116,00	120,00–121,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c-Feinunze)		
Jan.	603,00	586,20
Febr.	607,90	589,40
März	610,00	552,00
Mai	619,00	600,00
Juli	629,00	608,00
Sept.	640,10	621,00
Dez.	655,30	636,50
Umsatz	36 000	19 000

New Yorker Metallbörse

	7. 1.	4. 1.
Kupfer (c/lb)		
Jan.	57,10	56,20
März	57,60	56,90
Mai	58,30	57,56
Juli	58,90	58,15
Sept.	59,56	58,75
Dez.	60,00	60,60
Jan.	60,90	60,15
Umsatz	12 000	9 500

Londoner Metallbörse

	8. 1.	7. 1.
Aluminium (£/t)		
Kasse	909,00–909,50	904,00–905,00
3 Monate	931,00–931,50	927,50–928,00
Blei (£/t) Kasse	390,00–392,00	380,00–385,00
3 Monate	329,50–330,00	329,00–329,50
Kupfer		
Highergrade (£/t) mittags Kasse	1155,0–1155,0	1144,5–1145,5
3 Monate	1159,0–1159,5	1145,5–1146,0
abends Kasse	–	1143,0–1144,0
3 Monate	–	1145,5–1146,0
Kupfer-Standard Kasse	1145,0–1147,0	1132,0–1134,0
3 Monate	1160,0–1162,0	1145,0–1146,0
Zink (£/t) Kasse	717,00–718,00	703,00–704,00
3 Monate	707,50–708,00	698,00–699,00
Zinn (£/t) Kasse	9800–9810	9840–9845
3 Monate	9760–9765	9830–9840
Quecksilber ($/Fl.)	–	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	65–70

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden †
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Gunter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tageschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Monnac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogota: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

[illegible]

Jürgen Wölffer gratuliert Curth Flatow zum 65.

Heiter, wenn's ernst wird

Lieber Curth Flatow!

Gern habe ich die Bitte angenommen, Ihnen einen offenen Glückwunschbrief zum 65. Geburtstag zu schreiben. So habe ich doch in der Schlange der wartenden Gratulanten einen bevorzugten Platz. Und dann kann ich gleich die Gelegenheit ergreifen, Ihnen – ohne rot zu werden – einige Komplimente zu machen. Am liebsten würde ich das natürlich so witzig tun, wie Sie so etwas zu machen pflegen, aber nicht annähernd würde mir das gelingen. Ich hätte Ihnen schon diesen Brief in Auftrag geben müssen, und dann wäre die Überraschung weg. Außerdem, wie man weiß, haben Sie wenig Zeit und sind voll ausgebucht.

Nicht umsonst sind Sie ein so gern gesehener Festredner – ich bin sicher, mancher würde mit Vergnügen sterben, wenn Sie nur die Trauerrede hielten. Nicht umsonst gehören Sie zu den meistbeschäftigten Fernsehautoren – nicht nur hier sind Sie der Beweis dafür, daß deutsche Autoren auch heute Humor haben können. Und nicht umsonst warte ich als Theaterdirektor sehnlichst auf ein neues Stück von Ihnen – meine Sehnsucht danach wird eigentlich nur noch von unserer Kassiererin übertroffen.

Wir alle wissen nicht zuletzt, das Publikum mag, wie Sie schreiben. Denn Sie schreiben den Leuten aus dem Herzen. Sie beobachten die heiteren und ernsten Seiten des Lebens in ihrer spitzen und humorigen Art. Kein zweiter versteht es wohl, auch seine eigenen kleinen Leiden und Freuden so schön zu beschreiben – natürlich tauschen Sie die Namen aus, und eventuelle Ähnlichkeiten mit Ihnen oder anderen Personen sind rein zufällig. So freuten wir uns alle über die entzückende Fernsehserie „Ich heirate eine Familie" – wenn Sie mich fragen: Sie haben aber auch eine reizende Familie geheiratet. Ganz anders natürlich, aber das wäre ja auch noch schöner! So lachten wir auch schon bei anderen Gelegenheiten über Ihre Magenverstimmung oder andere Nöte. Sogar ich selbst durfte einmal als junger Schauspieler zur Schadenfreude des Publikums Ihre Zahnschmerzen haben.

Doch was oft vergessen wird: Sie können nicht nur Heiteres schreiben. In jüngster Zeit verdanken wir Ihnen das ernste Stück „Die Durchreise". Auch hier sollen viele Szenen Erinnerungen aus Ihrem früheren Leben gewesen sein, in einer Zeit, die wahrhaftig ernst war.

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Daß Sie auch darin den Humor nicht wegließen, verdeutlichte nur die Tragik und erreichte gleichzeitig die Leute, die sonst so etwas nicht ansehen würden. Ich danke Ihnen nochmals dafür, daß Sie uns, dem Theater am Kurfürstendamm, diese Aufführung überlassen haben.

Wenn ich in der Beurteilung einiger Dinge Unrecht hatte, bitte ich dies mir anzukreiden und in einem Ihrer nächsten Stücke unterzubringen. Jetzt hätte ich aber beinahe vergessen, meinen Glückwunsch auszusprechen. Ich gratuliere Ihnen, daß Sie das Rentenalter erreicht haben und hoffe, daß die Rente nicht allzu hoch ist, damit Sie noch viel arbeiten können – zu unserer aller Freude!

Ihr Jürgen Wölffer

KRITIK

Von sachlichem Übermut

Die Sibirien-Serie des NDR firmiert ausdrücklich als Eastern, also als östliches Gegenstück zum Western. Ähnlichkeiten mit historischen Ereignissen sind daher nicht beabsichtigt und wären, gäbe es sie, nur zufällig.

Schon in der ersten Folge gibt es reichlich Turbulenzen. Die braven Deutschen stoßen auf schlitzäugige Tataren, auf wilde Kosaken, auf alle möglichen Völkerschaften, die von Holländern, Japanern, Tibetanern, Lappen, Finnen, Russen, Chinesen und vielen anderen Komparsen dargestellt werden können. **Jenseits der Morgenröte** ist ein Film voll Phantasie und sachlichen Übermuts.

Was tut es da, daß der ethnologisch interessierte Zuschauer das Völkergemisch des bunten Bilderbogens nicht mehr auseinanderhalten kann? Daß ihm die schöne Nadja mal als Polenmädchen verkauft wird, mal als Russenmädchen mitten zwischen Russisch singenden Folkloremenschen? Östlich von Meseritz ist ja eh alles eins.

Die Geschichte hat Spannung, sie erzeugt sie auch durch den Ansatz vertrauter Bildzitate aus dem Western-Repertoire. Auch so betrachtet ist es ein „Eastern", freilich mit einem gehörigen Schluck aus der Karl-May-Buddel. VALENTIN POLCUCH

Wahrheit als Kontrasteffekt: Somerset Maugham

Bissig bis zum Schluß

Somerset Maugham hat stets eine fatale Leidenschaft für unangenehme Wahrheiten gehabt. Er verdammte gesellschaftliche Heuchelei, dieses nicht nur in seiner Jugend verbreitete Laster; er nutzte sie aber als Kontrasteffekt in so mancher Erzählung und auch in seinen Romanen und Theaterstücken. Dies hat zu dem außerordentlichen und weltweiten Erfolg seiner Arbeiten sehr hübsch beigetragen, zumal starke Gewürze erwünscht waren in nachviktorianischer Zeit und Mut zum Sarkasmus schon um die Jahrhundertwende vom Leser zähneknirschend honoriert wurde. Auch wenn ein erwachsenes und wortgewaltiges Individuum sich in erzählender Form gegen Konventionen der Gesellschaft wendet, ist ihm Gehör nicht immer sicher. Wenn er zu allem anderen aber der beste Geschichtenerzähler seiner Zeit ist und über seine Zeit hinaus, dann

Julia – ARD, 20.15 Uhr

wird Zuneigung ihm gewiß sein, und dazu die Abneigung von intellektuellen Literaturmanagern, die ihre Betontürme mit der Farbe des Elfenbeins anstreichen.

Maugham, geboren 1874 in Paris (sein Vater arbeitete dort in der britischen Botschaft), gestorben begütert und bissig bis zur letzten Stunde 1965 in Nizza, ist ohne das britische Kastensystem, britische Sitten und Gebräuche, britische Denkart und auch britische Kolonialherrschaft nicht denkbar. Jedoch: er war ein Brite, an dem französischer Geist mitgeprägt hat; weltläufig und sachlich – und mit Leidenschaft gegen den Strich bürstend, was immer dazu sich anbot.

Seine Theaterstücke, von denen er erst ließ, als er schon Mitte 50 war, sind noch seine mildesten Äußerungen, geschrieben für den Bedarf privater Westend-Bühnen in London, unterhaltsam erfolgreich auch anderswo. Sie wirken immer noch leidlich frisch, sind aber dadurch an die Peripherie der vielfältigen Landschaft Maughams gerutscht, daß ins Zentrum interessantere Berge und Schluchten rückten, stattliche Flüsse, mancherlei Meere und dazu die halbe, weit entfernte Welt. Maugham, der noch nach dem Zweiten Weltkrieg jungen Schriftstellern öffentlich riet, erst einmal die Welt zu sehen, speziell den Fernen Osten, ist selbst mehr als einmal in der ganzen Welt auf die Jagd gegangen nach Menschen, die Geschichten in sich trugen oder an sich trugen.

Die vielen Erzählungen, die so entstanden sind, handeln von nahezu allen denkbaren Entscheidungen, die dem Individuum im Lauf des Lebens abgezwungen werden, handeln aber auch von menschlicher Armseligkeit oder Schwächen – samt dem Geschick, mit dem solche Unvollkommenheiten keck abgedeckt werden. Unter den zahlreichen Doktorarbeiten über Maugham fehlt immer noch eine, die dem Moralisten M. gewidmet ist. Das rührt wohl daher, daß dieser M. ein so schamlos guter, saftiger und bißhafter Erzähler ist.

Wenn ihn einst und auch heute manch einer im Literaturgetriebe nicht mochte und mag, liegt das mit daran, daß er sich nicht nur dem Menschen an sich widmete, sondern eben auch diesem Getriebe, und mit Genuß Ballons so manchen pompösen Schwindels anpiekte. Wer diesem, dem Londoner Teil von Maughams Erzählungen sich widmet, der wird sehen, daß sich seit seinen Tagen eigentlich nichts geändert hat.

Manch einer nennt Somerset Maugham nicht nur einen großen Erzähler, sondern auch einen großen Romancier. Zum mindesten der autobiographische Erziehungsroman „Der Menschen Hörigkeit" und die Geschichte des Wahrheitssuchers Larry „Auf des Messers Schneide" geben diesem Lobpreis recht. Allerdings: auch diese beiden bedeutendsten von Maughams 16 Romanen sind zu allem anderen außerordentlich unterhaltsam – was nicht jeder verzeiht.

CHRISTIAN FERBER



Ein schamlos guter, bißhafter Erzähler: Der Schriftsteller Somerset Maugham FOTO: CAMERA PRESS

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau mit Tagesthemen
10.25 WISO
10.55 Werner Hinz:
Mensch ohne Führerschein
11.55 Umschau
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 Tagesschau
16.10 Bilder deutscher Städte
Magdeburg: Eine Stadt, deren Geschichte und deren Gesicht im Laufe der Jahrhunderte vom Krieg geprägt worden ist. Es begann mit dem 30jährigen, als Magdeburg fast restlos zerstört wurde, und es setzte sich fort bis 1945. Die einstige Festungsstadt Preußens war aber auch ein Zentrum industrieller Entwicklung in Deutschland.
16.55 Lemmi und die Schmöker
Die 271. Nacht
17.30 Kein Tag wie jeder andere
Ein „Heuler" kehrt ins Meer zurück
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Julia
Komödie von Marc Gilbert Sauvajon
nach Somerset Maugham und Guy Bolton
Julia bekommt von ihrem Mann die Eignung für eine bestimmte Rolle abgesprochen. Sie sei zu alt, heißt es. Doch die Schauspielerin möchte sich mit dieser Begründung nicht abfinden und entwickelt einen verhängnisvollen Plan, um ihren Kollegen und sich selbst ihre Fähigkeiten zu beweisen ...
21.45 Brennpunkt
Befreiung oder Katastrophe? – Der Streit um den 40. Jahrestag der Kapitulation
22.30 Tagesthemen
23.00 Musikszene '85
Neues aus dem Schaugeschäft
Ron Williams analysiert diesmal das unterschiedliche äußere Erscheinungsbild der Musikgruppen „Police" und „Culture Club", zeigt dazu Interviews mit Boy George, Andy Summer und Sting. Er beschäftigt sich neben der Präsentation von Videos mit den jüngsten Erfolgen jazzbeeinflußter Musik in Europa.
23.45 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Morgen schon
Letzter Teil.
Das Ende einer Geschichte
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Von Wölfen gejagt
Nachdem keiner der Dorfbewohner die Flüchtlinge, die Hyacinthe aufgelesen hat, bei sich aufnehmen will, besetzt der mutige Ex-Farmer kurzerhand die Dorfkirche.
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
18.58 Programm-Service
19.00 heute
19.30 Spielregeln
Jugend und Justiz
Der Betriebsunfall
20.15 ZDF Magazin
Solidarität mit dem Volk von Afghanistan / Ost-Berlin verschärft politische Verfolgung / Schwarze Siedlung Soweto kein Slum
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver-Clan
Peter de Vilbis
Nachdem die von Alexis gewünschte Fusion zwischen Denver-Carrington und Colbyco vereitelt wurde, löst sich Jeff endgültig von diesem Unternehmen.
21.45 heute-journal
22.05 Gertrud Luckner
Die Not ist immer schneller als die Hilfe
Eva-Maria Thissen porträtiert die 80jährige Gertrud Luckner, die sich im Dritten Reich für Verfolgte und Unterdrückte einsetzte und die heute noch aktiv für ihre Ideale kämpft.
22.35 Das kleine Fernsehspiel
Die doppelte Welt
Nach dem Theaterstück „Strawberry Fields" von Stephen Poliakoff
0.10 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Kranenburg
21.45 Hobbythek
Lautsprecher selbst gebaut
22.30 Thunderhoof
Amerikanischer Spielfilm (1948)
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
19.30 Das Jahr im Garten: Januar
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 China – das Reich der Mitte
21.50 Der Film-Club
Jean Vigo
22.35 A propos de Nice
22.55 Taris, roi de l'eau
23.00 Bremer Sechstagerennen
0.15 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Streifzüge durch die Natur
Hüter im Reservat
19.05 Was tun mit der Zeit
Praktische Tips
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Mit vollem Bauch dem Hunger entgegen
21.00 Wird Trinkwasser knapp?
21.30 Drei aktuell
22.00 Ein gutes Land
Film von Horatius Haeberle

SÜDWEST
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Rockpalast
20.15 Museen der Welt
Der Zwinger in Dresden
21.00 Der verzauberte Tag
Deutscher Spielfilm (1944)
Mit Winnie Markus u. a.
Regie: Peter Pewas
22.20 Deutsche Mutter heim zu dir
Die Saarabstimmung 1935
23.05 Gärten in England
1. Folge: Ein Teppich von Kräutern und Rosen
23.35 Nachrichten

BAYERN
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Die Krimistunde
Kurzgeschichten von Henry Slesar
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 B III Sport aktuell
Weltcup-Skirennen
Abfahrtslauf der Damen
22.00 Der Wüstennarr
2. Das Geheimnis unter dem Wüstensand
22.55 Z. E. N.
23.00 Das Planetentemperament
Ein neues Instrument zur Menschenkenntnis?
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

SAT 1

13.30 Solid Gold
(Amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Verwandte aus Kansas
15.00 Das alte Dampfroß
Raubüberfall
15.30 Musicbox
Aktuelle Videoclips mit Informationen, Klatsch und Tratsch aus der Pop-Szene
16.30 Perrine
Berufskonkurrenz
17.00 Es darf gelacht werden
Die Süße auf dem Feuerstuhl
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
Aktuelles vom Tage
anschl. Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
2. Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport-Karussell
Unterhaltung rund um den Sport
Moderation: Roman Köster und Gäste
20.00 Offen gesagt
Johannes Heesters im Gespräch mit Kerstin Grünthal
Offen gesagt ist eine Gesprächsreihe, in der sich Fernseh-Journalisten mit Prominenten, aber auch Unbekannten aus Show, Kultur, Sport und anderen Lebensbereichen unterhalten. Dabei handelt es sich jedoch nicht um Hofberichterstattung über Leute, die jeder kennt und von denen so gut wie alles schon bekannt ist.
20.30 Love Boat
2. Folge mit den Episoden
Oh, Dale!
Scheidungsgrund: Würstchen
Das Geständnis
21.30 APF blick
– Aktuell
– Rundblick
– Sport und Wetter
22.15 Recht und Leidenschaft
Italienischer Spielfilm (1970)
Mit Ornella Muti, Alesio Orano u. a.
Regie: Damiano Damiani
Vito ist Mitglied der Mafia. Er liebt Francesca, die Schöne, und er ist ihr nicht gleichgültig. Sie erwartet sich von ihm Sicherheit und Geborgenheit. Aber unter ihrem schüchternen Wesen verbergen sich Stolz und Härte. Und als sie eines Tages entdecken muß, daß sie für Vito kaum mehr als ein Lustobjekt ist, geht die Beziehung in die Brüche ...
0.00 APF blick
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Aktion Grün
5. Wie man bei Ebbe strandet
Merlin
Das geheimnisvolle Leben eines Magiers
5. Der unheimliche Gesandte
19.00 heute
19.30 Menschen '84
Frank Elstner im Gespräch mit Bekannten und Unbekannten
Eine unterhaltsame Rückschau auf das Jahr 1984
Interpreten: Nino de Angelo, Rodgau Monotones, Herbert Grönemeyer
Regie: Alexander Arnz
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
„Das Weinen hilft ja nichts – man muß weiterkommen ..."
Drei versehrte Sportler erzählen
Von Dagmar Höferova
Spitzensport fordert immer mehr Leistung, und damit wächst auch das Unfallrisiko. Häufig führen die Verletzungen zu einer Querschnittlähmung.
23.15 3SAT-Nachrichten

Nur einer, der ist ewig und an allen Enden, und wir in seinen Händen.
Matthias Claudius

Gott nahm zu sich in seine Obhut meinen geliebten Mann und unseren liebevollen Vater

Helmut Möller

* 13. 8. 1911 in Löwenberg/Schlesien † 6. 1. 1985 in Buchholz

In Liebe und Dankbarkeit
im Namen der Familie

Ruth Möller geb. Scherrer
Sybille Möller
Christoph Möller
Otilia Möller geb. de Pinho Bastos

Thomasdamm 10, 2110 Buchholz

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 11. Januar 1985, um 14 Uhr in der Gutskapelle Buchholz/Holm und die Beisetzung im engsten Familien- und Freundeskreis auf dem Friedhof in Seppensen statt. Statt zugedachter Kranz- und Blumenspenden wird eine Spende an den Verein Naturschutzpark Lüneburger Heide, Deutsche Bank AG Hamburg, Kto.-Nr. 080 33 04, BLZ 200 700 00, erbeten.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Am 30. Dezember 1984 wurde unser Vater, Großvater und Urgroßvater

Dr. Friedrich Ruppel

im 89. Lebensjahr durch Gottes Gnade heimgerufen.

Gerhard Ruppel und Frau Meike geb. Lambrecht
Klaas Ruppel und Frau Martta Ketola-Ruppel
mit Joonas und Meri
– Järvenpää/Finnland –
Anneke Ruppel und Ulrich Reinke
– Kolding/Dänemark –
Per Ruppel

Bebelallee 7, 2000 Hamburg 60

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet statt am Freitag, dem 18. Januar 1985, um 13 Uhr in der Kapelle 1 des Ohlsdorfer Friedhofes.

Wir trauern um unseren Freund

Egon Steigenberger

Wir haben ihn geschätzt und verehrt.
Er wird uns unvergessen bleiben.

Ida und Ignatz Bubis

Frankfurt/Main, 5. Januar 1985

In tiefer Dankbarkeit gedenke ich des am 26. Dezember 1984 verstorbenen Herrn

Albert Kagel

Herr Kagel hat meinem Vater viele Jahrzehnte jederzeit treu und hilfsbereit zur Seite gestanden.

Otto Wolff von Amerongen

Köln, den 7. Januar 1985

Detektiv im Museum

P. D. – Früher soll es Museumsmänner gegeben haben, die ablehnten, dem Besucher ihre Bestände als eine Verlockung darzubieten. Sie waren der Meinung, ein Kunstwerk habe sich nicht anzubiedern. Heute herrschen da andere Sitten. Deshalb zählt jeder Trick, mit dem sich Aufmerksamkeits-Effekte gewinnen und die Besucherzahlen in die Höhe treiben lassen.

In Chikago kam man deshalb auf eine ganz besondere Idee. Bei den Museumspädagogen war es eine Zeitlang Mode, die Kinder mit einer Beschreibung oder einem Bild bestimmte Gemälde oder Gegenstände suchen zu lassen, wobei man *leicht übersah, daß dadurch nicht* die Aufmerksamkeit auf das Kunstwerk gelenkt, sondern das Museum zum Rahmen eines Detektiv-Spiels wurde. Die Chikagoer aber ließen sich von solchen Einwänden nicht abschrecken. Sie machten ihr Haus zu einem Rätsel-Parcours, in dem die Antwort auf zwanzig verzwickte Fragen zu suchen war. Die Lösung für den Satz „Das Feenschloß ist nicht an seinem Platz" fand sich da beispielsweise auf dem Miniaturschachbrett in einem Puppenhaus, auf dem die Plätze von Springer und Turm vertauscht waren.

Am 1. Januar 1983, zum fünfzigjährigen Bestehen des Museums, wurde der Superquiz gestartet. 1200 Leute gingen an den Start, um die Siegesprämie von 10 000 Dollar zu gewinnen. Doch bald bröckelte die Front ab. Ein Taxifahrer, der täglich mehrere Stunden im Museum nach der Lösung suchte, mußte, nachdem er sechs Richtige hatte, aufgeben. Seine Familie schätzte es nicht, um der Kunst willen zu hungern. Ein Pfarrer zog einen Computer zu Rate und bot schließlich dreitausend Antworten an, darunter auch die korrekte.

Aber den Gewinn mußte er sich jetzt, zwei Jahre nach dem Start *dieser etwas seltsamen Erziehung* zum genauen Hinsehen, mit noch vier anderen teilen. Der pädagogische Effekt bleibt allerdings fraglich. Einer der Sieger erklärte am Schluß, er werde gewiß „mindestens 50 Jahre lang" keinen Fuß mehr ins Museum setzen. Und daß sich die anderen zu Kunstliebhabern entwickelt hätten, wurde ebenfalls nicht vermeldet.

Die erste deutsche Biographie von Giacomo Puccini

Ende der Rührseligkeit

Diese Geschichte ist erfunden: Ein armer, musikalisch hochbegabter Jüngling saß hungernd und frierend in einer Mailänder Mansarde, damals in den 1880er Jahren, unerkannt von der Welt in seinem großen Talent und schon früh verzweifelnd am Leben. Und auch dies gehört in den Bereich der Legende: Daß er jene ewig winterliche Bohème-Mansarde mit Pietro Mascagni geteilt hätte.

Diese Geschichte stimmt: Der aus der toskanischen Provinzstadt Lucca stammende Musikstudent verpfändete einmal im Leihhaus seinen einzigen Mantel. Aber nicht, um mit dem Darlehen Medizin für eine schwindsüchtige Mimi zu kaufen, sondern um ein Ballettmädchen der Mailänder Scala luxuriös zum Essen ausführen zu können.

Es ist ganz erstaunlich, wie sich im Falle des Komponisten Giacomo Puccini (1858-1924) Dichtung und Wahrheit, Filmschmonzette und Biographie zu einem nur noch schwer entwirrbaren Knäuel verwickelt haben, obwohl mehr als die Hälfte seines Erwachsenenlebens in unser Jahrhundert fällt. Mit der Legendenbildung wird es künftig freilich so einfach nicht mehr sein, denn nun endlich liegt, und das zum ersten Male, eine ernsthafte und seriöse deutsche Puccini-Biographie vor (Ernst Krause: Puccini – Beschreibung eines Welterfolgs, Siedler Verlag, Berlin, 370 S., 39,80 Mark), die wieder auseinanderdividiert, was inzwischen unentwirrbar schien.

Im eigentlichen biographischen Teil pflegt Krause ideologiefreie (und auf beste alte Art gut lesbare) Musikgeschichte. Lediglich das Vorwort forderte wohl vom Autor, dem Doyen der Musikkritiker in der „DDR", die eine oder andere taktische Bemerkung. Wie etwa die, daß Puccini ja auch einmal eine Oper nach Maxim Gorki geplant habe. Oder daß „seine Position zur Gesellschaft nicht eigentlich aktiv war, es fehlte ihm die politisch-gesellschaftsbildende Kraft Verdis". Nun, schließlich soll das Buch auch in diesem Jahr in Leipzig aufgelegt werden, und da müssen schon ein paar Erklärungen dafür konstruiert werden, warum Puccini gerade auf den Bühnen der „DDR" in einem Ausmaß gespielt wird, wie es selbst nach Publikumserfolg schielende amerikanische Opernhäuser nicht wagen würden.

Natürlich ging es Puccini um Schönheit, um Erfolg. Die Rezepturen dazu beherrschte er meisterlich, und ebenso meisterlich wußte er seinen Welterfolg zu genießen. Das ist nicht ehrenrührig, sondern ein Kompliment. Deshalb sollte man es auch in einer solchen Biographie nicht hinter der Aura des Künstlerischen zurücktreten lassen.

Aber wichtiger ist, daß Puccinis Leben hier noch einmal Gestalt gewinnt. Die zwar karge, aber niemals notvolle Jugend. Der erste Erfolg mit seinem „Capriccio sinfonico" als Examensarbeit. Puccini gab das Stück nie im Druck heraus, weil er es als Steinbruch für seine späteren Opern nutzte. Es quillt über von Einfällen, von denen sich bis zur „Madame Butterfly" zehren läßt. Die Förderung durch berühmte Musiker wie Ponchielli, die sehr wohl die überragenden Talente Puccinis früh erkannt hatten. Die einmalige Erfolgsserie von „Manon Lescaut" über „La Bohème" und „Tosca" bis zur „Butterfly", die Etablierung der Karriere auf zwei Kontinenten.

Puccini war zu seinen Lebzeiten schon der erste Weltstar unter den Komponisten, die Segnungen des neuen Jahrhunderts nutzend, mit seiner Kunst freilich weiterhin das 19. propagierend. Vielleicht ist sein Erfolg deswegen so ungebrochen, weil wir eben diese Mentalität bis heute nicht überwunden haben.

REINHARD BEUTH

Das 8. Festival liturgischer Musik in Jerusalem

Lichterfest mit Chören

Jerusalem, Pilgerstätte dreier Weltreligionen, ist wie kaum ein anderer Ort berufen, die Traditionen liturgischer Musik zu pflegen – der christlichen mit ihren verschiedenen Konfessionen und Sekten, der moslemischen und der jüdischen, orientalischer wie westlicher Herkunft. Der Musikforschung dient vornehmlich die Phonothek der hebräischen Universität Jerusalem; der Pflege geistlicher Musik widmen sich vor allem zwei Kirchen in Jerusalem, die benediktinische Dormition Abbey auf dem Zionsberg und die lutherisch-protestantische Erlöserkirche in der Altstadt – und der israelische Rundfunk.

Vor sieben Jahren veranstaltete das Radio-Sinfonieorchester des israelischen staatlichen Rundfunks zum ersten Mal ein Festival interkonfessioneller liturgischer Musik; es wurde dafür die Zeit nach den Weihnachtsfeiertagen gewählt, die ungefähr mit dem jüdischen Lichterfest „Chanukkah" zusammenfallen, denn um diese Zeit sind Jerusalem und Bethlehem voll von Chören, die als Pilger ins Heilige Land kommen und sich gerne an Aufführungen geistlicher Musik beteiligen.

Protestantische, katholische, byzantinische, israelisch-hebräische Musik war in diesem Jahre zu hören; eine moslemische geistliche Kunstmusik ist bisher noch nicht entstanden, obwohl es in Ägypten interessante Komponisten gibt – und einige Komponisten arabischer Herkunft in europäischen Ländern und in Amerika wirken.

Zu den Höhepunkten der „Liturgika 84", die am Wochenende mit einer Aufführung von Verdis „Requiem" unter der Leitung von Gary Bertini beschlossen wurde, gehörte eine stilvoll reine Wiedergabe von Johann Sebastian Bachs h-Moll-Messe, vom Stuttgarter Kammerchor gesungen und vom Israel-Kammerorchester musiziert. Dirigent war der jugendliche Frieder Bernius aus Stuttgart, und als Solisten kamen aus der Bundesrepublik die ungewöhnlich eindrucksvolle Sopranistin Maria Zedelius, ferner die Altistin Gabriele Schreckenbach, die leider im zweiten Teil der Tel Aviver Voraufführung krank wurde, der Tenor Hans-Peter Blochwitz und der Bassist Franz Gerihsen.

Der Chor, der die meisten Messen und Oratorienaufgaben in Jerusalem erfüllte, war der Bach-Chor aus London unter seinem Dirigenten Sir David Willcocks. Er sang in Verdis und in Mozarts „Requiem" und der e-Moll-Messe von Anton Bruckner, in Händels „Judas Makkabäus" und in Anton Dvořáks „Stabat Mater". Gary Bertini, Chefdirigent des Jerusalemer (wie des Kölner) Rundfunk-Sinfonieorchesters und künftiger Opernchef von Frankfurt, dirigierte auch das einzige israelische Werk des Festivals, das Oratorium „Mitternachtswache" von Mordechai Seter. Der erste Preisträger im Bach-Orgelwettbewerb 1984 in Leipzig, der Londoner Organist John Scott, konzertierte in der Dormition Abbey, und eben dort gastierte der die Tradition byzantinischer Gesänge pflegende Griechische Byzantinische Chor unter Leitung von Lycourgos Angelopoulos.

Eine hübsche Idee der Veranstalter war es auch, Kinder und Jugendliche an geistliche Musik heranzuführen. Israelische Kinderchöre und das Jugendorchester Rheinland-Pfalz, dirigiert von Bernhard Dalhausen, sangen und spielten religiös inspirierte Musik der Klassik und Romantik, leider kein zeitgenössisches Werk.

PETER GRADENWITZ

Ein besonnener Mann wagt den Ritt über den Bodensee – William Forsythe und das Frankfurter Ballett

Die Worte des Johann Sebastian Bach

Natürlich ist der Tanz eine andere Art von Sprache. Niemand hat bislang das Ballett als ein Kommunikationsmittel in Frage gestellt, weil es sich nicht faßbarer Begriffe bedient. Im Tanz tauscht der menschliche Körper seine Erfahrungen aus. Er teilt sie unmittelbar einem anderen mit, ohne deswegen große Worte machen zu müssen. Die Choreographen wissen das. Ihre Kunst besteht zum erheblichen Teil darin, Gesten, Schritte und Bewegungen in einen logischen Zusammenhang zu bringen, dessen Sprach-Sinn dem Zuschauer auch begreiflich wird.

Eine Sprache einfach zu benutzen oder sie wirklich zu verstehen ist selbstverständlich zweierlei. William Forsythe genügt es deshalb nicht, wie andere lediglich neue Bewegungs-Sätze zu formulieren. Seine Neugier ist komplexer. Er will herausfinden, wie Ballett als Kommunikationsmittel funktioniert. Er erlebt Tanz als grammatikalisches Ereignis, erlebt es als ein System, das sich auf einer anderen Ebene abspielt als unsere gewöhnliche Sprache – und versucht in seinen Stücken, dieses Bewegungsreglement dem Publikum auf eine möglichst unterhaltsame Art und Weise einsichtig zu machen.

Ein anspruchsvolles, ein gewagtes Unterfangen. Nachträglich wundert es einen darum um so mehr, daß Michael Gielen sich dieses nachdenklichen Mannes erst so spät versichert hat. Denn eigentlich konnte sich doch ein Opernhaus wie das in Frankfurt, das sich unter seiner Leitung immer mehr für ein Musiktheater stark gemacht hat, das seine Werke – wie man heute so schön sagt – tatsächlich hinterfragte, einen eher konservativ eingestellten Künstler wie Egon Madsen gar nicht leisten. Als Ballettdirektor paßt er nicht unbedingt ins Konzept. Aber vielleicht wollte sich Forsythe, der dem Stuttgarter Ballett immerhin zehn Jahre lang als Tänzer, dann zunehmend auch als Haus-Choreograph angehört hatte, seinerzeit so schnell nicht mehr binden. Deshalb schien es offenbar damals klüger, mit Madsen einen anderen Mann zu holen, der selbst genügend Attraktivität besaß, um das Frankfurter Publikum wieder mit dem Ballett zu versöhnen und dennoch fast im verborgenen neue Entwicklungen einzuleiten.

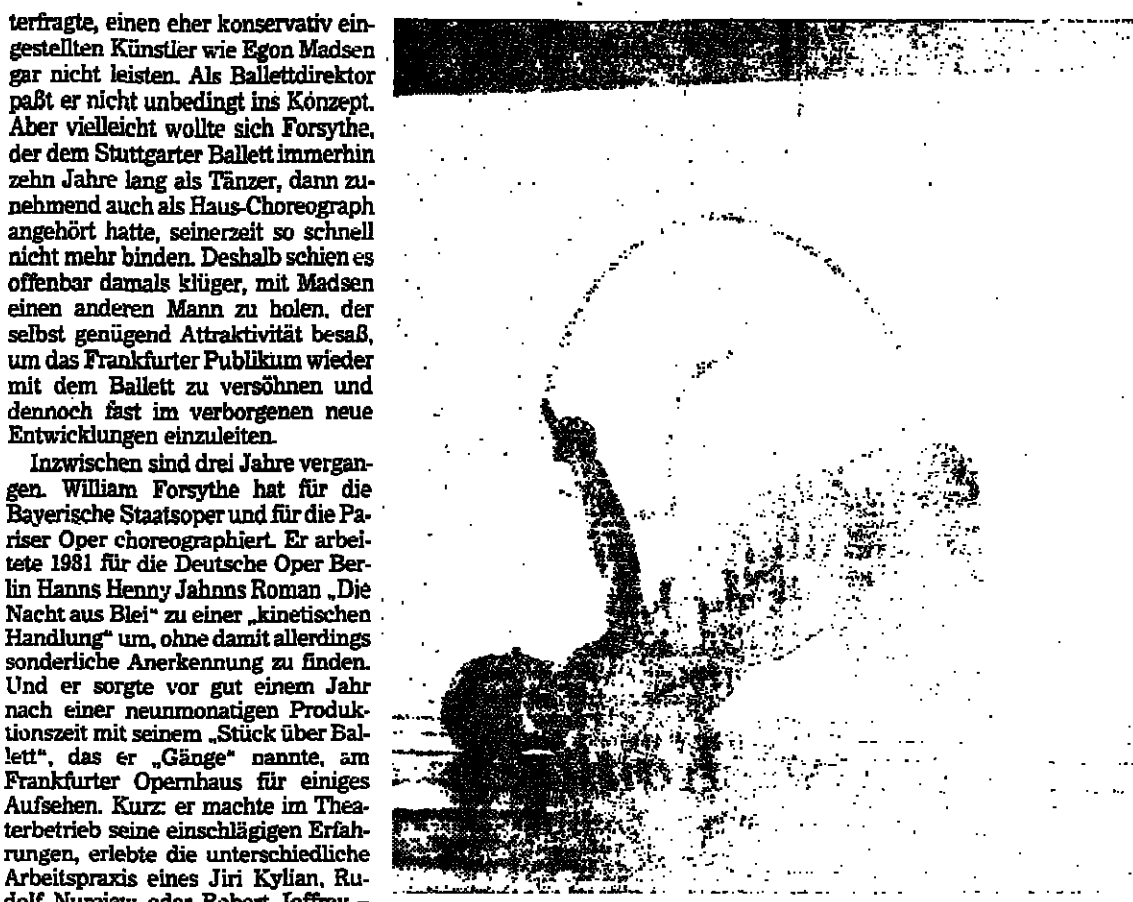
Inzwischen sind drei Jahre vergangen. William Forsythe hat für die Bayerische Staatsoper und für die Pariser Oper choreographiert. Er arbeitete 1981 für die Deutsche Oper Berlin Hanns Henny Jahnns Roman „Die Nacht aus Blei" zu einer „kinetischen Handlung" um, ohne damit allerdings sonderliche Anerkennung zu finden. Und er sorgte vor gut einem Jahr nach einer neunmonatigen Produktionszeit mit seinem „Stück über Ballett", das er „Gänge" nannte, am Frankfurter Opernhaus für einiges Aufsehen. Kurz: er machte im Theaterbetrieb seine einschlägigen Erfahrungen, erlebte die unterschiedliche Arbeitspraxis eines Jiri Kylian, Rudolf Nurejew oder Robert Joffrey – und erkannte, daß sich seine Vorstellungen von einem autonomen Tanztheater wohl nie verwirklichen lassen würden.

Darum war er wohl schließlich auch willens, nach dem Weggang von Madsen fest in einen Ensembleverband zurückzukehren, der ihm durch die gemeinsamen „Gänge" bestens vertraut war – nicht ohne sich allerdings Konditionen auszuhandeln, die seinen grammatischen Exkursen eine solide Basis gaben. Forsythe, der zunächst bis zum Ende der Ära Gielens in Frankfurt verbleibt, aber unter seinem Nachfolger Gary Bertini noch auf zwei weitere Jahre abschließen kann, hat das Recht, alle drei Bühnen zu bespielen: das Opernhaus (wo neben „Schwanensee" sein „Artefact" gezeigt wird), das Schauspiel (wo er innerhalb des Programms „Audio-Visual-Stress" ein paar seiner bisherigen Stücke präsentiert) und das Kammertheater (wo augenblicklich seine Junioren einem manchmal die gute Laune verderben). Im nächsten Jahr soll noch das Theater am Turm hinzukommen.

Kunst in Frage gestellt: Frankfurts Ballettchef William Forsythe

FOTOS: GERT WEIGELT

Im Ballett ist also eine gewisse Beständigkeit garantiert – zumal ja William Forsythe, eben 35 geworden,



Tänzerische Variationen: Über siebzehn [illegible] William Forsythes neuem Ballett „Artefact"

längst nicht mehr ein Enfant terrible, sondern ein Mann der Übersicht ist. Ein „Schwanensee" hat bei ihm die gleichen Chancen wie die „Gänge" – wenn's nach ihm ginge, würden beide Choreographien sogar im selben Programm aufgeführt. Er kann seinem Forschungsdrang freien Lauf lassen, und er tut es. Nach seinen „Gängen" greift er in seinem abendfüllenden „Artefact" (zu Bachs Chaconne d-Moll) noch einmal sein Grammatik-Thema auf. 17 Worte hat er sich ausgesucht, aus denen 500 Sätze gebildet werden können.

All das klingt ungeheuer kompliziert. Aber das Ballett ist keinen Augenblick lang langweilig. Die Theorie verdrängt nie die Praxis. Trotz aller Wissenschaftlichkeit ist alles, was der amerikanische Choreograph immer tut, im besten Sinne Theater. Tanz-Theater. Forsythe zieht sich nicht hinter gesicherte Bastionen zurück. Er wagt den Ritt über den Bodensee, riskiert künstlerisch Kopf und Kragen, indem er seine Kunst immer wieder in Frage stellt. Und zwar ganz wörtlich: wie ein roter Faden zieht sich [illegible] Die Vergangenheit [illegible] Megaphon [illegible] durch den Saal. Die Bewegungen werden auf ihren [illegible]

[illegible] Indem er sie in seine Einzelteile zerlegt, schafft er sich das Material und die Gewißheit, aus denen eines Tages etwas Neues entstehen könnte. Der nächste Termin steht jedenfalls schon fest: der 27. April. Und auch der Titel des Projektes ist bekannt: [illegible]

HARTMUT REGITZ

P. Hofstätter über die Grenzen der Psychologie

Seelenkunde ohne Seele

Seit mehr als zwanzig Jahren ist die Wissenschaftstheorie in Deutschland im Vormarsch. Sie beschäftigt sich überwiegend mit Problemen der wissenschaftlichen Erklärung, der Theoriebildung, der Induktion, der Falsifikation und anderen Methodenfragen. Doch nur eine einzelne Wissenschaft einmal kritisch unter die Lupe zu nehmen, ihre Ansprüche und ihre Leistungen zu vergleichen, ihre Tragweite abzuwägen, die Mannigfaltigkeiten ihres Operierens offenzulegen, das wurde bisher noch nicht geboten.

Für die Psychologie unternimmt das – und man muß mit Nachdruck sagen: erfolgreich – ein Mann, der zwar die moderne Wissenschaftstheorie kennt, doch selber kein Wissenschaftstheoretiker, sondern Psychologe, allerdings ein erfolgreicher Psychologe von internationalem Rang ist: Peter Hofstätter. Er forschte und lehrte in Österreich, den USA und Hamburg. Er ist der Verfasser des maßgeblichen Lehrbuches „Quantitative Methoden der Psychologie". Seine Sozialpsychologie und viele andere Bücher erleben zahlreiche Auflagen und Übersetzungen. Seine Arbeit fand Anerkennung durch Verleihung des Kardinal-Innitzer- und des Konrad-Adenauer-Preises.

Hofstätter ist ein Fachmann von hohem Niveau. Um so erstaunlicher, daß er auf die Fachterminologie der Wissenschaftstheorie und weitgehend auch auf die psychologische Fachsprache verzichtet und sich so klar und verständlich ausdrückt, daß jeder gebildete Laie ihn verstehen kann.

Dabei läßt er zugleich eine profunde Kenntnis der abendländischen Kulturgeschichte durchblicken: Immer wieder weist er darauf hin, daß die entscheidenden Probleme der Psychologie keineswegs erst in unserem Jahrhundert auftauchen, daß sie vielmehr schon bei Platon, bei Aristoteles, bei Aristophanes diskutiert werden. Augustinus und Pelagius, Thomas von Aquin und Erasmus von Rotterdam, Descartes und Leibniz, Kant und Schopenhauer werden in den Zeugenstand gerufen. Und aus der Gegenwart kommen Denker wie Norbert Wiener, Karl Popper und Karl Steinbuch zu Wort.

Hofstätter bietet jedoch nirgends nur ermüdende Aufzählungen, er rankt vielmehr seine hochinteressanten, z. T. sogar spannenden Fragestellungen um insgesamt zehn Themen, wie z. B. „Ein Heilberuf?", „Die Kontrolle des Verhaltens", „Denkende Wesen", „Fortschritt in der Psychologie?".

Wenn man das Buch erst einmal zur Hand genommen hat, wird es sehr schwierig, es nicht in einem Zug bis zum Ende zu lesen, denn es ist nicht nur gut geschrieben, es bietet auch immer wieder Überraschungen. So erfahren wir z. B., daß die Heilerfolge der Psychotherapie und Psychoanalyse lediglich etwa 60 Prozent betragen. Und manches davon sind Spontan-Heilungen, die wahrscheinlich auch ohne Behandlung eingetreten wären. Typisch für dieses Gebiet der Psychologie seien die heillose Zersplitterung der Theorien und der Kampf der verschiedenen Schulen gegeneinander. Und Psychotherapie sei immer in Gefahr, sich zu einer Gegen-Religion zu entwickeln.

Mit dem radikalen Behaviourismus von Skinner, der eine Seelenkunde ohne Seele betreibt, ausschließlich äußeres Verhalten als Gegenstand der Psychologie gelten läßt, geht Hofstätter ebenso radikal ins Gericht und zeigt, wie diese Auffassung durch die weitere Entwicklung längst überholt wurde. Ernüchternd, wenngleich logisch wirkt darum Hofstätters Feststellung: „Schulen der Psychologie fallen nicht im Kampfe, sie gehen vielmehr ein an der Interessenlosigkeit der Psychologen."

Während z. B. noch in den sechziger Jahren mehr als 1000 Untersuchungen über das kindliche Lernen erschienen seien, waren es bereits in den siebziger Jahren ganz erheblich weniger, und seit 1980 könne man nur noch mit größter Mühe eine einschlägige Arbeit zu diesem Thema finden. Was als Fortschritt ausgegeben wird, erschöpft sich nach Hofstätter oft bloß in einer neuen Terminologie: „Was aber, wenn ein neuer Terminus ein Problem nicht wirklich aufklärt, sondern nur in betrügerischer Weise verbirgt?"

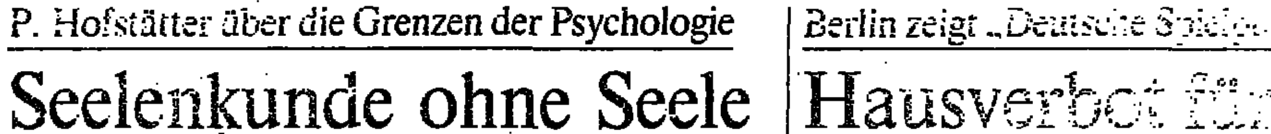
Skepsis verrät seine Schlußbemerkung, es sei ja gerade der soziale Auftrag der Psychologie, jeweils neue Formulierungen anzubieten, um dadurch angeblich wissenschaftlich objektiver zu werden: „Hiervon ist kein Ende abzusehen." Hofstätters Darlegungen scheinen das zu bestätigen. Und wer das alles noch genauer wissen will, für den stellt er 21 Seiten Literaturverzeichnis zur Verfügung. Zugleich helfen die sehr gründlichen Personen- und Sachregister, gezielt einzelnen Fragen nachzugehen.

ALBERT MENNE

Peter R. Hofstätter, Psychologie zwischen Kenntnis und Kult. R. Oldenbourg Verlag, München, 212 S., DM 29,80.

Berlin zeigt „Deutsche Spiel[illegible]

Hausverbot für K[illegible]



Im Spätherbst und Anfang des Winters verschwanden manchmal die Lieblingsspielzeuge der kleinen Mädchen – und tauchten ebenso überraschend wieder auf: mit heilen Füßen und Händchen kehrten sie von der Klinikbehandlung beim Puppendoktor zurück. Und auch der Augenmechanismus funktionierte wieder: erst klapperten die Lider mittels eines im Hinterkopf installierten Gewichtes synchron, später blinzelten sie sogar einzeln. Solche Zuwendung erfuhren die Puppen freilich noch zu Zeiten herabgesetzter Wegwerf- und Ersatz-Mentalität.

Aus jener Zeit, vor allem zwischen 1880 und dem Zweiten Weltkrieg, stammen die deutschen Spielpuppen, die derzeit in einer kleinen Schau des Museums für Deutsche Volkskunde zu sehen sind, vornehmlich aus der Obhut von elf Sammlerinnen und zugleich Belege für ein Sammelgebiet, das neuerdings vehement an Beliebtheit gewinnt. Marionetten und Kasperles haben keinen Zutritt zur erlesenen Gesellschaft dieser „klassischen Beschäftigungsutensilien".

Die Hälfte der Weltproduktion solcher Puppen kam aus Deutschland: Seit Ende des vergangenen Jahrhunderts blühte die „Industrie" vornehmlich in Thüringen. Die kleinen Gefährten aus Waltershausen, Gräfenheim und Sonneberg, die Produkte von Armand Marseille und Heubach aus Köppelsdorf waren besonders begehrt – und blieben, so sie porzellanene Körperteile hatten, auf entsprechende Zärtlichkeit ihrer „Mütter" angewiesen.

Puppen sind menschlich. Zunächst hatten sie damenhaftes Gebaren, dann aber vollzogen sie, mit jeglichem Zubehör, ländliche Lebenserfahrung getreulich nach. Beneidenswert: Puppen sehen kaum jemals älter aus als vierzig. Schon bedauerlicher: nennenswerte Geschlechtsmerkmale weisen die Kleinen nicht auf. Dafür können die einen, gibt man ihnen etwas zu trinken, konsequent jene Folgen zeitigen, die die spielenden Mädchen sich gerade erst abgewöhnt haben. Andere Puppen garantieren ausdrückliche Wasserfestigkeit: sie eigenen sich für die Mitnahme nach Wyk und Westerland.

Unübersehbar herrscht aber in der Puppen-Welt, physiognomisch ganz doch unverkennbar, Frauenüberschuß. Der Allerwelts-Blick ist durchaus geläufig. Jedoch gibt es die Spezies der „Charakter-Puppe". Sie bürgt für Individualität. So das Mulattenbaby „mit Scheinenblick".

Einige wenige schlüpfen in Siebenbürger Kirchgangs- oder sommerliche [illegible]-Tracht. Die anderen kleiden sich nach den einschlägigen Puppen-Mode-Journalen [illegible]. Die kleine Puppenschneiderin. Und weil das Leben nicht nur aus feschem Zeitvertreib besteht, bekommt auch eine Puppe [illegible] und den Teppichklopfer in die Stube. Sie verfügt über [illegible] und Kasserolle. [illegible] heißt „Die kleine Puppenköchin". Schon handfester als die eleganten [illegible] Puppen präsentieren sich „Schlenkerle" und „Hampelchen" mit ihren Gefährten von Käthe Kruse oder die Steiff-Kop[illegible]

Die heutigen Sammlerinnen [illegible] Zöglinge. Die fühlen sich jetzt im Museum gut. Freilich zeigt die Schau keineswegs nur die Stars der Sammlungen [illegible] Übrigens: in [illegible] geht es Puppen nicht besser als ihren Vorbildern, den Menschen. Um etwas in den hübschen geschenkten Topf zu bekommen, brauchen sie Bezugsschein und [illegible]. Beides ist in der Ausstellung zu sehen. Offenbar hat da eine Puppe keinen Hunger gelitten.

PETER HANS GÖPFERT

Gefährtin aus Waltershausen: „[illegible]" ([illegible]), aus der Berliner Schau

FOTO: [illegible]



JOURNAL

Palach-Preis wurde in Paris vergeben

[illegible] Paris

Der diesjährige Jan-Palach-Preis, der [illegible] Jahren gestiftet [illegible] in Paris an die Organisatoren des [illegible] in Prag verliehen worden. [illegible] Wissenschaftler und Universitätsprofessoren Vorträge [illegible] vor jungen Menschen, die aus politischen Gründen von Hochschulen der CSSR ausgeschlossen wurden. Den Preis in Höhe von 50 000 französischen Franken vergibt ein internationales Komitee, dem [illegible] der u. a. [illegible] Dürrenmatt, Stoppard und [illegible] Schriftsteller [illegible] und Heinrich Böll [illegible]

Arbeiten des Dresdner Bildhauers F. Press

DW. [illegible]

Skulpturen, Plastiken und [illegible] die [illegible] Friedrich Press aus Dresden [illegible] bis zum 22. Februar. Press, [illegible] westfälischen Ascheberg [illegible] und seit 1945 freischaffend in Dresden tätig, hat für katholische und evangelische Kirchen in beiden Teilen Deutschlands gearbeitet. Die Ausstellung umfaßt 48 [illegible], dreißig Zeichnungen und [illegible] Fotos von Arbeiten, die Themen aus dem Neuen Testament aufgreifen.

Stadtgeschichte im „Maison du Roi"

J. B. [illegible]

Im „Maison du Roi" am Brüsseler Großen Markt ist ein Museum [illegible] Geschichte der Stadt [illegible] Spitzen [illegible] der Kaiser [illegible] das Haus [illegible] modernen Museumsgestaltung Rechnung trägt. Auf mehreren Etagen wird hier Stadtgeschichte mit schönem alten Porzellan und Silbergerät, mit Möbeln und Gemälden dargestellt. Und für „Manneken Pis", die berühmte Brüsseler Brunnenfigur, die im Original ein paar Straßen weiter zu finden ist, werden hier alle Kostüme aufbewahrt, die [illegible] im Laufe der Jahrhunderte [illegible] verliehen wurden.

Salzbrand-Preis der Handwerkskammer

DW. Koblenz

Um die traditionelle Keramik mit Salzbrandglasuren zu fördern, hat die Handwerkskammer jetzt zum zweiten Mal den Preis „Salzbrand '85" ausgeschrieben. Teilnahmeberechtigt sind Töpfer und Werkstätten aus allen Ländern ohne Altersbeschränkung. Zugelassen werden sowohl Gefäßkeramiken als auch freie Objekte. Der erste Preis beträgt 3000 Mark. Einsendeschluß ist der 10. September 1985.

Erinnerung an Gustav Heinrich Wolff

DW. Hamburg

Ende des vergangenen Jahres erinnerte das [illegible] Museum in Friedrichsruh [illegible] einer Ausstellung an den Bildhauer Gustav Heinrich Wolff (1886-1934). Diese Werkübersicht mit Plastiken, Zeichnungen und Graphiken [illegible] jetzt die Hamburger Galerie Hans Barlach übernommen [illegible] 11. Januar bis zum 26. Februar [illegible] Zu der Ausstellung erschien ein umfangreicher Katalog zum Preis von 25 Mark.

IBA-Ausstellung wird in Mailand gezeigt

[illegible] Berlin

Die Ausstellung „[illegible] Ergebnis", die die [illegible] der Internationalen Bauausstellung Berlin bis Ende Dezember im Martin-Gropius-Bau darstellte, wird im Rahmen der Triennale in Mailand gezeigt. Sie wird am [illegible] Februar eröffnet und bis Anfang April zu sehen sein. Anschließend übernimmt Mailand eine weitere IBA-Ausstellung. Das [illegible] aus der Berliner [illegible]

„Gedachte Strukturen" von Anneliese Gripp

DW. Wuppertal

Unter dem Titel „Gedachte Strukturen" zeigt die Galerie Palette Röderhaus in Wuppertal vom 13. Januar bis zum 16. Februar Werke von Anneliese Gripp. Für die Malerin, die in Berlin geboren wurde, in Hamburg, Brüssel und Madrid studierte, dann in den USA lebte und nun ein Atelier in [illegible] hat, [illegible] Deutschland [illegible] 16. Februar bis [illegible] sind [illegible] Gemälde in der Patriotischen Gesellschaft in Hamburg zu sehen.



Die Antarktis gilt als „Schatzkammer der Zukunft". Eine Gewinnung der Rohstoffe ist aber noch Utopie. Auf dem „höchsten, kältesten und windigsten Kontinent" herrschen durchschnittlich Minus-Temperaturen von 30 Grad. In einem Bericht der Vereinten Nationen sind alle Daten über den sechsten Erdteil zusammengetragen worden. Seine Eismasse birgt 70 Prozent des Frischwasservorrates der Erde. Antarktis – ein lohnender Kontinent.

Auf zwei Flugboote stützte sich die 3. deutsche Antarktis-Expedition 1938/39. Das historische Foto zeigt eine der Maschinen nach der Landung am Schelfeisrand – in Blickweite riesiger Eisberge FOTO: LUFTHANSA

Der unerforschte sechste Kontinent

Die Existenz eines sog. antarktischen Kontinents muß mit Recht bezweifelt werden, da die geringe Ausdehnung der bisher berührten Gestade durchaus nicht auf ein geschlossenes Land, sondern eher auf einzelne Inseln schließen läßt...", heißt es vor hundert Jahren im Brockhaus Conversations-Lexikon. Eine 1910 in Berlin veröffentlichte Karte zeigt eine „West-" und eine „Ost-Antarktika", getrennt durch einen weißen Streifen mit dem Vermerk: „Land oder See?" Und bis weit in die dreißiger Jahre dieses Jahrhunderts hinein enthalten Antarktis-Karten weiße Flecken – es sind weder Eisfelder, noch Gletscher, sondern „unerforschtes Gebiet".

Unter größten Anstrengungen und Opfern haben inzwischen zahlreiche Expeditionen einige „Geheimnisse" um das südlichste Erdgebiet gelöst. Die Grundinformationen liegen vor, jetzt geht es an die Erforschung des „sechsten Kontinents". Diese Bezeichnung verwendete erstmals der deutsche Forschungsreisende Wilhelm Filchner (1877–1957) in seinem 1922 veröffentlichten Buch „Zum sechsten Kontinent" über die zweite deutsche Südpolar-Expedition 1911/1912 (Verlag Ullstein/Berlin). Filchner entdeckte die mit etwa 415 000 Quadratkilometer wohl größte schwimmende Eistafel mit einer Dicke zwischen 250 und 750 Meter (Filchner-Schelfeis).

Ritscher-Land, Wohltat-Massiv, Drygalski-Gebirge, Mühlig-Hoffmann-Gebirge, Neuschschwabenland, Wegener Inlandeis, Gauß-Berg, Filchner-Schelfeis, Wilhelm-II.-Land – diese Bezeichnungen auf allen internationalen Antarktika-Karten sind die manifestierten Entdeckungen deutscher Entdecker und Forscher.

Die Landmasse der Antarktis bedeckt etwa 13 Millionen Quadratkilometer und avnaciert damit zum viertgrößten Kontinent vor Europa (10,5 Millionen Quadratkilometer) und Australien (7,7 Millionen). Die Antarktis liegt völlig unter Eis und Schnee. Ihre Eisschicht hat eine durchschnittliche Dicke von 1720 Meter, an ihrer dicksten Stelle mißt sie nicht weniger als 4,3 Kilometer. Der Südpol liegt auf einem Hochlandmassiv in etwa 2800 Meter Höhe.

Tiefsttemperaturen bei orkanartigen Stürmen kennzeichnen das Klima. Die Jahres-Durchschnittstemperatur am Südpol liegt bei minus 50 Grad Celsius. Windgeschwindigkeiten von 150 km/h sind keine Seltenheit; an der Adélieküste erreicht der Sturm an 340 Tagen im Jahr diese Wucht.

Einzige Bewohner des Kontinents sind die etwa 3000 Wissenschaftler in den rund um das Jahr besetzten Forschungsstationen. Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten und Aufträge sind international abgestimmt und Bestandteil eines weltweiten Programms.

Die Antarktis ist reich an Rohstoffen – Kohle, Eisen, Molybdän, Mangan, Zinn, Chrom/Nickel, Kupfer, Uran, Gold, Silber –, deren industrielle Nutzung der internationale Antarktisvertrag untersagt.

HEINZ KLUGE-LÜBKE

„Schatzkammer" der Zukunft?

Es wäre schon ziemlich komisch, wenn ausgerechnet die Pinguine, jene liebenswürdige Karikatur des Berufsdiplomaten, die ersten Bewohner eines Erdteils unter einer Weltregierung würden", spöttelt man bei den Vereinten Nationen in New York über Bestrebungen, die Antarktis unter UNO-Aufsicht zu stellen.

Ohne Frack im Gepäck sind in dieser Woche 60 Diplomaten und Wissenschaftler aus 25 Staaten in zwei Flugzeugen zum sechsten Kontinent geflogen. Vorher wurden sie in Christchurch (Neuseeland) für ihre Expedition eingekleidet, wo sie auch ein Überlebenstraining fürs ewige Eis absolvierten.

Am Fuße des Beardmore-Gletschers, rund 700 Kilometer vom Südpol entfernt, debattieren die Teilnehmer in der amerikanischen Forschungsstation auf dem Ross-Eisschelf bis zum Wochenende über die Zukunft der Antarktis. Dieses unwirtliche Gebiet macht ein Zehntel der Erdoberfläche aus und soll unermeßliche Bodenschätze bergen.

Aufs Eis geführt hat die Experten das Polarforschungsinstitut der Amerikanischen Akademie der Wissenschaften in Washington, das gemeinsam mit der National Geographic Society und einigen Stiftungen mit diesem „Workshop" die Vorzüge des Antarktis-Vertrages vor Ort erläutert. So will man der Forderung aus der Dritten Welt entgegenwirken, die Antarktis zum „gemeinsamen Erbe der Menschheit" zu deklarieren.

Zum 25. Jahrestag der Unterzeichnung dieses Vertrages am 1. Dezember 1959, als der „kalte Krieg" heißlief, stellte Präsident Ronald Reagan im vergangenen Monat fest: „Der Antarktis-Vertrag legt ein hervorragendes Zeugnis dafür ab, wie Länder mit unterschiedlichen Systemen zum gemeinsamen Wohl zusammenarbeiten können."

Ursprünglich schlossen zwölf Staaten den „Vertrag von Washington" ab: Argentinien, Australien, Belgien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Japan, Neuseeland, Norwegen, Südafrika, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten. Später traten ihm die Bundesrepublik Deutschland und Polen mit bevorzugtem Konsultativstatus bei.

Weitere Mitglieder minderen Ranges im „Antarktis-Club" sind heute Bulgarien, Brasilien, die Volksrepublik China, Dänemark, die „DDR", Indien, Italien, die Niederlande, Papua-Neuguinea, Peru, Rumänien, Spanien, die Tschechoslowakei und Uruguay. Der Beitritt steht allen Staaten offen, die Aufnahme in den inneren Kreis hängt von wissenschaftlichen Aktivitäten ab.

Durch den Antarktis-Vertrag, der bis zum Jahre 1991 läuft, sind alle früheren Territorialansprüche „eingefroren". Argentinien, Chile und Großbritannien erheben überlappende Forderungen, Australien, Frankreich, Neuseeland und Norwegen beanspruchen separate Segmente, während die Supermächte weder Ansprüche stellen noch anerkennen.

Dank des Vertrages blieb die Antarktis frei von militärischen Stützpunkten, Atomversuchen, Lagern radioaktiven Mülls. Es garantiert die freie Forschung und sorgt für die Bewahrung der Umwelt.

MANFRED NEUBER

Pech für Bankräuber

Großversuch mit präparierten Geldscheinen angelaufen

E. REVERMANN, Frankfurt

An 30 Geldinstituten im Bundesgebiet und in Berlin wird derzeit ein neues Sicherheitssystem erprobt, das Bankräuber abschrecken soll. In präparierten Geldpäckchen wird mit Hilfe eines Mini-Senders ein dunkelroter Farbstoff versprüht, der das geraubte Geld Sekunden nach dem Überfall unbrauchbar macht. Zudem ist der Täter mit schwer entfernbarer Farbe markiert.

Von der neuen „roten" Waffe, vertrieben von der deutschen Tochter eines englischen Chemiekonzerns, haben sich bisher Polizeidienststellen und Geldinstitute im Großraum Frankfurt, in Mannheim, in den Räumen Aachen und Dortmund, in Berlin und bei einer Sparkasse nahe Göttingen überzeugen lassen. Ähnliche Versuche plant man in Hamburg. Obwohl die präparierten „Geldbomben" in einigen Geldinstituten schon über Monate für potentielle Bankräuber griffbereit liegen, gibt es in Deutschland noch keine „Erfolgserlebnisse" – hier hat noch kein Ganove zugegriffen.

Das System arbeitet wie folgt: Zwischen dem „normalen" Geld hat der Kassierer – für Fremde nicht erkennbar – ein Bündel von 100 Scheinen. Es haftet auf einer Sicherheitsplatte. Greift es der Kassierer und händigt es einem Bankräuber aus, löst eine raffinierte Elektronik einen im Geld verpackten Mini-Sender aus. Dank präziser Ausmessung in den jeweiligen Bankräumen wird der Sender erst etwa zehn bis 20 Sekunden nach Verlassen des Geldinstituts „heiß": Es strömt ein dunkelroter Farbstoff aus, der die gesamte Beute in Sekundenschnelle verfärbt. Das Geld ist somit nicht abzusetzten, das bestohlene Institut jedoch kann die verschmierten Scheine später ohne Nachteile bei der Bundesbank eintauschen. Auch der Täter kommt nicht „farblos" davon: Die Sprühsubstanz beschmiert seine Kleidung und eventuell auch Hände, die Farbe ist nur unter größten Schwierigkeiten zu entfernen. Mit diesem System sind seit 13 Jahren 70 000 Kassenschalter in den USA ausgerüstet – bei 20 Prozent aller Geldinstitute. Nach Angaben des Herstellers sind bisher 3200 Bankräuber in Amerika in die „Farbfalle" gegangen. Zu 45 Prozent wurden die Täter erwischt, in gar 70 Prozent hatte man das Geld schnell zurück, weil die Täter zumeist ihre „duftende Beute" weggeworfen hatten. In Frankreich, wo es präparierte Päckchen dieser Art seit einem Jahr gibt, wurden durch diese Methode 85 Prozent der Beute wiederbeschafft.

Allein im Jahre 1983 – die Zahlen von 1984 sind noch nicht ausgewertet – haben Bankräuber bei 700 Überfällen im Bundesgebiet und in West-Berlin 20 Millionen Mark geraubt.

LEUTE HEUTE

Peinliche Anklage

John Zaccaro, der Ehemann der bei den US-Wahlen unterlegenen demokratischen Vizepräsidentschafts-Kandidatin **Geraldine Ferraro**, ist am Montag in New York wegen Betruges angeklagt worden. Er wird beschuldigt, gemeinsam mit einem Geschäftspartner auf unredliche Weise für einen Immobilien-Investor ein Darlehen von 15,5 Millionen Dollar (etwa 45 Millionen Mark) für die Finanzierung des Ankaufs von fünf




Wohnhäusern im New Yorker Stadtteil Queens beschafft zu haben. Dabei habe Zaccaro den Wert der Häuser sowie seine eigenen Vermögenswerte um 17 Millionen Dollar (rund 50 Millionen Mark) zu hoch angegeben. Der Tatbestand kann mit Freiheisstrafe bis zu einem Jahr geahndet werden. Die Finanzgeschäfte Zaccaros werden seit der Kandidatur seiner Frau untersucht.

Kollaps mit Folgen

David Abraham sieht sich vor den Trümmern seiner Träume und weiß, wer den Hammer schwang. Seine Thesen über die Schuld der Unternehmer am „Kollaps der Weimarer Republik", so lautete sein Buchtitel, verhießen ihm zunächst eine Professur auf Lebenszeit an der weltberühmten Princeton-Universität. Dann aber wiesen unverzeihlicherweise zwei deutsche Professoren, **Hans-Ulrich Wehler** und **Ulrich Nocken**, Abraham unter 100 Fußnoten 94 Fehler nach. Prompt verschwand ein Angebot der katholischen Universität Washington in der Versenkung. Auch bei der University of California löste sich auf Kollegenanrufe hin eine Abraham zugedachte Planstelle in Luft auf. Im Juni schließlich endet auch noch Abrahams Vertrag mit der Princeton-Universität. Der hehre Geist, so scheint es, hat scharfe Krallen.

Julio gelandet

Vergeblich fragten Hunderte Pariser die Veranstalter nach der gestrigen Ankunftszeit des Sängers **Julio Iglesias**: Geheim, bedaure. Sein Domizil? Paris, Monsieur. Der Sänger lande, hieß es dann, in Orly. Oder auf dem Flugplatz Roissy. Oder in Le Bourget. Paris ist so groß, Madame, wie kann man wissen ...

Scholl bei Lüge ertappt?

Ermittlungen inzwischen auf die Familie ausgedehnt

XING-HU KUO, Baden-Baden

Die Affäre um den angeblichen Raubüberfall des früheren FDP-Spitzenpolitikers Hans-Otto Scholl (51) aus Rheinland-Pfalz wird immer verwickelter. Der 51jährige Anwalt wird beschuldigt, am 28. Dezember 1984 mit Waffengewalt ein Juweliergeschäft überfallen und Schmuck im Wert von 1,3 Millionen Mark, nach anderen Quellen sogar 2,3 Millionen, geraubt zu haben. Dabei wurden zwei Menschen verletzt. Der ehemalige Landes- und Fraktionschef der FDP in Mainz bestreitet die Tat, bleibt aber in Haft. Seine mutmaßlichen Opfern wollen ihn einwandfrei wiedererkannt haben.

Wie die WELT darüberhinaus von amtlichen Stellen erfuhr, soll Scholl in Begleitung seiner Ehefrau, Schwiegermutter und einer Tochter nach Baden-Baden gereist sein. Am Tattag haben sich die Angehörigen dann offenbar von Scholl getrennt. Während letzterer angeblich den Raubüberfall gegen 15.30 Uhr verübte, gingen seine Verwandten getrennt einkaufen. Die Ermittlungen laufen noch, ob die Angehörigen in irgendeiner Weise etwas mit dem Verbrechen zu tun haben – etwa, ob sie den Schmuck versteckt haben, der bis gestern nicht gefunden wurde. In dem dunkelblauen Mercedes 350 des FDP-Politikers wurden von Zeugen zumindest „eine Frau und Kind" gesehen.

Nach weiteren Informationen hat Scholl unmittelbar nach dem Raubüberfall die Ringalarmfahndung und Polizeisperre mühelos passiert mit dem Hinweis, er sei „Landtagsabgeordneter von Rheinland-Pfalz". Eine unwahre Behauptung. Die FDP ist seit 1983 nicht mehr im Landtag von Mainz vertreten. Sein selbstbewußtes Auftreten und die Nobelkarosse haben offenbar die Beamten nachhaltig beindruckt. Jedenfalls haben sie Mann weiterfahren lassen, ohne die Papiere geprüft zu haben.

Nach der Tat, die Scholl zur Last gelegt wird, muß der Beschuldigte sein Hotel, das vornehme „Brenner", aufgesucht haben. Abends soll er im Kasino gesehen worden sein, während der Rest seiner Familie sich, augenscheinlich im Mercedes auf dem Weg nach Hause, nach Oggersheim, befand. Scholl selber benutzte später den Zug.

Nach unbestätigten Meldungen soll Scholl auch eine Waffe jenes Typs besitzen, mit der der Warnschuß im Juweliergeschäft abgefeuert wurde. Die Pistole selber – eine „Smith and Wesson", Kaliber 38 – ist noch nicht gefunden worden.

Scholl besitzt neben einem Haus in Oggersheim Immobilien in Bad Soden und Mainz. Außerdem soll er eine Freundin luxuriös verwöhnt haben.

WETTER: Dauerfrost

Wetterlage: Bei geringen Luftdruckgegensätzen zieht ein über der südlichen Nordsee liegendes Randtief nach Frankreich. Sein Schneefallgebiet erfaßt den Norden und den Westen des Bundesgebietes.



Vorhersage für Mittwoch:
Im Norden und Westen bedeckt und zum Teil länger andauernder Schneefall. Temperaturen hier tagsüber bei minus 5, in der Nacht zum Donnerstag bei minus 10 Grad. Sonst wolkig mit Aufheiterungen und nur vereinzelt Schneeschauer bei Tagestemperaturen um minus 10 und Nachtwerten von minus 15 bis minus 20 Grad. Schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Weiterhin kalt und im Westen Schneefall.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	-6°	Kairo	17°
Bonn	-14°	Kopenh.	-8°
Dresden	-14°	Las Palmas	20°
Essen	-13°	London	-3°
Frankfurt	-8°	Madrid	1°
Hamburg	-12°	Mailand	-6°
List/Sylt	-10°	Mallorca	7°
München	-20°	Moskau	-7°
Stuttgart	-20°	Nizza	-2°
Algier	12°	Oslo	-13°
Amsterdam	-5°	Paris	-10°
Athen	16°	Prag	-12°
Barcelona	1°	Rom	3°
Brüssel	-12°	Stockholm	-17°
Budapest	-13°	Tel Aviv	22°
Bukarest	-6°	Tunis	11°
Helsinki	-18°	Wien	-18°
Istanbul	12°	Zürich	-15°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 8.24 Uhr, Untergang: 16.35 Uhr; **Mondaufgang**: 20.46 Uhr, Untergang: 10.48 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Massenandrang zum Scholz-Verfahren erwartet

F. DIEDERICHS, Berlin

Als 1980 der ehemalige Box-Europameister Gustav „Bubi" Scholz zur Feder griff und mit der Autobiographie „Der Weg aus dem Nichts" seinen unaufhaltsamen Aufstieg vom Sandsack-Schläger zum Champion nachvollzog, wollte kaum einer von den Memoiren des Rechtsauslegers Notiz nehmen. Heute, auf dem steilen Weg abwärts, findet der tragische Verlauf einer einzigen Nacht mehr Interesse als ein ganzer Lebensweg.

„Früh aufstehen", empfiehlt der Berliner Justizsprecher Hellmut Königshaus all jenen, die am 14. Januar im Berliner Kriminalgericht den Prozeßauftakt gegen „Bubi" Scholz miterleben wollen, denn nur 70 Zuhörer werden in dem mit Panzerglaspforte abgeschotteten Saal 700 Platz finden.

Die vorerst fünf Verhandlungstage werden sich auf den Vorabend des 23. Juli 1984 konzentrieren, den Zeitraum zwischen 20.30 Uhr und 22.45 Uhr. Mit 30 Zeugen und neun Sachverständigen will Staatsanwalt Willi Wiedenberg (45) den Beweis führen, daß Scholz in dieser Zeit mit einem Repetiergewehr auf seine Frau feuerte, die sich hinter der Tür der Gästetoilette aufhielt, und dabei „den Tod seiner Frau zumindest billigend in Kauf genommen hat".

„Bubi" will weder gewußt haben, daß seine Frau hinter dieser Tür stand, noch will er auf irgendein Ziel mit dem Gewehr, das zur Dekoration und Freude der Partygäste diente, angelegt haben. „Unfall beim Reinigen des Gewehrs", sagt Scholz-Verteidiger Dr. Manfred Studier, doch die Anklage geht von einem Streit zwischen den Ehepartnern als auslösendes Moment des Todesschusses aus. Als Indiz für einen Streit dient der Anklage das Ergebnis eines ausgiebigen Blicks in die Privatsphäre von „Bubi" und Helga, der im November 1955 die Klatschkolumnisten attestierten, sie habe „Bubis Herz ausgeknockt".

Harte Bandagen in der Ehe

Später wurde der Ehealltag, soviel berichteten jedenfalls Freunde, mit harten Bandagen bestritten. Helga Scholz, ihrem Mann offenbar verbal überlegen, neigte zu Beleidigungen. Der empfindsame „Bubi" suchte Trost bei anderer Weiblichkeit. Bei den Szenen einer 23jährigen Ehe führte oft der Alkohol Regie, und auch am Abend der Tat soll diese Droge nach Berichten des Hausgärtners Willi Weber (58) zu einer „angespannten Stimmung" in dem Grunewald-Bungalow geführt haben. Die Wahrnehmungen des Gärtners endeten um 20.15 Uhr, als er das Haus verließ und dem Hausherrn zuvor eine halbleere Flasche Gin aus der Hand genommen hatte.

Was danach geschah, liest sich in der Anklage so: Die Streitigkeiten hätten sich, unbemerkt von Zeugen, bis zum Todesschuß fortgesetzt. Scholz-Verteidiger Studier: „Keine Zeugen – also reine Spekulation der Staatsanwaltschaft."

Für eine Rauschtat – oder einen Unfall im Vollrausch – könnten die Fakten sprechen, die zur Beurteilung der Alkoholmenge im Blut des Boxers bekannt sind. Am Tag nach der Tat wurden bei zwei Messungen um die Mittagszeit – mit halbstündigem Abstand – Werte von 1,91 und 1,87 Promille ermittelt. Sachverständige rechneten dann die theoretische Promillezahl für den Tatzeitraum zurück – ein problemloses Verfahren, da sich Alkohol im Blut pro Stunde um einen gewissen Prozentsatz zersetzt.

Ergebnis des Rechnens: Um 20.30 Uhr müßte Scholz 4,37 Promille, um 22.45 Uhr noch 4,04 Promille im Blut gehabt haben – Werte, die nach Auffassung der Anklage zum Tod des Betreffenden hätten führen müssen.

Also müsse dieser, folgert der Staatsanwalt, auf jeden Fall einen „Nachtrunk" nach dem Todesschuß genommen haben, sei also zur Tatzeit selbst nicht im Zustand eines Vollrausches gewesen.

Zweifel der Gutachter

Die Gutachter und die Verteidigung halten dies indes keineswegs für sicher und lassen bis heute die Frage offen, ob ein trinkfester und trainierter Mann wie „Bubi" Scholz nicht doch eine solche Promillezahl überlebt haben könnte. Nicht unter Einfluß von Alkohol stand Scholz jedenfalls im Jahr 1981, als er einem Autofahrer, der ihm den Vogel gezeigt hatte, mit einem Schlag den Kiefer gebrochen hatte. Dies bescherte ihm eine Geldstrafe wegen Körperverletzung und den Makel, am 14. Januar mit einer Vorstrafe zum wohl wichtigsten Kampf seines Lebens antreten zu müssen.

Verbraucher zum Feilschen aufgefordert

dpa, Düsseldorf

Zum Feilschen riet die nordrhein-westfälische Verbraucherzentrale deutschen Ladenkunden. Dazu gehöre allerdings eine Portion Selbstbewußtsein und der nötige „Biß". Der Kunde solle erst nach Ermäßigung fragen, wenn die Ware bereits ausgesucht sei. Der Verkäufer werde über Rabatte mit sich reden lassen, andernfalls aber solle man ruhig nach dem Filial- oder Abteilungsleiter fragen. Chefs, wissen die Verbraucherberater, seien oft großzügiger. Komme der Kunde dennoch nicht zu seinem Ziel, solle er das Geschäft verlassen, um sein Gesicht zu wahren.

Telefon-Urteil

dpa, Hamburg

Arbeitgeber dürfen nicht Telefonnummern externer Teilnehmer durch eine Gebührencomputer aufzeichnen, um damit Privatgespräche vom Arbeitsplatz zu verhindern. Beim Telefon des Betriebsrats darf darüber hinaus nicht einmal die Zahl der Gebühreneinheiten von einem Computer erfaßt werden. Dies entschied das Hamburger Arbeitsgericht (AZ: 6 Bv 14/83).

Warnung vor Leihmüttern

dpa, Karlsruhe

Bundesjustizminister Hans Engelhard hat sich für eine klare gesetzliche Regelung des Problems der sogenannten „Leihmütter" eingesetzt. Soweit bekannt, habe es in der Bundesrepublik Deutschland noch keinen vergleichbaren Fall gegeben. Der Mensch sei aber keine Handelsware und dürfe es auch nie werden. Auch die Vorsitzende des deutschen Juristinnen-Bundes, Renate Damm, sprach sich gegen kommerzielle „Leihmütter" aus. Künstliche Befruchtung außerhalb des Mutterleibes dürfe es nur geben, wenn die genetischen mit den sozialen Eltern identisch seien.

Winter-Gefahr für Diesel

DW. Bonn

Deutsche Automobil-Hersteller warnen ausdrücklich vor der Versetzung von Diesel-Kraftstoff mit Superbenzin, um die Entstehung von Paraffin bei Tiefsttemperaturen zu verhindern. Nur Normalbenzin dürfe in einem Verhältnis von etwa 30 Prozent und nur vor der Einfüllung des Diesels zugesetzt werden. Die Kälte hat vergangene Nacht übrigens nachgelassen. Über der Ostsee wurde unter bedecktem Himmel lediglich fünf Grad minus gemessen. In Süddeutschland schwankten die Temperaturen bei klarer Nacht zwischen minus 15 und minus 25 Grad.

Erdbebengefährdet

rtr, Peking

Mehr als 100 Millionen Chinesen leben nach einem Bericht der Zeitung „China Daily" in erdbebengefährdeten Häusern. Das Blatt listete 47 kritische Städte auf, in denen mit ungewöhnlich hohen Opferzahlen zu rechnen sei.

Familientragödie

dpa, Deggendorf

Eine Familientragödie spielte sich gestern in Lalling (Landkreis Deggendorf) ab. Nachdem sich ein 56jähriger Landwirt mit seiner Frau und dem vier Wochen alten Enkel stundenlang auf dem Speicher seines Hauses vor der Polizei verschanzt hatte, erschoß er das Kind und sich mit einem Kleinkalibergewehr.

Keine Strafentlassung

dpa, Wiesbaden

Der als Kindesmörder zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte Klaus Lehnert bleibt vorerst in Haft. Die Staatsanwaltschaft Wiesbaden hat Beschwerde gegen die Entscheidung der Strafvollstreckungskammer des Frankfurter Landgerichtes eingelegt, den Gefangenen auf Bewährung zu entlassen.

Neue Walfangquoten

AP, Tokio

Japan und die Sowjetunion sind nach Angaben aus Tokio übereingekommen, den Fang von Grönlandwalen in der Antarktis auch in der gegenwärtigen Saison freiwillig zu beschränken. Wie in der vergangenen Fangsaison solle für Japan eine Quote von 3027 und für die UdSSR eine von 3028 Grönlandwalen gelten.



ZU GUTER LETZT

In der Schweiz erschien ein Stelleninserat für eine „Gutaussehende Person, die es versteht, nichts zu tun und dabei einen geschäftigen Eindruck zu erwecken". Es meldeten sich 500 Bewerber, meldete die Lausanner Zeitung „Le Matin".

